DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2021

Provided in Cooperation with:
Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2021 (2021).
http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=127265.

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/7086

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wie geht´s Österreich? 2021

Indikatoren und Analysen von 2000 bis zum COVID-19-Krisenjahr 2020

STATISTIK AUSTRIA
Die Informationsmanager

Impressum

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 1 711 28-7070
Fax: +43 1 715 68 28

Erstellt von

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Autorinnen und Autoren

Alexandra Wegscheider-Pichler, Catherine Prettner, Nadja Lamei

Layout

Waltraud Unger

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-903393-03-05

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die Publikation online zur Verfügung.

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA" gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

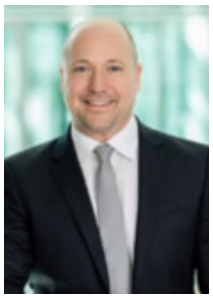
Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-21
Verkaufspreis: € 29,00

Wien 2021

Vorwort



© StatistikAustria/Ranger–Marton

Mit Zahlen und Daten liefert Statistik Austria die Grundlage für eine faktenorientierte öffentliche Debatte, die empirische Forschung und evidenzbasierte Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Für eine umfänglichere Wohlstandsmessung präsentiert „Wie geht's Österreich?" seit 2012 eine Vielzahl von Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt. Die Indikatoren ergänzen das Bruttoinlandsprodukt und tragen so zu einem breiteren Verständnis der Wohlstands- und Fortschrittsentwicklung in Österreich bei.

„Wie geht's Österreich?" basiert dabei insbesondere auf den Empfehlungen der Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts unter Beteiligung der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya K. Sen und Joseph E. Stiglitz aus dem Jahr 2009. Damit kann „Wie geht's Österreich?" in eine Reihe von Programmen und Initiativen zur umfänglicheren Wohlstandsmessung und zur Erreichung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit eingeordnet werden. Hier zu nennen sind etwa die UN Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals oder auf europäischer Ebene die Strategien Europa 2020 und Agenda 2030. Mit „Wie geht's Österreich?" hat Österreich bei der Wohlstandsmessung gemeinsam mit einigen anderen Ländern von Beginn an eine Vorreiterrolle eingenommen.

Zudem ist „Wie geht's Österreich?" ein Kooperationsprojekt von Statistik Austria mit der Wissenschaft. Während Statistik Austria ein Set von 30 + 1 Schlüsselindikatoren und zahlreichen Zusatzindikatoren präsentiert, bewertet ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten die lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren. Dabei werden die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren gerade im EU-Vergleich berücksichtigt. Bei der Auswahl der Indikatoren wurden neben den Expertinnen und Experten auch weitere Stakeholder aus Bundesministerien, Forschungseinrichtungen und Interessenvertretungen eingebunden. Der vorliegende Bericht basiert auf Daten bis 2020 und kann damit Auswirkungen der COVID-19-Pandemie für das erste Krisenjahr abbilden. Nach Bewältigung der COVID-19-Krise wird es auch in Österreich darum gehen, einen Pfad möglichst umfassender Wohlstandsentwicklung und Nachhaltigkeit anzusteuern. In diesem Zusammenhang kann „Wie geht's Österreich?" einen Beitrag zur evidenzbasierten Politikgestaltung leisten.

Wien, im Dezember 2021

Prof. Dr. Tobias Thomas
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 11

Executive Summary 15

1
Was ist „Wie geht's Österreich?" 21

1.1 Einleitung und Hintergrund 22
1.2 Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten 24
1.3 Bewertung der Schlüsselindikatoren 26
1.4 Fortlaufende Weiterentwicklung 28
1.5 Internationaler Kontext 29
1.5.1 UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung 29
1.5.2 Indikatorensysteme in Folge der COVID-19-Krise 30
1.5.3 EU: „Beyond GDP"-Prozess 30
1.5.4 Europäisches Statistisches System (ESS) Sponsorship Group – Stiglitz, Sen, Fitoussi 30
1.5.5 EU: Europa-2020-Strategie und Europäische Säule sozialer Rechte 31
1.5.6 EU: klima- und energiepolitischer Rahmen bis 2030 31
1.5.7 OECD: „Better Life" und „Green Growth Initiativen" 32

2
Materieller Wohlstand 35

2.1 Dimensionen des materiellen Wohlstands 36
2.2 Produktion 38
2.2.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real) 38
2.2.2 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität 39
2.3 Unbezahlte Produktion 41
2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit 41
2.4 Einkommen der privaten Haushalte 43
2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen 43
2.5 Konsum der privaten Haushalte 46
2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltskonsum 46
2.6 Produktive Aktivitäten und Arbeit 49
2.6.1 Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote 49
2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit 50
2.7 Verteilung und Staat 52
2.7.1 Schlüsselindikator hohe und niedrige Nettojahreseinkommen 52
2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20) 54
2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap 56
2.7.4 Schlüsselindikator öffentlicher Schuldenstand 57
2.7.5 Verteilung der privaten Vermögen 58

3
Lebensqualität 61

3.1 Lebensqualität 62
3.2 Subjektives Wohlbefinden 64
3.2.1 Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit 64
3.2.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen 66
3.2.3 Freizeitaktivitäten 67
3.3 Soziale Teilhabe und Armut 68
3.3.1 Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 69
3.3.2 Erhebliche materielle Deprivation 71
3.3.3 Armutsgefährdung (Haushaltseinkommen <60% des Medianeinkommens) 72
3.3.4 Geringe Erwerbsintensität 73

3.3.5 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen 74
3.4 Gesundheit 76
3.4.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes 76
3.4.2 Schlüsselindikator vorzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen 78
3.4.3 Gesunde Lebenserwartung 79
3.5 Bildung 81
3.5.1 Schlüsselindikator Tertiärquote 82
3.5.2 Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger 83
3.5.3 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung 84
3.6 Physische Unsicherheit 86
3.6.1 Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden 86
3.6.2 Schlüsselindikator Tötungsrate 87
3.7 Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation 89
3.7.1 Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System 89
3.7.2 Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen 90
3.7.3 Vertrauen in andere Menschen 91
3.8 Wohnen 92
3.8.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) 92
3.8.2 Sehr schlechter Wohnstandard 93
3.8.3 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung 94

4 Umwelt 97

4.1 Dimensionen der Umwelt 98
4.2 Ressourcen 100
4.2.1 Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch 100
4.2.2 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung 102
4.2.3 Schlüsselindikator Bodenversiegelung 103
4.3 Klimawandel, Emissionen 105
4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) 106
4.3.2 Schlüsselindikator Luftschadstoffe: $PM_{2,5}$-Exposition (Belastung durch Feinstaub) 108
4.4 Energie 110
4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger 111
4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch 112
4.4.3 Energieintensität 113
4.5 Verkehr, Mobilität 114
4.5.1 Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs 114
4.5.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs 116
4.5.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw 117
4.5.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel 117
4.5.5 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs 118

5 Wie geht‘s Österreich im EU-Vergleich? 121

5.1 Österreich im europäischen Kontext 122
5.2 Materieller Wohlstand im EU-Vergleich 123
5.3 Lebensqualität im EU-Vergleich 131
5.4 Umwelt im EU-Vergleich 138

***6* Ausblick 147**

6.1 Rahmenbedingungen 148
6.2 Datenlücken und Weiterentwicklung 149
6.2.1 Materieller Wohlstand 149
6.2.2 Lebensqualität 150
6.2.3 Umwelt 150

Literaturverzeichnis 153

Grafiken

	Wie geht's Österreich? – auf einen Blick	18
Grafik 1	17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung	29
Grafik 2	Dimensionen des materiellen Wohlstands	36
Grafik 3	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)	39
Grafik 4	Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung	39
Grafik 5	Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)	40
Grafik 6	Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit	41
Grafik 7	Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)	42
Grafik 8	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)	44
Grafik 9	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (2000 und 2020)	44
Grafik 10	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2020)	45
Grafik 11	Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)	46
Grafik 12	Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2020)	47
Grafik 13	Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen	47
Grafik 14	Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen	49
Grafik 15	Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach Geschlecht	50
Grafik 16	Arbeitslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen (ILO- und nationale Definition)	51
Grafik 17	Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen (ILO-Definition)	51
Grafik 18	Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real)	53
Grafik 19	Teilzeitquoten der 15- bis 64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht	53
Grafik 20	Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real) ganzjährig Vollzeitbeschäftigter	54
Grafik 21	S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen	55
Grafik 22	P90/P10 Verhältnis der Netto-Haushaltseinkommen	55
Grafik 23	Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte	55
Grafik 24	Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen)	56
Grafik 25	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht	58
Grafik 26	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht für ausgewählte Länder	58
Grafik 27	Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)	58
Grafik 28	Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2017)	59
Grafik 29	Verteilung der Bruttovermögen (2017)	59
Grafik 30	Dimensionen der Lebensqualität	62
Grafik 31	Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10	65
Grafik 32	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2020)	66
Grafik 33	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2020)	66
Grafik 34	Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)	67
Grafik 35	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	70
Grafik 36	Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2020)	71
Grafik 37	Erhebliche materielle Deprivation	71
Grafik 38	Erhebliche materielle Deprivation nach Geschlecht und Bildung (2020)	72
Grafik 39	Armutsgefährdung	72
Grafik 40	Armutsgefährdung nach Geschlecht und Bildung (2020)	73
Grafik 41	Geringe Erwerbsintensität	73
Grafik 42	Geringe Erwerbsintensität nach Geschlecht und Bildung (2020)	74
Grafik 43	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)	75
Grafik 44	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27	77
Grafik 45	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2020)	77
Grafik 46	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2020)	78
Grafik 47	Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige	79
Grafik 48	Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht	79
Grafik 49	Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren	80
Grafik 50	Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen	82
Grafik 51	Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht	83

Grafik 52	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und abgänger, 18- bis 24-Jährige	84
Grafik 53	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht	84
Grafik 54	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen	85
Grafik 55	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung	87
Grafik 56	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2020)	87
Grafik 57	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen	88
Grafik 58	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013, 2019 und 2020)	90
Grafik 59	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2020)	90
Grafik 60	Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)	90
Grafik 61	Vertrauen in andere Menschen, Bevölkerung ab 16 Jahren	91
Grafik 62	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkostenanteil >40% des Haushaltseinkommens)	93
Grafik 63	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) nach Einkommensquintilen (2020)	93
Grafik 64	Sehr schlechter Wohnstandard	93
Grafik 65	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	94
Grafik 66	Dimensionen der Umwelt	99
Grafik 67	Inländischer Materialverbrauch (DMC)	101
Grafik 68	Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)	101
Grafik 69	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)	102
Grafik 70	Anteil der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum	104
Grafik 71	Entwicklung von versiegelter Fläche, Flächeninanspruchnahme und Bevölkerung	104
Grafik 72	Treibhausgasemissionen	106
Grafik 73	Treibhausgasemissionen Vergleich BIP und EU-27	107
Grafik 74	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich	107
Grafik 75	Mittlere Exposition durch Feinstaub ($PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet), Vergleich PM_{10}-Exposition	108
Grafik 76	Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch	111
Grafik 77	Energetischer Endverbrauch	112
Grafik 78	Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich	113
Grafik 79	Energieintensität	113
Grafik 80	Energieverbrauch des Verkehrs	115
Grafik 81	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	116
Grafik 82	Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)	117
Grafik 83	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2019	117
Grafik 84	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	118
Grafik 85	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) in Kaufkraftstandards (2020)	124
Grafik 86	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (2020)	124
Grafik 87	Einkommen pro Kopf (Verbrauchskonzept) in Kaufkraftstandards (2019)	125
Grafik 88	Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (2020)	126
Grafik 89	Erwerbstätigkeit der 20- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich (2020)	126
Grafik 90	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2020)	127
Grafik 91	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf	127
Grafik 92	S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren NettoHaushaltseinkommen (2020)	128
Grafik 93	Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2019)	129
Grafik 94	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht	130
Grafik 95	Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)	131
Grafik 96	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2020)	132
Grafik 97	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2020)	133
Grafik 98	Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen im EU-Vergleich (2020)	133
Grafik 99	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2020)	134
Grafik 100	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2019)	135
Grafik 101	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2017 bzw. 2018)	135
Grafik 102	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	136
Grafik 103	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) im EU-Vergleich (2020)	137
Grafik 104	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2020)	138
Grafik 105	Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2020)	139

Grafik 106 Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2019) 140
Grafik 107 Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2019) 140
Grafik 108 Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2019) 141
Grafik 109 Gesamte $PM_{2,5}$-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2019) 142
Grafik 110 Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2019) und Europa-2020-Ziel im EU-Vergleich 142
Grafik 111 Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2019) 143
Grafik 112 Veränderung des Energieverbrauchs des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2019) 144

Übersichten

Übersicht 1 Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren 23
Übersicht 2 Bewertungsskala 5-teilig 26
Übersicht 3 Bewertungsmodus 27
Übersicht 4 Kernziele der Europa-2020-Strategie 31
Übersicht 5 Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung 37
Übersicht 6 Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung 63
Übersicht 7 Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung 99

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeinbildende höhere Schule
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BOKU	Universität für Bodenkultur
BWS	Bruttowertschöpfung
CDM	Clean Development Mechanism
COVID	Corona Virus Disease
d. h.	das heißt
DMC	Domestic Material Consumption
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch, auch: Endenergieverbrauch
EGSS	Environmental Goods and Services Sector, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäisher Sozialfond
ESS	European Statistical System, Europäisches Statistisches System
ESSC	European Statistical System Comittee
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
F&E	Forschung und Entwicklung
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
GDP	Gross Domestic Product
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunden
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAEG	Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators
IEA	International Energy Agency, Internationale Energieagentur
IFES	Institut für empirische Sozialforschung
IGL	Imissionsschutzgesetz Luft
IHS	Institut für höhere Studien

ILO	International Labour Organization
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
KE	Konsumerhebung
KF	kurzfristig
KKS	Kaufkraftstandards
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSG	Klimaschutzgesetz
kW	Kilowatt
LF	langfristig
LFS	Labour Force Survey
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
NSTRAT	Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OLI	Österreichische Luftschadstoffinventur
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Personen-km	Personenkilometer
PJ	Petajoule
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Particulate Matter
REAP	Ressourcen-Effizienz-Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SDG	Social Development Goals
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Enironment
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen
THG	Treibhausgase
tkm, Tonnen-km	Tonnenkilometer
TSP	Total Suspended Particulates (Gesamtstaub)
u. a.	und andere(s), unter anderem
UN	United Nations
UNECE	United Nations Ecnomic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme

v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ	Wie geht‘s Österreich?
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich?"

„Wie geht's Österreich?" (*WgÖ*) wurde von Statistik Austria im Jahr 2012 infolge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene initiiert. Zunächst wurde in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, welches die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt abbildet. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher diese Schlüsselindikatoren analysiert und durch zusätzliche Informationen ergänzt.

Der Bericht wird von einem Team aus Expertinnen und Experten[1] mehrerer Fachbereiche umgesetzt und weiterentwickelt. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. *WgÖ* fokussiert bei der Bewertung der Indikatoren neben der Entwicklung der Zeitreihen auf das Niveau der Indikatoren, etwa im Vergleich zur EU.

Das Indikatorenset liefert Informationen zu den drei Bereichen „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt", die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen. Die Bereiche werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z.B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Neben dem BIP werden weitere 30 Schlüsselindikatoren präsentiert. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ* dar.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ* folgte insbesondere den Empfehlungen des renommierten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports (Stiglitz et al. 2009) und des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Zudem wurde bei der Auswahl der Indikatoren für *WgÖ* darauf geachtet, möglichst wenige zentrale Schlüsselindikatoren zu verwenden, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den „Mut zur Lücke" erforderte. *Relevanz*, *Verständlichkeit*, *Kommunizierbarkeit* und *Zeitnähe* wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die *Bewertbarkeit* der Indikatoren, die Berücksichtigung von *Europa-2020-Indikatoren* sowie die vermehrte Nutzung von UN Agenda 2030 Indikatoren dar. Indikatoren werden zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im EU-Vergleich dargestellt. Im aktuellen Bericht wird dabei die EU-27 gezeigt (Länder nach Zusammensetzung der EU im Jahr 2020, ohne Vereinigtes Königreich).

Aktuell stellen die Sustainable Development Goals (= DGs) der UN Agenda 2030 weltweit den wichtigsten politischen Rahmen zur Erreichung ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit dar. Die UN Agenda 2030 wurde im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen und seit 2016 auch national anerkannt. *WgÖ* kann in diesen internationalen Kontext eingeordnet werden, alle Schlüsselindikatoren sind im nationalen SDG-Indikatorenset verankert.

Neben dem externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten wurden in *WgÖ* zentrale Stakeholder (Bundesministerien, NGOs, Interessenvertretungen sowie weitere wissenschaftliche Institutionen) im Rahmen von „runden Tischen" eingebunden. Dies garantiert eine möglichst breite Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets.

Die drei Bereiche „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" werden im vorliegenden Bericht in eigenen Kapiteln ausführlich behandelt. Ein besonderer Fokus wird auf die Position Österreichs im EU-Ländervergleich gelegt.

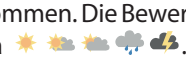
Die Indikatoren zu „Wie geht's Österreich?" sind zudem auf der Website von Statistik Austria unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online. Die Darstellung erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf der ersten Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen nach eigener Auswahl. Auf der zweiten Ebene wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Darüber hinaus sind Detail- und Metainformationen auf der untersten Ebene abrufbar.

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt im Rahmen von *WgÖ* durch ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. Dabei wird die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren bewertet, die durch politische Maßnahmen oder soziale, wirtschaftliche oder umweltrelevante Entwicklungen wie etwa die Covid-19-Krise beeinflusst werden können.

[1] Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Nadja Lamei, Catherine Prettner und andere.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren nimmt ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vor.

Bewertet werden nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines jährlichen Bewertungsgesprächs durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vorgenommen. Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala  . Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei Jahresdaten fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators, zumindest jedoch auf zehn Jahre.

Viele der Indikatoren stehen in einem interdependenten Zusammenhang zueinander. So kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung positiv auf die Reduktion der Armut wirken und zugleich negative Folgen für die Umwelt haben. Beides ist freilich nicht zwingend.

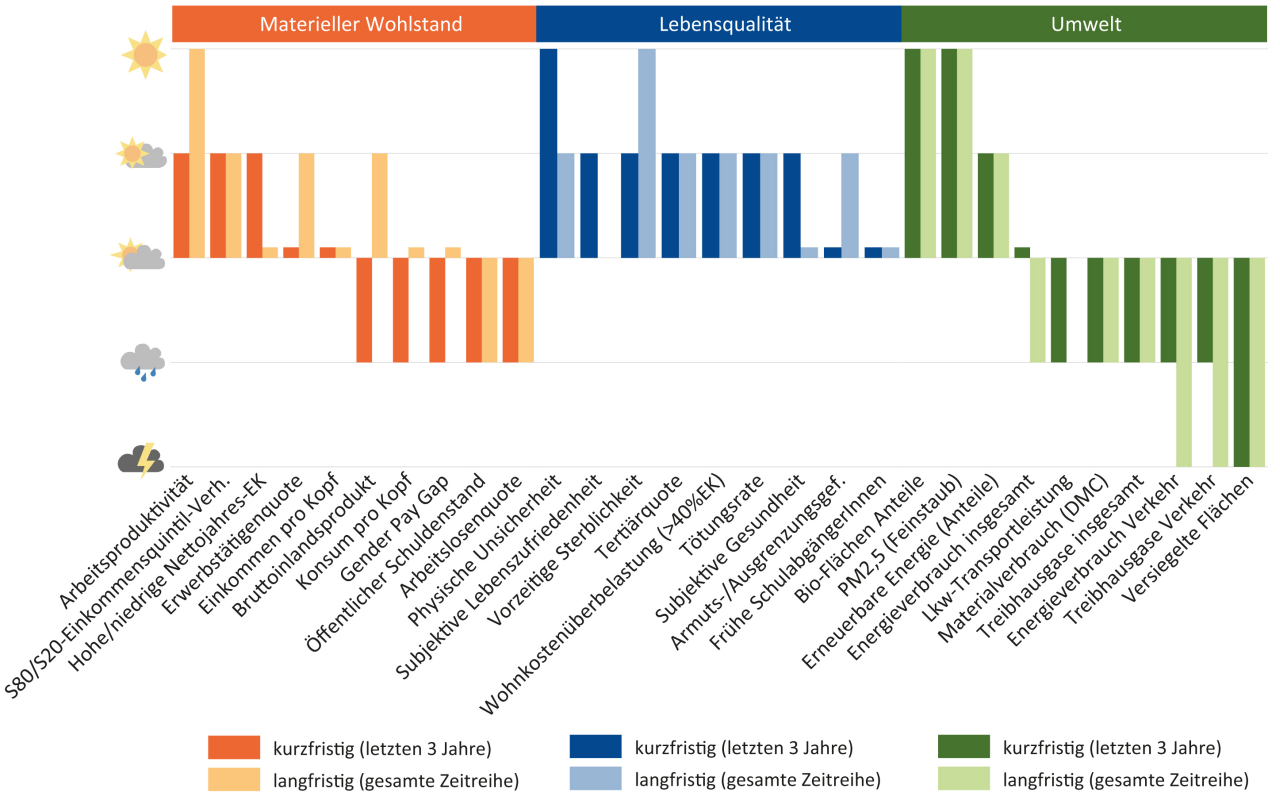
Um eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wird jeder Indikator für sich beurteilt und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ermöglicht jedoch eine umfassendere Sicht auf den gesellschaftlichen Fortschritt.

Steigender Konsum etwa wird demnach im Rahmen von *WgÖ* selbst dann positiv bewertet, wenn er mit negativen Auswirkungen auf andere Bereiche, wie Ressourcenverbrauch oder Verschuldung etc., einhergeht. Folglich müssen zur Beantwortung der Frage, ob die aktuelle Entwicklung zuträglich für die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist, Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren zusätzlich berücksichtigt werden. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt in *WgÖ* ist demnach ein Schritt in diese Richtung, auch wenn die Bewertung der einzelnen Indikatoren einzeln erfolgt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, S. 16 f).

Überblick über die Schlüsselindikatoren (BIP + 30)

Die folgende Überblicksgrafik zeigt die kurz- und langfristige Bewertung der 30+1 Schlüsselindikatoren in einem grafischen Überblick. Gegenstand der Bewertung durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten waren kurzfristige (letzte drei Jahre) und langfristige (zumindest zehn Jahre) Entwicklungen des jeweiligen Indikators unter Einbeziehung des Niveaus (z.B. im Vergleich mit der EU-27). Die Sortierung der Indikatoren erfolgte jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. Durch die Darstellung anhand der 5-teiligen Bewertungsskala ist es möglich, einen ersten Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die Schlüsselindikatoren entwickeln. Schlüsselindikatoren, für die keine Zeitreihen (und damit keine Bewertung) zur Verfügung stehen, können dabei nicht abgebildet werden.

Wie geht's Österreich? – auf einen Blick



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Reihenfolge der Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. BIP, Konsum und Einkommen werden preisbereinigt (real) ausgewiesen. Das S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%.

Insgesamt zeigt sich im COVID-19-Krisenjahr 2020 für Österreich entsprechend der Einschätzung des externen wissenschaftlichen Expertengremiums ein differenziertes Bild im Hinblick auf die Entwicklung und das Niveau des **materiellen Wohlstands.** Während einige Schlüsselindikatoren, wie die Arbeitsproduktivität oder der Verteilungsindikator S80/S20 (die hohen/niedrigen Nettojahreseinkommen beziehen sich auf 2019) kurzfristig positiv bewertet wurden, wurden das Bruttoinlandsprodukt und der Konsum (beides real, pro Kopf), die Arbeitslosenquote und der öffentliche Schuldenstand tendenziell negativ beurteilt. Das BIP pro Kopf und der Konsum wiesen 2017 bis 2019 zwar positive Wachstumsraten auf, mit der Gesundheitskrise 2020 brach beides jedoch deutlich ein. Langfristig wurden die Entwicklung und das Niveau des BIP tendenziell positiv eingeschätzt, jene des Konsums neutral. Betrachtet man den Schlüsselindikator „Gender Pay Gap", so fielen die geschlechtsspezifischen Lohnun-

terschiede im internationalen Vergleich und absolut nach wie vor sehr hoch aus. Die Bewertung der kurzen Frist bis 2019 (2020 noch nicht verfügbar) fiel aufgrund der Stagnation seit 2017 tendenziell negativ aus, die langfristige Entwicklung wurde aufgrund der langsamen Reduktion sowie des hohen Niveaus neutral eingestuft. Im Sinne der wirtschaftspolitisch notwendigen Krisenmaßnahmen während der COVID-19-Krise stieg der öffentliche Schuldenstand 2020 deutlich an, damit fand der Konsolidierungspfad, der seit 2015 beschritten wurde, (vorerst) ein Ende. Die kurzfristige Entwicklung des Schuldenstands wird, wie auch die Langfristige, als moderat negativ eingeschätzt.

Für einen Großteil der Schlüsselindikatoren zur **Lebensqualität** zeigen sich positive oder tendenziell positive Bewertungen des externen Gremiums unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. Eine hohe subjektive Lebenszufriedenheit, eine geringe vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten und geringe und abnehmende physische Unsicherheit, eine relativ geringe Wohnkostenüberbelastung sowie eine relativ hohe Tertiärquote sind Teilaspekte der hohen Lebensqualität. Diese zunehmend positive Einschätzung der Lebensqualität setzte sich bemerkenswerterweise auch im COVID-19-Jahr 2020 fort. Hier ist anzumerken, dass die Datenerhebung für die hierfür verwendete Datenquelle EU-SILC zwischen März und Juli 2020, also zu Beginn der Pandemie- bzw. während der ersten „Lockdown"-phase stattfand und die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?" nicht kurzfristige Einflüsse widerspiegelt, sondern eine längerfristige Bewertung vielfältiger Aspekte des eigenen Lebens im Sinne einer Gesamtbeurteilung der Lebenssituation darstellt. Die hohe allgemeine Lebenszufriedenheit schließt nicht aus, dass die COVID-19-Krise bzw. deren Folgen für einzelne Personengruppen schon eine erhebliche Rolle spielen kann, wie zufrieden sie mit ihrem Leben oder mit Teilaspekten davon sind. Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung sind noch abzuwarten (derzeitige Ergebnisse von EU-SILC 2020 beziehen sich für Einkommen und Erwerbslosigkeit auf das Jahr 2019), weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingeschätzt wird, die langfristige Betrachtung fiel tendenziell positiv aus. Die Entwicklung der frühzeitigen Schulabgänge fiel neutral aus.

Etwas positiver als in den letzten Jahren, aber durchaus noch kritisch, bewertete das Expertengremium die kurzfristige Entwicklung der meisten Schlüsselindikatoren im Bereich **Umwelt.** Bezogen auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (UN Sustainable Development Goals) lagen die Material- und Energieverbräuche in Österreich im gesamten betrachteten Zeitraum auf einem zu hohen Niveau. Dementsprechend wurden der Material- und Energieverbrauch wie auch das Aufkommen an Treibhausgasemissionen insgesamt trotz der Rückgänge im COVID-19-Krisenjahr 2020 neutral oder tendenziell negativ bewertet. Im Bereich Verkehr sanken 2020 die Emissionen, die Transportleistung und der Energieverbrauch deutlich, dies war jedoch nicht auf strukturelle Änderungen zurückzuführen und dürfte daher nur ein vorübergehender Effekt sein. Deshalb wurde die kurzfristige Entwicklung der Verkehrsindikatoren jeweils als tendenziell negativ bewertet, die langfristige Entwicklung wurde aufgrund des hohen Niveaus jeweils negativ eingeschätzt. Eindeutig negativ sahen die Expertinnen und Experten weiterhin die zunehmende Flächenversiegelung. Eine sehr positive Bewertung im Bereich Umwelt gab es hingegen bei dem hohen Anteil der Bioflächen und der geringen Feinstaubbelastung, sowohl in der kurzfristigen als auch in der langfristigen Sicht. In der kurzfristigen Betrachtung zeigte sich im COVID-19-Krisenjahr 2020 ein deutlicher Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch, dieser ergab sich aus dem starken Rückgang des Energieverbrauchs insgesamt bei eher gleichbleibendem Energieangebot aus Erneuerbaren. Die Entwicklung und das Niveau des Erneuerbarenanteils wurde daher kurz- und langfristig als tendenziell positiv eingeschätzt.

1

Was ist „Wie geht's Österreich?“

Einleitung und Hintergrund

Wissenschaftliches Expertengremium, Bewertung

Weiterentwicklungen

Internationaler Kontext

1.1
Einleitung und Hintergrund

„Wie geht's Österreich?" *(WgÖ)* wurde von Statistik Austria im Jahr 2012 infolge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene initiiert. Zunächst wurde in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, welches die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt abbildet. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher diese Schlüsselindikatoren analysiert und durch zusätzliche Informationen ergänzt. Der Bericht wird von einem Team aus Expertinnen und Experten[2] mehrerer Fachbereiche umgesetzt und weiterentwickelt. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. *WgÖ* fokussiert bei der Bewertung der Indikatoren neben der Entwicklung der Zeitreihen auf das Niveau der Indikatoren, etwa im Vergleich zur EU-27[3].

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wird es seitdem laufend sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen.

Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es wenig darüber aus, wie sich der Wohlstand über die Gesellschaft verteilt und wie sich die Lebensqualität oder die Umwelt entwickeln.

Aus diesem Grund gab es in den vergangenen Jahren international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftlicher Wohlstand gerade in entwickelten Volkswirtschaften gemessen werden soll (siehe auch Kapitel 1.4). Durch Informationen über die Entwicklung materieller Aspekte auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit soll ein breites Bild von Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft entstehen.

Die Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ* folgte insbesondere den Empfehlungen des renommierten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports (Stiglitz et al. 2009) und des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf internationaler Ebene (z.B. Europa-2020-Indikatoren, SDG-Indikatoren) und Indikatoren nationaler Projekte[4] flossen ebenfalls in die Auswahl ein. Die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z.B. Produktion, Bildung und Klimawandel) dargestellt.

Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ* dar und unterliegen einer Bewertung durch ein externes Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten.

Bei der Auswahl der Indikatoren für *WgÖ* wurde darauf geachtet, möglichst wenige zentrale Schlüsselindikatoren zu verwenden, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den „Mut zur Lücke" erforderte. *Relevanz*, *Verständlichkeit*, *Kommunizierbarkeit* und *Zeitnähe* wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die *Bewertbarkeit* der Indikatoren, die Beibehaltung von *Europa-2020-Indikatoren* sowie die vermehrte Nutzung von *UN Agenda 2030 Indikatoren* dar.

Indikatoren werden zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im *EU-27-Vergleich* (Länder nach Zusammensetzung der EU im Jahr 2020, ohne Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland) dargestellt. Dies stellt eine Änderung zu den vorangegangenen Berichten dar, wo noch die EU-28 gezeigt wurde und folgt den aktuellen Vorgaben der Eurostat-Datenbank, wo für 2020 vorrangig die aktuelle EU-27 enthalten ist. Für weiter zurückliegende Jahre muss teilweise auf EU-28-Werte zurückgegriffen werden, dies ist in den Grafiken gekennzeichnet.

[2] Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Nadja Lamei, Catherine Prettner und andere.
[3] Mit dem Bericht 2021 erfolgte, soweit aus der Eurostat-Datenbank verfügbar, die Umstellung auf die aktuellen EU-Mitgliedsstaaten (damit ohne Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland).
[4] Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2015).

Die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Auswahl bestimmter Schlüsselindikatoren immer nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Entwicklung darstellen kann, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte der umfänglicheren Entwicklung sichtbar zu machen.

Neben dem externen Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten wurden in *WgÖ* zentrale Stakeholder (Bundesministerien, NGOs, Interessenvertretungen sowie weitere wissenschaftliche Institutionen) im Rahmen von „runden Tischen" eingebunden. Dies garantierte eine möglichst breite Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets.[5] Die Schlüsselindikatoren von *WgÖ* 2020 sind in Übersicht 1 abgebildet.

Übersicht 1
Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren

Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real	Subjektive Lebenszufriedenheit	Inländischer Materialverbrauch
Arbeitsproduktivität	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
Nicht bezahlte Arbeit	Subjektiver Gesundheitszustand	Flächenversiegelung – neu
Einkommen privater Haushalte pro Kopf	Frühzeitige Sterblichkeit	Treibhausgasemissionen insgesamt
Konsum privater Haushalte pro Kopf	Tertiärquote	Feinstaub-Exposition $PM_{2,5}$
Erwerbstätigenquote	Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänge	Erneuerbare Energieträger
Arbeitslosenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden	Energetischer Endverbrauch
Hohe/niedrige Nettojahreseinkommen	Tötungsrate	Energieverbrauch des Verkehrs
Gender Pay Gap	Vertrauen in das politische System	Transportleistung des Lkw-Verkehrs
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis	Wohnkostenüberbelastung (<40 % EK)	Treibhausgasemissionen des Verkehrs
Öffentlicher Schuldenstand		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Aufgabe der Statistik Austria ist laut Bundesstatistikgesetz, Daten über die demographischen, kulturellen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Österreich zu erheben und den Bundesorganen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen demnach eine wichtige Rolle. So richtet sich auch die Kommunikation von *WgÖ* an verschiedene Nutzergruppen, die unterschiedliche Zugänge zu den Indikatoren und Informationen haben.

Erstens ermöglicht *WgÖ* interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sich einen Überblick über Entwicklung und Niveau verschiedener Indikatoren zu verschaffen. Zweitens können sich auch Medienvertreterinnen und -vertreter umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen der vergangenen Jahre informieren und auf dieser Basis der breiteren Öffentlichkeit berichten. Drittens dient das *WgÖ*-Set Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Wirtschaft als eine Datengrundlage für evidenzbasierte Entscheidungen. Und viertens soll das Indikatorenset die Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zutage fördern können. *WgÖ* wird seit 2013 jährlich als umfassender Bericht publiziert und in einer Pressekonferenz der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Artikel in den Statistischen Nachrichten von Statistik Austria, Medienbeiträge und Vorträge ergänzen den Disseminationsprozess.

Der aktuelle Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 zeichnet den Hintergrund des *WgÖ*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die nationalen und internationalen Entwicklungen des Bereichs „materieller Wohlstand" untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenfeld „Lebensqualität" national und im EU-Vergleich auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel 4 widmet sich umfassend dem Bereich Umwelt auf nationaler und internationaler Ebene. In Kapitel 5 wird Österreich im EU-Vergleich dargestellt und analysiert. Kapitel 6 gibt einen abschließenden Ausblick und thematisiert Datenlücken.

[5] Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte liefert die Internetseite „Was ist Wie geht's Österreich?" sowie der Hintergrundbericht „Wie geht's Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF/ESS Empfehlungen" (Pesendorfer et al. 2012).

1.2
Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten

© WIFO/Eric Krügl

Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

Professor Christoph Badelt war von 2016 bis 2021 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Er ist österreichischer Volkswirt und emeritierter Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien. 1984 erfolgte seine Habilitation an der WU. Bis zu seiner Ernennung zum Rektor der Universität im Jahr 2002 war er in mehreren leitenden Positionen an der WU tätig. Professor Badelt war auch Vorsitzender der Österreichischen Universitätenkonferenz. Er ist (Mit-)Autor von 17 Büchern und Verfasser von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen in Sammelbänden und Zeitschriften. In seinen Arbeiten setzt er sich vor allem mit den aktuellen Problemen und Konflikten im Sozialstaat und den denkbaren Lösungsansätzen auseinander. 2015 beendete er seine Tätigkeit als Rektor.

© Luiza Puiu

Univ.-Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-Prskawetz

Alexia Fürnkranz-Prskawetz ist Professorin für Mathematische Ökonomie an der TU Wien, stellvertretende Direktorin des Instituts für Demographie/ÖAW, Direktorin am Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, sowie Forscherin am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Sie studierte Wirtschaftsmathematik an der TU Wien und absolvierte ein Postgraduate Program an der University of Chicago und der University of California, Berkeley. Nach ihrer Habilitation an der TU Wien 1998 leitete sie für fünf Jahre eine Nachwuchsgruppe zu „Bevölkerung, Ökonomie und Umwelt" am Max-Planck-Institut für Demographische Forschung in Rostock. Ihre wissenschaftlichen Arbeiten umfassen Themen der Bevölkerungsökonomie, Wachstumstheorie und Umweltökonomie. Sie ist wirkliches Mitglied der ÖAW und Mitglied der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften).

© primephoto

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma

Jesús Crespo Cuaresma ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, Direktor für ökonomische Analyse am Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital sowie Forscher am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Sevilla und promovierte an der Universität Wien. Er hat zahlreiche Artikel in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften zu Themen der Makroökonomik, Wachstumstheorie und angewandte Ökonometrie veröffentlicht und ist zudem als wissenschaftlicher Berater der Weltbank und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung tätig.

© Luiza Puiu

Univ.-Prof. Dr. Sabine Theresia Köszegi

Sabine Theresia Köszegi ist seit 2009 Professorin für Arbeitswissenschaft und Organisation am Institut für Managementwissenschaften der TU Wien. Sie hat ein Doktorat in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie eine Venia Legendi für das Fach Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Schnittmenge von Technologie, Arbeit und Organisation sowie Genderforschung. Seit August 2017 ist Sabine Theresia Köszegi Vorsitzende des Österreichischen Rats für Robotik und Künstliche Intelligenz und seit Juni 2018 ist sie Mitglied der High Level Expert Group on Artificial Intelligence der Europäischen Kommission.

© privat

Univ.-Prof. Dr. Nadia Steiber

Nadia Steiber ist Professorin für Sozialstrukturanalyse und Quantitative Methoden am Institut für Soziologie an der Universität Wien, Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS) und Gastforscherin am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Sie promovierte am Nuffield College der Universität Oxford (2007) und forschte danach als Postdoc an der Wirtschaftsuniversität Wien (2007 bis 2008) sowie als „Marie Curie" bzw. „Max Weber" Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (2009 bis 2012). Danach war sie Universitätsassistentin am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien (2013 bis 2018) und Senior Researcher am IHS (2018 bis 2020). Im Oktober 2020 erhielt sie die Venia Legendi für das Fachgebiet ‚Sozioökonomie'. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung, soziale Mobilität und soziale Ungleichheit, Gesundheit und Wohlbefinden sowie Familiensoziologie.

© privat

Univ.-Prof. Dr. Hannelore Weck-Hannemann

Hannelore Weck-Hannemann ist seit 1994 Professorin am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Innsbruck (seit Oktober 2020 Emerita) und außerdem Mitglied von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts, Basel). Sie hat an den Universitäten Konstanz und Zürich studiert und ist seit 2003 Titularprofessorin an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Erste Berufungen führten sie an die ETH Zürich sowie die Humboldt-Universität zu Berlin. In Innsbruck war sie u.a. Dekanin der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik (2008 bis 2017) und Sprecherin des interdisziplinären Forschungsschwerpunkts „Alpiner Raum – Mensch und Umwelt" (2012 bis 2017). Von 2005 bis 2011 war sie zudem Präsidentin des Österreichischen Akkreditierungsrates. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Finanzwissenschaft und der ökonomischen Theorie der Politik sowie von umweltökonomischen und geschlechtsspezifischen Themenstellungen.

© foto furgler

Univ.-Prof. Dr. Karl W. Steininger

Karl W. Steininger ist Professor für Klimaökonomik und Nachhaltige Transition am Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz, dessen stellvertretender Institutsdirektor, Past Präsident der Nationalökonomischen Gesellschaft sowie Vorsitzender der Monitoring-Gruppe Klimaübereinkommen und Verkehr. Er studierte Wirtschaftsinformatik und Volkswirtschaftslehre an der TU Wien und der UC Berkeley und promovierte an der Universität Wien. Er hat zahlreiche Artikel in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften zu Themen der Verkehrs-, Klima- und Umweltökonomik sowie Außenhandel veröffentlicht und war bzw. ist zudem als wissenschaftlicher Berater der Weltbank, der OECD und der österreichischen Bundesregierung tätig.

© privat

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Winter-Ebmer

Rudolf Winter-Ebmer ist seit 2005 Professor für Labour Economics am Institut für Volkswirtschaftslehre der JKU Linz. 2003 begann er zudem mit seiner Tätigkeit als Forschungsprofessor am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seit 2015 leitet er das Christian-Doppler-Labor „Aging, Health and the Labour Market". Er studierte von 1981 bis 1985 Ökonomie an der JKU, an der er 1991 promovierte. Rudolf Winter-Ebmer ist Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) und Research Fellow beim CEPR (London) sowie am IZA (Bonn). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. im Feld der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungsökonomie sowie der Politikevaluierung. 2021 wird er Präsident der Nationalökonomischen Gesellschaft sein.

1.3
Bewertung der Schlüsselindikatoren

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt im Rahmen von *WgÖ* durch ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten (siehe Kapitel 1.2). Dabei wird die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren bewertet, die durch politische Maßnahmen oder soziale, wirtschaftliche oder umweltrelevante Entwicklungen wie etwa die COVID-19-Krise beeinflusst werden können.

Jeder Schlüsselindikator wird anhand seiner Entwicklung und seines Niveaus bewertet, also z.B. das nationale BIP pro Kopf im Vergleich zur EU-28. Liegen für die Indikatoren verbindlich vereinbarte politische Zielsetzungen (2020 letztmalig die Europa-2020-Ziele, Europäische Kommission 2010) vor, kann die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt anhand ihrer Entwicklung und ihres Niveaus durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten (siehe Kapitel 1.2). Statistik Austria nimmt auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

Bewertet werden nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines jährlichen Bewertungsgesprächs durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vorgenommen. Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 2). Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei Jahresdaten fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators, zumindest jedoch auf zehn Jahre.

Viele der Indikatoren stehen in einem interdependenten Zusammenhang zueinander. So kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung positiv auf die Reduktion der Armut wirken und zugleich negative Folgen für die Umwelt haben. Beides ist freilich nicht zwingend.

Übersicht 2
Bewertungsskala 5-teilig

5-teilige Bewertungsskala		
	KF	Sehr gute Entwicklung bzw. sehr gutes Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Bei fortlaufendem Trend ist die Zielerreichung gewährleistet oder wird übertroffen.
	LF	Der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. ein sehr gutes Niveau. Dieser Trend gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele.
	KF	Tendenziell positive Entwicklung bzw. tendenziell gutes Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Der Trend geht in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist tendenziell positiv zu bewerten. Die Entwicklung bleibt aber moderat hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück.
	KF	Minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status auf mittlerem Niveau.
	LF	Der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung auf mittlerem Niveau erkennen.
	KF	Tendenziell negative Entwicklung bzw. tendenziell negatives Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Der Trend geht in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung ist nicht gewährleistet/schwierig.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.
	KF	Deutlich negative Entwicklung bzw. deutlich negatives Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Trend geht deutlich in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? – KF = kurzfristige Bewertungen der letzten drei Jahresdaten, LF = langfristige Bewertung der gesamten Zeitreihe (mindestens zehn Jahre, längstens ab 2000).

Um eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wird jeder Indikator für sich beurteilt und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ermöglicht jedoch eine umfassendere Sicht auf den gesellschaftlichen Fortschritt.

Steigender Konsum etwa wird demnach im Rahmen von *WgÖ* selbst dann positiv bewertet, wenn er mit negativen Auswirkungen auf andere Bereiche, wie Ressourcenverbrauch oder Verschuldung etc., einhergeht. Folglich müssten zur Beantwortung der Frage, ob die aktuelle Entwicklung zuträglich für die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist, Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren zusätzlich berücksichtigt werden. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt in *WgÖ* ist demnach ein Schritt in diese Richtung, auch wenn die Bewertung der einzelnen Indikatoren einzeln erfolgt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, S. 16f). Dabei gelangt folgender Bewertungsmodus zur Anwendung (Übersicht 3):

Übersicht 3
Bewertungsmodus

Voraussetzung für die Bewertung
Der Indikator muss eindeutig interpretierbar sein (z.B. mehr ist besser) bzw. ein verbindliches Ziel (z.B. Europa 2020) haben.
Grundlegendes
Die Bewertung erfolgt anhand einer 5-teiligen Skala.
Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators in seiner Logik bewertet (z.B. BIP: Anstieg ist positiv, auch wenn dies nachteilige Folgen für die Umwelt haben kann).
Das Niveau wird mitberücksichtigt, die Berücksichtigung einer Referenzgröße (z.B. BIP, internationaler Vergleich) kann die Bewertung entsprechend verbessern/verschlechtern.
Das absolut mögliche Niveau wird ebenfalls beachtet (z.B.: Abflachen der Kurve bei Werten nahe 0 oder 100%).
Kurzfrist / Langfrist
Kurzfrist: die letzten drei verfügbaren Jahresdaten
Langfrist: die gesamte Zeitreihe, sofern mindestens zehn Jahre verfügbar sind

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

1.4
Fortlaufende Weiterentwicklung

Ein wesentlicher Aspekt von *WgÖ* ist, dass der Bericht und das Indikatorenset laufend weiterentwickelt werden. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten sowie weiteren Stakeholdern. Nach verschiedenen Anpassungen über die Jahre und dem weitgehenden Überarbeitungsprozess 2017, welcher die UN Agenda 2030 im Fokus hatte, wurden auch 2020 mit der Neubesetzung des externen Gremiums wissenschaftlicher Expertinnen und Experten einige Neuerungen vorgenommen und *WgÖ* so abermals weiterentwickelt.

Im Jahr 2020 erfolgte eine weitere Überarbeitung des Indikatorensets innerhalb der konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ* und in Linie mit den wesentlichen Empfehlungen der Sponsorship Group. Um nicht nur die Entwicklung, sondern auch das Niveau der Indikatoren stärker in den Blick zu nehmen, finden sich seither in den Grafiken zu den Schlüsselindikatoren – soweit verfügbar – verstärkt Vergleichswerte zum Durchschnitt der EU-27[6]. Das ermöglicht z.B. leichte Verbesserungen auf sehr schlechtem Niveau oder leichte Verschlechterungen auf exzellentem Niveau besser einzuordnen. Dies wurde auch vom externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten bei der Bewertung berücksichtigt.

Die Anzahl der Schlüsselindikatoren wurde gleich belassen (BIP + 30). Im Bereich „Materieller Wohlstand" wurde 2020 ein neuer Indikator „Öffentlicher Schuldenstand" aufgenommen, um die Solidität der öffentlichen Finanzen mit in den Blick zu nehmen. Dies war bislang gänzlich unberücksichtigt geblieben, zudem liegt in Bezug auf diesen Indikator ein verbindliches EU-Ziel vor. Im Bereich Umwelt wurde dafür auf den vormals neutral gewerteten Indikator „Anteil der Ökosteuern am BIP" verzichtet, da Steuern keine Zielgröße, sondern ein Politikinstrument darstellen. Die Darstellung und Bewertung von Politikmaßnahmen ist jedoch kein Anliegen von *WgÖ*. Zudem würde mit einem Rückgang der Umweltverschmutzung, auf die sich die Ökosteuer bezieht, der Anteil der Ökosteuern am BIP zurückgehen; dies negativ zu bewerten, wäre kontraintuitiv.

Weiterhin wurde im Bereich „Materieller Wohlstand" der Schlüsselindikator zu den hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen durch hohe und niedrige Nettojahreseinkommen ersetzt, da die Konsum- und auch Ersparnismöglichkeit der Haushalte nicht durch die Brutto-, sondern die Nettoeinkommen bestimmt wird. Im Bereich Lebensqualität gab es keine Änderungen bei den Schlüsselindikatoren. Im Bereich Umwelt wurde der Schlüsselindikator zur Flächeninanspruchnahme durch die Flächenversiegelung (als Anteil am Dauersiedlungsraum) ersetzt, da diese als umweltschädlicher angesehen wird.

Darüber hinaus wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen sowie einige Zusatzinformationen und -indikatoren geändert bzw. ergänzt. Teilweise resultierten die Änderungen auch daraus, dass Vergleichsdaten zur EU-27 nun – wenn möglich – vermehrt direkt in den Grafiken zu den Indikatoren und nicht mehr gesondert dargestellt werden.

WgÖ ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Weiterentwicklungen sind auch in den kommenden Jahren erwünscht. Dabei spielt der Input des externen Gremiums wissenschaftlicher Expertinnen und Experten eine wichtige Rolle. Zudem sind Hinweise von weiteren Stakeholdern aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung im Rahmen von Stakeholder-Konferenzen und darüber hinaus herzlich willkommen!

Statistik Austria lädt dazu ein, Hinweise, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zum Projekt *WgÖ* an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

[6] Mit dem Bericht 2021 erfolgte, soweit aus der Eurostat-Datenbank verfügbar, die Umstellung auf die aktuellen EU-Mitgliedsstaaten (damit ohne Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland).

1.5 Internationaler Kontext

Die Sustainable Development Goals (= SDGs) der UN Agenda 2030 stellen aktuell weltweit den wichtigsten politischen Rahmen zur Erreichung ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit dar. Die UN Agenda 2030 wurde im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Auch die EU betont die Bedeutung der Ziele für die nachhaltige Entwicklung. *WgÖ* kann in diesen internationalen Kontext eingeordnet werden, alle Schlüsselindikatoren sind auch im nationalen SDG-Indikatorenset verankert.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll. Eine Reihe von Initiativen auf internationaler Ebene (z.B. How's Life? und Green Growth der OECD oder die Sustainable Development Indicators von Eurostat im Zusammenhang mit der Agenda 2030) befassen sich seit einiger Zeit mit der Messung und Interpretation von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem und nachhaltigem Fortschritt einer Gesellschaft.

Die UN Agenda 2030 und Initiativen wie How's Life? (OECD), Green Growth (OECD) oder das Konzept der EU Agenda 2030 folgen dem Grundgedanken, dass die Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt über das BIP hinausgehen und ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen abdecken muss.

1.5.1 UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit auf der Vollversammlung von den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet. Dem Gipfel vorausgegangen ist die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese lösten die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ab und gelten bis 2030. Im Gegensatz zu den MDGs, die sich auf die Entwicklungsländer konzentrierten, sind SDGs global für alle Länder gültig. In ihrem Zentrum steht eine breite Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen wie auch das umfängliche Ziel einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. Die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) schlug dafür 17 Ziele (Goals, siehe Grafik 1) mit 169 Unterzielen (Targets) vor. Einen umfassenden Überblick über die Agenda 2030 bietet die Sustainable Development Goals (SDGs) Knowledge Platform der Vereinten Nationen.

Grafik 1
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

Q: UN/

Eine große Herausforderung stellt das Monitoring der SDGs dar. Die Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) wurde daher mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks betraut. Der daraus resultierende Vorschlag wurde auf der Sitzung der UN Statistical Commission (48. Sitzung, März 2017) angenommen. Die UNIndikatorenliste wird auf globaler Ebene seit ihrer Erstellung jährlich überarbeitet bzw. weiterentwickelt. Im Jahr 2020 fand ein breit angelegter Überarbeitungsprozess statt. Seitdem besteht das UN-Indikatorenset aus 247 Indikatoren (bzw. 231 Indikatoren mit teilweiser Mehrfachnennung). Durch diese Indikatoren kann festgestellt werden, ob man den beabsichtigten Zielen nähergekommen ist bzw. wo möglicherweise größere Anstrengungen erforderlich sind.

Das internationale Indikatorenrahmenwerk wird durch regionale (EU) und nationale Indikatorensets ergänzt.

Die teilweise den UN-Vorgaben abweichenden regionalen und nationalen Indikatorensets sind vorgesehen, um nationale bzw. regionale Realitäten berücksichtigen zu können (z.B. sind manche Unterziele für Österreich nicht relevant bzw. bereits erreicht oder nationale Indikatoren besser dazu geeignet, eine Zielerreichung zu messen).

Für das *regionale Monitoring* der UN Agenda 2030 entwickelte Eurostat eine Liste von 100 EU SDG Indikatoren. Diese werden den 17 Zielen zugeordnet. Jährlich wird ein entsprechender Monitoringbericht veröffentlicht (Eurostat, 2020). Zur weiteren Information steht eine umfassende EU-Website zur Nachhaltigen Entwicklung/SDG zur Verfügung. Für das Monitoring der Entwicklung in Österreich erstellt Statistik Austria seit 2017 das nationale SDG-Indikatorenset, welches aktuell rund 200 Indikatoren enthält.

Wiewohl beide Indikatorensets – die Agenda 2030 und *WgÖ* – auf unterschiedlichen Konzepten beruhen, nämlich einerseits dem Anspruch der umfassenden Messung der Nachhaltigkeit und andererseits der Erfordernis, ein überschaubares, politikrelevantes Indikatorenset zu Wohlstand und Fortschritt in Ergänzung zum BIP zu entwickeln (Beyond GDP), stimmen sie doch in wesentlichen Punkten überein: Beide fokussieren etwa auf ökonomische, ökologische und soziale Bereiche, welche mit ausgewählten Indikatoren gemessen werden sollen. Dementsprechend ist es naheliegend, Synergien zwischen den Indikatorensets zu betrachten. So sind alle Schlüsselindikatoren von *WgÖ* auch im nationalen SDG-Indikatorenset enthalten.

1.5.2
Indikatorensysteme in Folge der COVID-19-Krise

Auf regionaler und nationaler Ebene wird derzeit an Indikatorensystemen zur Messung der Krisenüberwindung nach der COVID-19-Pandemie gearbeitet. Die EU arbeitet an einem „Resilience-Dashboard", welches eine ganzheitliche Bewertung der Resilienz in der EU und den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die laufenden gesellschaftlichen Veränderungen im Rahmen von COVID-19, aber etwa auch dem Klimawandel liefert. Anhand eines breiten Spektrums von Indikatoren bewertet das Dashboard die relativen Stärken und Schwächen und soll damit helfen, Bereiche für weitere Analysen und potenzielle politische Maßnahmen zu ermitteln. Das Dashboard ermöglicht zukünftig auch eine Bewertung, wie die EU-27 im Vergleich zu den wichtigsten Nicht-EU-Ländern abschneidet.

Die OECD entwickelt aktuell in einer Taskforce ihrer Mitgliedsstaaten ein „COVID-19 recovery dashboard", welches sowohl traditionelle Wirtschaftsindikatoren wie das BIP und die Beschäftigung, als auch ökologische und soziale Dimensionen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Integration und Wohlbefinden mit entsprechenden Indikatoren enthalten soll.

In Österreich bietet das Austrian Recovery Barometer von Statistik Austria vierteljährlich einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der abklingenden COVID-19-Krise. Zentrale Größe ist das Barometer, welches für verschiedene Indikatoren (z. B. BIP, Beschäftigung, Tourismus, Außenhandel) anzeigt, in welchem Ausmaß das Vorkrisenniveau erreicht ist (verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2019).

1.5.3
EU: „Beyond GDP"-Prozess

Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP". Zentrales Ziel der Beyond GDP-Konferenz war es zu klären, welche Kennzahlen als Ergänzung zum BIP Fortschritt am ehesten zu messen vermögen und wie man sie bestmöglich dem politischen Entscheidungsprozess zur Verfügung stellen und in der öffentlichen Debatte verankern könne.

Am 20. August 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel" (Europäische Kommission 2009c). Die Mitteilung skizziert in fünf Schlüsselaktionen, wie Fortschrittsindikatoren so verbessert werden könnten, dass sie soziale, technische und politische Entwicklungen optimal abbilden. Am 21. September 2009 bestätigte der Umweltrat, dass zunehmend Einigkeit darüber besteht, das BIP durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die ein genaueres Bild des ökonomischen, ökologischen und sozialen Fortschritts zeichnen. Aktuell wird der „Beyond GDP"-Prozess stark durch die zuvor vorgestellte Agenda 2030 beeinflusst.

1.5.4
Europäisches Statistisches System (ESS) Sponsorship Group – Stiglitz, Sen, Fitoussi

Die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts unter Beteiligung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und Amartya K. Sen („Stiglitz-Kommission") wurde Anfang 2008 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wachsende Kluft zwischen den klassischen Wirtschaftskennzahlen auf der einen Seite und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung von Fortschritt und Wohlbefinden auf der ande-

ren Seite zu verringern. Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem abschließenden Bericht vom September 2009 („Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report", Stiglitz et al. 2009), die Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft durch Informationen über die Entwicklung des materiellen Wohlstands auf Ebene der privaten Haushalte sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), initiierte ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports sowie die Kommunikation der Europäischen Kommission (Beyond GDP) in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen. Organisiert wurde dies in Form der „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development", in der hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – zusammenarbeiteten.

Im November 2011 wurden vom Europäischen Statistischen System (ESS) die Empfehlungen der Sponsorship Group übernommen. Die Vorschläge laut Sponsorship Report wurden damit ein integraler Teil des Europäischen Statistischen Programms 2013 bis 2017. Nationale Initiativen von EU-Ländern (wie auch „*WgÖ*") bauten ihre Indikatorensets im Wesentlichen auf diesen Empfehlungen auf, eine EU-weite Harmonisierung der Indikatorenauswahl konnte allerdings bislang nicht erreicht werden. Insofern kann Österreich im europäischen Kontext als einer der Vorreiter gesehen werden.

1.5.5 EU: Europa-2020-Strategie und Europäische Säule sozialer Rechte

Die Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Ansatzes von Fortschritt und Wohlstand wurde auch mit der Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) verfolgt. Am 17. Juni 2010 beschloss der Europäische Rat fünf Kernziele, die im Zentrum der Strategie stehen (Übersicht 4).

Diese fünf Kernziele werden durch die nationalen Zielsetzungen der Mitgliedstaaten umgesetzt. In Österreich wurde die Umsetzung der fünf Kernziele in nationale Ziele am 5. Oktober 2010 im Ministerrat verabschiedet (siehe auch Nationales Reformprogramm).

Die in Nachfolge der Europa-2020-Strategie 2021 mit einem Aktionsplan der Kommission bis 2030 konkretisierte Europäische Säule sozialer Rechte fußt ebenfalls auf dem Prinzip guter und gerecht verteilter Lebensbedingungen für alle.

Übersicht 4
Kernziele der Europa-2020-Strategie

Beschäftigung
75% der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.
Forschung & Entwicklung
3% des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.
Klimawandel & nachhaltige Energiewirtschaft
Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind)[1] gegenüber dem Niveau von 1990;
Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%;
Steigerung der Energieeffizienz um 20%.
Bildung
Verringerung der Quote frühzeitiger Schulabgängerinnen und -gänger auf unter 10%;
Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40%.
Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Q: Eurostat. - [1] Eine Verringerung der Treibhausgase von 30% gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

1.5.6 EU: klima- und energiepolitischer Rahmen bis 2030

Über die Strategie 2020 hinausgehend wurde in den letzten Jahren der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 von der Europäischen Union festgelegt. Dieser umfasst EU-weite Zielvorgaben und politische Ziele für den Zeitraum 2021 bis 2030 und wurde vom Europäischen Rat im Oktober 2014 angenommen. Im Jahr 2018 wurden die Zielvorgaben für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz nach oben korrigiert.

Zentrale Ziele für 2030 sind:

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990)
- Erhöhung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen auf mindestens 32%
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5%.

Durch die Senkung der Treibhausgasemissionen um 40% soll die EU auf eine klimaneutrale Wirtschaft hinarbeiten und ihre Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris umsetzen.

Um diese Zielvorgabe zu verwirklichen

- müssen die unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallenden Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 43% gegenüber dem Stand von 2005 senken. Hierfür muss das EHS für den Zeitraum nach 2020 überarbeitet werden;

- müssen nicht unter das EHS fallende Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 30% gegenüber dem Stand von 2005 senken. Hierfür wurden individuelle verbindliche Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt. Für Österreich wird eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 36% angestrebt.

Als Teil des europäischen Grünen Deals will die Kommission dieses EU-Ziel auf mindestens 50% anheben und 55% anstreben. Bis zum Jahr 2050 wird Klimaneutralität angestrebt, es sollen dann keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Die genaue Umsetzung wird aktuell diskutiert.

1.5.7
OECD: „Better Life" und „Green Growth Initiativen"

Im Mai 2011 wurde anlässlich des 50. Geburtstags der OECD die *Better Life Initiative* ins Leben gerufen, in der man die Aktivitäten der Organisation zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung zusammenfasste. „How's Life?" betrachtet die Entwicklungen von Indikatoren zum Wohlbefinden von Individuen und Haushalten und analysiert Zusammenhänge und Einflüsse. Zudem umfasst die OECD-Initiative das interaktive Tool „Your Better Life Index" (BLI). Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Dimensionen der Lebensqualität gelegt, wie sie von Stiglitz et. al. (2009) vorgeschlagen wurden. Untersucht werden sowohl durchschnittliche Lebensbedingungen der Haushalte als auch spezifischer Bevölkerungsgruppen in der OECD. Neben dieser stark analytischen Dimension setzt die OECD mit dem BLI verstärkt auf Kommunikation und Breitenwirksamkeit ihrer Initiative. Der BLI ist ein interaktives Instrument, durch das man herausfinden kann, wie Länder im Vergleich abschneiden und das es ermöglicht, die einzelnen Komponenten des Wohlbefindens nach eigenen Vorstellungen zu gewichten. Im März 2020 wurde der aktuelle Bericht zu „Better Life" veröffentlicht (OECD 2020).

Das oberste Ziel der „Green Growth Strategie" (aktuellster Bericht OECD 2017b) für umweltverträgliches Wachstum ist die Schaffung von Anreizen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie z.B. die Ressourcenproduktivität verbessern.

2

Materieller Wohlstand

Historischer Einbruch des realen BIP pro Kopf

BIP pro Kopf ging 2020 real um 7,1% zurück

Deutlicher Rückgang bei Einkommen

Einkommen der privaten Haushalte schrumpfte real pro Kopf um 2,6%

Starker Anstieg der Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote stieg 2020 auf 5,4% (EU27 7,1%)

2.1
Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert, und tatsächlich kann der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes gut daran abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Performance. Es bildet die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft ab. Die Berechnung des BIP beruht auf internationalen Standards, die durch das ESVG 2010 aktualisiert wurden. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ* wieder. Der Lebensstandard der Bevölkerung lässt sich daran aber nicht automatisch ablesen. Der materielle Wohlstand eines Landes wird nicht nur von der Größe der wirtschaftlichen Produktion bestimmt, sondern auch vom Einkommen, den Konsummöglichkeiten sowie von der Einkommens- und Vermögensverteilung.

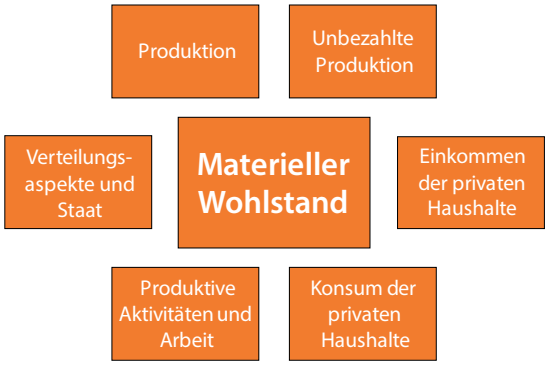
Wie der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report (Stiglitz et al. 2009, S. 85) verdeutlicht, korreliert das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards. Allerdings kann das BIP naturgemäß nicht alle Aspekte von Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft abbilden, manche weisen auch negative Korrelationen auf. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010c, S. 2) zum Thema „Das BIP und mehr" festgehalten, misst dieses *„weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird"*. Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, S. 12ff) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf also lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Folgende konkrete Vorschläge werden genannt:

- Fokus auf Einkommen und Konsum und Betrachtung von Vermögen
- Hervorhebung der Haushaltsperspektive
- Höheres Gewicht auf Verteilungsaspekte
- Erweiterung der Kennzahlen um Nichtmarktaktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf. Er skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so aufbereitet werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach ist das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z.B. Gratiskindergarten) zu erweitern. Die Darstellung des Konsums von Haushalten hat detaillierter zu erfolgen. Zudem soll die Verteilung von Einkommen und Vermögen besser abgebildet und auch jene Produktion, die nicht am „Markt" stattfindet (wie etwa Haushaltsarbeit oder Kinderbetreuung), dargestellt werden.

Grafik 2
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Daten für die Indikatoren des materiellen Wohlstands liefert zu einem großen Teil die VGR. Aus der VGR stammen, neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf, jeweils dargestellt in der preis- bzw. kaufkraftbereinigten Entwicklung. Um den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) gerecht zu werden, wurde die Dimension Produktion durch die Dimension unbezahlte Produktion ergänzt. Erweitert wurde das Set in der Dimension Verteilung und Staat um die Indikatoren der inflationsbereinigten Entwicklung hoher und niedriger Nettoeinkommen unselbständiger Beschäftigter aus Lohnsteuer- und Hauptverbandsdaten sowie dem S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis aus dem EU-SILC-Datensatz (dem Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%), dem Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturer-

hebung, um Aspekte der Einkommensverteilung abzudecken, sowie dem öffentlichen Schuldenstand nach Maastricht. Weiters wurde nach den Rückmeldungen der Stakeholder das Indikatorenset um die Arbeitsproduktivität ergänzt. Die Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit" enthält als Schlüsselindikatoren die Erwerbstätigen- und die Arbeitslosenquote.

Übersicht 5
Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung

Materieller Wohlstand	**Kurzfristig** (letzte 3 Jahre)	**Langfristig** (gesamte Zeitreihe)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
Arbeitsproduktivität		
Nicht bezahlte Arbeit	–	–
Einkommen privater Haushalte pro Kopf		
Konsum privater Haushalte pro Kopf		
Erwerbstätigenquote		
Arbeitslosenquote		
Hohe/niedrige Nettojahreseinkommen		
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis		
Gender Pay Gap		
Öffentlicher Schuldenstand		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

2.2
Produktion

Die marktwirtschaftliche Produktion stellt einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Zu berücksichtigen ist, dass einerseits nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht ausreichend in den Marktpreisen reflektiert werden.

Im gesamten Indikatorenset *WgÖ* bildet das Bruttoinlandsprodukt (BIP, real, pro Kopf) den Ausgangspunkt, dem weitere 30 Schlüsselindikatoren gegenübergestellt werden. Es gibt den innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft hergestellten Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich Vorleistungen) an.

Das BIP ist ein Indikator für die – überwiegend – wirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sie die Basis der Einkommen ist, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zur Verfügung stehen. Gesellschaftlicher Wohlstand insgesamt kann durch das BIP alleine allerdings nicht umfänglich beschrieben werden.

Als Zusatzindikatoren werden in der Dimension Produktion auch das BIP zu laufenden und konstanten Preisen dargestellt.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde daher die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, wie der Produktionsfaktor Arbeit zum Produktionsniveau beiträgt bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.2.1
Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)

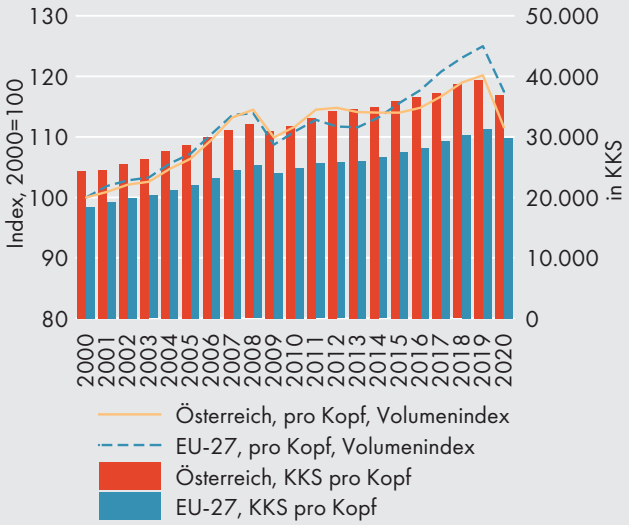
Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die in einer Volkswirtschaft in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird als Schlüsselindikator das BIP preisbereinigt („real") ausgewiesen. Das BIP wird hier aus zwei Gründen pro Einwohnerin und Einwohner gezeigt: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg, verlief nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 jedoch eher flach. Das BIP pro Kopf wies 2017 bis 2019 zwar positive Wachstumsraten auf, mit der COVID-19-Krise 2020 brach die Wirtschaftsleistung jedoch wiederum deutlich ein. Dies ist kurz- und mittelfristig eine große Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Fortsetzung des Wachstumspfades. Langfristig, d. h. in der Zehnjahresrückschau, fällt die Bewertung daher moderat positiv aus, während die kurzfristige Entwicklung, auch im Vergleich zur Entwicklung in den EU-27 Staaten, als tendenziell negativ eingestuft wird."

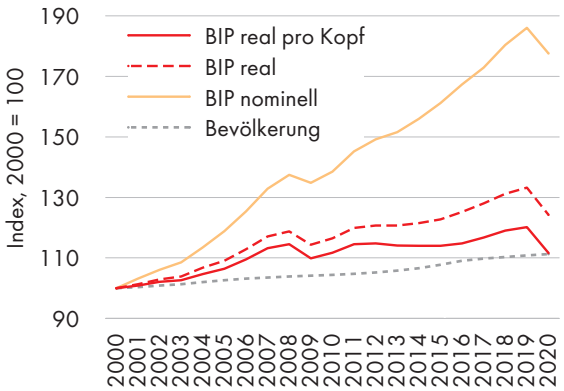
Der *WgÖ*-Schlüsselindikator, das BIP pro Kopf, wuchs zwischen 2000 bis 2019 um durchschnittlich etwa 1,0% pro Jahr. Im Jahr 2020 brach das BIP pro Kopf bedingt durch die COVID-19-Krise um 7,1% ein. Dieser dramatische Rückgang innerhalb eines Jahres ist somit der stärkste reale Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit und übersteigt sogar deutlich den Rückgang im Finanzkrisenjahr 2009 (-4,0%). Im Jahr 2020 schrumpfte die gesamte österreichische Wirtschaftsleistung real um 6,7%, die Bevölkerung stieg um 0,4% und das reale BIP pro Kopf reduzierte sich damit um 7,1%.

Grafik 3
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Grafik 4
Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Bevölkerungsstatistik; Eurostat.

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung fiel im Produzierenden Bereich mit real -5,6% geringer aus als im Dienstleistungsbereich mit real -7,3%. Maßgeblich für den Rückgang im Produzierenden Bereich war die Herstellung von Waren mit real -7,0%. Das Minus im Bauwesen (real -3,0%) fiel im Vergleich dazu geringer aus. Im Dienstleistungssektor zeigte sich der Einbruch besonders deutlich in der Beherbergung und Gastronomie (real -40,1%), bei den Kultur-, Unterhaltungs- und persönlichen Dienstleistungen (real -19,7%) sowie den Verkehrsdienstleistungen (real -13,0%). Der Handel schrumpfte 2020 real um -4,2%, während die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen als eine von wenigen Branchen ein Wachstum (real +5,1%) verzeichneten.

Der Rückgang des BIP pro Kopf im Pandemie-Jahr 2020 fiel in der EU-27 im Durchschnitt um rund 1,1 %-Punkte geringer aus als in Österreich. Der durchschnittliche Rückgang des BIP pro Kopf betrug für die EU-27 2020 6,0 % pro Jahr, für Österreich 7,1 %. Damit verbunden war auch ein Rückgang des Niveaus des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), Österreich lag jedoch 2020 weiterhin mit 37.180 Euro und Rang fünf deutlich über dem EU-27-Schnitt von 29.894 Euro.

Grafik 4 zeigt die Entwicklung des nominellen und realen BIP, des realen BIP pro Kopf sowie die Bevölkerungsentwicklung seit 2000. Betrachtet man die gesamte Zeitreihe von 2000 bis inklusive dem COVID-19-Krisenjahr 2020, so wuchs die österreichische Wirtschaft (real) durchschnittlich um 1,1% pro Jahr (nominell: 2,9% pro Jahr), das Bevölkerungswachstum lag im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,5% und das reale BIP pro Kopf verzeichnete damit ein durchschnittliches Wachstum von 0,6%.

2.2.2 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion eingesetzten Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge dieser Gebrauchswerte eingesetzt wird.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

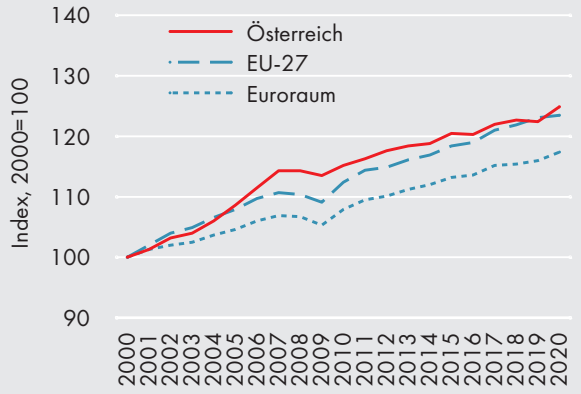
„Seit 2000 verläuft die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich weitgehend parallel zu jener der EU-27. Dies ist aufgrund des Aufholbedarfs einiger neuer EU-Mitglieder positiv zu beurteilen, weil diese Länder besonders hohe Wachstumsraten bei der Arbeitsproduktivität aufweisen. Die Entwicklung 2019 bis 2020 mit dem deutlichen Anstieg ist durch die COVID-19-Krise verzerrt, da der Einbruch des Arbeitsvolumens stärker als jener des BIPs ausfiel. Dementsprechend wird die kurzfristige Entwicklung tendenziell positiv und die langfristige Entwicklung sehr positiv gesehen.“

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist Vorsicht geboten. Die Bezeichnung impliziert nicht, dass mit der Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst ist. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungs-

steigerung des Faktors Arbeit, sondern vielmehr einer Vermehrung beziehungsweise Verbesserung des Einsatzes der Betriebsmittel. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2020 um durchschnittlich 1,1% pro Jahr. Im COVID-19-Krisenjahr 2020 kam es durch den starken Rückgang des BIP bei einem unterproportionalen Rückgang der Arbeitsstunden zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität von 2,0% im Vergleich zum Vorjahr.

Grafik 5
Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Im Vergleich zu Österreich (mit 2,0%) stieg die Arbeitsproduktivität im COVID-19-Krisenjahr 2020 im Euroraum etwas geringer um 1,2%, in der EU-27 kam es zu einem Anstieg von 0,3%. Betrachtet man die gesamte Zeitreihe 2000 bis 2020 so stieg die Arbeitsproduktivität in Österreich (+24,9%) und der EU-27 (+23,5%) sehr ähnlich, trotz des Aufholbedarfs einiger neuer EU-Mitglieder, während der Euroraum nur einen Anstieg von 17,4% verzeichnete. Beeinflusst wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch den technologischen Fortschritt in der Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Ausschlaggebend für die Produktivitätsentwicklung, welche langfristig entscheidend ist für das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft, sind unter anderem Forschung und Innovation (Romer, 1990). Das European Innovation Scoreboard der Europäischen Kommission klassifiziert Österreich anhand des Composite Indicator Summary Innovation Index als „starken Innovator". Dieser Composite Indicator berücksichtigt anhand von 27 Indikatoren die Dimensionen für Innovation wie relevante Rahmenbedingungen, Investitionen, Innovationsaktivitäten und deren Auswirkungen und wertet damit die Performance der Mitgliedstaaten im Innovationsbereich. Relativ gut schneidet Österreich bei öffentlich-privaten und internationalen wissenschaftlichen Publikationen, bei innovativen Klein- und Mittelbetrieben, die mit anderen zusammenarbeiten, und bei ausländischen Doktoratsstudierenden ab. Relativ schlecht hingegen bei Beschäftigung in schnell wachsenden Unternehmen innovativer Sektoren, Venture-Capital-Ausgaben und Ausgaben für Exporte von wissensintensiven Dienstleistungen. Im Verhältnis zur EU ist Österreich stärker bei Unternehmen mit Top-F&E-Ausgaben, Gesamtunternehmertätigkeit und BIP pro Kopf und relativ schwach bei Nettozuflüssen ausländischer Direktinvestitionen, dem Umsatzanteil von Großunternehmen und unternehmerischer Grundbildung (Europäische Kommission, 2020).

2.3 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. Kinder- und Altenbetreuung, Putzen, Kochen, u.a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher in ihrem Bericht (Stiglitz et al. 2009, S. 14, Recommendation 5: Broaden income measures to non-market activities), dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Die Dimension der Nichtmarktproduktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Familie und Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute auf dem Markt erworben. Diese Veränderung kommt in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck, stellt jedoch lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern mehr Produktion gemessen, die aber auch entsprechend entlohnt wird.

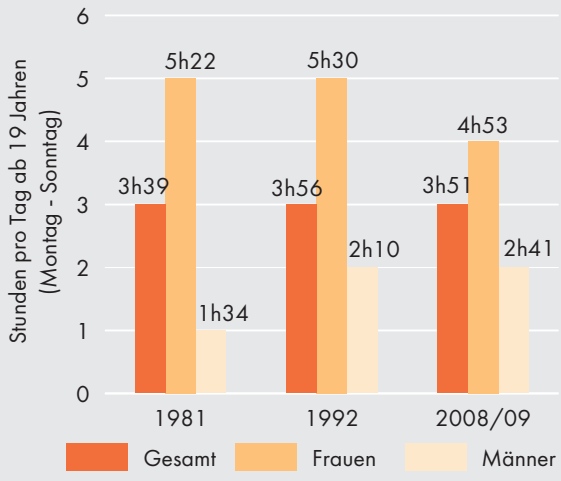
Die aktuellen Daten zur Zeitverwendungserhebung stammen aus den Jahren 2008/2009. Seit 2020 läuft eine neue internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen. In Österreich wird die Erhebung 2021 bis 2022 durchgeführt und erfolgt im Einklang mit den Harmonised Time Use Survey Guidelines der EU. Die daraus gewonnenen Daten können zukünftig zur Aktualisierung der Dimension verwendet werden.

2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

„Unbezahlte Arbeit" setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet.

Die Struktur der unbezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert (siehe Grafik 6). Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, hingegen fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt für nicht bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

Grafik 6
Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit

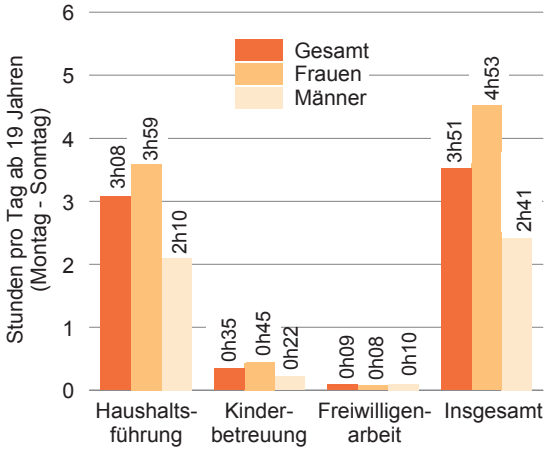


Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung.

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 10 Minuten.

Grafik 7

Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/2009.

2.4 Einkommen der privaten Haushalte

Stiglitz et. al. (2009) fordern, für die Bewertung des materiellen Wohlstands eines Landes insbesondere die privaten Haushalte in den Blick zu nehmen. Kennzahlen zu Konsum und Einkommen der Haushalte liefern hierfür wichtige Informationen. Die verfügbaren VGR-Daten zeigen für viele Länder der OECD und auch für Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf häufig anders darstellt als jene des realen BIP.

Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungsströmen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen, die in Haushaltsbefragungen wie Mikrozensus oder EU-SILC nicht einbezogen werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt). Dadurch wird im internationalen Vergleich auch die staatliche Umverteilung berücksichtigt.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S. 12) lautet daher: „When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production". Einkommen und Konsum betreffen dabei das originäre Ziel der Produktion, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen deutlich unter Herstellungskosten zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts" dargestellt werden. Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" und beim „Konsum der privaten Haushalte" nach dem Verbrauchskonzept erfasst. Zwei Zusatzindikatoren zur Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Aufkommensseite und der Verwendungsseite zeigen das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten, monetären Sozialleistungen und sozialen Sachtransfers.

2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als einkommensäquivalent behandelt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Nach einem anfänglichen Anstieg im Jahr 2000 stagniert das Haushaltseinkommen pro Kopf seit 2008 und konnte dem positiven Trend des BIP-Wachstums der Jahre 2010 und 2011 nicht folgen. Die Entwicklung in den letzten Jahren verlief parallel zur Entwicklung des BIP pro Kopf und stieg damit leicht an, bevor es zu einem deutlichen Einbruch im Zuge der COVID-19-Krise 2020 kam, der aber weniger stark ausfiel als jener des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt damit ebenfalls verhalten bzw. neutral aus."

Gäbe es die Leistungen von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht, müssten die Einkom-

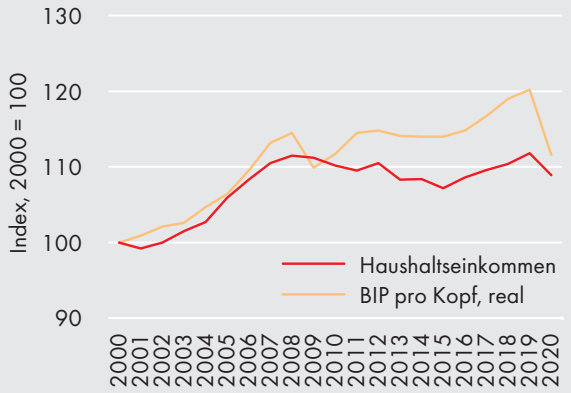
men ohne Sachtransfers genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche Wohlstandsniveau zu erreichen. Die Berücksichtigung der Transferströme erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt (d.h. „real") ausgewiesen.[7]

Entscheidend für den Lebensstandard der Menschen im Land sind das Niveau und die Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Neben dem BIP als Indikator für die Produktion müssen daher Einkommensindikatoren in den Blick genommen werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2020 durchschnittlich um 0,4% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +0,6% pro Jahr), wie aus Grafik 8 ersichtlich. Nach einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen pro Kopf um 1,3% im Jahr 2019 kam es im COVID-19-Jahr 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Einkommen um 2,6%. Die Gesundheitskrise wirkte sich jedoch wesentlich weniger stark auf die real verfügbaren Einkommen pro Kopf aus, als dies beim realen BIP pro Kopf der Fall war (-7,1%). Insgesamt liegen die Einkommen 2020 etwas über dem Niveau von 2013.

Grafik 8

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)

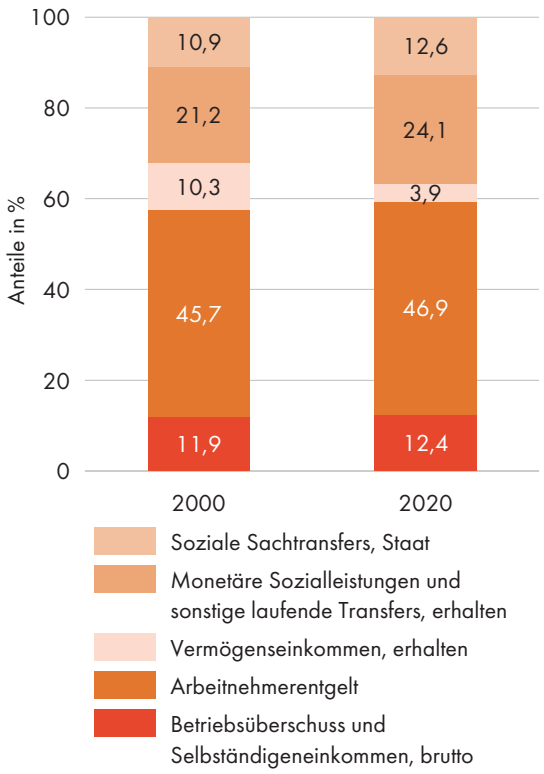


Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Grafik 9 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommensseite (Komponenten, aus denen sich das gesamte Haushaltseinkommen zusammensetzt) im Zeitverlauf. Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war 2020 die unselbständige Arbeit (46,9%). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel (12,6%) zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu diesen Sachtransfers zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleistungen. 24,1% der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers, wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachten. 12,4% stammen aus Betriebsüberschüssen und Selbständigeneinkommen. 3,9% flossen schließlich den Haushalten in Form von Vermögenseinkommen (z.B. Zinsen oder Dividenden) zu. Im Vergleich zu 2000 zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen. Lediglich der Anteil der Vermögenseinkünfte ging von 10,3% auf 3,9% zurück, während die Anteile der sozialen Sachtransfers sowie der monetären Sozialleistungen leicht anstiegen.

Grafik 9

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (2000 und 2020)

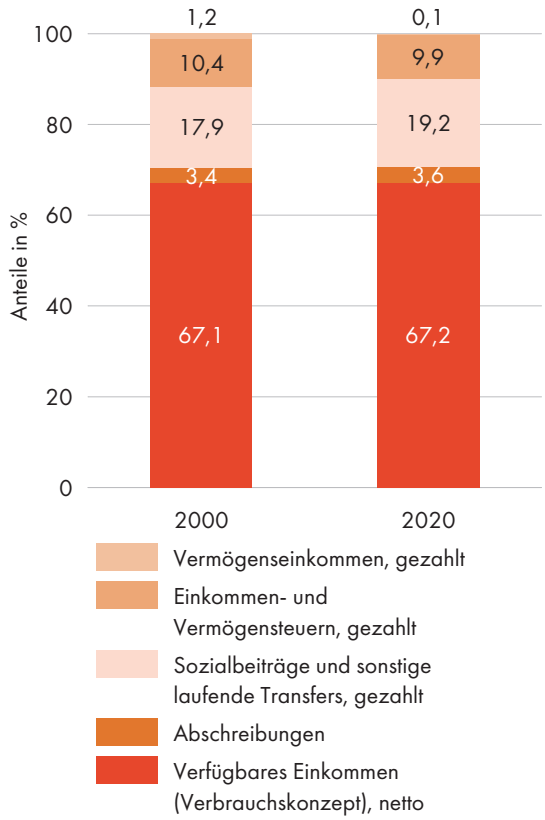


Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

[7] Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

Grafik 10

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Auf der Verwendungsseite leitet sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt ab (Grafik 10): 67,2% der Summe aus Primäreinkommen und sozialen Sachtransfers hatten die privaten Haushalte 2020 für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Von den gesamten Einkommenszuflüssen wurden 9,9% für Einkommen- und Vermögenssteuern, 19,2% für Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers sowie 3,6% für Abschreibungen, Zinsen und Pachten verwendet. Auch auf der Verwendungsseite zeigen sich kaum Unterschiede in der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens zu 2000.

2.5
Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen.[8] Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Durch die Darstellung des Konsums je Einwohnerin und Einwohner wird einerseits der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der internationale Vergleich ermöglicht.

Zwei Zusatzindikatoren zu den Konsumausgaben privater Haushalte geben Aufschluss über die Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers sowie über die monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommen.

2.5.1
Schlüsselindikator Haushaltskonsum

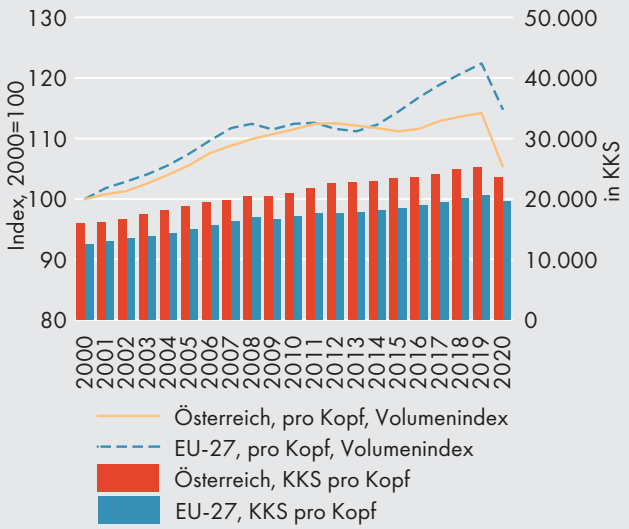
Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt bei der Beurteilung von Wohlstand. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Um darzustellen, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedigung) zur Verfügung stehen, eignet sich daher der Indikator Konsum der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 bis vor der COVID-19-Krise 2020 war eingeschränkt positiv zu sehen. 2019 wurden von den privaten Haushalten pro Kopf zwar mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung eindeutig weniger dynamisch als jene des BIP und lag in den letzten Jahren auch deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt. Mit der COVID-19-Krise 2020 ging der Konsum der privaten Haushalte spürbar zurück. Kurzfristig fällt die Bewertung aufgrund des auch im EU-Vergleich stärkeren Rückgangs moderat negativ aus, während der langfristige Verlauf als neutral bewertet wird."

Grafik 11
Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Eurostat.

Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durch-

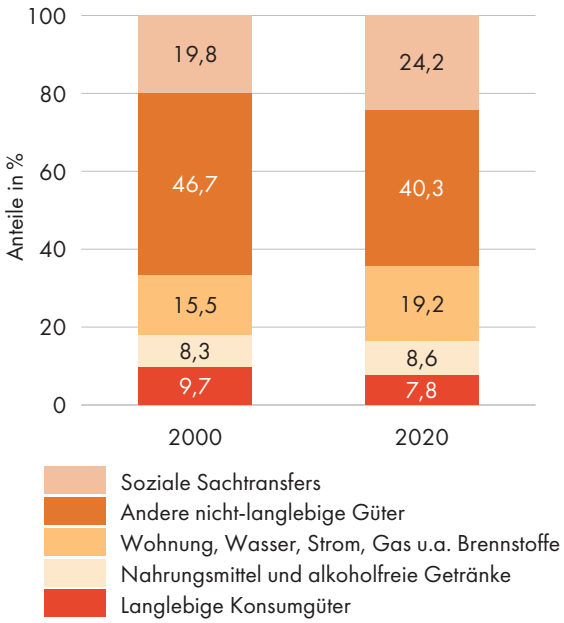
[8] Der implizite Preisindex des Konsums der privaten Haushalte folgt nach dem Verbrauchskonzept.

schnittlich um 0,3% pro Jahr (siehe Grafik 11). Im Vergleich dazu fiel das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2020 mit 0,6% p.a. etwas kräftiger aus. Im Gegensatz zum Wirtschaftskrisenjahr 2009 (+0,7% pro Kopf), ging der reale Konsum im Corona-Krisenjahr 2020 um 7,7% zurück (EU-27: 6,1 %). Dieser massive Rückgang lässt sich vor allem auf die Einschränkungen im Freizeitbereich (insbesondere Gastronomie, Beherbergung, Kultur- und Sportdienstleistungen) zurückführen.

Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel 2020 auf nicht dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch 64,5% des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept. Nahrungsmittel und nicht alkoholische Getränke machten 2020 8,6% des Konsums aus, ebenso wie der Anteil langlebiger Konsumgüter (wie Möbel und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Fahrräder oder Informationsverarbeitungsgeräte) mit 7,8%. Auf das Wohnen entfielen 19,2% der Haushaltsausgaben. Diese umfassen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser und Heizung. 24,2% des Konsums speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers dem Konsum der Haushalte nach dem Verbrauchskonzept zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Andere nicht langlebige Konsumgüter, d.h. kurzlebige Konsumgüter (beispielsweise Bekleidung und Schuhe), Verbrauchsgüter (wie Güter für die Körperpflege) oder Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur) machten insgesamt 40,3% der Konsumausgaben aus (Grafik 12)

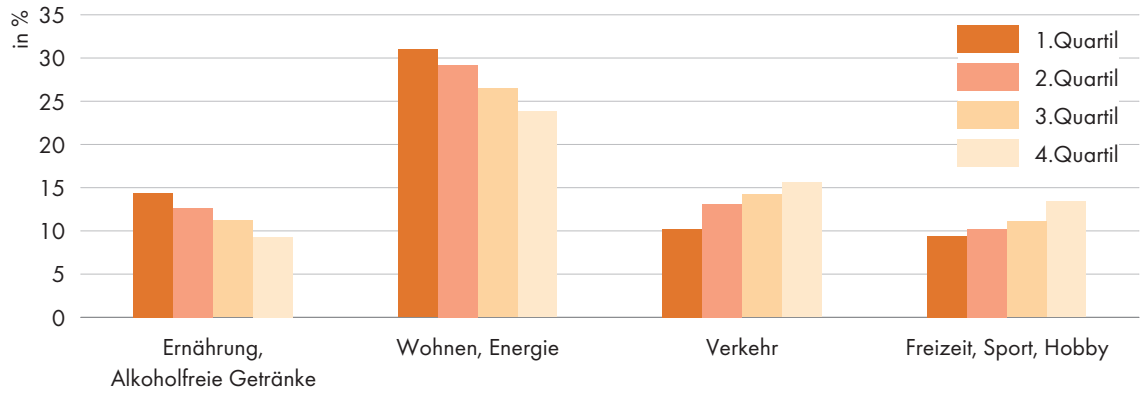
Vergleicht man die Konsumausgaben des Jahres 2000 mit dem aktuellen Jahr 2020 so veränderte sich die Struktur des Konsums etwas. Der Posten „Wohnung, Wasser, Strom etc." stieg von 15,5% auf 19,2% an. Der Konsum langlebiger Konsumgüter fiel von rund 9,7% auf 7,8% zurück. Auch die Ausgabenposition „soziale Sachtransfers" erhöhte sich leicht: 2000 betrug ihr Anteil am Gesamtkonsum 19,8%, 2020 waren es 24,2%. Die größte Position der anderen nicht langlebigen Konsumgüter lag 2000 bei 46,7%, 2020 waren es 40,3%. Dabei ist zu beachten, dass das COVID-19-Jahr 2020 hinsichtlich der Anteile des Konsums eine Ausnahmesituation und damit ein zum Teil von den Vorjahren abweichendes Konsumverhalten widerspiegelt.

Grafik 12
Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Konsum nach Verbrauchskonzept.

Grafik 13
Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Konsumerhebung 2019/20. - Äquivalenzeinkommen und -ausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren = 0,5, Kinder unter 14 Jahren = 0,3. - Wohnen: Um einen Vergleich des Mietaufwands zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Wohnformen (Eigentum/Miete) zu ermöglichen, werden für Erstwohnungen, für die keine tatsächlichen Mietausgaben existieren (Haus-, Wohnungseigentum, mietfreie Objekte) fiktive Mietwerte errechnet.

Die monatlichen Verbrauchsausgaben unterscheiden sich jedoch erheblich nach Einkommensgruppen. Als Zusatzinformation werden daher die Verbrauchsausgaben der Haushalte nach Einkommensquartilen betrachtet. Verwendet werden dazu die Daten aus der aktuellen Konsumerhebung 2019/20. Wie aus Grafik 13 ersichtlich, verschieben sich mit geringem Einkommen die Anteile der Ausgaben der Haushalte verstärkt zu den Grundbedürfnissen Wohnen und Ernährung. 30,9% bzw. 5% für Wohnen bzw. Ernährung im untersten Einkommensquartil stehen 21,6% bzw. 9,7% im obersten Einkommensquartil gegenüber. Einkommensstarke Haushalte geben dagegen mehr für Verkehr und Freizeit aus (10,1% bzw. 10,2% im untersten Quartil gegenüber 15,1% bzw. 15,8% im obersten Quartil).

2.6
Produktive Aktivitäten und Arbeit

Produktive Aktivitäten umfassen sowohl bezahlte Arbeit als auch unbezahlte Tätigkeiten. Da die Datenlage für Letztere aber eher lückenhaft ist, zielen die hier diskutierten Indikatoren auf den Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit ist sowohl eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard als auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit kann daher ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Seit dem Überarbeitungsprozess 2017 ist sie im Kapitel materieller Wohlstand verortet.

Arbeit liefert dabei nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens, sondern bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erweisen. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus.

WgÖ-Schlüsselindikatoren für die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit sind die Erwerbstätigenquote, die auch den Schlüsselindikator der Europa-2020-Strategie für den Bereich Arbeitsmarkt darstellt, und die Arbeitslosenquote. Als Zusatzinformation wird die Jugendarbeitslosenrate dargestellt.

2.6.1
Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote

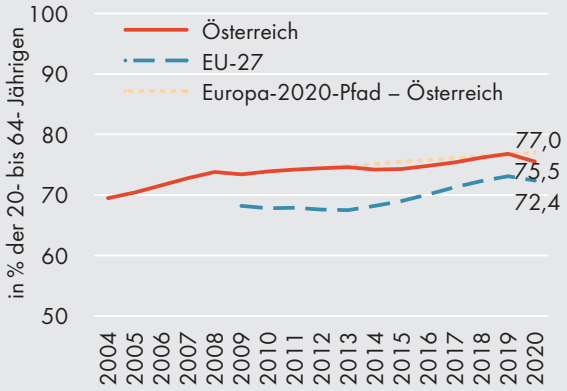
Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildiener gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Von 2004 bis 2020 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote merklich von 70% auf 75,5%. Nach stagnierenden Werten im Zeitraum 2008 bis 2015 stieg die Erwerbstätigenquote 2016 bis 2019 (76,8%) wieder deutlich an, fiel jedoch im Zuge der COVID-19-Krise 2020 mit 75,5% unter den Europa-2020-Zielwert von 77%. Die Erwerbstätigenquote liegt über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg und auch 2020 über dem Vergleichswert der EU-27, auch wenn z.B. die nationale Erwerbstätigenquote von Älteren im EU-Vergleich geringer ausfällt. Die langfristige Entwicklung wird vor diesem Hintergrund moderat positiv bewertet, die kurzfristige Entwicklung aufgrund des Rückgangs 2020 neutral."

Im Zuge der Europa-2020-Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator für die Beschäftigung definiert: Bis 2020 sollten in Österreich 77% der 20- bis 64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. In Folge der COVID-19-Krise lag die Erwerbstätigenquote 2020 in Österreich bei 75,5% und fiel damit unter den Zielwert. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014 stieg die Erwerbstätigenquote ab 2015 wieder an und erreichte 2019 76,8%. Die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zeigten deutliche, teils branchenspezifisch unterschiedliche Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt, welche im Jahr 2020 mit einem Rückgang der Erwerbstätigenquote um 1,3%-Punkte auf 75,5% verbunden waren.

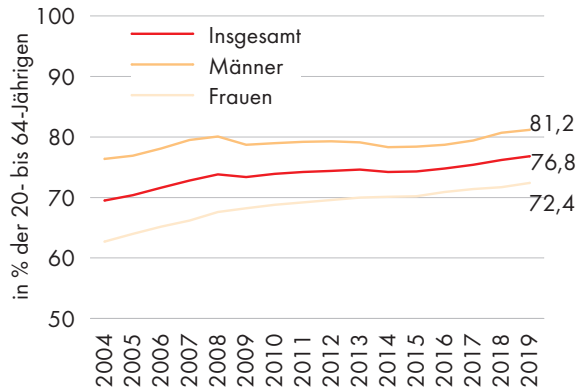
Grafik 14
Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

In der EU-27 gab es zwischen 2009 und 2014 eine Stagnation bei der Erwerbstätigenquote, danach folgte ein Anstieg. 2019 lag die durchschnittliche EU-27-Quote bei 73,1% und damit deutlich unter jener von Österreich. Im Corona-Krisenjahr 2020 kam es in der EU-27 zu einem geringen Rückgang der Erwerbstätigenquote von 0,7%-Punkten auf 72,4%.

Grafik 15
Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen hält dabei weiter an, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht. In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2020 bei 71,5%, jene der Männer betrug 79,5%. Die Quote der Männer stieg zwischen 2009 und 2013 nur geringfügig an, ging 2014 leicht zurück und stieg 2015 bis 2019 wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2004 noch bei 63% und steigt seit 2009 jährlich um durchschnittlich 0,4%. Vom Rückgang der Erwerbstätigenquote 2020 waren Männer (1,7%-Punkte) stärker betroffen als Frauen (0,9%-Punkte). Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch 2020 mit 8%-Punkten noch beträchtlich.

2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis[9] gelten als erwerbstätig. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Über den gesamten Beobachtungszeitraum sind kleinere Bewegungen, aber keine wesentliche Verbesserung der Arbeitslosenquote erkennbar. Gemessen an der Hochkonjunktur in den Jahren bis 2019 und in absoluten Zahlen war die Arbeitslosigkeit über den gesamten Zeitraum jedenfalls zu hoch, zudem fällt die Quote nach nationaler Definition wesentlich höher aus als nach internationaler Definition. Die langfristige Bewertung fällt daher tendenziell negativ aus. Mit der COVID-19-Krise 2020 stieg die Arbeitslosigkeit deutlich an, dass der Anstieg nicht noch kräftiger ausfiel, lag insbesondere an den vielen Erwerbstätigen in Kurzarbeit. Die kurzfristige Entwicklung wird ebenfalls moderat negativ bewertet.“

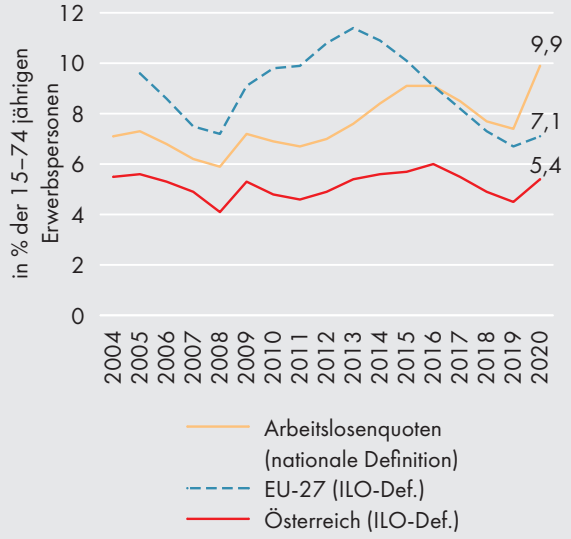
In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach internationaler Definition seit 2004 in mehreren Phasen. 2009 stieg die Arbeitslosigkeit krisenbedingt deutlich an, in Folge entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Durch eine anschließende mehrjährige Stagnationsphase der Wirtschaft stieg die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2012 bis 2016, welche sich verfestigte und zu einem Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit führte. Nach einem Rückgang der Arbeitslosigkeit aufgrund der besseren konjunkturellen Lage bis 2019 führte die COVID-19-Krise 2020 jedoch wieder zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 4,5% auf 5,4%.

Während nach der internationalen Definition der Arbeitslosenquote alle Personen als arbeitslos gelten, die angeben, zum Erhebungszeitpunkt weniger als eine Wochenstunde gearbeitet zu haben, in den vorangegangenen vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht zu haben und für den Arbeitsmarkt sofort (d.h. binnen zwei Wochen) verfügbar zu sein, sind nach der nationalen Definition all jene arbeitslos, die beim Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos registriert sind. Personen in Schulungen und Ausbildungen gelten in dieser Definition jedoch nicht als arbeitslos. Auch die Bezugsgrößen unterscheiden sich bei den beiden Definitionen: Bei der internationalen Definition ergibt sich die Quote als Verhältnis der Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Summe der erwerbstätigen Personen, d.h. auch der Selbständigen, und der Arbeitslosen) im Alter von 15 bis 74 Jahren, bei der nationalen Definition als das Verhältnis der Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotenzial (Summe der unselbständig Erwerbstätigen plus der Arbeitslosen).

[9] Bis zu einer Karenzierungsdauer von maximal 22 Monaten.

Betrachtet man die Arbeitslosenquote anhand der nationalen Definition, so ist diese im Zuge der mehrjährigen Stagnationsphase der Wirtschaft bis 2016 stärker gestiegen und lag im COVID-19-Krisenjahr 2020 bei 9,9% und damit 4,5%-Punkte über der Quote nach ILO-Definition.

Grafik 16
Arbeitslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen (ILO- und nationale Definition)



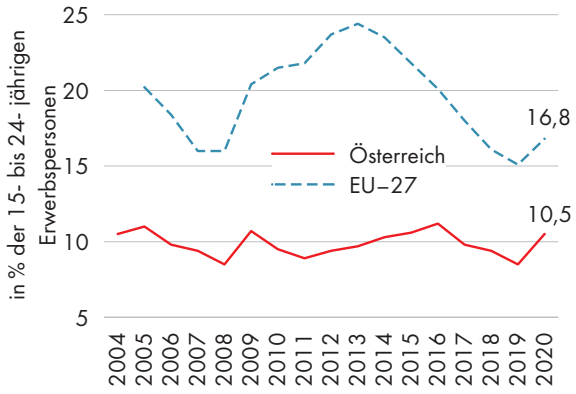
Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung, Eurostat.

Auch die Arbeitslosenquote der Älteren (55- bis 64-Jährige) unterscheidet sich je nach Berechnungsmethode. Nach internationaler (ILO)-Definition lag diese relativ niedrig bei 4,0% und damit unter der Arbeitslosenquote insgesamt von 5,4%. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, zieht man die nationale Definition heran. Hier liegt 2020 die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen mit 12% deutlich höher und auch 2,6%-Punkte über dem Durchschnitt von 9,9%. Relevant ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur die Arbeitslosenquote, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit. Hier zeigt sich, dass ältere Personen, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind, deutlich schwieriger wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach ILO-Definition ist in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen mit 11 Monaten fast dreimal länger als über alle Altersgruppen insgesamt (4 Monate).

Die Arbeitslosigkeit stellte bereits vor der Corona-Krise in vielen Ländern der Europäischen Union eine große Herausforderung dar. 2013 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-27 einen Spitzenwert von 11,4%. Seither ging die Quote wieder zurück und lag 2019 bei 6,7%, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. Mit den Auswirkungen der zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen stieg die Arbeitslosigkeit in der EU-27 erneut an und lag 2020 bei 7,1%.

Der Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit zeigt eine ähnliche Entwicklung wie für die Arbeitslosigkeit insgesamt: Die Situation für junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren war in Österreich vor wie nach der Wirtschaftskrise 2009 deutlich günstiger als in den meisten Vergleichsländern und in der EU-27. Nach einem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit seit 2014, zeigen sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sowohl in Österreich als auch international besonders deutlich in dieser Altersgruppe. Nach einem Rückgang der Jugendarbeitslosenquote in der EU-27 seit 2014 (15,1% in 2019), stieg diese 2020 sprunghaft um 1,7%-Punkte auf 16,8% an. Ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau konnte in Österreich ab 2017 ein Rückgang der Jugendarbeitslosenrate erreicht werden, welcher sich bis 2019 (8,5%) fortsetzte. Im COVID-19-Jahr 2020 gab es einen deutlichen Anstieg um 1,9%-Punkte auf 10,5%, der Wert liegt damit aber weiterhin klar unter jenem der EU-27 mit 16,8%.

Grafik 17
Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

2.7
Verteilung und Staat

Fragen der Verteilung materieller Ressourcen und gesellschaftlicher Disparitäten stehen immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Diskurses. Dies betrifft insbesondere verteilungspolitisch relevante Themen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Lohnpolitik oder der Sozialpolitik. Verteilungsaspekte sind daher bei der Betrachtung von Einkommen, Konsum oder Wohlstand relevant.

Verteilungsmaße sind ein wesentlicher Teil des *WgÖ*-Indikatorensets. Der erste Schlüsselindikator stellt die Entwicklung der hohen und niedrigen preisbereinigten Nettojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten dar. Er beleuchtet somit Verteilung der Einkommen unselbständig Erwerbstätiger auf Basis von Lohnsteuerdaten. Wichtiges Entscheidungskriterium für diese Maßzahl war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Als zweiter Schlüsselindikator wurde das Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintil der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen gewählt. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die Verteilung nach staatlichen Umverteilungsmaßnahmen auf Basis von Haushaltsdaten (EU-SILC). Als dritter Schlüsselindikator gibt der Gender Pay Gap Auskunft über geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur. Ein neuer Schlüsselindikator zum öffentlichen Schuldenstand nach Maastricht liefert zusätzlich Informationen zur Solidität der öffentlichen Finanzen.

Die Dimension Verteilung und Staat ist im *WgÖ*-Indikatorenset mit vier Schlüsselindikatoren vertreten: der realen Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, dem S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der Haushalte, dem Gender Pay Gap und dem öffentlichen Schuldenstand.

Schließlich wird über die Verteilung der Einkommen hinaus, auf Basis des von der OeNB erhobenen Household, Finance and Consumption Survey auch Auskunft über die Verteilung der Vermögen gegeben. Drei Zusatzindikatoren zur Vermögensverteilung ergänzen das Indikatorenset in der Dimension Verteilung.

2.7.1
Schlüsselindikator hohe und niedrige Nettojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Nettojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommensquartil einander gegenübergestellt.[10]

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Seit 2000 war ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Nettoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen zu beobachten, was teilweise auf das Ansteigen der Teilzeitquote zurückzuführen ist. Diese Entwicklung wird in der Langfristbetrachtung neutral bewertet. Die kurzfristige Bewertung bis 2019 (2020 noch nicht verfügbar) fällt tendenziell positiv aus, da sich die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen in den letzten Jahren leicht verringerte."

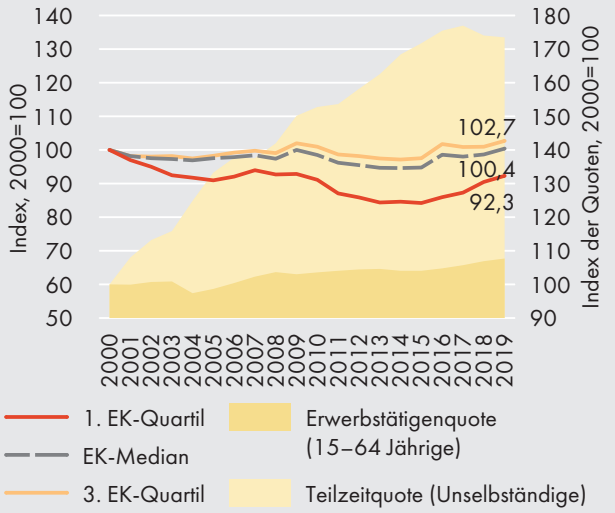
Die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen reicht freilich nicht aus, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch sind die Lohneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Sozialversicherungsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

Grafik 18 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen bis zum letztverfügbaren Jahr 2019 – da die Lohnsteuer-/SV-Daten ein Jahr zurückliegen, kann in dieser Darstellung noch kein Effekt der Corona-Pandemie abgelesen werden. Für die Jahre

[10] Quartile teilen die Verteilung in vier gleich große Gruppen, sodass jeweils 25% der Daten in die vier durch die Quartilsgrenzen (1. Quartil, Median und 3. Quartil) bestimmten Gruppen fallen. Das erste Einkommensquartil gibt somit jene Einkommensgrenze an, unter der die Einkommen von 25% der unselbständig Beschäftigten liegen. Das oberste Einkommensquartil jene Einkommensgrenze, unter der die Einkommen von 75% der unselbständig Beschäftigten liegen.

2000 bis 2019 ist ersichtlich, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils[11] bis 2005 deutlich zurückgingen, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Ab 2008 gingen diese Einkommen insgesamt stark zurück. Ab 2016 kam es wieder zu einem Anstieg der Einkommen des ersten Einkommensquartils. Die Steuerreform 2015/2016 wirkte sich in allen Einkommensquartilen positiv auf die Nettoeinkommen aus. 2019 stiegen die Nettoeinkommen des ersten Einkommensquartils um 2,0%, sie lagen 2019 damit um 7,7% unter jenen des Jahres 2000. Eine Rolle spielte dabei die Anhebung der Mindestlöhne in Kollektivverträgen (auf 1.500 EUR) ab 2017. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 2,7% an. Der Rückgang der Einkommen des untersten Quartils im selben Zeitraum ist dabei zumindest teilweise durch Struktureffekte wie steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch durch die Zuwanderung und den Eintritt relativ niedrig entlohnter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt bedingt.

Grafik 18
Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2016, Lohnsteuer-/SV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Erwerbstätigenquote: Zeitreihenbruch im Jahr 2004. - Lehrlinge werden nicht berücksichtigt.

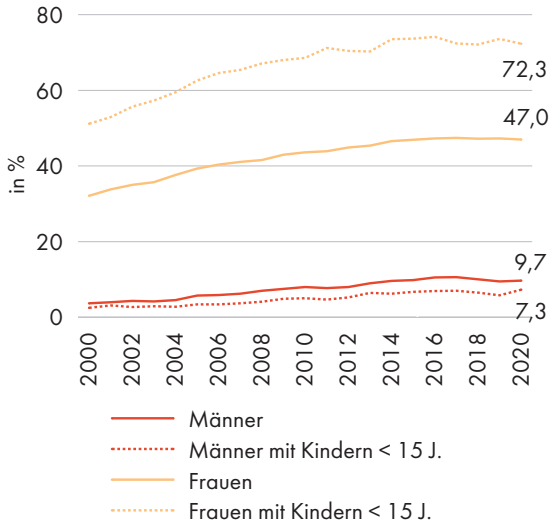
Steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch die Zuwanderung und der Eintritt relativ niedrig entlohnter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt, finden insbesondere in der Entwicklung der Einkommen der unteren EK-Quartile ihren Niederschlag.

So stieg beispielsweise die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen zwischen 2000 und 2019 von 68,3% auf 73,6%. Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten stieg zwischen 2000 und 2019 von 16,4% auf 28,5% und lag um 73,5% über dem Ausgangswert (indizierte Werte in Grafik 18 zu sehen).

Das zwischenzeitliche Auseinanderdriften hoher und niedriger Nettojahreseinkommen kann daher nicht in erster Linie auf eine wachsende Ungleichheit zurückgeführt werden, sondern reflektiert vor allem eine veränderte Struktur des Arbeitsmarkts.

Grafik 19 verdeutlicht die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarkts und stellt die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen mit und ohne Kinder unter 15 Jahren bis 2020 dar. Während die Teilzeitquote bei den Frauen insgesamt 2020 bei 47,0% lag (seit 2000 Anstieg um 14,9%-Punkte), waren es bei den Männern nur 9,7% (Anstieg um 6,0%-Punkte). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren stieg seit 2000 von 51,2% auf 72,3%. Bemerkenswert ist auch, dass über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich mehr Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiteten als Frauen insgesamt, während es sich bei den Männern entgegengesetzt verhielt. Die Teilzeitquote der Männer mit Kindern unter 15 Jahren war mit 7,3% niedriger als jene der Männer insgesamt mit 9,7%.

Grafik 19
Teilzeitquoten der 15- bis 64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht



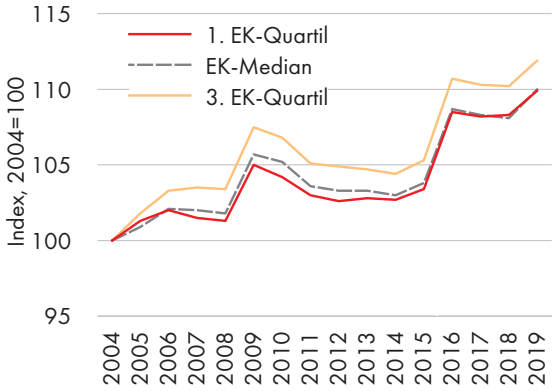
Q: STATISTIK AUSTRIA. - Bis 2003 Mikrozensus, Durchschnitt der Erhebungen im März, Juni, September und Dezember. - Ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

[11] Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25% der niedrigsten Einkommen liegen.

Teilweise kann der Einfluss dieser Struktureffekte auf die Einkommensentwicklung ausgeblendet werden, wenn nur jene Personen berücksichtigt werden, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Wie die folgende Grafik 20 zeigt, wuchsen die inflationsbereinigten Einkommen des untersten Quartils (ganzjährig vollzeitbeschäftigt) zwischen 2004 und 2009 leicht, stiegen dann im Zuge der Steuerreform 2009 sprunghaft an, gingen darauf wieder leicht zurück und zeigten durch die Steuerreform 2016 erneut einen sprunghaften Anstieg. 2019 lagen sie 9,9% über dem Ausgangsniveau von 2004.

Grafik 20

Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real) ganzjährig Vollzeitbeschäftigter



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2020. Lohnsteuer-/SV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. Ohne Lehrlinge. Nettojahresbezüge gemäß § 25 EStG abzüglich der einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge und abzüglich der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer (vor Arbeitnehmerveranlagung).

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das oberste Quartil zu beobachten. Allerdings stiegen die Einkommen hier bis 2009 weit stärker an und lagen 2019 immerhin 11,9% über dem Ausgangswert von 2004. Somit ist ersichtlich, dass sich die Schere auch bei Ausblendung der arbeitsmarktbezogenen Struktureffekte zwischen hohen und niedrigen Einkommen (bei unselbständig Beschäftigten) leicht öffnete.

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf Basis der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung, so zeigt sich, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten 2018 mit 14,7% gegenüber 2014 mit 14,8% annähernd konstant blieb, davor gab es einen Anstieg von 14,1% (2006) auf 15,1% (2010).[12] Frauen zählten 2018 mit 21,7% deutlich häufiger zu den Niedriglohnbeschäftigten als Männer mit 9,7%.

2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)

Quintilsverhältnisse beschreiben das Verhältnis des Einkommens gleich großer Einkommensgruppen. Der *WgÖ*-Schlüsselindikator S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% der Haushalte mit jenem der ärmsten 20% der Haushalte. Je stärker der Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen verteilt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Ungleichheit in den Haushaltseinkommen ist in Österreich niedriger als im EU-Schnitt. Da sich das Einkommensquintilsverhältnis seit 2008 kaum veränderte, wird die langfristige Entwicklung der sekundären Haushaltseinkommen tendenziell positiv eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist, also 2018 bis 2020 (Einkommensreferenzjahre 2017 bis 2019), fällt aufgrund des gleichbleibend niedrigen Niveaus ebenfalls tendenziell positiv aus."

Unter „Einkommen" wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers, aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer alleinstehenden Person vergleichbar gemacht.[13] Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d.h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2020 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2019 zur Verfügung.[14]

Das Einkommensquintilsverhältnis wird in Grafik 21 abgebildet. Zwischen 2008 und 2020 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen[15] des reichsten Einkommensquintils 4,1-mal so hoch wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008

[12] Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt, wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient (Niedriglohngrenze: 2018 10,06 €, 2014 9,24 €, 2010 8,52 €, 2006 7,65 € brutto pro Stunde; ohne Mehr- und Überstunden). Die Verdienststrukturerhebung bezieht sich auf unselbständig Beschäftigte in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Die Verdienststrukturerhebung wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt.

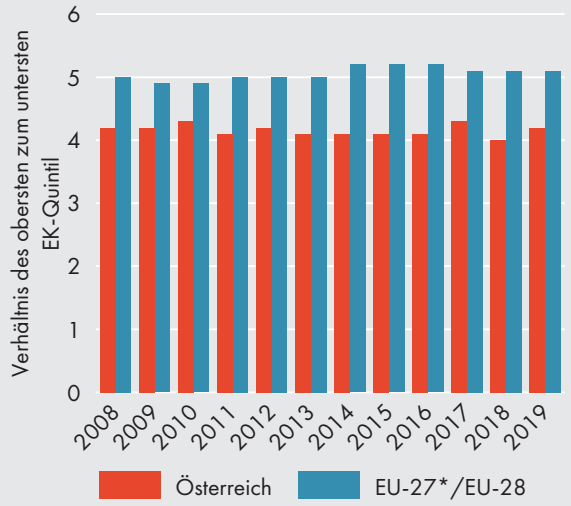
[13] Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein Zwei-Personen-Haushalt braucht nicht zwei Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3.

[14] Die Jahreszahlen in Grafik 21 beziehen sich auf das Referenzjahr.

[15] Verfügbare Einkommen inkl. erhaltener und abzüglich geleisteter Privattransfers.

praktisch unverändert, 2020 blieb das Einkommensquintilsverhältnis unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Grafik 21
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen



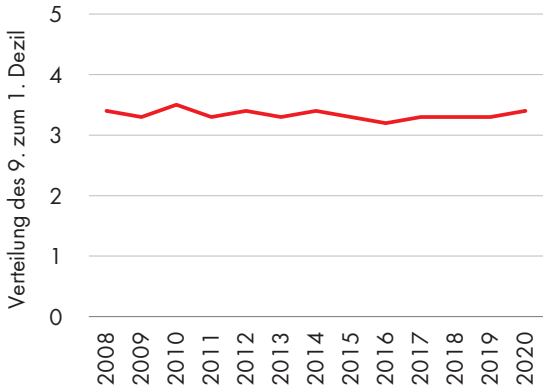
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008 bis 2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatte die EU-Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen zur Verfügung als jene im untersten Quintil. Österreich befand sich 2020 mit einem Verhältnis von 4,1 deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt von zuletzt 5,2.

Das P90/P10-Verhältnis gibt im Vergleich dazu das Verhältnis der Grenzen des neunten Dezils der äquivalisierten verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen zu dem des ersten Dezils an.[16] Auch dieser Wert hat sich seit 2008 wenig geändert und lag für Österreich 2020 bei 3,4.

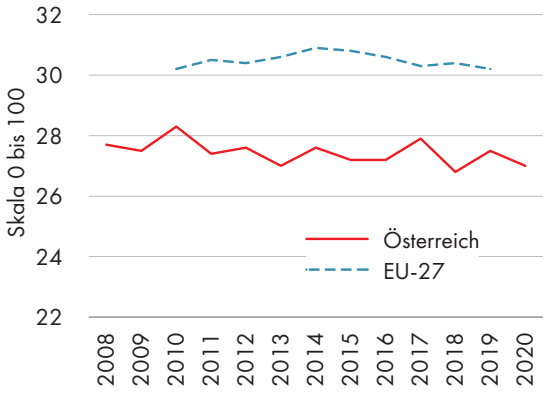
Grafik 22
P90/P10 Verhältnis der Netto-Haushaltseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Eine weitere zentrale Kennzahl für die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt bei totaler Gleichverteilung der Einkommen den Wert 0 und bei totaler Konzentration auf einen Einzelfall 100 an. Grafik 22 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Österreich und der EU-27 im Zeitraum 2008 (bzw. 2010 für die internationalen Daten) bis 2020 dar.[17] Der Gini-Koeffizient liegt in Österreich seit Beginn des Beobachtungszeitraumes 2008 relativ stabil auf etwa demselben Niveau mit Werten zwischen 25,3 und 28,3. Dabei fällt die Einkommenskonzentration 2020 in Österreich mit einem Gini-Koeffizienten von 27,0 geringer aus als im EU-27-Durchschnitt (AT 2019: 27,5, EU-27 2019: 30,2).

Grafik 23
Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat.

[16] Im Vergleich zum Einkommensquintilsverhältnis S80/S20 vergleicht der Indikator P90/P10 nicht die Summe der höchsten Einkommen mit jenen der niedrigsten, sondern setzt die Grenzwerte, die das unterste und das oberste Dezil bestimmen, ins Verhältnis. Für die EU-Länder wird der Verteilungsindikator des Einkommensquintilsverhältnisses jedoch häufiger betrachtet.

[17] Für das Aggregat der EU-28 stehen die Daten erst ab 2010 zur Verfügung, für 2008 bis 2009 wird daher die EU-27 (ohne Kroatien) gezeigt.

2.7.3
Schlüsselindikator Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap (geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Er misst demnach den Anteil, den Frauen brutto pro Stunde weniger verdienen als Männer. Keine Aussagen macht der Gender Pay Gap hingegen über die Ursachen des Lohnunterschieds: Hier spielen die Branchen- und Berufswahl, das Ausbildungsniveau, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags eine Rolle.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

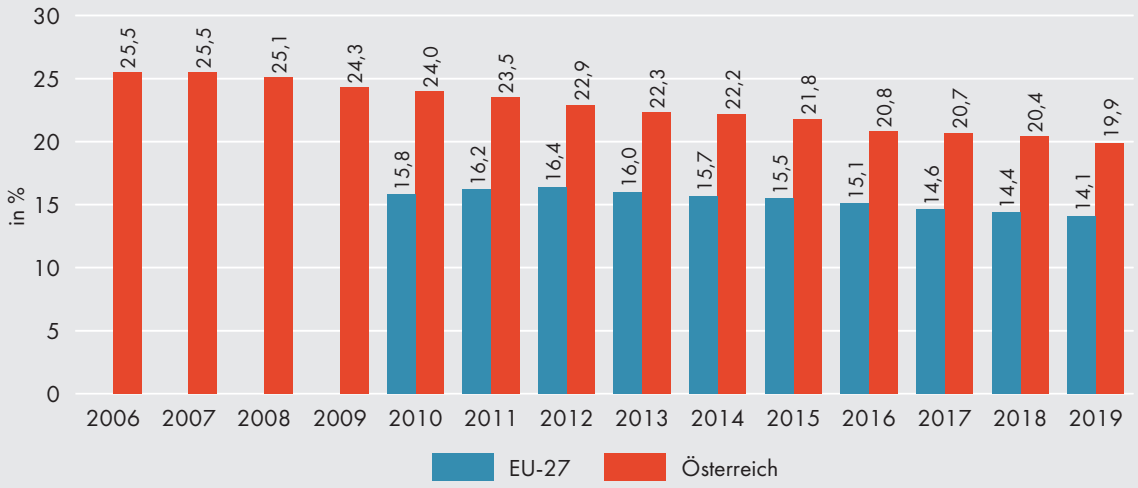
KF LF

„Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fallen im internationalen Vergleich und absolut nach wie vor sehr hoch aus. Die Unterschiede im Gender Pay Gap bleiben auch nach Bereinigung durch Faktoren wie branchen- und berufsspezifische Segregation, Ausbildung oder Alter erheblich. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich, aber nur in geringem Ausmaß reduziert. Er lag 2019 noch deutlich über dem Wert der EU-27. Die Bewertung der kurzen Frist bis 2019 (2020 noch nicht verfügbar) fällt aufgrund der Stagnation seit 2017 tendenziell negativ aus. Die langfristige Entwicklung wird aufgrund der sehr langsamen Reduktion sowie des hohen Niveaus neutral eingestuft."

Der Schlüsselindikator „Gender Pay Gap" ist einer aus einer Reihe von Gender-Equality-Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Indikator bezieht sich auf alle unselbständig Beschäftigten in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung werden nicht berücksichtigt. Basis für die Berechnung sind die Bruttostundenverdienste, da diese unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) aussagekräftige Vergleiche ermöglichen. Der Schlüsselindikator wurde als „unbereinigt" (ohne Anpassungen) definiert, d.h. er berücksichtigt keine Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsstruktur, sondern stellt ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten am Arbeitsmarkt dar.

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap" betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2019 in Österreich 19,9% (Werte für 2020 noch nicht verfügbar, siehe Grafik 24). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5%) ist dieser Wert langsam, aber kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich in für Frauen niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nach wie vor deutlich nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

Grafik 24
Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen)



Q: Eurostat. Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen). Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft.

Wird der Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap berechnet, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2018 insgesamt 6,4%-Punkte des Gender Pay Gap durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können[18]. Zu den wichtigsten Faktoren im Modell zählt die Branche, da Frauen öfter in Branchen mit geringeren Verdienstmöglichkeiten arbeiten als Männer. Ein weiterer Teil beruht auf Faktoren wie Beruf, Ausbildungsniveau, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Ausmaß der Beschäftigung, Art des Arbeitsvertrags, Region und Unternehmensgröße. Der große Rest von 14,0%-Punkten – der „bereinigte" Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden (Geisberger - Glaser 2021).

Auf die Bedeutung der branchen- und berufsspezifischen Segregation sowie Ausbildung, Alter und Geburtsland oder Erfahrung wird auch in vergleichbaren Studien zum Gender Pay Gap in Österreich verwiesen (siehe z.B. Böheim et al., 2019 oder Böheim et al., 2017), wobei unterschiedliche Studien für Österreich auf unterschiedlichen Daten oder empirischen Ansätzen basieren. Christl und Köppl-Turyna (2020) berücksichtigen beispielsweise auf Basis von PIAAC Daten den Einfluss individueller Kompetenzen als weitere Faktoren zur Erklärung des Lohnunterschiedes von Männern und Frauen. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Österreich nur zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten ist.

Bei der Bereinigung des Gender Pay Gap ist zu beachten, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt herausgerechnet werden, die Unterschiede und damit auch das Lohngefälle jedoch real bestehen bleiben. Die Bestimmung der hinter dem Gender Pay Gap stehenden Faktoren ist dennoch für die Ableitung politischer Maßnahmen sehr wichtig. Abgesehen von der Erklärung des Gender Pay Gaps auf Stundenbasis ist weiters zu bedenken, dass fast die Hälfte der Frauen und fast drei Viertel der Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten (siehe Grafik 19), sodass die Monats- und Jahresgehälter von Frauen noch weiter unter jenen der Männer liegen und damit auch die zukünftige Pensionshöhe. Analysen zum Thema „Child Penalty" zeigen auch, dass Elternschaft vor allem Einfluss auf das Einkommen von Frauen hat (Kleven et al., 2019).

Betrachtet man den Gender Pay Gap im internationalen Vergleich, dann zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohn- und Gehaltsunterschieden. Auch 2019 fiel der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in der EU-27 mit durchschnittlich 14,1% deutlich geringer aus als in Österreich mit 19,9%.

2.7.4 Schlüsselindikator öffentlicher Schuldenstand

Die ökonomische Nachhaltigkeit umfasst auch die Solidität der öffentlichen Finanzen, welche den Raum für zukünftige Investitionen, fiskalpolitische Maßnahmen im Falle eines Wirtschaftsabschwungs und auch die Bonität einer Volkswirtschaft und damit die Höhe des Zinsdienstes beeinflusst. Im Vertrag von Maastricht wurden die Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt. Demnach kann ein Staat nur an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen, wenn er die fiskalischen und monetären Maastricht-Kriterien erfüllt.

Die fiskalischen Maastricht-Kriterien betreffen das öffentliche Defizit, welches 3% des BIP nicht übersteigen darf, und den öffentlichen Schuldenstand, welcher maximal 60% des BIP erreichen soll. Einen Schuldenstand von 60% oder weniger hat Österreich seit Bestehen der Maastricht-Kriterien noch nie erreicht.

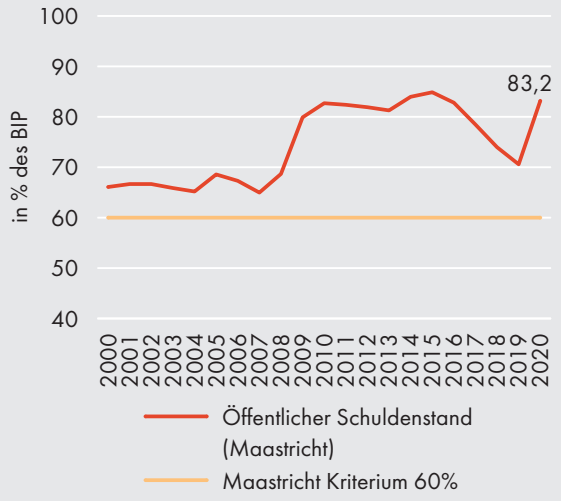
Gremium externer Expertinnen und Experten:

„Der Schuldenstand übersteigt im gesamten Zeitraum das Maastricht-Kriterium von 60% des BIP und liegt seit der Wirtschaftskrise 2009 auf sehr hohem Niveau. 2015 bis 2019 kam es zu einer deutlichen Reduktion der Staatsschuldenquote. Im Sinne der wirtschaftspolitisch notwendigen Krisenmaßnahmen während der COVID-19-Krise stieg der Schuldenstand 2020 deutlich an, damit fand der Konsolidierungspfad, der seit 2015 beschritten wurde, (vorerst) ein Ende. Die langfristige Entwicklung wird, wie auch die kurzfristige Entwicklung, als moderat negativ eingeschätzt."

Der öffentliche Schuldenstand belief sich in Österreich Ende 2020 auf 315,6 Mrd. Euro bzw. 83,2% des BIP, bei einem Maastricht-Kriterium von 60%. Damit stieg die Staatsverschuldung im COVID-19-Krisenjahr um rund 35 Mrd. Euro, die Schuldenquote (Verhältnis der Staatsschulden zum BIP) stieg um 13,0%-Punkte. Die Reduktion der Schuldenquote seit 2016 (84,9% in 2015 auf 70,5% in 2019) wurde damit innerhalb des Pandemiejahres 2020 zu großen Teilen wieder umgekehrt.

[18] Das Lohndifferential wurde mithilfe der Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen erklärten und einen unerklärten Teil zerlegt. Der erklärte Teil bezeichnet jenen Teil des Gender Pay Gap, der auf die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern hinsichtlich der beobachteten Merkmale zurückgeführt werden kann. Der unerklärte Teil ist dagegen jener Teil, der nicht auf den in das Modell einbezogenen sozioökonomischen Faktoren beruht.

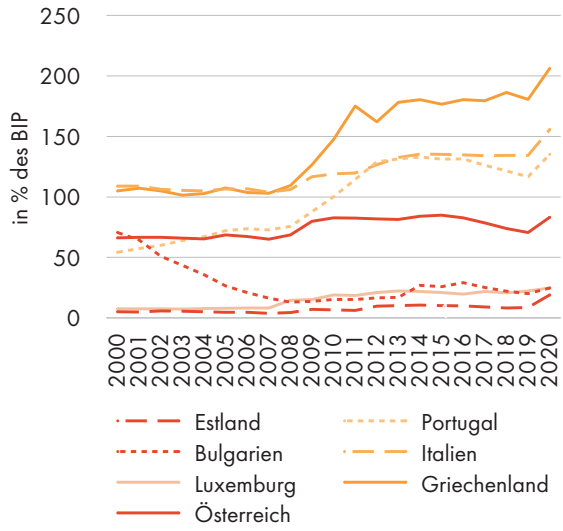
Grafik 25
Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen.

Statistik Austria berechnet den öffentlichen Schuldenstand gemäß den Kategorien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Da bei der Berechnung des öffentlichen Schuldenstandes die Forderungen gegenüber anderen staatlichen Stellen abgezogen werden („intergovernmentale Forderungen" bzw. „konsolidierte Darstellung"), sind bei der Interpretation der Veränderung des Schuldenstandes sowohl die Entwicklung der Verbindlichkeiten als auch der intergovernmentalen Forderungen zu berücksichtigen. Das gilt für den Staat insgesamt wie auch für die Beiträge der einzelnen Teilsektoren zum öffentlichen Schuldenstand.

Grafik 26
Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht für ausgewählte Länder



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen, Eurostat.

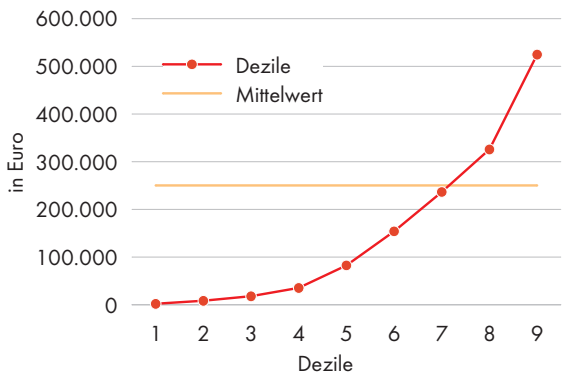
Mit 83,2% des BIP lag der öffentliche Schuldenstand Österreichs 2020 6,9%-Punkte unter dem EU-27-Durchschnitt (90,1%). Dieser variiert jedoch stark zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten. Grafik 26 zeigt den öffentlichen Schuldenstand jener sechs EU-Länder mit dem niedrigsten und dem höchsten Schuldenstand im Verhältnis zum BIP. Zu den Ländern mit sehr hohem Schuldenstand in Relation zum BIP gehören Griechenland (206,3%), Italien (155,6%) und Portugal (135,2%). Für Griechenland und Italien zeigt sich ein sehr starker Anstieg des Schuldenstands im Krisenjahr 2020 von 25,6%-Punkten und 21,3%-Punkten. Zu den Ländern mit sehr niedrigen Staatsschuldenquoten zählen allen voran Estland (19,0%), Luxemburg (24,8%) und Bulgarien (24,7%).

2.7.5 Verteilung der privaten Vermögen

Die hier gezeigten Daten zur Vermögensverteilung in Österreich stammen aus dem 2017 von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Im HFCS werden Sachvermögen (z.B. Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, Wertgegenstände), Finanzvermögen (Wertpapiere, Girokonten, Spareinlagen etc.) und die Verschuldung privater Haushalte erfasst (siehe Fessler et al. 2017). Das Bruttovermögen bezeichnet demgemäß die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Nach Abzug der Verschuldung erhält man das Nettovermögen.

Das Nettovermögen beschreibt die Vermögenslage eines Haushalts am besten. Eine Beschränkung darauf würde jedoch die Zusammensetzung des Vermögens eines Haushalts außer Acht lassen. Im Folgenden werden daher beide Vermögensaspekte berücksichtigt.

Grafik 27
Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)

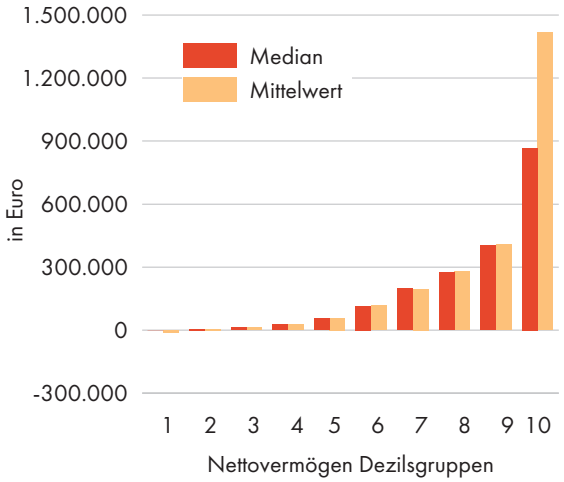


Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 27 zeigt Dezile und den Mittelwert des Nettovermögens in Österreich. Die neun Dezile zerlegen die Menge der Haushalte in zehn umfanggleiche Teile. Entsprechend liegen dann beispielsweise unterhalb des dritten Dezils 30% aller Haushalte.

Jeder Punkt in der Grafik repräsentiert eine Vermögensgrenze, die ein Dezil vom nächsten trennt. Das unterste Zehntel der Haushalte lag 2017 unterhalb einer Nettovermögensgrenze von rund 2.000 Euro (anders formuliert verfügen die ärmsten 10% der Haushalte über ein Nettovermögen von jeweils weniger als 2.000 Euro). Die Nettovermögensgrenze unterhalb derer sich 50% (5. Dezil bzw. Median) der Haushalte befanden, betrug rund 83.000 Euro. Die reichsten 10% der Haushalte, welche über dem Grenzwert des 9. Dezils lagen, hielten jeweils Vermögen von über 525.000 Euro. Erst in diesen reichsten 10% der Haushalte wurden Nettovermögen von über 1 Mio. Euro erfasst, wobei es hier zu großen Datenunsicherheiten und Erfassungsproblemen kam (siehe Fessler et al., 2016). Grafik 28 verdeutlicht die markante Ungleichverteilung des Nettovermögens. Im Gegensatz zum Median (5. Dezil), der bei rund 83.000 Euro lag, lag der Mittelwert des Nettovermögens bei rund 250.000 Euro (etwa 70% der Haushalte verfügten über weniger).

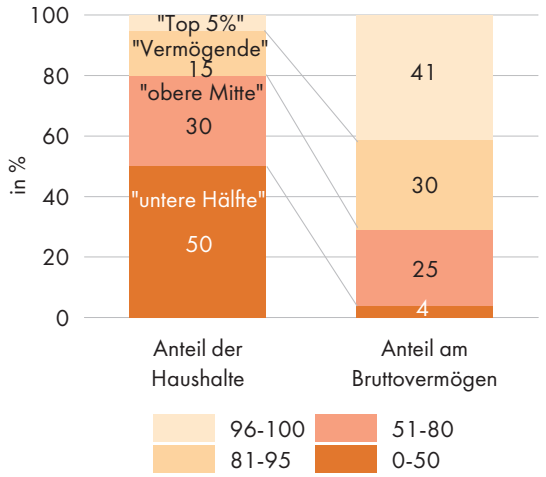
Grafik 28
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 28 stellt Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens innerhalb der Dezilsgruppen dar. Daraus lässt sich erkennen, dass jene 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Nettovermögen im Durchschnitt sogar ein negatives Nettovermögen aufwiesen. Der Mittelwert lag in dieser Gruppe bei rund -10.800 Euro. Es zeigt sich darüber hinaus eine deutliche Streuung nach oben, d. h. Mittelwert und Median fielen bei den 10% der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen weit auseinander. Während Median und Mittelwert in der Vermögensgruppe darunter (unterhalb des 9. Dezils) noch nahe bei 400.000 Euro lagen, hielten die Haushalte der reichsten 10% im Median 868.000 Euro, aber im Durchschnitt bereits über 1,4 Mio. Euro an Nettovermögen.

Grafik 29
Verteilung der Bruttovermögen (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 29 veranschaulicht die Verteilung der Bruttovermögen. Hier werden die privaten Haushalte nach ihrem Bruttovermögen in vier Gruppen unterteilt: i) „untere Hälfte", ii) „obere Mitte", iii) „Vermögende" und iv) „Top 5%". Aus der Darstellung geht hervor, dass die 50% der Haushalte mit den niedrigsten Bruttovermögen (untere Hälfte) einen Anteil von 4,3% am gesamten Bruttovermögen hielten. Die 30% der „oberen Mitte" besaßen 25% und die 15% „vermögenden" Haushalte 30% des Gesamtbruttovermögens. Den größten Anteil hielten mit 41% die 5% der Haushalte mit dem höchsten Bruttovermögen. Hierbei ist zu berücksichtigten, dass Pensionsansprüche innerhalb der umlagefinanzierten Sozialversicherung nicht berücksichtigt sind.

3

Lebensqualität

Lebenszufriedenheit auf hohem Niveau

7,7% der Bevölkerung haben geringe, 40,7% hohe Lebenszufriedenheit

Unsicherheitsempfinden ist gesunken

Nur 5,7% nahmen 2020 Kriminalität, Gewalt der Vandalismus in ihrer Wohngegend wahr

Guter subjektiver Gesundheitszustand

Die COVID-19-Krise hat kurzfristig zu keiner Verschlechterung geführt

3.1 Lebensqualität

Der Bevölkerung ein „gutes Leben" zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Politik. Es spielte zum Beispiel in der Strategie „Europa 2020" mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenschancen der Bevölkerung in Europa eine gewichtige Rolle. Auch die 2021 mit einem Aktionsplan der Kommission bis 2030 konkretisierte Europäische Säule sozialer Rechte fußt auf dem Prinzip guter und gerecht verteilter Lebensbedingungen für alle. Und international hat die „Agenda 2030" die Lebensbedingungen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in den Fokus genommen. „Lebensqualität" ist dabei ein vielschichtiger Begriff. Was darunter zu verstehen ist und wie sie am besten messbar ist, sind komplexe Fragen. Sowohl objektive Merkmale wie zum Beispiel Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommen, als auch subjektive Beurteilungen und Gewichtungen von Lebensbedingungen tragen in Summe zur Lebensqualität bei.

Der Stiglitz-Bericht aus dem Jahr 2009 vereint all diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven und objektiven) Faktoren, die beeinflussen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2009, S.41). Viele Bedingungsfaktoren menschlichen Wohlbefindens können demnach nicht monetarisiert werden. Kennzahlen zur Lebensqualität sind jedoch nicht darauf ausgerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern ermöglichen es stattdessen, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

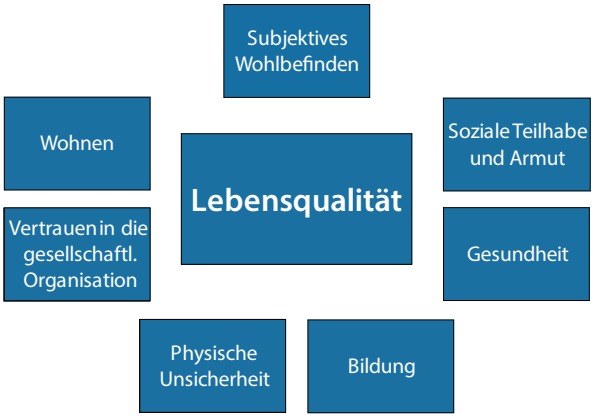
Große Fortschritte wurden nach Einschätzung des Nachfolgeberichts zu „Beyond GDP" (Stiglitz et al. 2018) auf internationaler Ebene vor allem für die Messung des subjektiven Wohlbefindens und der Ungleichheitsindikatoren erzielt. Auch die UN „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" mit ihren „Nachhaltigen Entwicklungszielen" (Sustainable Development Goals SDGs) zeigt die wachsende Relevanz einer erweiterten Wohlstandsbetrachtung und damit verbunden die Bedeutung belastbarer Zahlen hierzu. Die Agenda 2030 beinhaltet 17 Ziele, denen 169 Unterziele (sogenannte „Targets") zugeordnet sind und 232 Indikatoren, die diese Zielerreichung abbilden sollen.

Bereiche der Lebensqualität finden sich als Querschnittsthema darin in annähernd allen Zielen wieder.

Um in den inhaltlichen Konzepten und Maßzahlen eine Ausgewogenheit zwischen Klarheit und Vollständigkeit zu gewährleisten, müssen oft pragmatische Entscheidungen getroffen werden: Der Sponsorship Report leitete aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8+1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernahm diese Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung[19], verwendet an anderen Orten[20] aber auch Lebensqualitätskonzepte, die aus elf Dimensionen bestehen.

Für *WgÖ* wurden insgesamt zehn Schlüsselindikatoren gewählt, die (seit 2017) sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden (siehe Grafik 30), die Indikatorenstruktur bleibt das dritte Jahr in Folge unverändert.

Grafik 30
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 6 stellt die zehn Schlüsselindikatoren dar, von denen aufgrund verfügbarer Zeitreihen neun kurzfristig und acht langfristig bewertbar sind.

[19] Vgl. z.B. „Quality of life" Abschnitt der Eurostat Website.
[20] Vgl. Infografik zu Dimensionen der Lebensqualität.

Übersicht 6
Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung

Lebensqualität	Kurzfristig (letzte 3 Jahre)	Langfristig (gesamte Zeitreihe)
Subjektive Lebenszufriedenheit		–
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung		
Subjektiver Gesundheitszustand		
Vorzeitige Sterblichkeit*		
Tertiärquote		
Frühe Schul- u. Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger		
Physisches Unsicherheitsempfinden		
Tötungsrate		
Vertrauen in das politische System	–	–
Wohnkostenüberbelastung**		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - * nur Sterbefälle bei 30- bis 69-Jährigen mit Todesursache nicht-übertragbare Krankheiten, daher kein direkter Zusammenhang COVID-19 - ** Wohnkosten >40% vom Haushaltseinkommen.

Im vorliegenden Bericht werden zur einfacheren und anschaulicheren Darstellung jene subjektiven Indikatoren, die auf einer elfstufigen Skala basieren (z.B. von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden"), in drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch – unterteilt.

Die Grenzwerte für diese Zusammenfassung entsprechen dabei jenen, die für die EU-weiten Ergebnisse des EU-SILC Moduls Wohlbefinden (2013) von Eurostat festgelegt und seitdem nicht mehr verändert wurden.

Da keine theoretischen bzw. externen Kriterien auf internationaler Basis vorhanden waren, wird im Folgenden der EU-SILC-Systematik von Eurostat entsprechend ein verteilungsbasierter Ansatz gewählt. Dieser wurde mit Daten aus dem EU-SILC Wohlbefindensmodul 2013 ermittelt, seitdem nicht verändert und in europäischen Veröffentlichungen wie auch in Österreich verwendet. Beispielsweise bedeutet das für die Lebenszufriedenheit, dass die Ausprägungen, die jeweils von den 20% zufriedensten Personen im EU-Durchschnitt gewählt werden, als hoch klassifiziert wurden. Das waren bei den Zufriedenheiten die Werte 9 und 10. Am unteren Ende der Skala wurden jene Ausprägungen als niedrig klassifiziert, die von den circa 20% unzufriedensten Personen gewählt wurden. Das sind die Ausprägungen 0 bis 5. Bei 6 bis 8 liegt also eine mittlere Zufriedenheit vor, die auf circa 60% der europäischen Bevölkerung zutrifft (vgl. Eurostat 2015b). Demnach wird die Frage nach der Lebenszufriedenheit, die von den Respondentinnen und Respondenten auf einer Skala von 0 für „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 für „vollkommen zufrieden" beantwortet wurde, also in niedrige (0 bis 5), mittlere (6 bis 8) und hohe (9 bis 10) Zufriedenheit gruppiert. Alle anderen Zufriedenheitsfragen bedienen sich ebenso dieser Grenzwerte. Jene für die Fragen nach dem Vertrauen in Institutionen oder andere Personen, bei denen ebenfalls eine elfstufige Skala verwendet wurde, basieren ebenso auf der 20:60:20-Verteilung. Das ergibt für das Vertrauen in Institutionen und in andere Personen mit niedrig: 0-4; mittel: 5-6; hoch: 7-10 andere Grenzwerte als für die Zufriedenheitsfragen.

Die Analysen dieses Kapitels basieren in erster Linie auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC[21]. Weitere verwendete Datenquellen sind z.B. die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. All diese Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt auf hoch relevanten Indikatoren, die u.a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen. Wo möglich, werden die Daten für Österreich jenen auf EU-Ebene gegenübergestellt, um Niveau und Entwicklung zu berücksichtigen. Um außerdem auch sozialstrukturelle Unterschiede zeigen zu können, werden Analysen etwa nach Geschlecht, Einkommensquintilen oder Bildung vorgenommen. Wenn nicht anders darauf hingewiesen wird, bezieht sich „Bevölkerung" auf Personen in privaten Haushalten in Österreich.

Wie im Vorjahr werden auch heuer Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang mit Lebensqualität präsentiert bzw. erläutert, wo sich dadurch Veränderung zur Vorkrisenzeit zeigen bzw. wo dies nicht der Fall ist. Dies geschieht diesmal im Rahmen der gewohnten Kapitelstruktur und nicht thematisch geblockt, um den Fokus nicht von den Dimensionen der Lebensqualität zu lenken.

[21] Vgl. Informationen über die Erhebung bei Eurostat bzw. Statistik Austria.

3.2
Subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden bildet eine Klammer über alle Lebensbereiche. Es umfasst eine große Bandbreite verschiedener Aspekte, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu Fragestellungen nach dem Lebenssinn reichen. Die Messung des subjektiven Wohlbefindens gibt dabei Aufschluss über die Wirkung objektiver Lebensbedingungen und beschreibt gleichzeitig einen eigenständigen, komplementären Aspekt der Lebensqualität. Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird mittlerweile auch in der offiziellen Statistik intensiv diskutiert.

Die OECD (2013b) veröffentlichte Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens um eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen. Tatsächlich sind, wie z.B. auch Stone und Krueger (In: Stiglitz et al. 2018; S. 163ff.) in einem Kapitel des OECD Berichts zu aktuellen Entwicklungen rund um die „Beyond GDP"-Initiative vermerken, in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in der Sammlung und Analyse von Daten zu subjektivem Wohlbefinden erreicht worden; dadurch fanden diese auch verstärkt Eingang in die Forschung und Vergleiche über Länder hinweg oder in zeitlicher Hinsicht wurden ermöglicht.

Datenbasis für die Berechnung von wichtigen Kennzahlen zum Wohlbefinden ist EU-SILC, die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. Das EU-SILC-Modul 2013 zu subjektivem Wohlbefinden zählt zu den auf europäischer Ebene beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Fortschritts- und Wohlstandsmessung. Es soll die bereits regelmäßig verfügbaren Daten zu den objektiven Bereichen der Lebensqualität wie Beschäftigung, Bildung oder die Verteilung von Einkommen und Lebensstandard ergänzen. Eurostat (2014b)[22] fasst die Bedeutung dieser neuen Daten wie folgt zusammen: *„Das BIP und mehr, die Empfehlungen der SSF-Kommission, die Sponsorship-Group zur Messung des Fortschritts und das Sofia-Memorandum betonen sämtlich die Bedeutung der Erhebung qualitativ hochwertiger Daten über die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen und die zentrale Rolle von Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) im Rahmen dieser verbesserten Messung. Die Erhebung von Mikrodaten im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist daher ein vorrangiges Ziel. Im Mai 2010 unterstützten sowohl die Arbeitsgruppe Lebensbedingungen als auch die Indikatoren-Untergruppe des Ausschusses für Sozialschutz den Vorschlag von Eurostat zur Erhebung von Mikrodaten zum Wohlbefinden im Rahmen des Moduls der SILC 2013, um dieser Forderung gerecht zu werden."*

In der österreichischen Erhebung zu EU-SILC werden bereits seit 2004 jährlich Fragen zur Lebensqualität gestellt. Die Daten werden jedoch hier erst ab 2013 gezeigt, da sie ab diesem Zeitraum vergleichbar erhoben wurden. Europäisch liegen die Daten vorerst nur für 2013 und 2018 vor: Im Rahmen von Sondermodulen wurde die Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt. Enthalten war eine Reihe subjektiver Fragen zu den verschiedenen Aspekten des Wohlbefindens (Zufriedenheitsfragen, Stimmungsfragen etc.). Mit der Änderung der EU-Verordnung für EU-SILC wird ab 2021 die Frage nach der insgesamten Lebenszufriedenheit jährlich für alle Länder, die an EU-SILC teilnehmen, vorliegen; die übrigen Fragen zum Wohlbefinden werden in 6-jährigem Abstand beginnend mit 2022 gestellt.

Der *WgÖ*-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „Gesamte Lebenszufriedenheit". Er liefert einen Hinweis darauf, wie zufrieden die Menschen in Österreich mit ihrer Lebenssituation insgesamt sind.

Flankiert wird dieser Indikator von Indikatoren zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, die teilweise regelmäßig in der österreichischen Erhebung zu EU-SILC erhoben werden und teilweise unregelmäßig 2013, 2015 bzw. 2018 in Modulen. Daten zur Freizeit aus der Zeitverwendungserhebung ergänzen diese Indikatoren.

3.2.1
Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit

Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben" umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es wird daher nicht angestrebt, den emotionalen Zustand der Auskunfts-

[22] Eurostat: Quality of life

person abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„Die mittelfristige Betrachtung zeigt einen Rückgang der geringen (0-5) Lebenszufriedenheit und einen leichten Anstieg der hohen (9-10) Lebenszufriedenheit. Diese Entwicklung setzte sich bemerkenswerterweise auch im COVID-19-Jahr 2020 fort. Insoweit dieser Indikator interkulturell vergleichbar ist, war die Lebenszufriedenheit im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als moderat positiv bewertet. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

EU-SILC stellt die entsprechende Frage seit 2013 mit 11-stufiger Antwortskala. Die Frage lautet: Ich möchte Ihnen nun einige Fragen zu Ihrem Wohlbefinden und Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen stellen. Zunächst aber ganz allgemein gefragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden" und 10 für „vollkommen zufrieden" steht."

2020 lag die mittlere Zufriedenheit bei 8,1 von 10 Punkten und damit geringfügig (nicht signifikant) höher als im Vorjahr (siehe Grafik 31). Dieser Wert liegt damit stabil auf deutlich höherem Niveau als der letztverfügbare EU-Wert (7,3 im Jahr 2018). Zudem ist eine weitere leichte Verringerung der Personen mit geringer Zufriedenheit in Österreich festzustellen: Ihr Anteil betrug 7,7% (im Vorjahr 8,7%) und ist damit 2020 am niedrigsten in der gesamten Zeitreihe seit 2013; im Gegenzug hat sich der Anteil der Menschen mit mittlerer (51,6%) und hoher Lebenszufriedenheit (40,7%) im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Verglichen mit den Werten der EU-27 für 2018 – 16,4% mit geringer, 58,6% mit mittlerer und 25,0% mit hoher Zufriedenheit – schneidet Österreich in der persönlichen Einschätzung des eigenen Lebens damit weit besser ab.

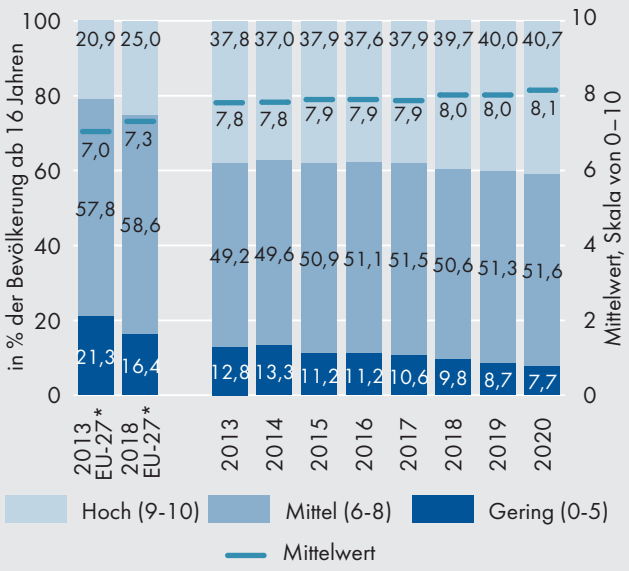
Zunächst mag es kontraintuitiv erscheinen, dass die Lebenszufriedenheit in Österreich trotz COVID-19-Krise 2020 auf so hohem Niveau lag. Wie auch bereits im Vorjahresbericht ausgeführt, fand die Datenerhebung zwischen März und Juli 2020, also vor bzw. zu Beginn der Pandemie- bzw. während der ersten „Lockdown"-phase statt. Man sieht auch keinen Effekt des Erhebungsmonats in diesem Zeitraum auf die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?" spiegelt nicht kurzfristige Einflüsse wider, sondern stellt eine längerfristige Bewertung vielfältiger Aspekte des eigenen Lebens im Sinne einer Gesamtbeurteilung der Lebenssituation dar. Die hohe allgemeine Lebenszufriedenheit schließt nicht aus, dass die COVID-19-Krise bzw. deren Folgen für einzelne Personengruppen schon eine erhebliche Rolle spielen kann, wie zufrieden sie mit ihrem Leben oder mit Teilaspekten davon sind.

Andere Daten, denen alternative Messungen von Wohlergehen und psychischer Gesundheit zu Grunde liegen, zeigen sehr wohl deutlich negative Auswirkungen der Pandemie (vgl. z.B. Statistik Austria 2020).

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nur geringe Unterschiede: Was den Mittelwert betrifft sind 2020 Frauen (8,2) etwas zufriedener als Männer (8,0), der Anteil der hoch Zufriedenen bei den Frauen übertrifft mit 43,2% jenen der Männer (38,2%) um 5%-Punkte.

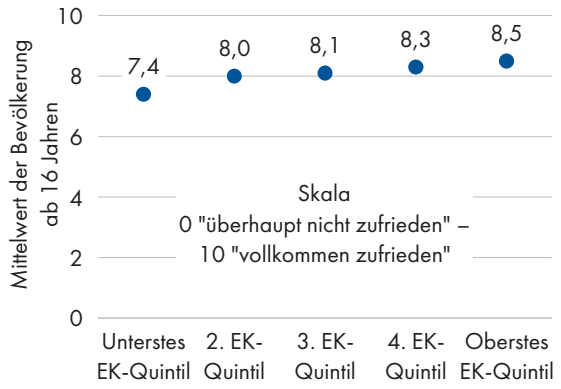
Grafik 31
Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. * Rückrechnung ohne UK.

Grafik 32 zeigt, dass die Lebenszufriedenheit umso höher ist, je höher das Einkommensquintil ist, dem eine Person zugerechnet wird. Bei den 20% der Bevölkerung mit den höchsten Haushaltseinkommen, lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 8,5 Skalenpunkten von 10, während die unterste Einkommensgruppe 2020 eine mittlere Lebenszufriedenheit von 7,4 von 10 aufwies.

Grafik 32
Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

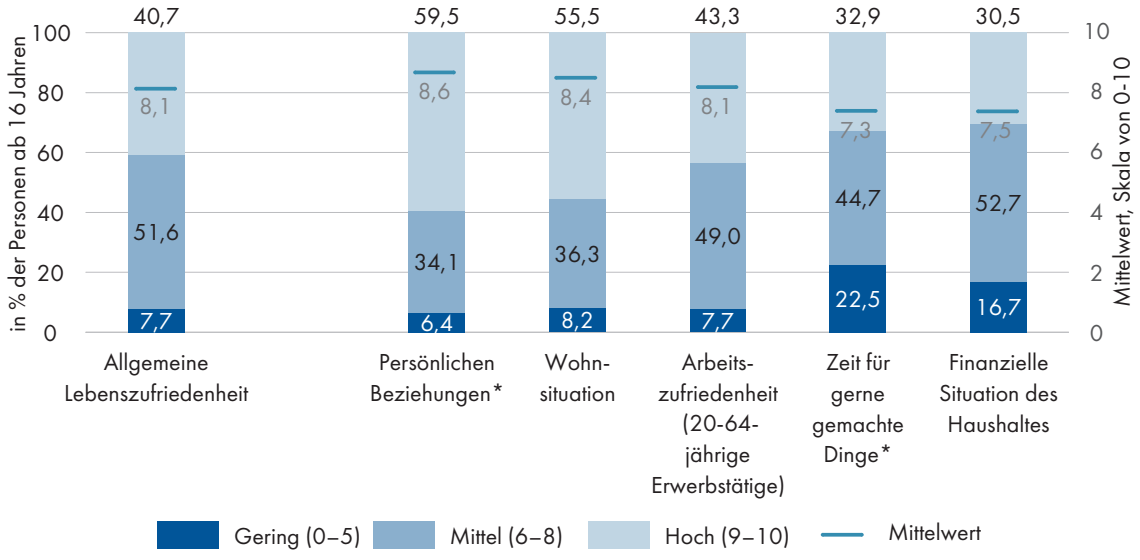
3.2.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen wie Einkommen, Wohnumgebung und soziale Beziehungen ermöglichen Aufschlüsse darüber, wie bestimmte objektive Lebensbedingungen subjektiv erfahren werden, geben aber – wie bei den persönlichen Beziehungen – auch Auskunft über Lebensbereiche, die sich gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand objektiv erfassen lassen.

Im nationalen Fragenteil zu EU-SILC finden sich jährlich Fragen zur Arbeitszufriedenheit, zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Darüber hinaus wurden 2013 und 2018 im Modul zur Lebensqualität einige weitere Fragen zur Zufriedenheit gestellt, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Beziehungen, z.B. zu Familie, Freunden, Kollegen, Kolleginnen?" wurde sowohl 2013 und 2018 wie auch 2015 im Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe" gestellt. In Grafik 33 finden sich die Werte von 2018 und 2020 (soweit vorhanden).

Wie Grafik 33 zeigt, ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen am höchsten. 59,5% der Personen wählten 2018 hier auf der 11-stufigen Skala zwischen 0 und 10 den Wert 9 oder 10, der Mittelwert lag bei 8,6. Auch mit ihrer Wohnsituation sind die Menschen in Österreich mehrheitlich sehr zufrieden, 55,5% wählten hier 2020 die Werte 9 oder 10. Bezüglich der Arbeitszufriedenheit, bei der sich ebenfalls hohe Werte finden (43,3% waren 2020 sehr zufrieden), muss berücksichtigt werden, dass nur Personen befragt wurden, die auch wirklich erwerbstätig waren, also eine Personengruppe, der es vergleichsweise gut geht. Den höchsten Anteil gering Zufriedener findet man bei der Zeit für gerne gemachte Dinge, hier gaben 22,5% einen Wert von 5 oder geringer an (2018). Der Mittelwert lag bei 7,3. Eine ebenso relativ zu den anderen Dimensionen niedrige durchschnittliche Zufriedenheit findet sich mit 7,5 (2020) auch bei der finanziellen Situation des Haushalts. 16,7% führten zudem eine geringe Zufriedenheit für diesen Aspekt an. Auch der Anteil an Personen mit hoher Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes fällt mit 30,5% am geringsten aus.

Grafik 33
Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018 und 2020. - * Daten nur für 2018 verfügbar.

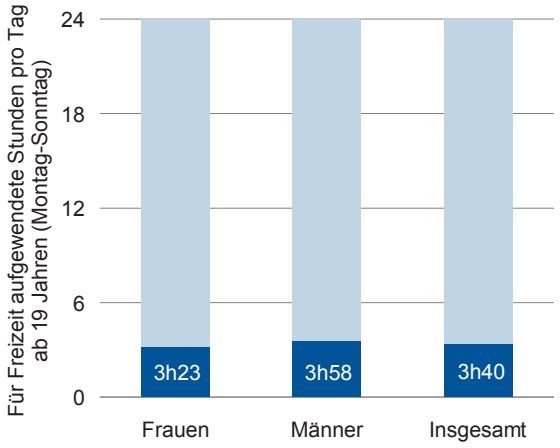
3.2.3 Freizeitaktivitäten

Das objektive Gegenstück zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge stellt die verfügbare Zeit für Freizeitaktivitäten dar. Die diesbezüglich letztverfügbaren Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009. Eine aktuelle Erhebungswelle der Zeitverwendung wird in Österreich seit November 2021 bis 2022 durchgeführt.

In der Zeitverwendungserhebung werden für 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Festveranstaltungen; Ausflug; Spazierengehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung. Nichtstun wird jedoch nicht zur Freizeit gezählt. Da es gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt wird, werden diese in der Zeitverwendungserhebung der Kategorie „Schlaf" zugeordnet. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten.

Grafik 34 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minuten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haushalt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen (Frauen 4h53; Männer 2h41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.

Grafik 34
Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

3.3
Soziale Teilhabe und Armut

Ökonomische Situation, materielle Ausstattung und eine intakte Umwelt bilden den Rahmen, in dem sich Lebensqualität entfalten kann. Soziale Teilhabe ist oft eng an diese Bedingungen des Lebensstandards gekoppelt. Obwohl Europa und speziell Österreich zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehören, zeigt sich, dass es Haushalte gibt, denen die ökonomische Grundlage fehlt, um finanzielle und soziale Teilhabe sicherzustellen. Schwierigkeiten mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich dabei nicht auf Haushalte mit geringer Erwerbsintensität oder ökonomischer Inaktivität. Es gibt auch Haushalte der sogenannten Mittelschicht mit materiellen Problemen da viele Faktoren (wie zum Beispiel hohe Lebenshaltungskosten, Schulden etc.) dazu beitragen können, dass das Einkommen nicht ausreicht, um umfänglich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Darüber hinaus fehlt manchen Menschen die familiäre oder soziale Eingebundenheit, um solche Notlagen abzufedern und ganz allgemein Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu erhalten.

Im Zuge der Europa-2020-Strategie wurde als soziales Kernziel formuliert, bis 2020 europaweit die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen Menschen zu reduzieren (Ausgangswert 2008: rund 120 Millionen). Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen. 2021 wurden Nachfolgepläne der Europa-2020-Strategie in der Europäischen Säule sozialer Rechte durch die Europäische Kommission für den Zeitraum bis 2030 festgelegt. Auch darin wird die Reduzierung der Gruppe der von Armut betroffenen Personen als wichtiges Ziel verfolgt. Ebenso sehen die Vereinten Nationen Armutsbekämpfung als zentral im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsziele an.

Konkrete Maßnahmen hinsichtlich Sozialagenden liegen zwar in der Kompetenz der nationalen Regierungen, die Plattform versucht jedoch, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie „best practices" identifiziert und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind wichtige Bestandteile dieses Prozesses.

In Anerkennung der zentralen Bedeutung der Europa-2020-Strategie und dieser Initiativen ist der Indikator zur Messung des Sozialziels, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, auch im *WgÖ-Set* als Schlüsselindikator der Dimension soziale Teilhabe und Armut definiert. Es werden in ihm die drei Bereiche von Armut und sozialer Ausgrenzung nach europäischer Vorgabe erfasst: absolute materielle Benachteiligungen, geringeres Haushaltseinkommen relativ zur „Mitte" der Gesellschaft und geringe Erwerbseinbindung im Haushalt. Der Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" ist nicht per se mit „Armut" gleichzusetzen, sondern gibt vielmehr einen Hinweis, dass das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung bestehen kann. Ergänzt wird er um Zusatzinformationen zu den einzelnen Teilaspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, die auch nach wichtigen Sozialvariablen wie Bildung oder Geschlecht heruntergebrochen werden können. Die soziale Teilhabe wird schließlich mit dem Indikator Tragfähigkeit sozialer Beziehungen gemessen, für den danach gefragt wird, ob man Verwandte, Freunde oder Nachbarn hat, die man um Hilfe bitten kann.

Datenbasis für die Berechnung dieser Indikatoren zu sozialer Teilhabe und Armut ist EU-SILC. Es werden für die in Wie geht's Österreich ausgewählten Indikatoren Daten bis einschließlich der Erhebung EU-SILC 2020 dargestellt: Die Befragung fand von März bis Juli 2020 statt, Indikatoren zur Deprivation beziehen sich mehrheitlich auf den Befragungszeitpunkt. Einkommen (für den Indikator Armutsgefährdung relevant) sowie die Erwerbsintensität beziehen sich jedoch nach Eurostat Vorgabe jeweils auf das der Erhebung vorangehende Kalenderjahr, in diesem Fall das Jahr 2019, und stammen mehrheitlich aus Verwaltungsdaten. Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sind daher derzeit noch nicht statistisch quantifizierbar. In der Dimension soziale Teilhabe und Armut werden die sozialen Folgen der COVID-19-Krise vor allem längerfristig zu beachten sein. Einige Kennzahlen und Statistiken erlauben aber bereits jetzt ein Monitoring der sozialen Lage in der COVID-19-Pandemie und sind daher im folgenden Unterabschnitt vorangestellt.

Wie der Sozialschutzausschuss des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) schon 2020 vorhersah, kommt es höchstwahr-

scheinlich hinsichtlich Armut und soziale Ausgrenzung EU-weit zu Verschlechterungen durch die gegenwärtige Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise[23]. Am 21. Juli 2020 beschlossen die Staats- und Regierungschefs daher einen Aufbauplan und den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 , die helfen sollen, die sozio-ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Krise abzufedern. Wie aus dem aktuellsten Bericht des Sozialschutzausschusses hervorgeht[24], ist im bisherigen Jahresverlauf 2021 in der EU die Arbeitslosigkeit wieder gesunken bzw. haben Gegenmaßnahmen in Form von Kurzarbeit, Sozialleistungen und der wirtschaftliche Wiederaufschwung die sozialen Bedingungen etwas stabilisiert. Die größten finanziellen Auswirkungen sind für die Bevölkerung im unteren Bereich der Einkommensverteilung spürbar, wie die Eurostat Konjunktur- und Verbrauchererhebungen[25] zeigen – dort gab es auch noch nicht die in anderen Bereichen eingetretenen Verbesserungen.

Erkennbar ist jedenfalls, dass sich die Lebenssituation für jene, die bereits zu Beginn der Krise armuts- oder ausgrenzungefährdet waren, erschwert: Finanzielle Unsicherheiten nehmen zu, wie auch EU-SILC 2020 für Österreich zeigt. So haben 25% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten keine Ersparnisse, auf die sie zurückgreifen könnten, würde ihr Einkommen wegfallen. Weitere 39% könnten ihren Lebensstandard nur für weniger als drei Monate aufrechthalten. Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungefährdete verfügen weit seltener, in 5% der Fälle, über gar keine Ersparnisse bzw. in 18% über Rücklagen, die kürzer als drei Monate ausreichen würden.

Die erwarteten Einkommensveränderungen bezogen auf die nächsten zwölf Monate zeigen eine pessimistischere Sicht als in den Vorgängererhebungen (EU-SILC 2018 und 2019). Nur 9 bzw. 8% der Bevölkerung rechneten damals mit einer Verschlechterung; 2020 glaubten hingegen 15%, dass sich ihre finanzielle Situation innerhalb des nächsten Jahres verschlechtern werde. Diese Einschätzung ist dabei unter Armuts- oder Ausgrenzungefährdeten (13% sehen Verschlechterung) etwa gleich häufig vertreten wie unter Personen, die nicht zur Armutsrisikogruppe zählen (15%).

Hinsichtlich der vergangenen Entwicklung sagten insgesamt 21% in EU-SILC 2020, dass ihr Haushaltseinkommen während der letzten zwölf Monate weniger geworden sei. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete berichteten sogar zu 30% von einem verringerten Haushaltseinkommen (gegenüber 19% der Nicht-Armutsbetroffenen). Auch hier ist eine ungünstigere Dynamik als in den Vorgängererhebungen bemerkbar: 2018 und 2019 hatten noch 14% bzw. 13% von einer Verringerung ihres Haushaltseinkommens bis zum Befragungszeitpunkt berichtet. Als Grund für die Einkommensreduktion wurde 2020 in 21% der Fälle ein Jobverlust oder Konkurs des eigenen Unternehmens genannt.

3.3.1 Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten all jene Personen, die zumindest von einem der drei folgenden Teilaspekte von Armut betroffen sind: erhebliche materielle Deprivation, relative monetäre Armut oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt.[26]

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-27. Zudem hat sich die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote in der langfristigen Betrachtung verringert und die nationale Zielvorgabe einer absoluten Verringerung um rund 235.000 Personen im Vergleich zu 2008 konnte im Jahr 2019 erreicht werden, weshalb die langfristige Betrachtung tendenziell positiv ausfällt. In der kurzen Frist ist ein geringfügiger (jedoch nicht signifikanter) Anstieg der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung feststellbar. Die Auswirkungen der COVID-19-Krise sind noch abzuwarten (derzeitige Ergebnisse von EU-SILC 2020 beziehen sich für Einkommen und Erwerbslosigkeit auf das Jahr 2019), weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingeschätzt wird."

In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen kaum verändert: 2018 waren 17,5% armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, 2019 16,9% und 2020 17,5%. Von 2008 (20,6%) bis 2020 hat sich Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um 3,1%-Punkte verringert. Absolut betrachtet waren in Österreich 2020 1.529.000 Personen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Zu beachten sind dabei die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2020 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit bei +/- 122.000 Personen. Dementsprechend ist auch die Veränderung zwischen den Jahren mit einem

[23] Vgl. Social Protection Committee (2020): SPC 2020 Annual Review of the Social Protection Performance Monitor (SPPM) and developments in social protection policies - Report on key social challenges and key messages.

[24] Vgl. Employment Committee and Social Protection Committee (2020): Monitoring Report on the Employment and Social Situation in the EU Following the Outbreak of the COVID-19-Pandemic - Spring 2021 Report.

[25] Eurostat Konjunktur- und Verbrauchererhebungen

[26] Es wird hier konsistent mit den Vorjahresveröffentlichungen die Berechnungsart der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung verwendet, die für die Strategie „Europa 2020" festgelegt wurde. Eurostat veröffentlicht parallel dazu auch die für das Monitoring bis 2030 verwendete Definition (geringe definitorische Abweichungen hinsichtlich Deprivation und Erwerbslosigkeit).

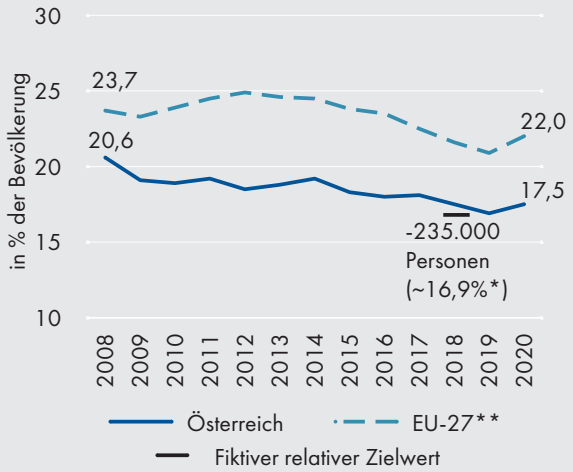
statistischen Fehler behaftet und stellt einen Schätzwert dar, der sinkende Trend seit 2008 ist jedenfalls statistisch abgesichert.

In der nationalen Umsetzung des Europa-2020-Ziels wurde eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2019[27]). Basis für den Beobachtungszeitraum war das Jahr 2008 – jenes Jahr, dessen Daten zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Strategie im Jahr 2010 für alle Länder verfügbar waren. Als Jahr zur Beurteilung der Zielerreichung war 2018 vorgesehen. Das österreichische Ziel der Armutsreduktion um 235.000 Personen zwischen 2008 und 2018 wurde mit einem Jahr Verspätung annähernd erreicht: Der errechnete Rückgang der Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich von 1.699.000 (20,6%) im Jahr 2008 auf 1.472.000 (16,9%) im Jahr 2019 belief sich insgesamt auf 227.000 Personen (siehe Grafik 35). Die für den Zeitraum bis 2018 angestrebte Reduktion wurde somit 2019 zu rund 97% erreicht.

Auch nach Ende der Strategie „Europa 2020" wird der Indikator zu Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung als zentrale Messgröße für soziale Eingliederung in der EU weitergeführt. Ab 2021 soll der Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" nach Plänen der Indikatorengruppen des Sozialschutzausschusses (Social Protection Committee, SPC) und des Beschäftigungsausschusses (Employment Committee, EMCO) in leicht überarbeiteter Form im Social Scoreboard verwendet werden. Nachjustierungen betreffen die Indikatoren zu Deprivation und Erwerbslosigkeit. Grundsätzlich wird aber am Zusammenspiel der Teilindikatoren materielle Benachteiligungen – niedriges Haushaltseinkommen –niedrige Erwerbsintensität im Haushalt in einem Indikator für „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" festgehalten. Im vorliegenden Bericht wird aus Gründen der Konsistenz in der Zeitreihe noch die für die Europa-2020-Strategie definierte Variante verwendet.

Österreich ist seit Beginn der „Europa 2020"-Zeitreihe im besten Drittel und deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, zuletzt gab es 4,5%-Punkte Unterschied zwischen dem Risiko für soziale Ausgrenzung in der EU insgesamt und in Österreich (2020: EU-27: 22,0%, Österreich: 17,5%). Die angestrebte Reduktion um 20 Mio. Menschen konnte auf EU-Ebene im für die Europa-2020-Strategie definierten 10-Jahreszeitraum und auch danach noch nicht erreicht werden, wenngleich sich ein Sinken der Quote in den letzten Jahren zeigt. Laut EU SILC 2008 umfasste die Sozialzielgruppe 23,7% der Bevölkerung in der EU (116,6 Mio. Menschen)[28], und hat sich nach einem Anstieg erst 2015 wieder auf dieses Niveau (23,8%, 106,8 Mio.) gesenkt. Zwischen 2016 und 2020 wurde eine weitere Reduktion gemessen. 2020 waren 22,0% bzw. 96,8 Mio. Menschen in der EU-27 von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.[29]

Grafik 35
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

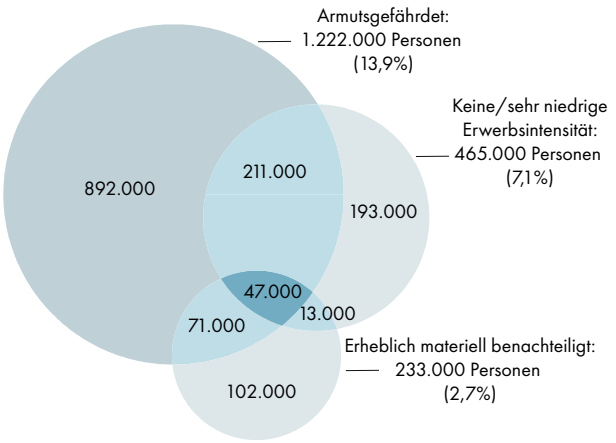


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert von 16,9% stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert (Verringerung um 235.000 Personen) in Relation zum Bevölkerungsstand basiert. - ** Daten 2008-2009 ohne Kroatien, ab 2010 ohne UK.

Wie oben bereits beschrieben, gilt eine Person dann als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn sie entweder unter erheblich materiell benachteiligten Bedingungen oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität lebt oder ein relativ niedriges Haushaltseinkommen hat. 2,7% der Bevölkerung (entspricht 233.000 Personen) waren 2020 in Österreich erheblich materiell eingeschränkt, 13,9% der Bevölkerung (entspricht 1.222.000 Personen) hatten weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung und galten damit als armutsgefährdet. Die Quote der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität betrug 7,1% (465.000 Personen unter 60 Jahre). Da diese Merkmale in Kombination auftreten können, ist die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten geringer als die Summe dieser drei Einzelindikatoren (siehe Grafik 36). 343.000 Personen waren in mindestens zwei der drei Armuts- oder Ausgrenzungsdimensionen benachteiligt (3,9% der österreichischen Gesamtbevölkerung bzw. ein Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten). 47.000 Personen waren in allen drei Dimensionen benachteiligt.

[27] Bundeskanzleramt (2019): Nationales Reformprogramm Österreich.
[28] 2008 und 2009 von Eurostat berichtete Werte ohne Kroatien aber inklusive Vereinigtes Königreich.
[29] Die Vergleichbarkeit der Absolut-Werte von 2008 und 2020 ist insofern eingeschränkt, da die für 2008 und 2009 von Eurostat berichtete Werte ohne Kroatien aber inklusive Vereinigtes Königreich sind, ab 2010 werden die ohne Vereinigtes Königreich rückgerechneten Werte für EU-27 verwendet.

Grafik 36
Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020.

Die folgenden Unterkapitel zeigen, wie sich die Betroffenheit von den verschiedenen Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den letzten Jahren entwickelt hat sowie welche grundlegenden Unterschiede nach Geschlecht und Bildung sich ergeben.

3.3.2 Erhebliche materielle Deprivation

Unter „erhebliche materielle Deprivation" werden Benachteiligungen in der Lebensführung verstanden, die einen nach EU-Definition festgelegten Mindestlebensstandard unterschreiten. Es handelt sich somit um eine absolutes Armutsmaß. Personen, deren Haushalt erheblich materiell depriviert ist, weisen vier oder mehr der folgenden neun Merkmale auf:

a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

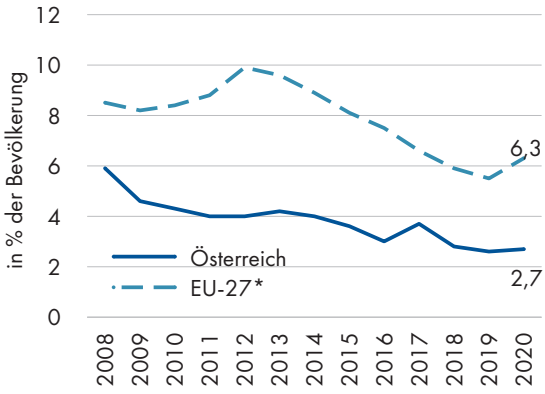
Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
c. unerwartete Ausgaben bis zu 1.260 Euro zu tätigen (z.B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2018)
d. die Wohnung angemessen warm zu halten
e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
f. ein Pkw
g. eine Waschmaschine
h. ein Fernsehgerät
i. ein Festnetztelefon oder Handy

Die höchste Quote der erheblichen materiellen Deprivation im Zeitverlauf ist mit 5,9% zu Beginn des Beobachtungsfensters 2008 zu sehen (siehe Grafik 37). Danach ist ein Rückgang festzustellen. Der Prozentsatz der erheblich materiell Benachteiligten lag in den Jahren 2011 bis 2014 relativ stabil bei 4% und ist 2016 auf 3% gesunken. 2017 wurde wieder das Niveau von 2015 erreicht und damit der starke Rückgang unterbrochen. Seit 2018 wurden kontinuierliche Werte unter 3% und damit die bisher niedrigsten Werte in der Zeitreihe ermittelt: 2018 2,8%, 2019 2,6% und 2020 2,7%. Die kurzfristige Veränderung von 2019 auf 2020 um plus 0,1 %-Punkte stellt keine signifikante Steigerung dar. Von 2008 bis 2020 sank der Wert erheblich materieller Deprivation von 5,9% auf 2,7% um mehr als die Hälfte, das bedeutete absolut ein Minus um 252.000 Personen.

EU-weit zeigt sich einerseits ein wesentlich höheres Niveau der Quote erheblicher materieller Benachteiligungen zuletzt, 2020, war sie mit 6,3% mehr als doppelt so hoch wie in Österreich , andererseits auch ein anderer Verlauf: Einem Anstieg bis ins Jahr 2012 folgte ein deutlicher Rückgang bis 2019 und zuletzt wieder ein leichter Anstieg.

Grafik 37
Erhebliche materielle Deprivation



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien, ab 2010 Rückrechnung ohne UK.

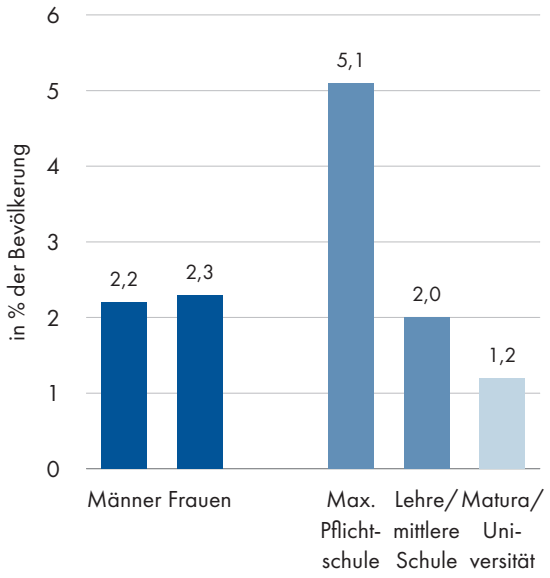
86.000 Frauen (2,3%) und 77.000 Männer (2,2%) ab 18 Jahren lebten im Jahr 2020 in Österreich in Haushalten mit erheblicher materieller Deprivation – vgl. Grafik 38. Dabei ist zu beachten, dass Geschlechterunterschiede durch die Betrachtung der Haushaltssituation per Definition wegfallen, sobald Frauen und Männer gemeinsam leben.

Jüngere Menschen sind stärker von erheblicher materieller Deprivation betroffen, 71.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gelten als erheblich materiell depriviert, das sind 4,5% dieser Altersgruppe. Bei den 18- bis 64-jährigen Personen sind 147.000 oder 2,6% erheblichen

materiellen Benachteiligungen ausgesetzt. Für Personen ab 65 Jahren stellt sich die Gefahr materieller Benachteiligung mit 16.000 Betroffenen und einem Anteil von 1,0% an dieser Altersgruppe als geringer dar.

Bildung ist ein wesentlicher Prädiktor der ökonomischen Situation, da Bildungsabschlüsse und Qualifikation eine wichtige Rolle beim Zugang von Personen zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit finanzierbaren Lebensstandard spielen. Effekte der Bildung zeigen sich vor allem entlang der Trennlinie Pflichtschulabschluss vs. weiterführende Bildung: Verfügte eine Person nur über einen Pflichtschulabschluss, betrug die Quote erheblicher materieller Benachteiligungen 5,1%. Hingegen waren bereits Personen mit einem mittleren Schulabschluss geringer betroffen als im Durchschnitt (2,0%) und Absolventinnen bzw. Absolventen einer Matura oder eines Studiums nur mehr zu 1,2% erheblich materiell benachteiligt.

Grafik 38
Erhebliche materielle Deprivation nach Geschlecht und Bildung (2020)



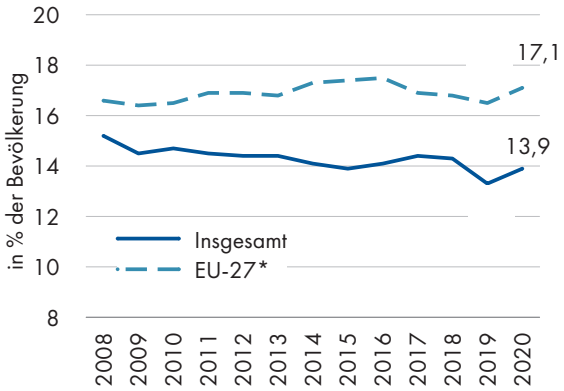
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. Männer und Frauen ab 18 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren. Zusammenfassung von Matura und Universität aufgrund geringer Fallzahlen.

3.3.3 Armutsgefährdung (Haushaltseinkommen <60% des Medianeinkommens)

Die Armutsgefährdung ist eine relatives Armutsmaß. Sie meint ein im Verhältnis zur Mitte der Bevölkerung geringes verfügbares Haushaltseinkommen. Dieses berechnet sich als Summe der Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und allfälliger Sozialtransfers im Haushalt. Anschließend werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen und Unterhaltsleistungen sowie sonstige Privattransfers zwischen Haushalten weg- bzw. hinzugerechnet. Als armutsgefährdet gelten in der EU all jene Haushalte, deren äquivalisiertes (=bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-) Nettohaushaltseinkommen unter 60% des Medians aller äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen des Landes liegt. Das war in Österreich laut EU-SILC 2020 ein Betrag von 1.328 Euro pro Monat für Alleinlebende, plus 664 Euro pro Monat für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt und 398 Euro pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren. Haushalte mit zwei Eltern und zwei Kindern unter 14 Jahren galten demnach im Jahr 2020 als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 2.788 Euro pro Monat zur Verfügung hatten. Die Relativität der Definition der Armutsgefährdung bedingt, dass bei einem Anstieg des Medianeinkommens mehr Haushalte als armutsgefährdet gelten, auch wenn sich ihr verfügbares Einkommen nicht geändert hat.

Von „Armutsgefährdung" wird im Gegensatz zu „Armut" bewusst gesprochen, um zu verdeutlichen, dass der Umgang mit niedrigem Einkommen von weiteren Faktoren mitbestimmt wird, z.B. von der Kostenstruktur bzw. dem Vermögenshintergrund eines Haushalts (z.B. Wohnungseigentum vs. Miete), von der Dauer der Situation mit geringem Einkommen usw. Insofern weicht der Anteil der Bevölkerung, der von Armut betroffen ist, von jenem ab, der als armutsgefährdet gilt. Der Indikator „Armutsgefährdung" als rein relatives Maß sagt dementsprechend auch nichts darüber aus ob bzw. wie gut ein Haushalt mit seinem Einkommen auskommt.

Grafik 39
Armutsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

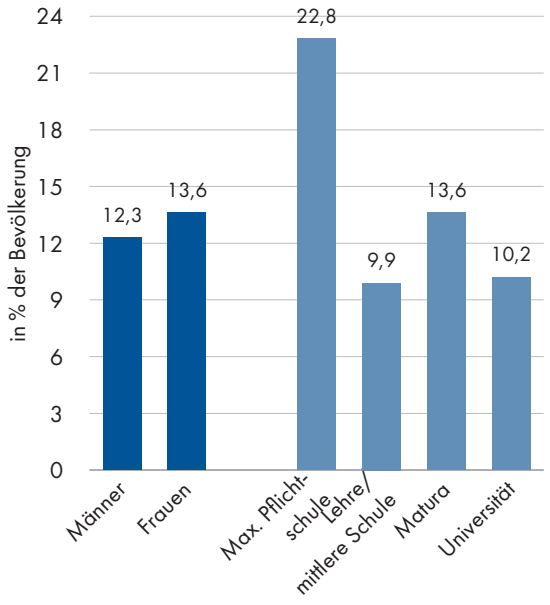
Während die Armutsgefährdungsquote in Österreich 2008 bei 15,2% der Bevölkerung lag (1.252.000 Personen), waren im Jahr 2020 13,9% bzw. 1.222.000 Personen armutsgefährdet (vgl. Grafik 39). Der Rückgang seit 2008 stellt auf Grund der Schwankungsbreite des Indikators keine signifikante Änderung dar, wird aber durch den mehrjährigen

Trend gestützt. Kurzfristig ist eine leichte Erhöhung von 2019 auf 2020 um 0,6%-Punkte von 13,3% auf 13,9% festzustellen, die sich allerdings innerhalb der statistischen Schwankungsbreite befindet.

Im Vergleich Österreichs liegt die Armutsgefährdungsquote in der EU zwischen 3 und 5%-Punkte höher. Sie betrug für die EU-27 im Jahr 2020 17,1%. Die Quote der von Armut bedrohten Personen zeigt sich außerdem seit 2008 in der EU recht stabil, das heißt es konnte auch längerfristig keine Reduktion erzielt werden.

501.000 Frauen und 430.000 Männer ab 18 Jahren waren 2020 armutsgefährdet, hinzu kamen 291.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Der Unterschied im Armutsrisiko nach dem Geschlecht ist relativ gering: 12,3% der Männer und 13,6% der Frauen (ab 18 Jahren) waren betroffen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Armutsgefährdungsquote anhand der Haushaltseinkommen berechnet wird: Alle Einkünfte im Haushalt werden zusammengerechnet und dann eine Gleichverteilung innerhalb des Haushaltes angenommen. Deutlichere Unterschiede zwischen dem Armutsrisiko von Männern und Frauen können daher vor allem für Einpersonenhaushalte beobachtet werden.[30]

Grafik 40
Armutsgefährdung nach Geschlecht und Bildung (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. Männer und Frauen ab 18 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren.

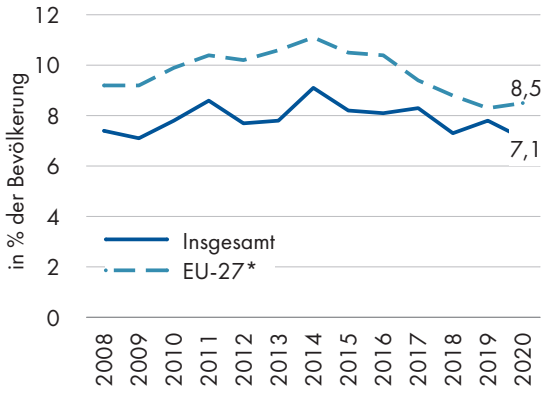
Auch mit Bezug auf die Armutsgefährdung zeigt sich wieder der Effekt von Bildung: Eine höhere Armutsgefährdung liegt besonders bei Personen mit niedriger Schulbildung vor. Für Personen mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung betrug die Armutsgefährdungsquote 22,8%. Deutlich niedriger war diese hingegen bei Personen mit Lehr- oder BMS-Abschluss (9,9%) sowie bei jenen mit (AHS- oder BHS-)Matura (13,6%) und bei Personen mit Hochschulabschluss (10,2%).

3.3.4 Geringe Erwerbsintensität

Erwerbsarbeit dient wesentlich der Generierung von Einkommen und damit dem Erreichen bzw. Erhalt eines bestimmten Lebensstandards, gleichzeitig auch der sozialen Integration. Auf dem Weg zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum (vgl. Europäische Kommission 2010) dient die Beschäftigungsquote daher als ein wichtiger Gradmesser des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Im Europa-2020-Sozialziel ist weiters die niedrige Erwerbsintensität auf der Haushaltsebene als Indikator definiert.

Als Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität werden im Sinne des europäischen Indikators jene bezeichnet, in denen die Erwerbsintensität der Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (18 bis 59 Jahre, ausgenommen Studierende) weniger als 20% des gesamten Erwerbspotenzials pro Jahr beträgt. Dieser Indikator wird nur für Personen unter 60 Jahren ausgewiesen.

Grafik 41
Geringe Erwerbsintensität



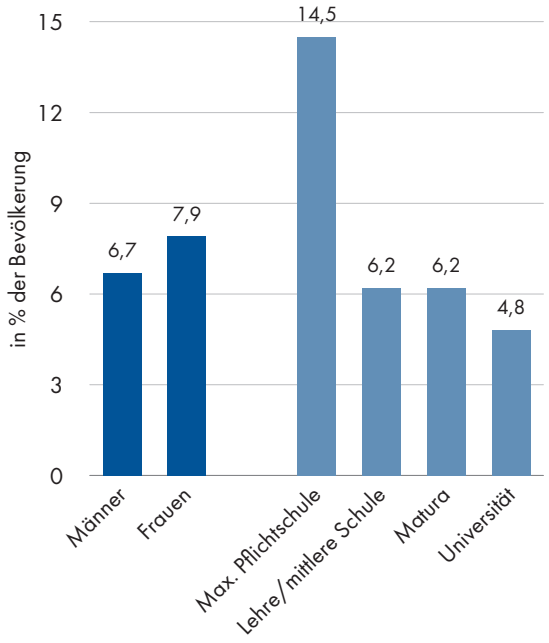
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. Männer und Frauen ab 20 Jahren.

[30] So ist etwa feststellbar, dass alleinlebende Pensionistinnen deutlich über der Risikoquote von alleinlebenden Pensionisten liegen (25 vs. 19%). Weitere Analysen siehe z.B. auf der Website zu Gender-Statistik.

Bei der Interpretation des Indikators zu Erwerbsintensität (siehe Grafik 41) ist – wie auch beim Indikator Armutsgefährdung – darauf Rücksicht zu nehmen, dass er sich auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr bezieht und Arbeitsmarkteffekte erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam werden.[31] So schlägt sich die Rekordbeschäftigung von 2008 erst im Indikator von 2009 (7,1%) nieder. In den darauffolgenden Jahren geht die Quote der Personen in nicht oder gering in den Arbeitsmarkt eingebundenen Haushalten – wohl in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise – nach oben. Nach einem Rückgang 2012 und 2013 erreicht sie im Jahr 2014 mit 9,1% ihren bisherigen Höchststand. Dies fällt mit einer im Jahr 2013 gestiegenen Arbeitslosenquote zusammen. 2015 fiel die Quote der Personen unter 60 Jahre in Erwerbslosenhaushalten wieder etwas geringer als 2014 aus. 2016 (8,1%) und 2017 (8,3%) hat sich der Wert stabil entwickelt. Das Jahr 2018 zeigt einen Rückgang auf Grund der positiven Arbeitsmarktentwicklung auf 7,3%, 2019 wieder einen leichten, aber nicht signifikanten Anstieg auf 7,8% und 2020 waren 7,1% (bzw. 465.000 unter 60-Jährige) in Erwerbslosenhaushalten.

Auch bei diesem Teilindikator der Sozialstrategie nach Europa 2020 stellt sich die Situation in Österreich besser dar als im EU-Durchschnitt. Für die EU-27 lag die Quote von Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität 2020 mit 8,5% um 1,4%-Punkte über dem Österreich-Wert.

Grafik 42
Geringe Erwerbsintensität nach Geschlecht und Bildung (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. Männer und Frauen ab 20 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren.

Von den insgesamt 465.000 Personen in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit waren 2020 rund 102.000 unter 18 Jahre alt – also Kinder und Jugendliche, die durch die geringe Erwerbseinbindung der Erwachsenen in ihrem Haushalt einem Risiko für soziale Ausgrenzung ausgesetzt waren. In der Altersgruppe zwischen 18 und 59 Jahren lebten 195.000 Frauen (7,9%) und 167.000 Männer (6,7%) in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbstätigkeit (vgl. Grafik 42).

Besonders oft waren Personen mit geringer Bildung jene ohne regelmäßige und ausreichende Erwerbstätigkeit – siehe ebenfalls Grafik 42: Die Quote der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität lag bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss bei 14,5% und damit etwa drei Mal so hoch wie für Personen mit Universitätsabschluss (4,8%). Auch für alle andere weiterführenden Bildungsabschlüsse ist mangelnde Erwerbseinbindung ihrer Haushalte seltener als im Durchschnitt.

3.3.5 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Soziale Netze, Qualität und Quantität sozialer Beziehungen, ermöglichen Eingebundenheit in die Gesellschaft. Das Ausmaß an sozialer Teilhabe hängt jedoch nicht nur von individuellen Entscheidungen oder der aktuellen Lebenssituation, sondern auch vom Lebensstandard und soziodemographischen Merkmalen ab. Ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (vgl. Bourdieu 1986) beeinflussen die Lebensqualität. Soziale Beziehungen können zum Beispiel helfen, materielle Engpässe durch finanzielle oder psychische Hilfe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von der Gesellschaft, insbesondere im Alter kann das ein Problem darstellen. Umgekehrt können auch schlechte materielle Bedingungen zur sozialen Isolation beitragen. Soziale Teilhabe ist daher für die subjektive Beurteilung der Lebensqualität von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als wichtigste Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2007).

Als Indikator für die „Soziale Teilhabe" wird die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls Wohlbefinden 2013, des Moduls Soziale und kulturelle Teilhabe 2015 sowie zuletzt aus dem Modul zu Wohlbefinden von 2018 zur Verfügung. Die dabei gestellten Fragen waren entsprechend der Zielvariablenvorgaben von Eurostat 2013 und 2015 bzw. 2018 aber nicht dieselben. Folgende Frage(n) wurde(n) den interviewten Personen gestellt:

[31] So kann der Wert für EU-SILC 2020, der sich auf die Beschäftigungssituation im gesamte Kalenderjahr 2019 bezieht, noch nicht den durch COVID-19 bedingten Beschäftigungsrückgang abbilden.

2013, 2015: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?“

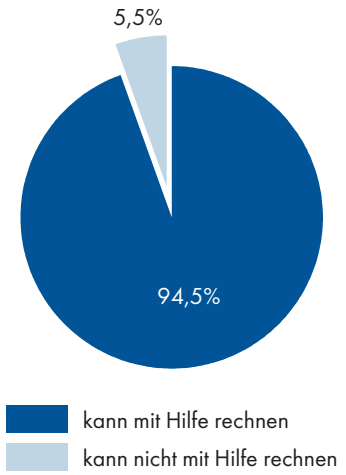
2018: (1) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um finanzielle oder materielle Hilfe bitten können?“

(2) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um sonstige Hilfe bitten können? Das kann jemand zum Sprechen über persönliche Angelegenheiten sein, emotionale Unterstützung, Hilfestellungen im Alltag.“

Während also in den Erhebungen 2013 und 2015 sehr allgemein nach Hilfemöglichkeiten durch soziale Netzwerke gefragt wurde, war 2018 laut der Vorgabe die Einschränkung auf finanzielle oder materielle Hilfe sowie auf Personen außerhalb des Haushalts mitformuliert – Frage (1). Die ergänzende Frage (2) zu anderen Arten der Hilfe wurde als nationale Zusatzvariable erhoben, um das gesamte Spektrum der Hilfeleistung annähernd vergleichbar zu den Erhebungen davor abbilden zu können.

2015 konnten 4,2% der Personen nicht auf tragfähige soziale Beziehungen bauen. 2013 waren es 3%. Wie Grafik 43 zeigt, konnten 2018 (allerdings bei geänderter Fragestellung, siehe oben) 5,5% weder finanzielle/materielle noch sonstige Hilfe von Personen außerhalb des Haushalts erhalten. 94,5% der Befragten gaben an im Bedarfsfall auf Hilfeleistung aus zumindest einem der abgefragten Bereiche zurückgreifen zu können.

Grafik 43
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018, Modul Wohlbefinden.

3.4 Gesundheit

Gesundheitliche Aspekte sind eng mit Wohlbefinden, sozialen Teilhabemöglichkeiten und finanziellen Kapazitäten verbunden. So kann sich Armut negativ auf die Gesundheit auswirken, z.B. wenn wenige Ressourcen zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung stehen. Zum anderen können auch gesundheitliche Probleme selbst die Einkommenschancen nachteilig beeinflussen: Krankheiten und körperliche Einschränkungen führen oft zu verminderten Erwerbsmöglichkeiten, einem niedrigeren Einkommen und erhöhtem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Differenzierte Analysen zum Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Gesundheit scheinen vor dem Hintergrund der umfassenden Messung von Lebensqualität also wesentlich.

Es stellt sich folglich die Frage, wie Gesundheit in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die insgesamte Lebensqualität zu definieren und zu messen ist. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit einer Krankheit oder eines Gebrechens. Physisches, mentales und soziales Wohlbefinden gehören ebenso zum Gesundheitsbegriff laut WHO. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage „GDP and beyond" zur Gesundheit im Bereich „Lebensqualität" zehn Indikatoren, die den Themen „Gesundheitsstatus" (z.B. Lebenserwartung), „Gesundheitsdeterminanten" (z.B. Gesundheitsverhalten) und „Zugang zum Gesundheitswesen" zugeordnet sind. Wichtige Datenquellen zur regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung sind dabei die Gesundheitsbefragung und EU-SILC.

Als erster Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für *WgÖ* die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Hier werden auch sozioökonomische Unterschiede in Bezug auf Gesundheit beleuchtet.

Der zweite Schlüsselindikator, die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten zwischen 30 und 69 Jahren, stellt diesem Indikator ein objektives Gegenstück zur Seite. Nicht übertragbare potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar.

Der Indikator zur vorzeitigen Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten wurde nach dem Vorbild des internationalen SDG Indikators 3.4.1 aus der UN Agenda erstellt und seit 2017 in das Indikatorenset aufgenommen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt der Gesundheitszustand für die Lebensqualität zusätzlich an Bedeutung. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essenziellen Faktor. Aus diesem Grund wird als Zusatzinformation die gesunde Lebenserwartung dargestellt, d.h. die Anzahl der weiteren Jahre, die eine 65jährige Person erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben (in Relation zu ihrer gesamten verbleibenden Lebenserwartung).

3.4.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung" basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?" (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

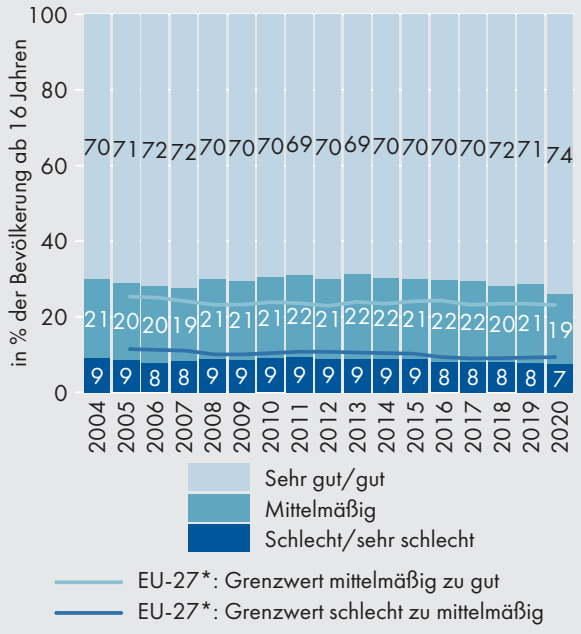
„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der kurzfristigen Entwicklung sind bei diesem Indikator substantielle Veränderungen wahrzunehmen. Auch die COVID-19-Krise hat bemerkenswerterweise nicht zu einer Verschlechterung 2020 geführt. Die kurzfristige Entwicklung wird daher tendenziell positiv gesehen. Die langfristige Entwicklung wird als neutral eingestuft."

Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes in jährlichen Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf physische, aber auch auf psychische und soziale Aspekte von Gesundheit.

Grafik 44 zeigt, dass sich der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren leicht verbessert hat. 2020 waren 74,0% der Ab-16-Jährigen gemäß Selbsteinschätzung in guter oder sehr guter Gesundheit, 18,5% stuften ihre Gesundheit als mittelmäßig und 7,4% als schlecht oder sehr schlecht ein. Grafik 44 zeigt außerdem, dass Personen in Österreich durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit aufweisen als im EU-Durchschnitt: In der EU-27 gaben 68,7% der Bevölkerung ab 16 Jahren an bei guter Gesundheit zu sein, 22,5% empfanden ihre Gesundheit als „mittelmäßig" und 8,8% als schlecht oder sehr schlecht.

Im Bericht zur Gesundheitsbefragung 2014 des Bundesministeriums für Gesundheit und von Statistik Austria (2015) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustandes seit 1991 ein positiver Trend festzustellen ist, der noch stärker ausfällt, wenn man die Alterung der Gesellschaft mitberücksichtigt. Auch wenn sich also in den letzten Jahren keine deutlichen Veränderungen des subjektiven Gesundheitszustandes der Bevölkerung ausmachen ließen, so bilden Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand doch langfristige Entwicklungen ab.

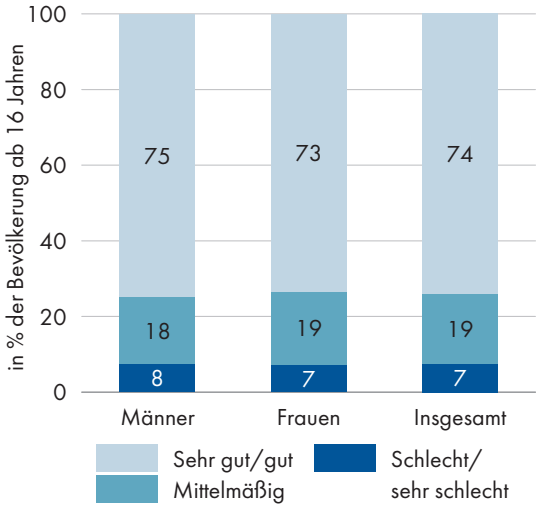
Grafik 44
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * Daten 2005-2009 ohne Kroatien , ab 2010 Rückrechnung ohne UK.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand etwas weniger oft als (sehr) gut ein als Männer (Grafik 45). Während 2020 75% der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen 73%.Dieser Unterschied in der Einschätzung der eigenen Gesundheit kann teilweise mit der höheren Lebenserwartung der Frauen erklärt werden, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten. Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Grafik 45
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020.

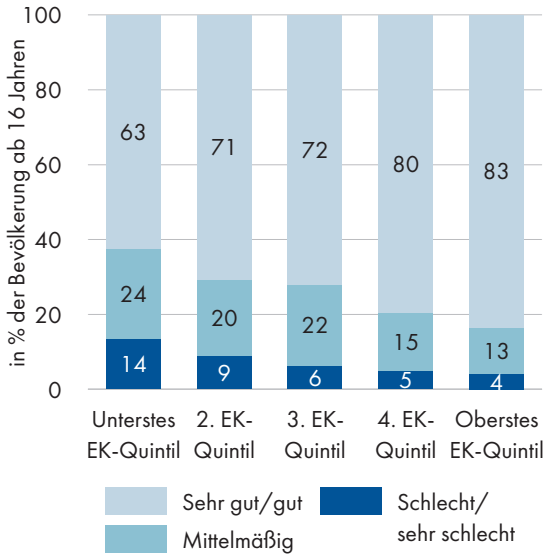
Deutlichere Unterschiede als zwischen den Geschlechtern zeigen sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 46). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten äquivalisierten Einkommen nur 63% der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil 83%. Gleichzeitig schätzten 14% des untersten Einkommensquintils ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 5%, oberstes EK-Quintil: 4%).

Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge, aber vor allem auch nach den Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Gruppen auf. Detailliertere Analyse sind zuletzt etwa mit Daten des EU-SILC Gesundheitsmoduls von 2017 entstanden: Die Wechselwirkung von Gesundheit und finanzieller Situation, insbesondere die Benachteiligungen einkommensschwacher Personen werden darin nachgewiesen, ebenso wie das unterschiedliche Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern sowie nach Bildung. Ein in *WgÖ* auf Grund der Unregelmäßigkeit der Daten nicht abgebildeter, aber sehr wichtiger Aspekt ist die Gesundheit von Kindern und Jugend-

lichen: Sie unterscheidet sich lt. Daten aus dem EU-SILC Modul 2017 nicht wesentlich über Einkommensgruppen hinweg; dies gilt auch für die medizinische Versorgung von Kindern. Dennoch zeigen sich für Kinder aus einkommensschwachen Familien indirekte Effekte, etwa Benachteiligungen in Bezug auf Gesundheitsressourcen wie Wohnbedingungen oder soziale Teilhabe (vgl. Lamei/ Psihoda/ Skina-Tabue 2019). Auch Leoni (2015) weist in einer europaweiten Studie auf den Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation und dem Gesundheitszustand der Bevölkerung hin, d.h. sozioökonomisch Bessergestellte sind tendenziell gesünder als Schlechtergestellte. Österreich zählt dieser und auch früheren Studien folgend jedoch im europäischen Vergleich zu den Ländern, in denen der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung nur in relativ niedrigem Maß von sozialen Unterschieden geprägt ist.

Grafik 46

Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Inwiefern die COVID-19-Pandemie direkt – durch eine Infektion mit dem Coronavirus – aber auch indirekt die Gesundheit der Menschen in Österreich betrifft – negativ etwa durch den Aufschub von Operationen, Behandlungen und Untersuchungen, positiv durch Nicht-Übertragung anderer Krankheiten aufgrund des Tragens des Mund-Nasen-Schutzes und Hygienemaßnahmen oder der Reduktion der Grippefälle – ist eine sozial höchst relevante Frage. Statistisch ist hier teilweise der Effekt der „Lockdowns" bzw. Maßnahmen durchaus sichtbar: Eine Studie der Gesundheit Österreich GmbH zu den Auswirkungen des Lockdowns im Frühjahr 2020 auf die stationäre Spitalsversorgung zeigt, dass eine Überlastung der Krankenanstalten in der Phase der hohen Inzidenzen und Spitalsbehandlungen von Corona-Fällen zum damaligen Zeitpunkt vermieden werden konnte und die stationäre Versorgung von Akutfällen und dringenden Fällen aufrechterhalten wurde. Dies wurde aber zum Teil dadurch erreicht, dass andere Fälle in geringerem Ausmaß Behandlungen erhielten als üblich. Von März bis Mai 2020 kam es zu einem Rückgang der stationären Aufenthalte mit Herzinfarkt von bis zu 25% im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der Schlaganfälle blieb beinahe gleich. Stationär aufgenommene Unfälle und Infektionen gingen deutlich zurück. Bei Entbindungen verkürzte sich die Aufenthaltsdauer um einen halben Tag. Stark zurück gingen die Aufenthalte mit psychischen Erkrankungen, wiewohl eher von einem Zunehmen psychischer Krankheiten auszugehen ist. Die gesundheitlichen Auswirkungen aufgrund verschobener oder auch von Patientinnen und Patienten bewusst vermiedener Behandlungen sind zum derzeitigen Zeitpunkt nicht statistisch abschätzbar bzw. werden sich auch erst längerfristig bemerkbar machen.

3.4.2 Schlüsselindikator vorzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen

Der Schlüsselindikator „vorzeitige Sterblichkeit[32] an nicht-übertragbaren Krankheiten" beschreibt die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten – vor allem Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege – in der Gruppe der 30- bis 69-Jährigen.

Die Sterblichkeit gehört zu den wichtigsten objektiven Gesundheitsindikatoren. Die vorzeitige Sterblichkeit, also die Sterblichkeit der Bevölkerung mittleren Alters, ist dabei von besonderem Interesse. In dieser Bevölkerungsgruppe sind vorwiegend nicht-übertragbare Erkrankungen die häufigsten Todesursachen. Unter den Indikatoren der SDGs findet sich daher unter 3.4.1 die „Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten der 30- bis 69-jährigen Personen" als zentraler Indikator.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Der Anteil vorzeitiger Sterbefälle aufgrund nicht-übertragbarer Krankheiten sank von 2000 bis 2020 kontinuierlich, weshalb die langfristige Bewertung positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde ein etwas abgeflachter

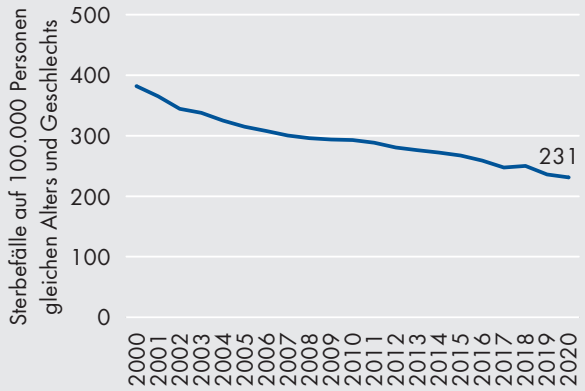
[32] Synonym verwendet wird dafür auch der Begriff „frühzeitige Sterblichkeit".

Rückgang verzeichnet, weshalb die kurzfristige Entwicklung tendenziell positiv bewertet wird."

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen Altersaufbaues der Bevölkerung ist dadurch ausgeschaltet, d.h. diese Maßzahl ermöglicht einen fairen Vergleich zwischen den Jahren und den Geschlechtern.

Grafik 47
Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige

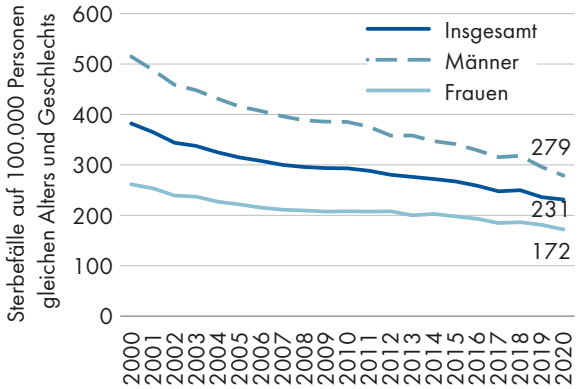


Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Wie in Grafik 47 zu sehen, hat die vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten seit 2000 deutlich abgenommen. 2020 lag sie mit 231 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung) etwas niedriger als im Vorjahr (2019: 236). 2000 betrug der Wert noch 382. Das ist ein Rückgang um fast 40%. Auch im kurzfristigen Vergleich innerhalb von drei Jahren konnte ein Rückgang verzeichnet werden, wenn auch etwas abgeflacht. 2018 gab es 250 vorzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen, 2019 236 und 2020 231.

Grafik 48 zeigt, dass in allen Jahren Männer eine deutlich höhere vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten haben als Frauen, wobei im Zeitvergleich die Sterblichkeit bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Damit hat die Geschlechterdifferenz seit 2000 um 58% abgenommen. 2020 lag die vorzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei 172, bei den Männern bei 279 auf 100.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts.

Grafik 48
Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Um Interpretationsschwierigkeiten vorzubeugen sei erwähnt, dass der Rückgang der Sterbefälle in diesem Indikator weitgehend von der COVID-19-Krise unabhängig ist – es werden hier lediglich die nicht-übertragbaren Krankheiten als Todesursache betrachtet und die relevante Altersgruppe sind die 30- bis 69-Jährigen.

3.4.3 Gesunde Lebenserwartung

Der Indikator „gesunde Lebenserwartung", wie er hier verwendet wird, beschreibt, wie viele Jahre eine 65-jährige Person noch erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben. Er wird auf Basis von EU-SILC berechnet und die entsprechende Frage lautete zwischen 2008 und 2013: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?" bzw. ab 2014: „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die sechs Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)".

Während bei Maßen der Sterblichkeit die generelle verbleibende Lebenserwartung im Vordergrund steht, hat sich in letzter Zeit die Überzeugung durchgesetzt, dass das Ziel der Politik nicht nur ein „Mehr an Jahren", sondern auch ein „Mehr an Gesundheit" in den verbleibenden Lebensjahren sein soll. Hier spielen Indikatoren zur sogenannten „gesunden Lebenserwartung", d.h. zu Anzahl an Jahren, die man noch erwarten kann, gesund zu leben, eine zentrale Rolle. Gesundheit kann dabei auf verschiedene Weise definiert und gemessen werden. Für diesen Bericht

wurde die Lebenserwartung ohne chronische Krankheit verwendet, da hier eine ausreichend lange weitgehend konsistente Zeitreihe zur Verfügung steht.

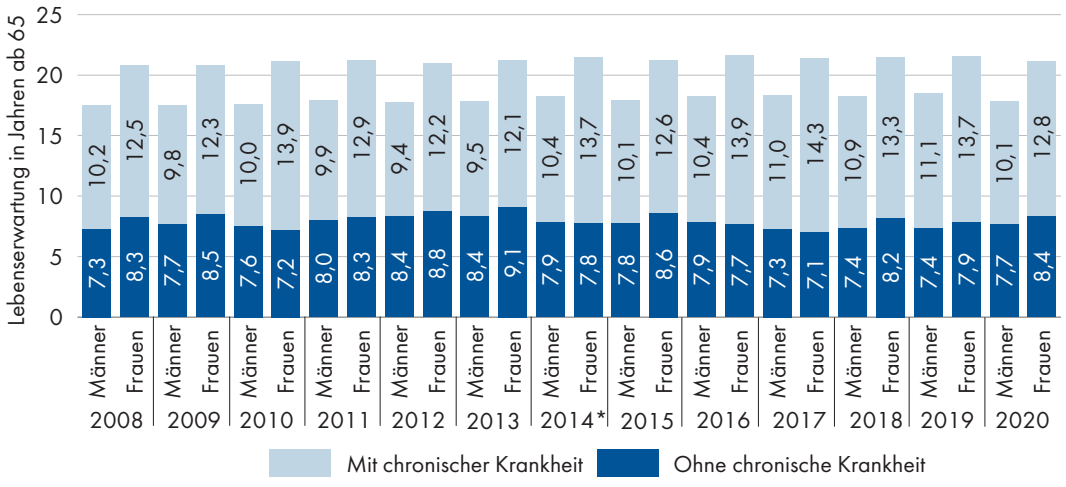
Berechnet wurde dieser Indikator durch Anwendung der Werte aus EU-SILC zur Häufigkeit chronischer Krankheit auf die jeweiligen Sterbetafeln. Theoretisch stehen für diesen Indikator bereits Werte ab 2003 zur Verfügung, vor 2008 führte aber eine abweichende Fragestellung „Haben Sie eine chronische Krankheit?" zu einem deutlich sichtbaren Zeitreihenbruch, so dass diese Werte nicht dargestellt werden.

Grafik 49 zeigt, dass 2020 eine 65-jährige Frau erwarten konnte, noch 8,4 Jahre in Gesundheit und weitere 12,8 Jahre mit einer chronischen Krankheit zu leben. 65-jährige Männer lebten im Durchschnitt noch 7,7 Jahre ohne bzw. weitere 10,1 Jahre mit chronischen Krankheiten. Berücksichtigt man statistische Schwankungsbreiten und den Zeitreihenbruch ab 2014 aufgrund der neuen Formulierung der Frage, ist über den Zeitverlauf hier kaum ein eindeutiger Trend erkennbar. Gut sichtbar ist jedoch der Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, allerdings zeigen sich diese Unterschiede nicht im selben Maße bei der gesunden Lebenserwartung. Frauen leben also länger, verbringen aber einen größeren Anteil ihrer nach 65 noch verbleibenden Lebenszeit chronisch krank.

Erwähnenswert in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ist in der Dimension Gesundheit – abseits der gewählten und zuvor besprochenen Indikatoren – eine deutliche Veränderung in der Sterblichkeit: 2020 wurden insgesamt 91.599 Sterbefälle verzeichnet, um 9,8% bzw. 8.213 mehr als im Jahr davor. Rund 7% aller Sterbefälle im Jahr 2020 waren auf COVID-19 zurückzuführen. Zum Höhepunkt der zweiten Corona-Welle übertraf die COVID-Sterblichkeit sogar die Sterblichkeit aufgrund von Herz-Kreislauferkrankungen, die in den letzten Jahren mit Abstand für die meisten Sterbefälle verantwortlich waren. Ältere Personen mit Begleiterkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes, Herz- oder Nierenerkrankungen waren dabei am häufigsten betroffen.

Positiv zu erwähnen ist hingegen: Verletzte und Todesfälle durch Straßenverkehrsunfälle reduzierten sich während des Jahres 2020: Aufgrund des geringeren Verkehrsaufkommens während der coronabedingten Lockdowns von März bis Mai sowie im November und Dezember 2020 gingen die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Österreich deutlich zurück: 16% bzw. 7.482 Personen weniger Personen verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen im Jahr 2020 (2020 insgesamt 38.074 Verunglückte, davon 344 tödlich; 2019 waren es 45.556 Personen, davon 416 tödlich). Deutlich gestiegen ist allerdings die Anzahl der verunglückten Radfahrerinnen und Radfahrer (+14,5% gegenüber 2019).

Grafik 49
Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Sterbetafeln, EU-SILC. - * Aufgrund der neuen Formulierung der Frage gibt es ab 2014 einen Zeitreihenbruch.

3.5 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller Lebensqualität und gesellschaftlicher Entwicklung. Auf Ebene des Einzelnen spielen erworbene Bildung und Qualifikation unmittelbar eine Rolle beim Zugang zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit bezogenen Einkommen. In welchem Ausmaß Bildungserwerb gelingt, ist wiederum neben individuellen Faktoren durch die Herkunftsfamilie, gesellschaftliche Strukturen im Allgemeinen und das Bildungssystem im Speziellen geprägt. Auf gesellschaftlicher Ebene wird eine gerechte Verteilung von Bildungschancen als grundlegend für die Vermeidung sozialer Schieflagen angesehen. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die Wirtschaftskraft eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu höherer Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen Zielsetzungen der Politik. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Menschen, im gesamten Bildungssystem, wie auch in Bezug auf nicht-formales Lernen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Auch Stiglitz et al. (2009, S.165) sprechen der Ressource „Bildung" größte Bedeutung zu. Sie betonen, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen vieler weiterer Ziele hat (z.B. höheres Einkommen, bessere soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Darüber hinaus erweitern kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen, ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung.

Schlüsselindikatoren der Dimension Bildung sind die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (jene Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann) und als Gegenstück die frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, also die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die zu einem hohen Prozentsatz voraussichtlich keinen sekundären Bildungsabschluss erlangen werden.

Ergänzt werden diese Schlüsselindikatoren durch den Zusatzindikator Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, der den Aspekt des lebenslangen Lernens in den Fokus rückt.

Beim Vergleich dieser Indikatoren über die Zeit kommt man nicht umhin die möglichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mitzudenken. In Österreich wurde der Schulunterricht im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 mittels Home Schooling soweit als möglich aufrechterhalten und im Juni in eingeschränkter Form wieder aufgenommen. Ausbildungen konnten (tw. in neuer Form, z.B. Matura) weitgehend abgeschlossen werden. Nach Ende der Sommerferien wurde mit einem weitergehend normalen Präsenzunterricht gestartet, der jedoch ab November für die Oberstufen erneut in Home Schooling übergeführt wurde. Auch im Jahr 2021 wurde mit einer Home Schooling Phase begonnen, die je nach Schulstufe und Standort (z.B. längere Maßnahmen in der Ostregion) unterschiedlich lang dauerte. Ab Mitte Februar wurde der Präsenzunterricht teilweise wieder aufgenommen, erst Mitte Mai konnten auch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe wieder vom Schichtbetrieb in den vollen Präsenzbetrieb wechseln. Das Schuljahr 2021/22 soll keine weiteren generellen Einschränkungen des Präsenzunterrichts bringen. Auch der Studienbetrieb an den Hochschulen fand 2020 und im ersten Halbjahr 2021 weitgehend als Distanzlehre statt, soll aber ab dem Studienjahr 2021/22 unter Einhaltung bestimmter Regeln teilweise wieder in Präsenzform erfolgen.

Eine Studie des IHS zu Auswirkungen von Schulschließungen weist darauf hin, dass durch diese die Gefahr besteht, dass ein Teil der Kohorte zurückbleibt.[33] Umfrageergebnisse bestätigten, dass es Schwierigkeiten gab, Kontakt v.a. zu benachteiligten Schülerinnen und Schülern herzustellen und ein erheblicher Anteil von ihnen nicht erreicht werden konnte. Auch auf Probleme durch fehlende Hilfsmöglichkeiten von Eltern, eine mangelnde Ausstattung mit Tablets, Laptops und Internetverbindungen und beengte Wohnverhältnisse wurde aufmerksam gemacht. In einem Policy Brief des WIFO[34] werden ebenfalls hohe individuelle und gesellschaftliche Kosten vorhergesehen: etwa kurzfristige und längerfristige negative Folgen auf die Lernergebnisse, direkte Einkommenseinbußen oder indirekt steigende Gesundheitskosten durch psychische Belastungen und mangelnde Bewegung für Kin-

[33] Vgl. Kocher, M./ Steiner, M. (2020): Kosten von Schulschließungen zur Pandemiebekämpfung. IHS Policy Brief 20 und Steiner, M. (2020): No Child left behind? In Zeiten von Corona leichter gesagt als getan!

[34] Bock-Schappelwein, J./ Famira-Mühlberger, U. (2020): Ökonomische Folgen von Schulschließungen. WIFO Research Briefs 18/2020

der, Effekte auf Produktivität und Einkommen der Eltern, auf Unternehmen und damit auch auf das BIP.

Nicht nur für die Betroffenen selbst, die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für deren Betreuungspersonen stellten Schulschließungen eine hohe Belastung dar. Der vorschulische Bereich war ebenfalls teilweise im „Krisenmodus" und damit wurden nicht alle Kinder in Krippen und Kindergärten in üblichem Ausmaß und Qualität betreut. Mit diesen krisenbedingten Veränderungen in Bildung und Betreuung gingen auch ökonomische Effekte Hand in Hand. Insbesondere Frauen hatten in Bezug auf ihre eigene Erwerbstätigkeit Nachteile. Das WIFO führte im April 2020 eine Abschätzung der ökonomischen COVID-19-Effekte auf Frauen durch.[35] Danach traf die Doppelbelastung durch Beruf und Betreuungspflichten infolge von Homeoffice oder einer Beschäftigung in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen Frauen stärker als Männer.

3.5.1 Schlüsselindikator Tertiärquote

Die Entwicklung des Bildungsstandes in den letzten Jahrzehnten zeigt einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung. Insbesondere die Tertiärquote – der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem vergleichbaren Abschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-Jährigen – steht dabei vielfach im Fokus internationaler Vergleiche und nationaler politischer Strategien. Dahinter steckt die Annahme durch eine Ausweitung der Bevölkerung im oberen Bildungssegment dem Bedarf einer Wissensgesellschaft am besten entsprechen zu können und damit international wettbewerbsfähig zu sein. Dies wird als wichtige Voraussetzung erachtet um sozialen Wohlstand zu erhalten und zur Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen.

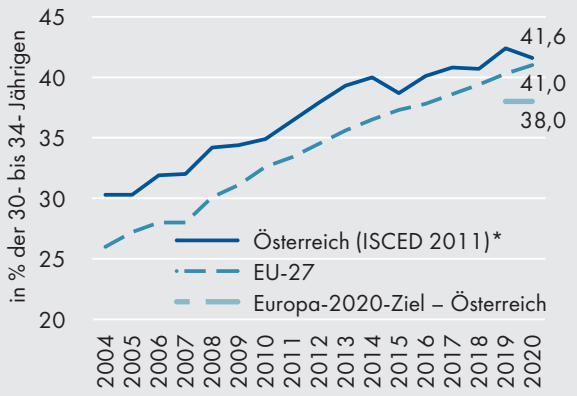
Gemäß Europa-2020-Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40% liegen. Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38% festgelegt. Dieses stammt noch aus der Zeit vor 2013, als BHS-Abschlüsse noch nicht zu den Tertiärabschlüssen gezählt wurden (ISCED 1997) und somit die österreichische Tertiärquote deutlich niedriger war. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der internationalen Bildungsklassifikation ISCED in den Kategorien 5 bis 8 (nach ISCED 2011 ab 2014 bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen. Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als Tertiärabschluss gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär. Der erfolgreiche Abschluss der dritten Klasse einer fünfjährigen BHS-Form wird als Abschluss der Sekundarstufe gewertet.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die international vergleichbare Tertiärquote (inkl. BHS-Abschlüsse) stieg seit 2004 kontinuierlich an. Das nationale Ziel von 38% wurde bereits erreicht und die Quote lag auch 2020 leicht über dem EU-27-Schnitt. Die kurz- und langfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv bewertet."

Grafik 50 zeigt, dass 2020 41,6% der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse (ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote. 2015 ist teils durch demographische Effekte bedingt die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen (auf 38,7%), dann relativ stabil knapp über 40% verlaufen. Gegenüber dem vorjährigen Höchststand (2019 42,4%) ist nun für 2020 ein leichter Rückgang auf 41,6% zu verzeichnen, der sich jedoch innerhalb der statistischen Schwankungsbreite bewegt. Für die EU-27 ist die Entwicklung in der Tertiärquote seit 2004 ebenfalls deutlich positiv verlaufen, 2020 wurde mit 41,0% der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe gemessen.

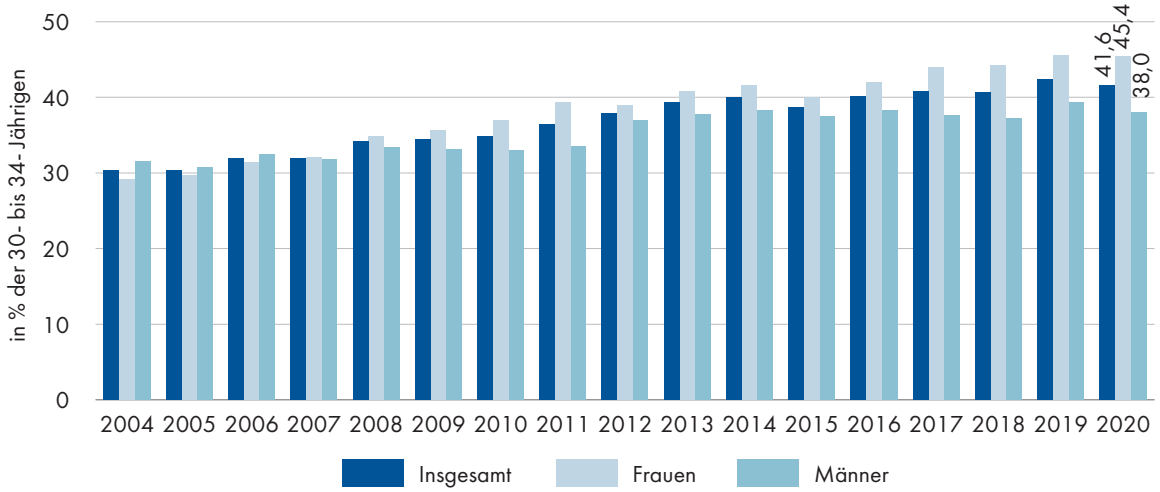
Grafik 50
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

[35] Bock-Schappelwein, J./ Famira-Mühlberger, U. /Mayrhuber, Ch. (2020): COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen. WIFO Research Briefs 3/2020

Grafik 51
Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Der langfristige positive Trend dürfte u.a. auf die Auswirkung der Umsetzung des Bologna-Prozesses zurückzuführen sein. Durch die Einführung des Bachelors schließen mehr Personen ein Studium auch tatsächlich ab (und das früher) und die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe 30+ vor.

Betrachtet man die Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 51, dass 2007 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben. Dieser Trend setzt sich fort: 2020 lag die Differenz zwischen den Geschlechtern bei 7%-Punkten zu Gunsten der Frauen.

Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5% vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde. Auch mit der 2017 beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte der Anteil der gering gebildeten jungen Erwachsenen weiter sinken. Sie gilt für Jugendliche bis 18 Jahre, die mit Ende des Schuljahres 2016/2017 bzw. danach ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt haben und sich dauerhaft in Österreich aufhalten.

3.5.2 Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger

Der Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger bezeichnet Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa-2020-Strategie das EU-Ziel formuliert, dass der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe/Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10% betragen darf.

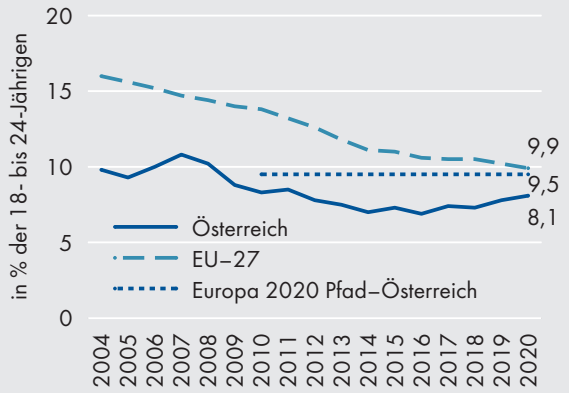
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ging zwischen 2007 und 2014 deutlich zurück und befindet sich seit 2009 unter dem Europa-2020-Zielwert für Österreich von 9,5%. Daher wird die langfristige Entwicklung als neutral bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt ebenfalls neutral bis leicht negativ aus, da die Quote 2014 bis 2018 auf niedrigem Niveau stagnierte und sich in den letzten beiden Jahren sogar wieder leicht erhöhte."

2020 hatten in Österreich 8,1% der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren keinen Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 52). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringfügigen Anstieg (2019: 7,8%), der jedoch auf Grund der kleinen Personengruppe im betreffenden Alter auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann und daher mit Vorsicht zu interpretieren ist. Vergleicht man die letzten drei Jahre, muss man hin-

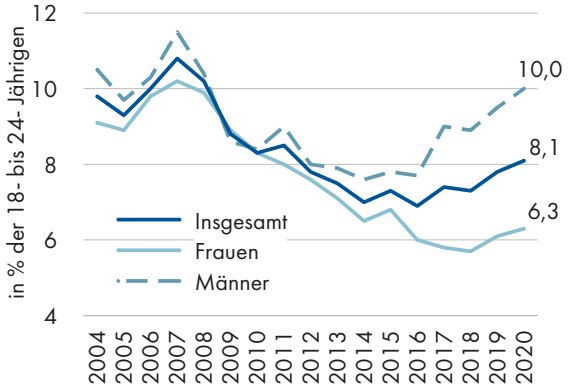
gegen eine Steigerung seit 2018 (7,3%) um 0,8%-Punkte und damit einen mittelfristig leicht ansteigenden Trend konstatieren, den es weiter zu beobachten gilt. In der EU-27 waren 2020 9,9% der 18- bis 24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Hier konnte der Anteil im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16%), im Vorjahresvergleich gibt es EU-weit eine weitere leichte Veränderung hin zu weniger frühzeitigen Schulabgängen.[36]

Grafik 52
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und abgänger, 18- bis 24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Grafik 53
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Betrachtet man die Anzahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen und dass die Schere zwischen Männern und Frauen aufgeht (siehe Grafik 53): 2020 gab es unter den 18- bis 24-jährigen Frauen 6,3% frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen, während 10,0% der jungen Männer ihre Ausbildung vorzeitig beendet haben. Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

3.5.3 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung

Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25 bis 64 Jahre dar, die in den vier Wochen vor der Befragung an Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen haben. Solche umfassen formale und nichtformale Bildungs- und Trainingstätigkeiten.

Lebenslanges Lernen umfasst alle Aktivitäten, die im Laufe des Lebens (nach Abschluss der Anfangsausbildung) und aus einer persönlichen, sozialen oder beschäftigungsbezogenen Motivation heraus mit dem Ziel unternommen werden, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Die Absicht etwas „Spezifisches" zu lernen unterscheidet diese Aktivitäten von Nicht-Lernaktivitäten wie kulturellen oder sportlichen Freizeitbeschäftigungen, die eher durch beiläufiges Lernen gekennzeichnet sind.

Der strategische Rahmen für eine europäische Kooperation zur allgemeinen und beruflichen Bildung formuliert als Zielmarke für das Jahr 2020, dass zumindest 15% der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren an Aktivitäten, die unter „lebenslanges Lernen" subsumiert werden können, teilnehmen.

Seit 2004 stieg der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, sowohl in Österreich als auch in der EU an (siehe Grafik 54). In den letzten Jahren ist in Österreich zunächst ein leichter Rückgang von 15,8% im Jahr 2017 auf 15,1% 2018 und 14,7% 2019 eingetreten. 2020 war dann ein deutlicher Knick ein Sinken der Teilnahmequote um 3%-Punkte auf 11,7% zu verzeichnen. Damit wurde in den Jahren 2019 und 2020 erneut und deutlich das Ziel von 15% unterschritten. In der EU-27 lag der Anteil der Personen in Weiterbildung 2020 bei 9,2% und damit auch niedriger als in den Jahren zuvor.

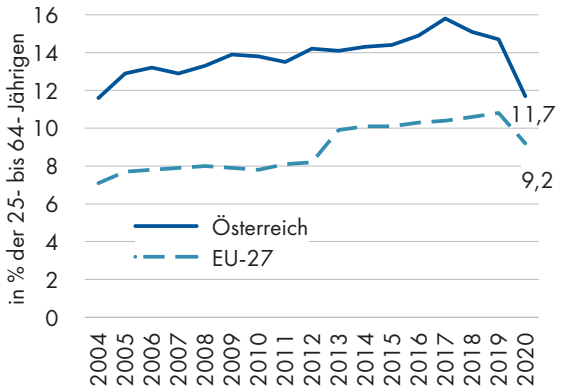
[36] Daten bis 2013 beruhen auf der ISCED97, ab 2014 wird die ISCED 2011 zur definitorischen Abgrenzung von Sekundarstufe I und II verwendet.

Wiewohl über die Motive der (Nicht-)Teilnahme an Weiterbildungsaktivitäten keine Daten vorliegen, kann hier der Einfluss der COVID-19-Pandemie als groß angenommen werden.

Auch wenn sich vorerst nur im Indikator zur Weiterbildung eine negative Entwicklung abzeichnet und die anderen Indikatoren der Dimension Bildung kurzfristig keine so deutlichen Veränderungen seit Ausbruch der Pandemie zeigen, muss auch dort die weitere Entwicklung beobachtet werden. Soziale Aspekte des Distanzunterrichts und potentielle Auswirkungen auf den weiteren Bildungsweg gehören jedenfalls weiter erforscht.

Grafik 54

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

3.6
Physische Unsicherheit

Sicherheit gilt als eine der zentralen Dimensionen von Lebensqualität z.B. auch bei Eurostat (vgl. Kesy et al. 2015). Gewaltprävention ist für eine stabile, sozial ausgewogene Gesellschaft unerlässlich und damit eine der Hauptaufgaben des Gesetzgebers. Sich unsicher zu fühlen schränkt die Lebensqualität erheblich ein, ist Quelle für Sorgen und Ängste. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Die Themen Gewalt, persönliches Sicherheitsempfinden und Lebensqualität hängen daher eng miteinander zusammen.

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physische Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt, die objektive Sicherheit wird mit der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet. Diese beiden Indikatoren sind Beispiel dafür, dass subjektives Empfinden nicht immer automatisch an die objektiven Lebensbedingungen geknüpft ist. So zeigen die Daten nicht unbedingt eine Parallelentwicklung des subjektiven Unsicherheitsgefühls und der Kriminalitätsraten.

Das subjektive Empfinden der Sicherheit oder Unsicherheit und objektive Maßzahlen wie die Tötungsrate scheinen von der durch die COVID-Krise veränderten Lebenssituation beeinflusst. Aus Wohnproblemen, ökonomischer und emotionaler Unsicherheit und erhöhter (Arbeits-) Belastung in der Krisenzeit lassen sich höhere Inzidenzen häuslicher Gewalt erwarten. So prognostizierten auch die Vereinten Nationen, dass sich das Risiko häuslicher Gewalt durch den Lockdown erhöhen wird und ungewollte Schwangerschaften häufiger werden. In Österreich zeigte sich etwa, dass der Anti-Gewalt-Beratungsbedarf während und nach den Lockdowns größer war; als Konsequenz wurde beispielsweise die Frauenhelpline aufgrund steigender Inanspruchnahme verstärkt.[37] Hingegen ist die Kriminalität in vielen Bereichen zurückgegangen, das Unsicherheitsempfinden in der Wohnumgebung und die Tötungsdelikte haben abgenommen, wie im Folgenden erläutert wird.

3.6.1
Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden

Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?".

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

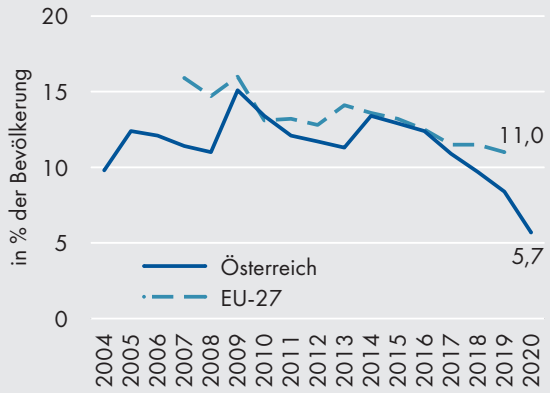
„Die Entwicklung des Indikators zum physischen Unsicherheitsempfinden von 2004 bis 2014 ist volatil, seit 2015 fällt der Indikator kontinuierlich ab. Die längerfristige Entwicklung wird daher als moderat positiv bewertet. Der kurzfristig deutliche Rückgang 2020 ist ein mutmaßlicher Nebeneffekt der COVID-19-Krise und wird als sehr positiv bewertet."

5,7% der Bevölkerung gaben 2020 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen signifikanten Rückgang um 2,7%-Punkte gegenüber dem Vorjahr darstellt (siehe Grafik 55). Der Trend ist seit 2014 eindeutig abnehmend, die kurzfristig deutliche Veränderung ist wohl zu einem Gutteil ein positiver Nebeneffekt der COVID-19-Pandemie. Ob das an einem Rückgang der Kriminalität in den meisten Bereichen im Jahr 2020 lag - ein Indikator dafür ist die Zahl der Verurteilungen, die 2020 auf dem historischen Tiefststand war[38] oder an der Berichterstattung darüber, am geänderten Mobilitäts- und Sozialverhalten odgl., ein Zusammenhang mit COVID und der zeitweise deutlich veränderten Lebensrealität vieler Menschen im ersten Halbjahr 2020 ist jedenfalls anzunehmen.[39]

[37] Bundeskanzleramt, 19.3.2020: Raab: Offensive gegen häusliche Gewalt.
[38] Ergebnisse der Verurteilungsstatistik
[39] Wie zuvor bereits angeführt ist die Erhebung EU-SILC 2020, auf der auch die Zahlen zum Unsicherheitsempfinden hier beruhen, zwischen März und Juli 2020 erhoben worden, das heißt teils vor und nach und größtenteils während des ersten „Lockdowns".

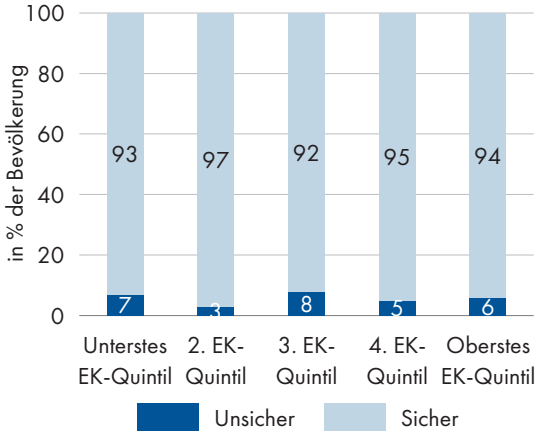
Vergleicht man die Werte für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als die Menschen in den EU-Ländern im Durchschnitt. In den EU-27 Ländern gaben 11% der Bevölkerung 2019 Probleme mit Kriminalität, Vandalismus oder Gewalt der Wohngegend an, ein Wert für 2020 liegt noch nicht vor.

Grafik 55
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat.

Grafik 56
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. - Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Eine Betrachtung nach Haushaltseinkommen zeigt für 2020 kaum Unterschiede, so dass der Befund früherer Jahre, dass sich Personen im obersten Einkommensquintil in ihrer Wohnumgebung tendenziell eher unsicherer fühlen, diesmal nicht naheliegt. Der Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Wahrnehmung von physischer Unsicherheit ist auch äußerst komplex: Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung decken sich nicht immer mit den objektiven Gegebenheiten. Das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon beschreibt, dass sich Personen eher vor Kriminalität fürchten, wenn sie selbst seltener von Kriminalität betroffen sind. Die Furcht vor Kriminalität hängt also nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammen (vgl. Ziegleder et al. 2011, S.27 ff).

3.6.2 Schlüsselindikator Tötungsrate

Der Schlüsselindikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff" nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 sowie Y87.1 und wird altersstandardisiert[40] berechnet. Das bedeutet, dass die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Tötungsrate liegt in Österreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt und hat sich seit dem Jahr 2000 in etwa halbiert. Die langfristige Entwicklung wird daher tendenziell positiv eingestuft. Allerdings liegt seit 2015 die Rate der getöteten Frauen beständig über der Tötungsrate von Männern. Daher wird auch die kurzfristige Entwicklung der Tötungsrate nur tendenziell positiv eingestuft."

Die schlimmste Form der physischen Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate" (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist (siehe Grafik 57). Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2020 auf 100.000 Personen nur noch 0,4 vorsätzlich Getötete. Vermutlich ist der weitere leichte Rückgang 2020 auch mit der Abnahme der Kriminalität insgesamt in der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang zu bringen.

[40] Die standardisierte Rate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen nationalen Altersaufbaues ist dadurch ausgeschaltet. Als Standardbevölkerung wurde die Europa-Standardbevölkerung von Eurostat verwendet.

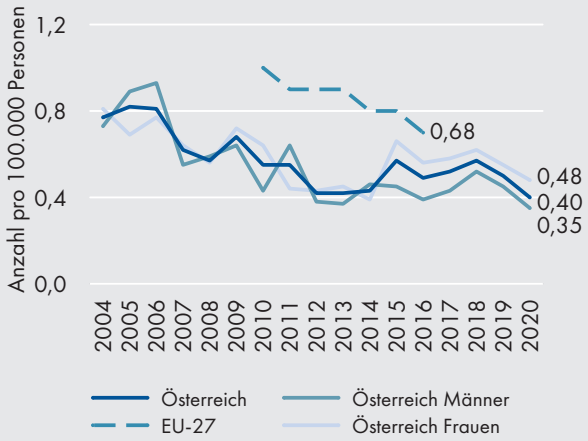
Auffällig ist, dass die Tötungsrate für Frauen über jener der Männer liegt: 2020 kamen 0,35 getötete Männer je 100.000 Personen auf 0,48 getötete Frauen. Angesichts der kleinen Zahlen darf diese Differenz für ein Einzeljahr nicht überbewertet werden, jedoch ist der Unterschied in der Tötungsrate zu Ungunsten der Frauen in allen Jahren seit 2015 gegeben; davor war seit 2000 die Betroffenheit nach Geschlecht wechselnd.

Daten für die EU-27 – es liegen nur jene von 2010 bis 2017 vor – zeigen, dass das Niveau der Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen pro 100.000 Einwohnende in allen EU-Staaten zusammengenommen höher ist als in Österreich. Der letztgültige Wert von 2017 weist 0,7 Getötete je 100.000 Personen aus. Auch in dieser kürzeren Zeitreihe ist der abnehmende Anteil solcher Todesfälle in den EU-27-Ländern ersichtlich.

Sowohl für Österreich als auch im EU-Vergleich ist auf die bereits sehr niedrigen Werte hinzuweisen, die Schwankungen der einzelnen Jahre sind daher nicht überzubewerten.

Grafik 57

Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik; Eurostat.

3.7
Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation

Das institutionelle Gefüge eines Landes, die Rechtsstaatlichkeit und die Wahrnehmung der Menschen über das Funktionieren der Institutionen wie auch ihrer eigene Eingeflochtenheit in die Gesellschaft bestimmt die Lebensqualität wesentlich mit. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion.

Das reibungsfreie Funktionieren des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, seinen interpersonalen Verbindungen, sozialen Netzen und schließlich mit der Lebensqualität. Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt.

Vertrauen steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Fähigkeit der Institutionen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Intransparenz und Korruption kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, dramatisch erschüttern.

Das Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation wird auf die Probe gestellt, wenn plötzlich die üblichen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf den Kopf gestellt werden. Das trifft auch auf die aktuelle COVID-19-Krise zu.

Dennoch war allgemein in der ersten Phase des Lockdowns ein hohes Verständnis für die von der Politik getroffenen Maßnahmen zur Verringerung des Ansteckungsrisikos zu bemerken, das danach – auch mit geringeren Infektionszahlen ab Mai – wieder etwas sank:[41]

3.7.1
Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System

Als Schlüsselindikator wird hier eine Frage zum Vertrauen in das politische System herangezogen, die nach 2008 und 2009 erst wieder im EU-SILC Sondermodul 2013 enthalten war. Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen und Fragewortlaute sind die Jahre 2008/09 und 2013 jedoch nicht vergleichbar. Ab 2019 wurde die Frage zum Vertrauen in das politische System in den jährlichen Fragenkatalog von EU-SILC in Österreich aufgenommen, um regelmäßige Berichterstattung zu ermöglichen. Das entsprechende Item lautet: „Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem politischen System in Österreich? Antworten Sie bitte wieder auf einer Skala von 0 bis 10, hier steht „0" für „vertraue gar nicht" und „10" für „vertraue voll und ganz". Unterschiede zwischen 2013 und 2019 und Folgejahren bestehen zwar nicht in der eigentlichen Fragestellung betreffen aber eine Eingebundenheit im Sondermodul 2013 in eine größere Anzahl an Vertrauensfragen[42] – daher sind Ausstrahlungseffekte nicht auszuschließen.

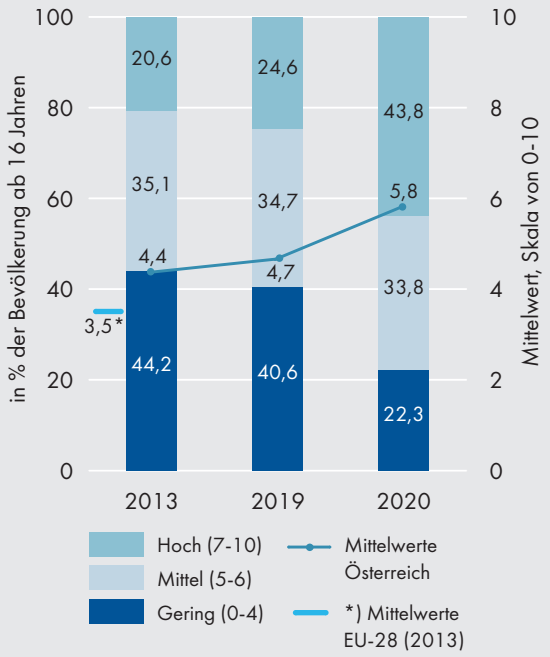
43,8% der Personen ab 16 Jahren gaben 2020 ein hohes Vertrauen in das politische System an (Werte von 7-10). 33,8% hatten mittleres Vertrauen (Werte 5 und 6), 22,3% niedriges Vertrauen (Wert 4 oder darunter) (siehe Grafik 58). Unter jenen mit niedrigem Vertrauen waren auch einige, die angaben, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben (Ausprägung 0) – das betrifft 4,2% der Personen insgesamt; 3,5% vertrauten dem politischen System hierzulande voll und ganz (Ausprägung 10). Der durchschnittliche Wert liegt mit 5,8 oberhalb der Mitte der Bewertungsskala. Vergleichen mit dem Vorjahr, zu dem keine methodischen Änderungen vorliegen, ist das Ergebnis insofern beachtlich, als ein weit höheres Vertrauen in das politische System vorliegt: Sowohl was den Durchschnittswert angeht als auch den geringeren Anteil der Menschen mit wenig Vertrauen und den höheren mit großem Vertrauen ist die Veränderung gegenüber 2019 augenscheinlich. Inwiefern dies mit der COVID-19-Krise oder anderen Umständen, die auf die Wahrnehmung des

[41] Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria (2020): COVID-19-Prävalenz Mai 2020 - Ergebnisbericht.

[42] 2013 sechs Items zu Vertrauen: in die meisten Menschen, das politische System, das Rechtssystem, die Polizei, die Medien, Gemeinde- oder Bezirksbehörden in Österreich; ab 2019 zwei Items zu Vertrauen zu anderen Menschen und in das politische System.

politischen Systems wirken, zusammenhängt, ist aus den Daten nicht ersichtlich. Erwähnt sei auch, dass die Datenerhebung zwischen März und Juli 2020 stattfand und daher vor allem die spezifische Situation während des ersten „Lockdowns" abbildet.

Grafik 58
Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013, 2019 und 2020)



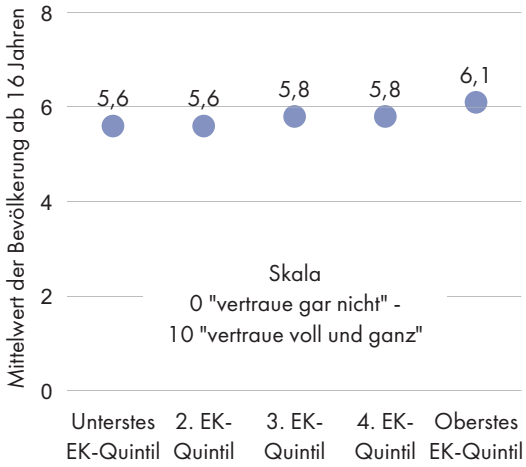
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013 – Modul Wohlbefinden und EU-SILC 2019, 2020; Eurostat.

Der Durchschnittswert 2013 lag in Österreich bei 4,4 (von 10), in der EU-28 lag dieser mit 3,5 noch deutlich darunter.

Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei den Zufriedenheitsfragen abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d.h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede (Grafik 59). So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im ersten bis vierten Einkommensquintil bei einem Mittelwert zwischen 5,6 und 5,8, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 6,1 ergab.

Grafik 59
Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2020)

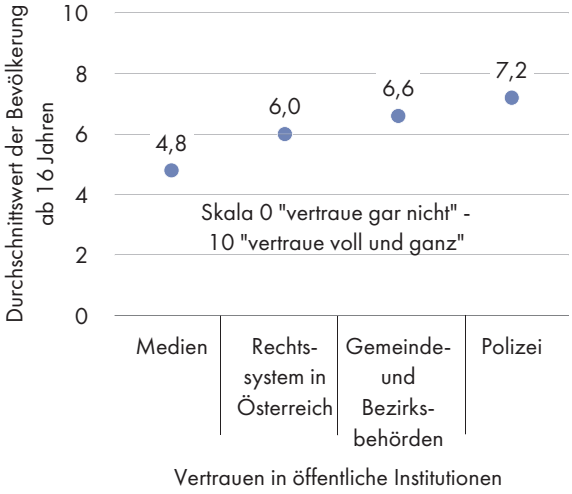


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.7.2 Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen

Über das Vertrauen in das politische System hinaus, wurde im EU-SILC Sondermodul 2013 auch das Vertrauen in einzelne Institutionen erhoben. Grafik 60 zeigt, dass Menschen in Österreich der Polizei in deutlich höherem Maße vertrauen (Mittelwert 7,2) als beispielsweise den Medien (4,8). Zwischen diesen beiden liegt das Vertrauen in das Rechtssystem (6) und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden (6,6).

Grafik 60
Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

3.7.3
Vertrauen in andere Menschen

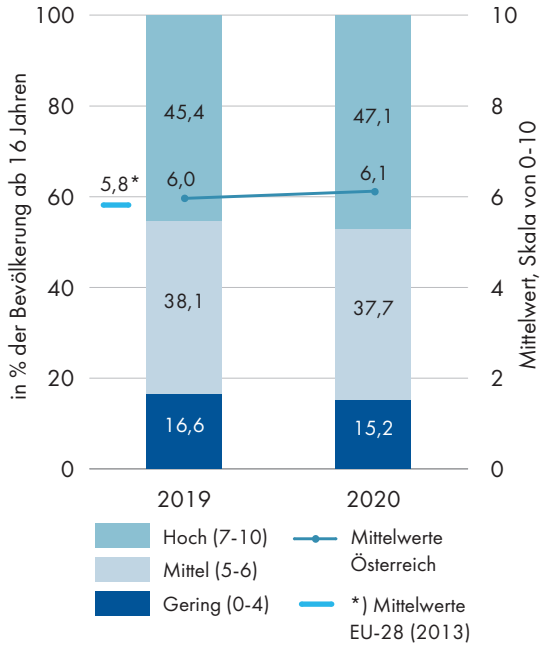
Vertrauen ist ein Kernelement der Beziehungen von Individuum und ihrer sozialen Interaktionen. Es leitet sich aus der Erwartung ab, die jemand gegenüber einem „anderen" hat. Diese Erwartung ist wiederum eine Funktion des Ausmaßes, in dem Vertrauen in der persönlichen Historie früherer sozialer Interaktionen eines Individuums honoriert wurde, und hat starke Auswirkungen auf viele Lebensaspekte (siehe z.B. Lewicki und Tomlinson 2003).

Das Vertrauen in andere zu messen, trägt dazu bei zu zeigen, wie Menschen gegenüber ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aber auch gegenüber der Gesellschaft insgesamt eingestellt sind. Es kann insofern zur hier diskutierten Dimension gezählt werden, als Vertrauen in seine Mitmenschen einen konstitutiven Bestandteil funktionierender Gesellschaften und effizienter staatlicher Organisation darstellt. Die Bedeutung von Vertrauen für die gesellschaftliche Qualität wurde u.a. von Ward und Meyer (2009) näher untersucht.

Die im EU-SILC Sondermodul 2018 gestellte und 2019 wiederholte Frage nach dem Vertrauen in andere bezieht sich nicht auf eine spezifische Personengruppe. Die Befragten wurden hier aufgefordert, auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" ihr Vertrauen in andere zu bewerten. 2020 hatten 47,1% (2019: 45,4%) hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 37,7 (2019: 38,1%) berichteten mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 15,2% (2019: 16,6%) vertrauten anderen nur sehr wenig und wählten daher Werte zwischen 0 und 4 (siehe Grafik 61). Der Durchschnittswert lag zuletzt bei 6,1 (2019: 6,0) und damit wie auch in den Kategorien niedrigen, mittleren und hohen Vertrauens jeweils geringfügig besser als 2019.

Davor wurde eine Frage zum Vertrauen in andere nur im Modul zu Wohlbefinden im Jahr 2013 gestellt. Sie erbrachte – bei gleichem Durchschnittswert (5,9) – eine andere Besetzung der Kategorien hohen und mittleren Vertrauens: 25,5% hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 53,4% mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 21,1% vertrauten anderen nur sehr wenig (0-4). In jenem früheren Modul war diese Frage auch eingebettet in eine Itembatterie anderer Vertrauensfragen (siehe oben), die sich möglicherweise gegenseitig beeinflusst haben, wohingegen 2018 nur Vertrauen in andere von Eurostat als Zielvariable definiert war. Deswegen ist anzunehmen, dass 2013 und 2018 trotz gleicher Frageformulierung vom Ergebnis her nicht direkt vergleichbar sind. 2013 zeigte ein höheres Vertrauen in andere als in das politische System oder die Medien, jedoch weniger als in das Rechtssystem oder die Polizei. Der EU-28 Vergleichswert ist ebenfalls vorerst nur für 2013 verfügbar: Der Durchschnittswert des Vertrauens in andere betrug 5,8 (von 10).

Grafik 61
Vertrauen in andere Menschen, Bevölkerung ab 16 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat 2013.

3.8 Wohnen

Die Wohnqualität ist ein sehr wesentlicher Teil der materiellen Lebensbedingungen und wird hier daher getrennt betrachtet.[43] An der Dimension „Wohnen" wird deutlich, wie stark die drei Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ineinander greifen: Wie Menschen wohnen, hängt in starkem Umfang von ihren materiellen Ressourcen ab. Gleichzeitig beeinflussen Umweltbedingungen in der Wohnumgebung die Lebensqualität. In der Dimension Wohnen finden sich sowohl Indikatoren zur Qualität und Kosten der Wohnung als auch zur natürlichen Wohnumgebung.

Um die besondere Bedeutung des Wohnens für den Bereich Lebensqualität in *WgÖ* sichtbar zu machen, wird als Schlüsselindikator die „Belastung durch hohe Wohnkosten" herangezogen. Ergänzt wird diese Schlüsselvariable um Zusatzinformationen zur Umweltbelastung in der Wohnumgebung und zum Wohnstandard.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die sogenannte Wohnkostenüberbelastung, d.h. dass der Wohnkostenanteil mehr als 40% des Haushaltseinkommens ausmacht, verläuft langfristig auf beinahe gleichbleibendem Niveau. Insbesondere im Vergleich zum EU-Schnitt wird die Entwicklung tendenziell positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt ebenfalls tendenziell positiv aus."

3.8.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens)

Der Schlüsselindikator „Wohnkostenüberbelastung", wie er auch europäisch definiert[44] und für die nationalen Eingliederungsindikatoren verwendet wird, beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Ob Haushalte tatsächlich von den Wohnkosten überlastet sind, kann aus dem Indikator nicht geschlossen werden, da dies von der Einkommenssituation der Haushalte abhängt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Dass sich das Thema Wohnen nicht nur von der Seite der Wohnbedingungen, sondern auch von der Seite der Wohnkosten betrachten lässt, kommt auch in der Forderung „bezahlbaren Wohnraums" in Goal 11.1 der Nachhaltigkeitsziele der UN Agenda 2030 (SDGs) zum Tragen. Gerade in großen Städten sind die Mietkosten teilweise so hoch, dass sie selbst bei bescheidenen Wohnbedürfnissen einen beachtlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen und somit anderweitige Konsummöglichkeiten oder das Sparen stark einschränken.

Grafik 62 zeigt, dass sich der Anteil der Personen mit Wohnkosten über 40% ihres Haushaltseinkommens seit 2008 zunächst leicht erhöht hat, wobei der Anstieg über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgte, und zuletzt wieder gesunken ist. 2008 waren 6,1% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Seit 2012 pendelt sich der Anteil bei rund 7% ein. 2020 hatten 6,3% der Bevölkerung eine relativ zu ihrem Haushaltseinkommen hohe Belastung durch Wohnkosten, das waren geringfügig (aber nicht signifikant) weniger als im Vorjahr. Wie Detailanalysen zeigen, sind es vor allem Mieterinnen und Mieter mit neueren Mietverträgen, in Wohnungen mit besserer Ausstattung, im privaten Mietsektor und in größeren Städten, die durch ihre Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen stark belastet sind (vgl. Zucha et al. 2019, S.48f.).

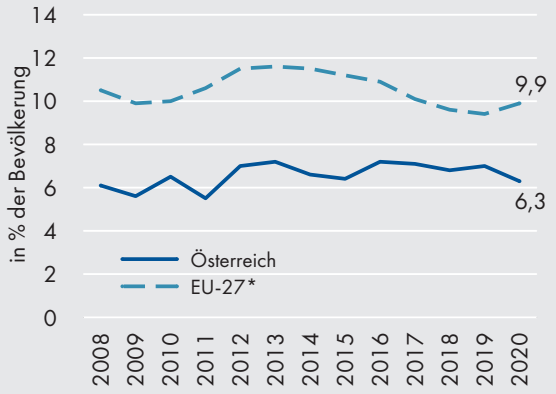
Im Vergleich zum EU-Durchschnitt, der in den vergangenen Jahren mit leichten Schwankungen um die 10% der Bevölkerung als stark durch Wohnkosten belastet ausweist

[43] Eurostat veröffentlicht neben einer neunstufigen Gliederung der Dimensionen der Lebensqualität, in der Wohnen und die materiellen Lebensbedingungen zusammengefasst sind, auch eine elfstufige Gliederung, in der Wohnen zusätzlich zur natürlichen Wohnumgebung eine eigene Dimension darstellt..

[44] Englisch „Housing cost overburden rate", eine Methodenbeschreibung dazu siehe z.B. in Eurostat Statistics Explained bzw. für eine umfassende Darstellung von Indikatoren und Analysen zu Wohnkosten in Relation zum Einkommen siehe OECD Affordable Housing Database.

(zuletzt 2020: EU-27 mit 9,9%), stellt sich die Situation in Österreich mit einem Niveauunterschied von zuletzt 3,6%-Punkten besser dar.

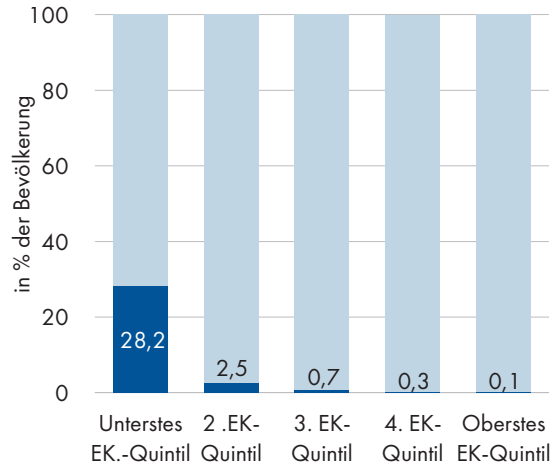
Grafik 62
Wohnkostenüberbelastung (Wohnkostenanteil >40% des Haushaltseinkommens)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

Betrachtet man die Personen mit Wohnkostenanteilen von über 40% in den verschiedenen Einkommensklassen ihres äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (Grafik 63), so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Belastung durch hohe Wohnkosten am häufigsten vorkommt.

Grafik 63
Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) nach Einkommensquintilen (2020)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

28,2% der Bevölkerungsgruppe im niedrigsten Fünftel des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2020 von Wohnkostenüberbelastung betroffen. Aus der Grafik wird auch ersichtlich, dass die Wohnkostenüberbelastung fast ausschließlich diese Einkommensgruppe betrifft.

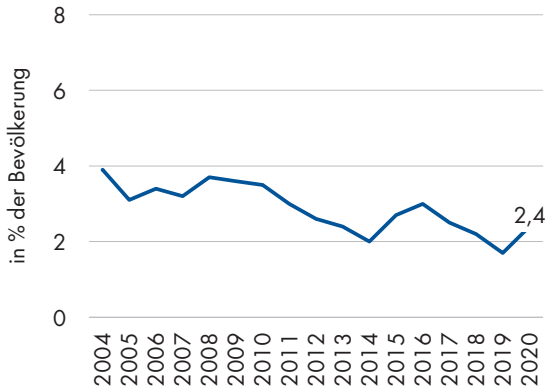
3.8.2 Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) kein Badezimmer in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume.

Die UN schlägt bezüglich des Ziels 11.1 der Agenda 2030 „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren" den folgenden Indikator vor: „Proportion of urban population living in slums, informal settlements or inadequate housing". Der von Statistik Austria verwendete Indikator „sehr schlechter Wohnstandard" wird auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren herangezogen.

Grafik 64 zeigt, dass 2020 2,4% der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard lebten. Der Anteil ist seit 2008 gesunken. Gegenüber 2019 ist der Wert von 1,7% auf 2,4% zwar leicht gestiegen, aber Schwankungen dieser Größenordnung von Jahr zu Jahr können auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein, der längerfristige Trend zeigt sich aber eindeutig abnehmend.

Grafik 64
Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

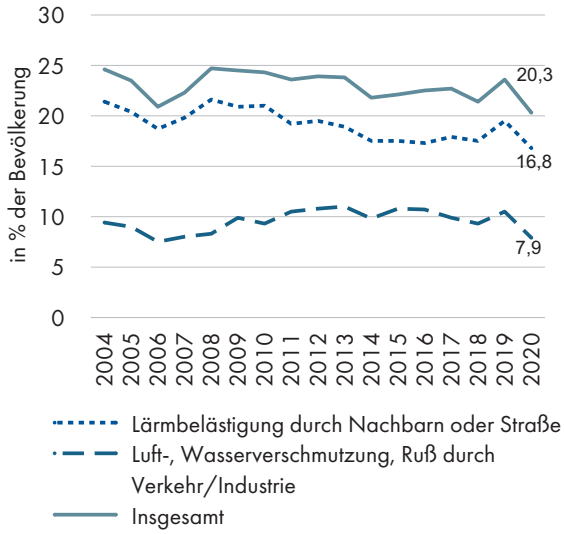
3.8.3
Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

Probleme wie Abgase, Ruß oder sonstige Luftverschmutzungen, aber auch die Belastung durch Lärm (von Nachbarn oder Verkehr), können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken. Operationalisiert wird diese Dimension über den Indikator „subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung".

Der Indikator bezieht sich auf die beiden EU-SILC-Fragen: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?" und „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?". Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit „ja", so wird für alle Haushaltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumgebung angenommen.

Grafik 65 zeigt, dass 2020 20,3% aller Personen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wie Lärm oder Luftverschmutzung wahrnahmen. Der im letzten Jahr aufgefallene Anstieg (+2%-Punkte gegenüber 2018) hat sich somit wieder relativiert. Verbesserungen 2020 sind vermutlich kurzfristig und auf die geringere Verkehrs- und Feinstaubbelastung in der COVID-19-Krise zurückzuführen.

Grafik 65
Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

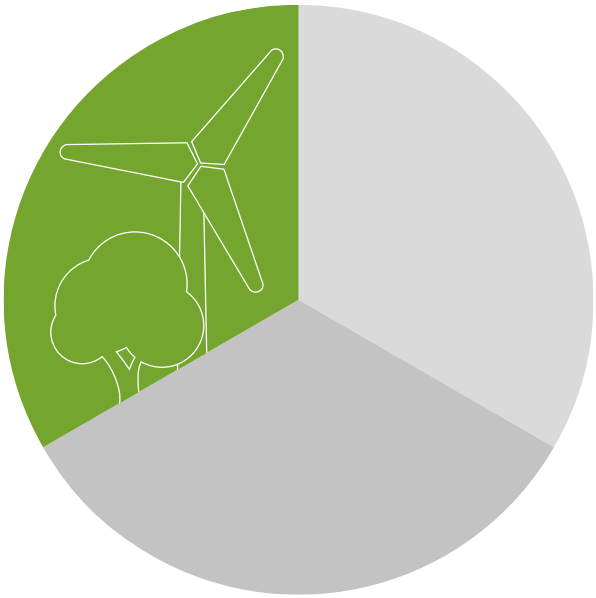


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen zu Umweltbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Die Belastung ging, wie ebenfalls aus Grafik 65 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärm zurück: 2020 waren 16,8% der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn oder der Straße belastet. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil ebenfalls leicht gesunken. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten 2020 bei 7,9% zu Belastungen.

Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung beeinflussen kann. Die Entwicklung der objektiv gemessene Staubbelastung (Feinstaub) wird in Kapitel 4.3.2 im Bereich Umwelt diskutiert.

Für die Dimension Wohnen ist im Hinblick auf die COVID-19-Krise festzustellen, dass Problemlagen, z.B. mangelnde Wohnqualität oder geringe Wohnraumgröße, Lärm in der Wohnung usw., in Zeiten der COVID-19-Krise zu verstärkten Belastungen werden können, wenn mehr Zeit als sonst zu Hause verbracht werden muss. Die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen während der Lockdownphasen, aber auch später folgende Eintritts- und Zugangsbeschränkungen in Gastronomie und Freizeiteinrichtungen, rücken den Fokus daher auf die Wohnqualität und Ausstattung der Haushalte. Ein Blick auf Daten aus EU-SILC 2020 abseits der eben präsentierten Indikatoren zeigt, dass Armutsbetroffene aufgrund ihrer Wohnbedingungen und Haushaltsausstattung härter durch Phasen von Ausgangssperren, Home-Office und Distanzunterricht oder Heimquarantäne getroffen wurden. Sie lebten etwa zu 18% in überbelegten Wohnungen – gegenüber nur 4% der Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Überbelag trifft Familien mit Kindern besonders oft, 12% leben EU-SILC 2020 zufolge entsprechend ihrer Haushaltskonstellation in zu kleinen Wohnungen (gegenüber 6% der Bevölkerung insgesamt). Zudem hatten 31% der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen weder Zugang zu einem eigenen Garten, noch zu einem anderen Außenraum wie Balkon, Terrasse, Loggia oder Wintergarten (im Gegensatz zu 11% der nicht Armutsbetroffenen). Sie waren demnach stärker auf Gemeinschaftsflächen im öffentlichen Raum angewiesen. Auch Wohnkosten könnten bei unsicherer Arbeitsmarktlage und Einkommenssituation die Haushaltsbudgets stärker treffen und damit indirekt durch die COVID-19-Krise zu einer größeren Belastung werden – dies gilt es auch in den Folgejahren trotz momentan verbesserter Situation für die Bevölkerung insgesamt im Auge zu behalten.



4

Umwelt

Bio-Flächen weiter gewachsen

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche seit 2000 (11,5%) mehr als verdoppelt auf 25,2% 2020

THG-Emissionen stark gesunken

Emissionen insgesamt sanken im COVID-19-Jahr 2020 um 7,7%, jene des Verkehrs um 14,3%

Flächenversiegelung weiter ansteigend

Versiegelung nahm von 2019 auf 2020 um 1% zu

4.1
Dimensionen der Umwelt

Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Ressourcenverbrauch oder Emissionen auf, die infolge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten entstehen. Berücksichtigt man diese Indikatoren, werden Wohlstand und Fortschritt umfassender betrachtet. Dabei wird der Aspekt der „ökologischen Nachhaltigkeit", also die intra- und intergenerationelle Perspektive, mit einbezogen.

Die Umweltstatistik beschäftigt sich vor allem mit den Auswirkungen sozialer und ökonomischer Aktivitäten auf Umweltsysteme sowie dem Zustand und den Veränderungen von Boden, Wasser, Luft etc. Aspekte wie Materialverbrauch, Emissionen oder das Verkehrsaufkommen werden genauer betrachtet.

Um multidimensionalen, weltweit auftretenden Umweltproblemen wie dem Klimawandel begegnen zu können, wurde das Konzept der „Nachhaltigkeit" entwickelt, welches inter- und intragenerationelle Überlegungen mit einbezieht. Im Rahmen der United Nations wurde Nachhaltigkeit erstmals 1987 im „Brundtland-Bericht" (United Nations 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs."

Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen und Eigentum) als auch mit weiteren Aspekten der Lebensqualität (z.B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Zudem spielen bei Umweltaspekten zukünftige Entwicklungen – wie beispielsweise die Konsequenzen des Klimawandels – eine entscheidende Rolle.

Für Stiglitz et al. (2009, S.16f, S.61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohlstand und Fortschritt von zentraler Bedeutung. Die Nachhaltigkeit vor allem der ökonomischen Ressourcen hängt laut Stiglitz et al. davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können. Stiglitz et al. (ebd. S.17) gehen dabei davon aus, dass eine Unterscheidung zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: „The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately." Ein einzelner Indikator kann dabei nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen.

Ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum schadstoffarm oder zulasten zukünftiger Generationen erzeugt, lässt sich durch die Ergänzung materieller und sozialer Indikatoren mit ökologischen Kennzahlen feststellen.

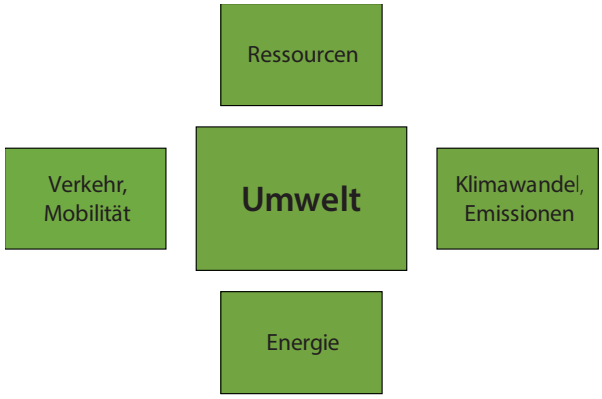
Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S.17f) speziell der Umweltaspekt der Nachhaltigkeit separat betont: „Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks)."

Mit dem Konzept der Entkoppelung wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar.

Von absoluter Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z.B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Kennzahl.

Im Themenfeld Umwelt für das *WgÖ*-Set wurden die folgenden vier Dimensionen definiert (Grafik 66).

Grafik 66
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Den vier Dimensionen wurden ein bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet. Dies folgt der erwähnten Forderung der Beschränkung auf wenige wesentliche Merkmale, auch wenn für eine vollständige Abdeckung aller Umweltaspekte weitere Indikatoren notwendig wären. Die zehn Schlüsselindikatoren des Bereichs Umwelt werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Der Fokus bei der Auswahl der Indikatoren zu *WgÖ* liegt auf physischen Daten. Hierbei wurden über die Jahre auch immer wieder Anpassungen vorgenommen (siehe Kapitel 1.4).

Zwischen den Dimensionen gibt es keine eindeutige inhaltliche Abgrenzung, da thematische Überschneidungen möglich sind. Diese bestehen z.B. für Energieträger wie Öl oder Gas, welche in einer eigenen Dimension „Energie" geführt werden, jedoch genauso eine wichtige Ressource darstellen. Indikatoren zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs (Dimension „Verkehr, Mobilität") oder zum Energieverbrauch (Dimension „Energie") sind auch für die Dimension „Klimawandel, Emissionen" inhaltlich relevant. Die Vorgehensweise ermöglicht allerdings neben dem Fokus auf übergeordnete Indikatoren, wie z.B. der THG-Emissionen, auch eine konzisere Betrachtung einzelner Teilbereiche, wie z.B. Energieverbrauch des Verkehrs.

Übersicht 7
Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung

Umwelt	**Kurzfristig** (letzte 3 Jahre)	**Langfristig** (gesamte Zeitreihe)
Inländischer Materialverbrauch		
Flächen mit biolog. Bewirtschaftung		
Versiegelte Flächen		
Treibhausgasemissionen		
Feinstaub-Exposition ($PM_{2,5}$)		
Erneuerbare Energieträger		
Energetischer Endverbrauch		
Energieverbrauch des Verkehrs		
Transportleistung des Lkw-Verkehrs		–
THG-Emissionen des Verkehrs		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend werden Daten des Umweltbundesamts (z.B. Luftschadstoffe) und des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT, Fläche der Bio-Landwirtschaft) verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen (siehe auch Kapitel 6).

4.2 Ressourcen

Bei (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potenziell genutzt werden können und die die Grundlagen für derzeitiges und zukünftiges Leben bilden. Viele dieser Ressourcen, wie Minerale, Lebensräume oder auch Tierarten, sind begrenzt – wenn sie erschöpft oder vernichtet werden, sind sie für immer verschwunden. Eine Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden ist auf den gestiegenen Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückzuführen.

Die schonende, effiziente Ressourcennutzung und die Vermeidung ökologischer und sozialer Belastungen sind notwendig für eine nachhaltige Entwicklung.

Die zunehmende Produktion, der Transport und der Konsum von Rohstoffen führen zu Umweltproblemen wie dem anthropogenen Klimawandel, der Flächenversiegelung, dem Verlust der Artenvielfalt, der Bodenerosion, der Produktion von Abfällen oder der Luftverschmutzung.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa-2020-Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen und die absolute Entkoppelung des Ressourceneinsatzes vom Wirtschaftswachstum gelten als wesentliche Schlüsselstrategien für eine nachhaltige Entwicklung.

In Österreich gibt es die Initiative RESET2020-Ressourcen.Effizienz.Technologien des BMLRT. RESET2020 hat zum Ziel, Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zur Verbesserung der Kreislaufwirtschaft sowie einer kaskadischen Nutzung in Österreich zu unterstützen.

Für die Abbildung des Bereichs Ressourcen werden drei Schlüsselindikatoren herangezogen: der wichtigste Indikator ist der inländische Materialverbrauch, welcher mineralische Ressourcen, Energie, Holz und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen umfasst. Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt. Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung" bezieht sich auf Komponenten der Land- und Bodenressourcen sowie der „sonstigen biologischen Ressourcen". Die Problematik der Flächenversiegelung, welche auch die Land- und Bodenressourcen betrifft, wird ebenfalls abgedeckt.

Für Wasserressourcen (z.B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

4.2.1 Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch

Der Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar. Dies betrifft den Verbrauch jenes Materials, welches in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Indirekte Materialflüsse sind nicht enthalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Bezogen auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (UN Sustainable Development Goals) lag der Materialverbrauch in Österreich 2000 auf einem zu hohen Niveau. Im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 zeigte sich ein Rückgang. Anders als für die EU-27 insgesamt überstieg der Verbrauch danach zumeist wieder den Wert von 2000, mit einer in den letzten Jahren steigenden Tendenz. Die langfristige Entwicklung wird daher tendenziell negativ bewertet. Auch im Zuge der COVID-19-Krise 2020 sank der Materialverbrauch in Österreich kaum und liegt zudem seit mehreren Jahren über dem EU-Durchschnitt. Kurzfristig wird der Verlauf daher ebenfalls tendenziell negativ bewertet. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Jahr 2020 auf Schätzungen von Eurostat beruht, die sich noch ändern können."

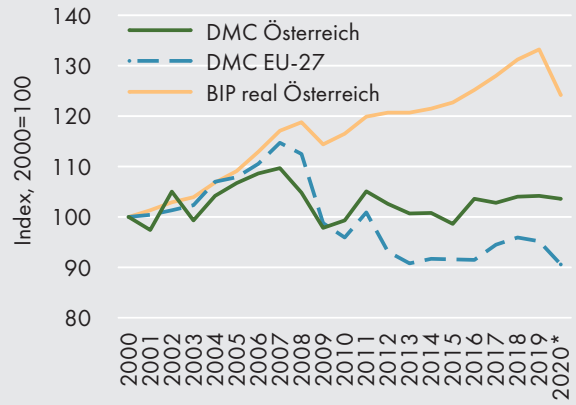
Der DMC zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Minerale und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im

Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren. Indirekte Ressourcenflüsse, die nicht direkt in den importierten Gütern stecken, aber während ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden – sogenannte Vorleistungen – sind nicht im DMC enthalten.

Flächenversiegelung, Bodenerosion oder Luftverschmutzung sind einige Umweltprobleme, die auf den ansteigenden Materialverbrauch zurückgeführt werden können. Zudem entsteht eine zunehmende Verknappung nicht erneuerbarer Rohstoffe.

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2020 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 3,6% auf rund 168 Mio. t. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 24,2% (bis 2019: 33,2%), was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht (siehe Grafik 67). Nach einer Wachstumsperiode von 2004 bis 2007 zeigte sich 2008 und 2009 ein Rückgang des DMC. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 4,4%, während das reale BIP um 1,5% wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC in etwa konstant. Laut den Schätzungen von Eurostat gab es im COVID-19-Krisenjahr 2020 in Österreich einen geringen Rückgang im Materialverbrauch von 0,5% (1 Mio. t), in der EU-27 gab es dagegen einen deutlichen Rückgang von knapp 5%. Eine Bestätigung dieser Schätzung durch die nationalen Berechnungen ist noch nicht verfügbar.

Grafik 67
Inländischer Materialverbrauch (DMC)



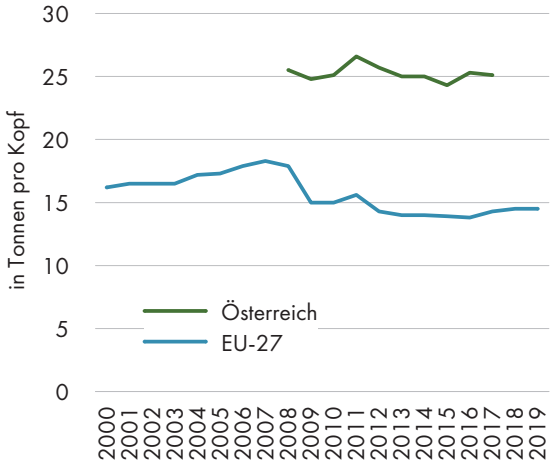
Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet von Eurostat dar.

Entsprechend den Zielen des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a), soll der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden. Kurzfristig soll die Materialeffizienz gesteigert werden, der Verbrauch soll also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

Die Entkoppelung von Materialverbrauch und BIP kann durch einen effizienteren Materialeinsatz, eine Verlagerung von Konsum zu materialextensiveren Gütern oder auch durch eine Auslagerung von Teilen der Güterproduktion (und der damit verbundenen Umweltbelastung) ins Ausland erreicht werden. Einen ersten Hinweis auf Letzteres gibt die Entwicklung der Nettoimporte laut der physischen Handelsbilanz (physical trade balance = PTB, berechnet nach Inländerkonzept). Die physischen Nettoimporte errechnen sich aus den Importen abzüglich der Exporte. Positive Werte bedeuten demnach, dass ein Land die Zulieferung von Materialien aus dem Ausland benötigt. Österreich hatte im Jahr 2000 einen Nettoimport von 26,4 Mio. Tonnen (t), welcher bis 2019 (letztverfügbares Jahr) auf 33,1 Mio.t anstieg. Die Nettoimporte erhöhten sich damit von 2000 bis 2019 um 25,4%, während der DMC 2019 nur etwas über dem Ausgangswert von 2000 lag.

Hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dementsprechend finden die materialintensiven Produktionsschritte zunehmend in anderen Ländern statt. Der Indikator RMC (Raw Material Consumption, Rohmaterialverbrauch) – die Summe aller genutzten Ressourcen inklusive der Vorleistungen – berücksichtigt im Gegensatz zum DMC die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte und erfasst damit auch Auslagerungseffekte. Die Daten des RMC stehen allerdings aktuell national nur bis 2017 zur Verfügung.

Grafik 68
Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. Anmerkung: Methodische Unterschiede zwischen Eurostat und Österreich sind vorhanden, können aber für die Betrachtung der Entwicklung der Zeitreihe vernachlässigt werden.

Der RMC liegt in Österreich, wie in anderen Importländern, deutlich über dem DMC, der keine Vorleistungen berücksichtigt. Werden alle genutzten Materialien berücksichtigt, erhöht sich der Materialverbrauch 2017 von 19,0 Tonnen pro Kopf laut DMC auf 25,1 Tonnen pro Kopf (laut RMC, letztverfügbares Jahr) und Jahr. Der Vergleichswert der EU-27 lag 2017 bei 14,3 Tonnen pro Kopf (siehe Grafik 68).

Der Rohmaterialverbrauch übersteigt den Materialverbrauch, weil mehr Material in der Erzeugung der von Österreich importierten Güter eingesetzt wird, als Material in Österreich für die Erzeugung von Gütern für den Export verwendet wird. In der Beurteilung der globalen Ressourcennutzung und des jeweiligen Beitrages eines Landes ist es daher zukünftig entscheidend, die Vorleistungen des Außenhandels zu berücksichtigen.

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 67) verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs bis 2008 weitgehend parallel zu jener mit dem Durchschnitt der EU-27-Länder. Allerdings erreichten letztere 2010, 2012 und 2013 einen deutlich stärkeren Rückgang als Österreich. Betrachtet man die Veränderung im gesamten Zeitraum 2000 bis 2020 (vorläufige Schätzung), dann nahm der DMC in der EU-27 durchschnittlich um 9,4% ab, in Österreich gab es hingegen einen Zuwachs von 3,6%.

Anzumerken ist, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Seit 2013 müssen die Daten der Materialflussrechnung von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden (EU-Verordnung 691/2011), was die internationale Vergleichbarkeit grundsätzlich verbessert. Im Vergleich ist die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse allerdings immer noch als sehr hoch anzusehen, während es in einigen anderen Ländern auch zu Untererfassungen kommt.

Ein Teil der eingesetzten Ressourcen wird in Form von Emissionen und Abfällen (z.B. auch als Dünger) in die Natur zurückverbracht. In Österreich lag das Aufkommen von Siedlungsabfällen (inklusive biogenen Abfällen aus dem Grünflächenbereich, Küchen- und Kantinenabfällen sowie Straßenkehricht) 2019 bei 588 kg pro Kopf (2010: 562 kg pro Kopf).

4.2.2 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung" bezieht sich auf die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche (ohne Almen, laut INVEKOS) in Österreich. Der Indikator wird als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

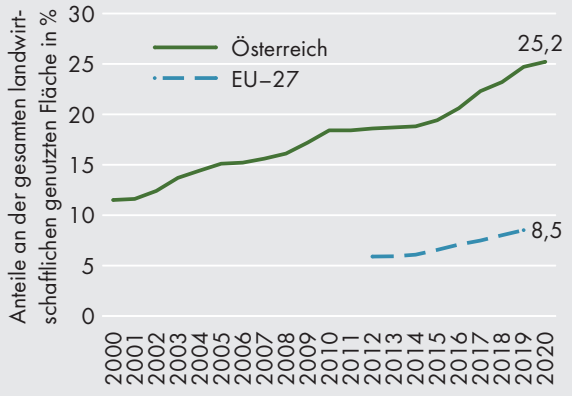
„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen in Österreich wird langfristig als sehr positiv gesehen. Positiv zu vermerken ist auch, dass die inländischen Bio-Flächenanteile im internationalen Vergleich auf hohem Niveau liegen. Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächenanteile in Österreich mit dem Anstieg in den letzten Jahren wird ebenfalls als sehr positiv bewertet."

Das österreichische Agrar-Umweltprogramm (aktuell: ÖPUL 2015) soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die Maßnahme 20 zur biologischen Wirtschaftsweise laut ÖPUL soll mit ihrer naturnahen extensiven Produktionsweise zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen (Siehe auch ÖPUL Maßnahmenerläuterung).

Eine intensive Landwirtschaft kann Umweltprobleme wie erhöhte Nitratgehalte im Trinkwasser, Artenrückgang bei Pflanzen und Tieren, Belastung der Lebensmittel mit Schadstoffen und eine zunehmende Bodenerosion mit sich bringen.

In Österreich hat sich in den Jahren 2000 bis 2020 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5% auf 25,2% mehr als verdoppelt. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum (siehe Grafik 69).

Grafik 69
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Q: BMLRT, Grüner Bericht. Fläche ohne Almen laut INVEKOS für geförderte Biobetriebe; Eurostat (geringfügig abweichend: ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Rund 90% der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über das Agrar-Umweltprogramm ÖPUL gefördert (Maßnahme 20). Die Stagnation der Anteilsentwicklung der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen ÖPUL zurückzuführen. Auch bei einem bereits erfolgten Umstieg eines landwirtschaftlichen Betriebs auf die ökologische Wirtschaftsweise war eine Aufnahme in das ÖPUL-Programm erst wieder mit dem Start der jeweils neuen Periode möglich. In den letzten Jahren wurde dementsprechend wieder ein Anstieg der Flächen verzeichnet (2018 auf 2019 +6,4%, 2019 auf 2020 +1,8%). Der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 2020 25,2%.

Die COVID-19-Krise hat die Aufmerksamkeit auf die Qualität und Herkunft von Lebensmitteln gelenkt und davon profitierten auch Bio-Lebensmittel. Die eingekaufte Menge an frischen Bio-Lebensmitteln (exklusive Brot und Gebäck) stieg laut Agrarmarkt Austria (AMA) im ersten Halbjahr 2020 gegenüber den ersten sechs Monaten im Jahr 2019 um 14,4%, der Wertzuwachs betrug knapp 20%. Dieser Anstieg spiegelt sich nicht so kurzfristig im aktuellen Flächenanstieg (+1,8%) wider, was u. a. auch am Auslaufen der derzeitigen ÖPUL-Periode liegen könnte. Das aktuelle Programm wurde zwar bis 2022 verlängert, ein Neueinstieg ist seit 2021 jedoch (mit Ausnahmen) nicht mehr möglich.

Die biologische Wirtschaftsweise soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Eine schonende Bodenbearbeitung soll die Bodengesundheit fördern. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt. Eine besonders tierfreundliche Haltung der Nutztiere sowie eine weitgehende Kreislaufwirtschaft am Betrieb sind ebenfalls Ziele dieser ÖPUL-Maßnahme.

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 25% der landwirtschaftlichen Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, danach folgen Schweden und Estland mit jeweils über 20%. Im Durchschnitt der EU-27 lag der Vergleichswert bei 8,5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft inklusive jener unter Konversion (d.h. gerade auf ökologische Produktion umstellend).

Informationen über Entwicklungen der Bio-Flächen lassen naturgemäß keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden(qualität) und Biodiversität abzubilden. Zudem entspricht der Schlüsselindikator weitgehend dem SDG-Indikator 2.4.1 „Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture“.

4.2.3 Schlüsselindikator Bodenversiegelung

Der Schlüsselindikator zur Bodenversiegelung stellt einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Die natürliche Ressource Boden ist begrenzt vorhanden, eine zunehmende Inanspruchnahme der Flächen (etwa für Bauzwecke) führt zu Verknappung. Dabei stellt die voranschreitende Bodenversiegelung d.h. die Abdeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z.B. Asphalt) ein gravierendes Umweltproblem dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

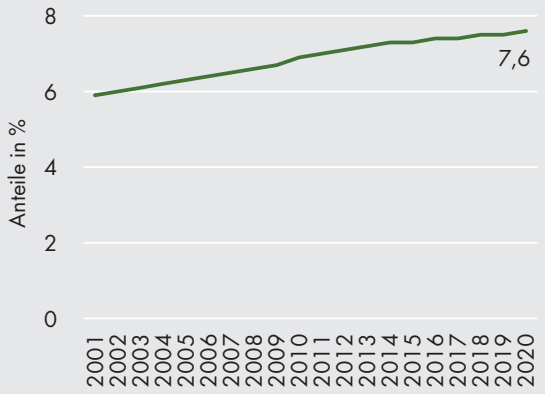
„Die Bodenversiegelung stellt ein großes Umweltproblem dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Das hohe Ausgangsniveau und der kontinuierliche Anstieg des Anteils der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum seit 2001 wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig steigt der Flächenverbrauch ebenfalls weiter an, so dass die Entwicklung der letzten drei Jahre ebenfalls negativ gesehen wird.“

In Österreich sind durch die naturräumlichen und topografischen Faktoren nur rund 37% der gesamten Landesfläche als Dauersiedlungsraum für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen nutzbar. Laut den vom Umweltbundesamt bereitgestellten Daten wurden bis zum Jahr 2020 insgesamt 5.768 km² Boden für Bau- und Verkehrszwecke verbraucht (Flächeninanspruchnahme). Das entspricht 7% der Landesfläche und 18,5% des Dauersiedlungsraumes. Rund 41% der so genutzten Flächen wurden versiegelt (z.B. Gebäude, versiegelte Straßen- oder Eisenbahnanlagen, diverse Freizeitflächen). Dementsprechend sind derzeit 2,8% der Landesfläche und 7,6% des Dauersiedlungsraumes Österreichs versiegelt.

Die Ressource Boden stellt ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut dar. Einmal versiegelt, kann Boden nur mit großem technischem und finanziellem Aufwand wieder renaturiert werden.

Die versiegelte Fläche als Anteil am Dauersiedlungsraum stieg von 5,9% im Jahr 2001 auf 7,6% im Jahr 2020 an. Insgesamt bedeutet dies eine Zunahme der versiegelten Fläche über den gesamten Zeitraum von 498 km² bzw. 26,6% (durchschnittlich 1,2% pro Jahr). Im Jahr 2020 betrug die Zunahme 18 km², das entspricht knapp 1%, das Wachstum hat sich damit etwas verlangsamt, lag aber über dem Jahr 2019 mit einer Zunahme von 16 km². Nach den Daten des Umweltbundesamts erreichte die gesamte versiegelte Fläche für Bau-, Verkehrs- und sonstige Zwecke 2020 2.372 km².

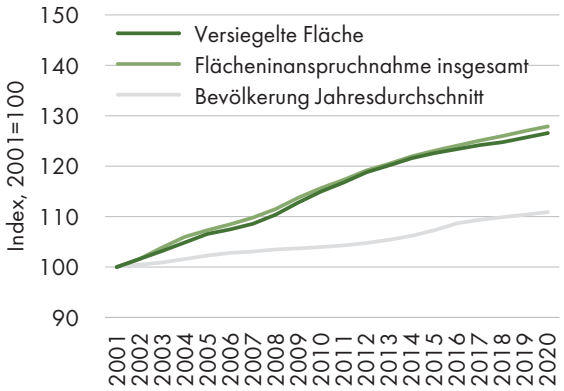
Grafik 70
Anteil der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum



Q: Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Die Flächenversiegelung wuchs mit 26,6% im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+10,9%, Grafik 71). Im Vergleich dazu stieg die Flächeninanspruchnahme insgesamt mit 27,9% etwas stärker an als der versiegelte Teil. Der jährliche Verbrauch an Fläche schwankte im Zeitraum 2001 bis 2020 zwischen 38 km² und 105 km². Der neuversiegelte Anteil lag zwischen 29% und 54% des jährlichen Bodenneuverbrauchs. Laut aktuellem Regierungsprogramm 2020 bis 2024 soll der Bodenverbrauch so gering wie möglich gehalten werden und der jährliche Zuwachs an Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf 9 km² pro Jahr sinken.

Grafik 71
Entwicklung von versiegelter Fläche, Flächeninanspruchnahme und Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme (neue Klassen) modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme jeweils am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Durch die Bebauung werden die vielfältigen Aufgaben der Ressource Boden auf eine Funktion als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft wesentliche Flächen, führt zur Verringerung des Lebensraums für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt so die biologische Vielfalt. Boden erfüllt auch Regelungsfunktionen in Stoffkreisläufen (Lanegger & Fröhlich 2014), etwa die Speicherung von Energie und Stoffen (z.B. Wasser- oder CO_2-Speicherung) und deren Umwandlung und Transport (z.B. Ausfiltern von Stoffen aus dem Niederschlags-, Sicker- und Grundwasser). Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt.

Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Bodenversiegelung stellt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel dar. Eine Steigerung des Lebensstandards wirkt sich laut Lanegger & Fröhlich (2014 S. 11) beispielsweise über die Steigerung der Wohnnutzfläche pro Kopf auf die Flächeninanspruchnahme aus. In Österreich stieg die durchschnittliche Wohnfläche der Hauptwohnsitzwohnungen von 86,3 m² im Jahr 1994 auf 99,9 m² im Jahr 2020.

4.3 Klimawandel, Emissionen

Vom Menschen verursachte Veränderungen des globalen und regionalen Klimas werden unter dem Begriff Klimawandel bzw. anthropogene Klimaänderung (oder auch globale Klimaerwärmung) zusammengefasst. Treibhauswirksame Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO_2) oder Methan (CH_4) bewirken einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde. Vor allem durch die Nutzung fossiler Energien (Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle) für Mobilität, Industrie und Raumwärme oder durch die landwirtschaftliche Produktion werden entsprechende Emissionen freigesetzt.

(Schadstoff-)Emissionen entstehen aus Produktion, Distribution und Konsum und werden an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben. Beispiele dafür sind, neben den genannten gasförmigen Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand, flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm.

Der Klimawandel findet auch in Österreich statt, welches zum einen durch die hohe Bedeutung klimasensitiver Wirtschaftssektoren (z.B. Wintertourismus) und zum anderen durch seine geografische Lage besonders exponiert ist. Die durchschnittliche Temperatur in Österreich ist laut ZAMG (Zentralanstalt für Meteorologie) seit 1880 um ca. 2 °C gestiegen und liegt damit beträchtlich über der weltweiten Temperaturerhöhung von rund 1 °C. Die Sommer sind in den letzten Jahrzehnten heißer geworden, die Zahl der Hitzetage (30° C und mehr) ist deutlich gestiegen. Dieser Trend wird sich nach Berechnungen der Klimamodelle fortsetzen, Hitzeperioden werden häufiger und stärker. Auswirkungen des Klimawandels werden als Klimafolgen bezeichnet.

Klimafolgen betreffen beispielsweise die durchschnittliche Erwärmung der Atmosphäre mit entsprechenden Auswirkungen wie Hitzewellen, Verschiebungen der Vegetationsperioden, dem Rückgang der Schnee- und Eismengen, dem Anstieg des globalen Meeresspiegels, Veränderungen im Wasserkreislauf, zunehmenden Trockenperioden und vielem mehr.

Der größte Beitrag zum Klimawandel erfolgt über die ansteigende Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre. Das Ergebnis der Pariser Klimakonferenz (COP21) vom Dezember 2015 wird als Durchbruch in der internationalen Klimapolitik gesehen: das Klimaschutzabkommen von Paris (UN FCCC, 2015) beinhaltet das Klimaziel, den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen (siehe auch Kettner et al., 2016). Im Juli 2016 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris in Österreich vom Nationalrat ratifiziert.

Neben dem Klimaschutz ist die Anpassung an klimawandelbedingte Auswirkungen die notwendige zweite Säule der Klimapolitik. Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2017, Teil 1 – Kontext, S.5) bemerkt in ihrer Einleitung: *„Der Klimawandel ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. .... Bereits heute sind weitreichende Klimaänderungen zu beobachten. Um die Folgen des Klimawandels zu verringern bzw. zu vermeiden, sind rechtzeitig geeignete Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Gelingt dies nicht, ist mit beträchtlichen Schäden und Kosten zu rechnen.*"

Ein Subziel der Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber 1990 vor. In Österreich sollen im Rahmen der Europa-2020-Strategie die Treibhausgasemissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich um 16% gesenkt werden. Für den Zeitraum 2021 bis 2030 ist im Rahmen der EU-Klimapolitik die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990) festgelegt.

Nach der Klima- und Energiestrategie sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005 reduziert werden (BMNT & BMVIT, Juni 2018), dies folgt der Verordnung (EU) 2018/842 des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018.

Der Indikator Treibhausgasemissionen ist daher als Schlüsselindikator für die Dimension „Klimawandel, Emissionen" zu sehen. Zur Darstellung der Entwicklung der Luftschadstoffe wird der Schlüsselindikator der bevölkerungsgewichteten $PM_{2,5}$-Exposition (Feinstaub) verwendet.

Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Boden sind derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht in vergleichbarer Qualität verfüg-

bar. Für das Medium Wasser zeigt ein Indikator zur Wasserqualität für den Durchschnitt des Zeitraums 2017 bis 2019 für 81,8% der Grund- und Oberflächengewässer eine gute Qualität an. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality).

Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärmemissionen) werden wegen der bereits erwähnten Beschränkung auf ein überschaubares Set an Indikatoren nicht berücksichtigt.

4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

Der Schlüsselindikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen nach dem Inlandsprinzip. Erfasst werden demnach sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden. Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 soll in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16% gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden, bis 2030 eine Reduktion von 36%.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

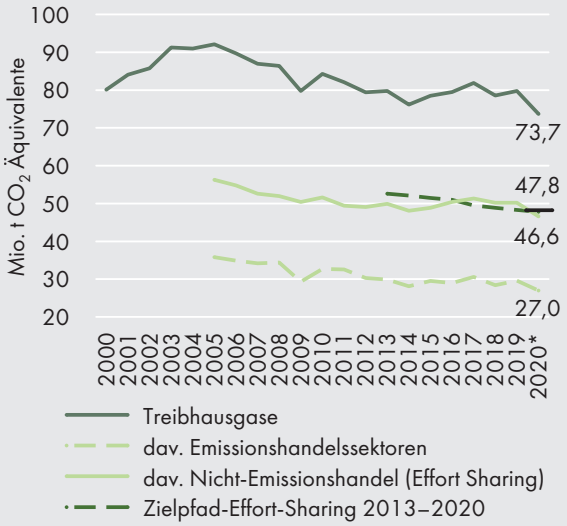
„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 - 2020 auf zu hohem Niveau; die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn es mittlerweile zu einer Entkoppelung vom BIP gekommen ist. Die Emissionen sind im COVID-19-Jahr 2020 gesunken. Dies war jedoch nicht auf strukturelle Änderungen zurückzuführen und dürfte daher nur ein vorübergehender Effekt sein, weshalb die kurzfristige Entwicklung ebenfalls tendenziell negativ bewertet wird."

Die Treibhausgasemissionen Kohlenstoffdioxid (CO_2), Methan (CH_4), Distickstoffoxid (N_2O) sowie fluorierte Treibhausgase (F-Gase) sind die treibende Kraft des Klimawandels. Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt. Seit einigen Jahren werden Nahzeitprognosen für die Treibhausgasemissionen erstellt, die aktuell erste Schätzungen für das Datenjahr 2020 enthalten (Umweltbundesamt, 2021).

Treibhausgasemissionen beeinflussen den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung.

Im COVID-19-Krisenjahr gingen nach der vorläufigen Schätzung des Umweltbundesamts die nationalen Emissionen um 7,7% auf 73,7 Mio. t CO_2-Äquiv. zurück (siehe Grafik 72). Im Effort-Sharing kam es zu einem Rückgang von 7,2% auf 46,6 Mio. t CO_2-Äquiv., das reale BIP reduzierte sich zeitgleich um 6,7%. Betrachtet man die gesamte Entwicklung seit 2000, so stiegen die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) von 2000 (80,1 Mio. t CO_2-Äquiv.) bis 2005 (92,1 Mio. t CO_2-Äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt rund 17% und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP, siehe auch Grafik 73). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie) kompensiert. Von 2015 bis 2019 stiegen die Emissionen dagegen wieder an, nur im Jahr 2018 kam es – auch witterungsbedingt und durch den Wartungsstillstand eines Hochofens – zu einem Rückgang um 4,0%. Die Emissionen lagen 2019 mit 79,8 Mio. t CO_2-Äquiv. fast genau am Ausgangswert von 2000 (80,1 Mio. t CO_2-Äquiv.), bei einer Steigerung der Wirtschaftsleistung um 33,2%. Für die ganze Periode 2000 bis inklusive dem COVID-19-Krisenjahr 2020 zeigt sich ein Rückgang der Emissionen von 8% bei einem Anstieg des realen BIP von 24,2% (Grafik 73).

Grafik 72
Treibhausgasemissionen



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. Zielpfad-Effort-Sharing laut Beschluss EU 2017/1471 (nach Anpassung) der EU-Kommission. - * Werte für 2020 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

In der Europa-2020-Strategie war unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" für die ehemalige EU-28 das Teilziel „Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Niveau von 1990" festgelegt. Der 2014 vom Europäischen Rat ange-

nommene Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 umfasst den Zeitraum 2021 bis 2030. Für 2030 wird darin die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990) festgelegt.

Dabei wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden:

Emissionshandelssektor: Der EU-Emissionshandel umfasst Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z.B. Betriebe der Stahl- und Zementindustrie) mit hohem Energieverbrauch (Europäische Kommission 2009a). Im Jahr 2020 sollten für die EU die Emissionen der erfassten Sektoren 21% unter dem Niveau von 2005 liegen, für 2030 wurde eine Senkung um 43% im Vergleich zum Jahr 2005 festgelegt.

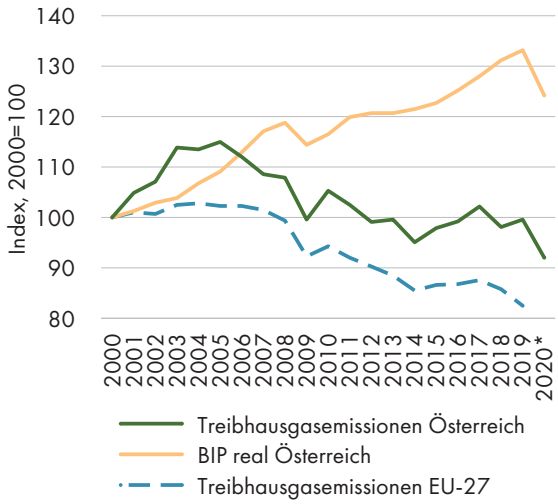
Nicht-Emissionshandelsbereich (= Effort Sharing): Für Quellen außerhalb des EU-Emissionshandels (u.a. Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, restliche Teile der Industrie) war die Verpflichtung zur Emissionssenkung im „Effort-Sharing" auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b). Für die gesamte ehemalige EU-28 sollte damit eine Reduktion von 10% im Vergleich zum Jahr 2005 erreicht werden, Österreich strebte bis 2020 eine Reduktion von 16% an, konkret sollte der Zielwert von 47,8 Mio. Tonnen CO_2-Äquiv. erreicht werden. Bis 2030 wird EU-weit eine Reduktion um 30% gegenüber 2005 angestrebt (Österreich: 36%). Im Juli 2021 hat die EU-Kommission konkrete Vorschläge für eine neue Klima-, Energie-, Verkehrs- und Steuerpolitik vorgelegt, die im Rahmen des Green Deals eine Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 ansteuern.

Gemäß Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) ist für 2020 in Österreich im Nicht-Emissionshandelsbereich eine Emissionshöchstmenge von 47,8 Mio. Tonnen CO_2-Äquiv. einzuhalten. Dieser Zielwert wurde im COVID-19-Krisenjahr 2020 mit 46,6 Mio. Tonnen CO_2-Äquiv. unterschritten.

Von 2019 auf 2020 sanken die Emissionen des Emissionshandelssektors deutlich um 8,7% auf rund 27 Mio. t CO_2-Äquiv., im Effort-Sharing kam es zu einem erwähnten Rückgang von 7,2% auf 46,6 Mio. t CO_2-Äquiv. Die Summe der Treibhausgasemissionen außerhalb des Emissionshandels lag damit im COVID-19-Krisenjahr 2020 um etwa 1,2 Mio. Tonnen unter der für 2020 gültigen Höchstmenge von 47,8 Mio. t CO_2-Äquiv. und seit 2016 erstmals wieder unter dem jährlichen Zielwert (Grafik 72).

Die Auswirkungen der Schutzmaßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie zeigten sich laut Umweltbundesamt (2021) stark im Verkehrssektor, durch den Absatzrückgang an Treibstoffen gingen die Verkehrsemissionen im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 um rund 14% zurück. Die Rückgänge im Emissionshandelsbereich wurden u. a. durch Rückgänge in der Stahlproduktion verursacht. Zudem sanken in der Energieerzeugung die Emissionen durch die Stilllegung eines Kohlekraftwerks und die niedrigere Stromproduktion aus Erdgaskraftwerken.

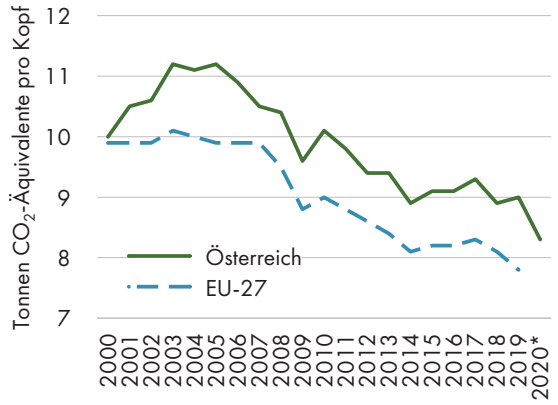
Grafik 73
Treibhausgasemissionen Vergleich BIP und EU-27



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Umweltbundesamt; Eurostat. - * Umweltwerte für 2020 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Für die EU-27 liegen noch keine Emissionsdaten für das Jahr 2020 vor. Über die Zeitreihe bis 2019 (siehe Grafik 73) zeigt sich ein stärkerer Rückgang für die gesamte EU-27 als für Österreich insgesamt.

Grafik 74
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich



Q: Umweltbundesamt; Eurostat. - * Werte für 2020 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Betrachtet man die Entwicklung der Treibhausgasemissionen pro Kopf, so waren in Österreich im Jahr 2000 die Emissionen mit 10 Tonnen (t) CO_2-Äquivalenten pro Kopf knapp

über jenen der EU-27 (9,9 t) (Grafik 74). Allerdings kam es national bis 2003 zu einem deutlichen Anstieg, während sich in der EU-27 der Verbrauch pro Kopf bereits stabilisierte. In den Folgejahren zeigten sowohl die nationalen als auch die internationalen Werte einen abnehmenden Verlauf, im Jahr 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) hatte Österreich mit national berechneten 9,0 t CO_2-Äquivalenten pro Kopf bzw. von Eurostat berechneten 8,8 t einen etwas überdurchschnittlichen Wert zur EU-27 (7,8 t).

Wie in Kapitel 4.2 bereits erwähnt, sollten in einer vollständigen Berechnung und Analyse des Ressourcenverbrauchs eines Landes zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die durch die Produktion der importierten, aber auch der exportierten Güter entstehen, berücksichtigt werden. Dies betrifft ebenso die damit einhergehenden Emissionen. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich; dadurch finden emissionsintensive Produktionsschritte zunehmend in anderen Ländern statt. Diese Emissionen sind in den nationalen Emissionsbilanzen nicht erfasst.

Für eine umfassende Bewertung, ob sich eine Gesellschaft in Richtung Dekarbonisierung entwickelt, müssen auch die Außenhandelsbeziehungen eines Landes miteinbezogen werden. Die Expertengruppe für *WgÖ* hatte deshalb 2017 die zukünftige Betrachtung von konsumbasierten Treibhausgasemissionen angeregt. Eine erste Untersuchung der Arbeitsgruppe „Consumption-based GHG Accounting" des Climate Change Center Austria (AG CBA, 2017) zeigte, dass die konsumbasierten Emissionen im Zeitraum 1997 bis 2013 mit rund 110 bis 130 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten in etwa 50 bis 60% über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen lagen. Aktuellere Daten sind derzeit nicht verfügbar.

4.3.2 Schlüsselindikator Luftschadstoffe: $PM_{2,5}$-Exposition (Belastung durch Feinstaub)

Der Schlüsselindikator beschreibt die bevölkerungsgewichtete Belastung durch $PM_{2,5}$ in Österreich. Dieser Schadstoff besteht aus Staubpartikeln in inhalierbarer Größe, welche sowohl bei kurzfristiger als auch langfristiger Aufnahme eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Daten werden vom Umweltbundesamt anhand von Messergebnissen der Immissionsbelastung, topografischen Daten und Bevölkerungsdaten bestimmt und stehen ab 2005 zur Verfügung.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

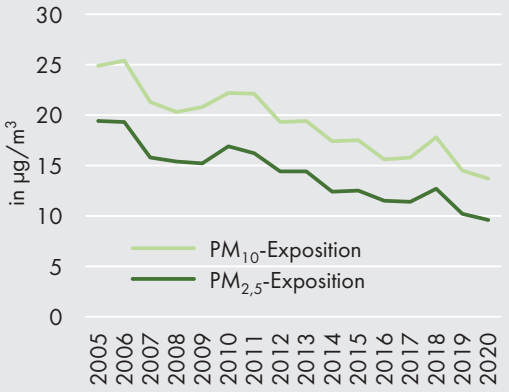
„Die bevölkerungsgewichtete PM2,5-Exposition hängt von den inländischen PM2,5-Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die PM2,5-Belastung ging von 19 µg/m³ (2005) auf unter 10 µ/m³ im Jahr 2020 deutlich zurück, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2018 - 2020 ist ebenfalls fallend, was zu einer ebenso positiven Einschätzung führt."

Im Kapitel 3.6 zur Lebensqualität wird die subjektive Belastung durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Ruß in der Dimension „Wohnen" als Zusatzinformation dargestellt. Für 2020 gaben 7,9% der befragten Personen Belastungen durch Luft und Wasserverschmutzung oder Ruß in ihrer Wohnumgebung an. Demgegenüber stellt der Indikator zur bevölkerungsgewichteten $PM_{2,5}$-Exposition die tatsächlich gemessene Staubbelastung dar.

Feinstaub hat gravierende gesundheitliche Auswirkungen, sowohl durch eine akute Exposition (z.B. Entzündungsreaktionen der Lunge) als auch durch eine Langzeit-Exposition (z.B. Zunahme von Atemwegsymptomen).

Durch Luftverunreinigungen können nicht nur die Atemwege, sondern auch das Herz-Kreislauf-System in Mitleidenschaft gezogen werden (siehe Spangl & Nagl 2017).

Grafik 75
Mittlere Exposition durch Feinstaub ($PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet), Vergleich PM_{10}-Exposition



Q: Umweltbundesamt.

Von 2005 bis 2020 nahm die bevölkerungsgewichtete Exposition (Belastung) durch $PM_{2,5}$ von 19,4 µg/m³ auf 9,6 µg/m³ deutlich ab (50,5%, vgl. Grafik 75). Mit Ausnahme der Jahre 2010, 2015 und 2018 zeigt sich dabei über die gesamte Zeitreihe ein abnehmender Trend. Betrachtet man die Entwicklung im COVID-19-Krisenjahr, so gingen die meisten Emissionen (wie Treibhausgase, Stickoxide) vor allen während der Lockdowns deutlich zurück. Betreffend Feinstaub (PM2,5) war eine Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Folgen laut Umweltbundesamt unsicher. Feinstaub hat viele unterschiedliche Quellen und die jährlichen Veränderungen werden stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen (etwa auch Fernverfrachtung aus dem Ausland wie z.B. Wüstensand) bestimmt. Zudem kann sich Feinstaub auch aus ganz anderen Schadstoffen, sogenannten Vorläufersubstanzen, bilden. Wie die aktuell vorliegenden Messungen zeigen, gingen die Staubemissionen im COVID-19-Jahr 2020 mit 9,6 µg/m³ im Vergleich zu 2019 (10,2 µg/m³) etwas zurück.

Für die Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch $PM_{2,5}$ und PM_{10} (Feinstaub) wurden topografische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt (siehe Spangl & Nagl 2017).

Die Staubbelastung wird dabei anhand der Masse verschiedener Größenfraktionen beschrieben, die Partikelgröße ist dabei für die gesundheitlichen Auswirkungen der Staubbelastung von Bedeutung:

- $PM_{2,5}$ enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von 2,5 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. $PM_{2,5}$ ist eine Teilmenge von PM_{10}. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Bakterien. $PM_{2,5}$ dringen am tiefsten in den Atemwegstrakt ein, können bis in die Lungenbläschen gelangen, und verursachen damit die größten Gesundheitsschäden aller Staubteilchen.

- PM_{10} enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von 10 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Zellen, können tief in die Lunge gelangen und sind daher besonders gesundheitsschädlich.

Wesentliche anthropogene (durch den Menschen verursachte) Emissionsquellen für Feinstaub sind Verbrennungsprozesse (v.a. Energieumwandlung, Industrie, Verkehr, Haushalte) und die Manipulation von Materialien sowie der Bergbau. Nennenswerte Emissionen werden auch durch die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und die Tierhaltung freigesetzt. Zusätzlich gibt es auch natürliche Quellen wie Bodenerosion, Vegetation (Absonderung von Pollen, Sporen), Waldbrände oder Vulkanismus. Neben den innerösterreichischen Staubemissionen sind noch weitere Quellen für die Belastung in der Außenluft verantwortlich, wie z.B. Fernverfrachtung oder Winderosion.

Die $PM_{2,5}$-Belastung in der Außenluft, d.h. die Immission (die an Luftgütemessstellen gemessen wird) und in weiterer Folge die Exposition, wird also nicht nur durch die österreichischen $PM_{2,5}$-Emissionen, d.h. den Schadstoffausstoß direkt an der Quelle, bestimmt, sondern auch durch PM-Ferntransport aus dem Ausland, durch Sekundärpartikelbildung aus gasförmigen Vorläufersubstanzen (z.T. im Inland, z.T. im Ausland) sowie durch natürliche Quellen.

Grenzwerte wurden für die (auch meteorologisch beeinflusste, punktuell gemessene) Belastung in der Außenluft festgelegt, mit der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG) sowie dem österreichischen Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L; BGBl. I Nr. 77/2010).

4.4 Energie

Die Dimension „Energie" bezieht sich vorrangig auf den Einsatz erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie deren effizienter Nutzung. Während erneuerbare Energien aus Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich kaum erschöpfen bzw. für lange Zeit nutzbar sind, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtige Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Fossile Brennstoffe werden aus natürlichen Vorkommen gewonnen, die im Laufe der Erdgeschichte aus Biomasse entstanden sind. Analog wird der Begriff fossil auch für sämtliche sekundären Brennstoffe verwendet, die aus einem fossilen (Roh-)Brennstoff hergestellt werden. Produkte aus erneuerbaren Energiequellen werden dagegen (mit Ausnahme der Erdwärme) direkt oder indirekt aus Energieströmen, die noch andauern oder bis vor kurzem angedauert haben, in Verbindung mit der ständig verfügbaren Sonnenenergie oder der auf der Schwerkraft beruhenden Energie gewonnen. Der Energiewert von Biomasse z.B. entsteht aus der von Pflanzen während des Wachstums angereicherten Sonnenenergie.

Energieaufbringung und Energieverbrauch fossiler Brennstoffe verursachen massive Umweltbelastungen wie Treibhausgas- und Feinstaub-Emissionen, aber auch Flächenverbrauch. Weitere Probleme betreffen beispielsweise die zunehmende Importabhängigkeit und die Ressourcenverknappung.

Eine nachhaltige Entwicklung benötigt ein Energiesystem, das Energie effizient nutzt und hauptsächlich erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse einsetzt. Der vermehrte Einsatz von heimischen erneuerbaren Energieträgern fördert zudem eine zunehmende Eigenversorgung Österreichs.

Die steigende Importabhängigkeit, die zunehmende Ausschöpfung endlicher Energieressourcen, die gesicherte Versorgung aller Konsumentinnen und Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spielen auch auf EU-Ebene eine bedeutende Rolle. Die Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält dementsprechend im Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" das Teilziel einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%, für jedes Mitgliedsland wurden – abhängig von Ausgangslage und Möglichkeiten – nationale Ziele verbindlich vereinbart. Zudem wurde eine Steigerung der Energieeffizienz um 20% für die EU-28 insgesamt festgelegt.

Der 2014 vom Europäischen Rat angenommene Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 umfasst EU-weite Zielvorgaben und politische Ziele für den Zeitraum 2021 bis 2030. Dabei wurden im Jahr 2018 die Zielvorgaben für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz nach oben korrigiert. Zentrale Energieziele sind:

- Erhöhung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen auf mindestens 32%
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5%

Am 9. Juli 2014 wurde das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) beschlossen. Es enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Dieses beinhaltet u.a. betreffend Energieeffizienz das Ziel der Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.050 Petajoule (PJ) sowie ein kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020. Das nationale Ziel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben von Europa 2020 für erneuerbare Energieträger liegt bei einem Anteil von 34% bis 2020.

Für den aktuellen Bericht mit dem Datenendjahr 2020 werden die Europa-2020-Vorgaben dargestellt. Im Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich ist bereits der Fahrplan für die Periode 2021 bis 2030 festgelegt (BMNT 2019).

Die erneuerbaren Energieträger sollen bis 2030 auf einen Wert von 46 bis 50% angehoben werden. Zudem soll eine Verbesserung der Energieintensität von 25% bis 30% erreicht werden. Dabei wird ein Endenergieverbrauch von 1.073 PJ bzw. 1.002 PJ angegeben, bei kumulierten Energieeinsparungen von 497 PJ.

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den Energiebilanzen von Statistik Austria vor. Die Energiedaten werden nach dem Inlandsprinzip erhoben. Dies

bedeutet, dass alle in Österreich abgesetzten Energieträger in den Energiebilanzen berücksichtigt werden, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und wo sie eingesetzt werden.

Die Energiebilanzen stehen jährlich Ende November (und damit knapp vor Redaktionsschluss für *WgÖ*) für das Vorjahr mit endgültigen Werten zur Verfügung, daher wurden die vorläufigen Energiebilanzwerte für die Bewertung herangezogen und die endgültigen Werte kurzfristig in den Bericht aufgenommen. Eine Gegenüberstellung der vorläufigen (1.055 PJ) und endgültigen Werte (1.053 PJ) für den energetischen Endverbrauch insgesamt zeigt eine minimale Abweichung der prognostizierten zu den endgültigen Werten.

Den Schlüsselindikator für den gesamten Energieverbrauch Österreichs bildet im *WgÖ*-Set der energetische Endverbrauch (EEV). Der EEV ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und EDV, mechanische Arbeit etc.). Als weiterer Schlüsselindikator wird die Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energieträger gezeigt. Daten zur Energieintensität als Maßzahl der Energieeffizienz ergänzen die beiden Schlüsselindikatoren.

4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch. Erneuerbare Energien stammen aus Energiequellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern (z.B. Biomasse) oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt (z.B. Solarenergie, Wasserkraft). Die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten sekundären Energieträger (Elektrizität, Wärme, Kraftstoff) werden dabei ebenfalls als erneuerbare Energien bezeichnet.

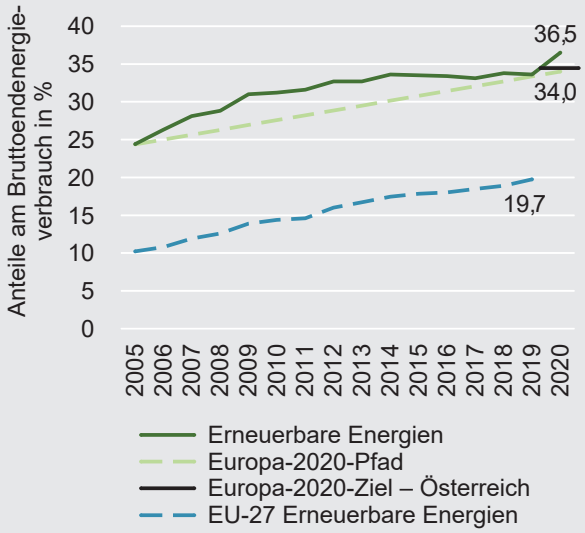
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„In der langfristigen Betrachtung ist die Entwicklung – auch im Vergleich mit dem deutlich niedrigeren Niveau der EU-27 – tendenziell positiv zu bewerten, wobei hierfür der Verlauf bis 2014 ausschlaggebend ist. In der kurzfristigen Betrachtung zeigt sich vor allem im COVID-19-Krisenjahr 2020 ein deutlicher Anstieg, der sich aus dem starken Rückgang des Energieverbrauchs insgesamt bei eher gleichbleibendem Energieangebot aus Erneuerbaren ergibt. Damit wird für 2020 das Ziel eines Anteils von 34% erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch erreicht. Die kurzfristige Bewertung fällt daher ebenfalls tendenziell positiv aus."

Im Rahmen des Europa-2020-Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch verbindlich vorgesehen. Laut dem integriertem nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich sollen die erneuerbaren Energieträger bis 2030 auf einen Wert von 46–50% angehoben werden (BMNT 2019).

Nach dem Anstieg von 0,7%-Punkten im Jahr 2018 auf 33,8% sank der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch wieder auf 33,6% im Jahr 2019. Für das Jahr 2020 erreichte der Anteil der Erneuerbaren einen Wert von 36,5%. Der Anstieg ergibt sich vorrangig durch den starken Rückgang des energetischen Endverbrauchs im COVID-19-Krisenjahr um 7,6% bei einem eher gleichbleibenden Wert des Aufkommens der erneuerbaren Energieträger. Das nationale Ziel von einem Erneuerbaren-Anteil von zumindest 34% wurde damit für 2020 erreicht. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit dem Anteil von 33,6% (2019) deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 mit 19,7% (letztverfügbarer Wert der internationalen Daten, Grafik 76), was zu einem Gutteil auf die Nutzung der Wasserkraft zurückzuführen ist.

Grafik 76
Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Die Nutzung der zumeist regional anfallenden erneuerbaren Energieträger erhöht dabei den nationalen Selbstversorgungsgrad mit Energie und reduziert die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten.

Als anrechenbare erneuerbare Energien laut Erneuerbaren-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen) gelten:

- der energetische Endverbrauch (EEV) von biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Biokraftstoffen,

- die Erzeugung von Strom und Fernwärme aus biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft normalisiert ohne die Erzeugung aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik.

Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen.

4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch

Der energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen, Landwirtschaft) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für Pkws, elektrische Energie für Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für Raumwärme etc. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

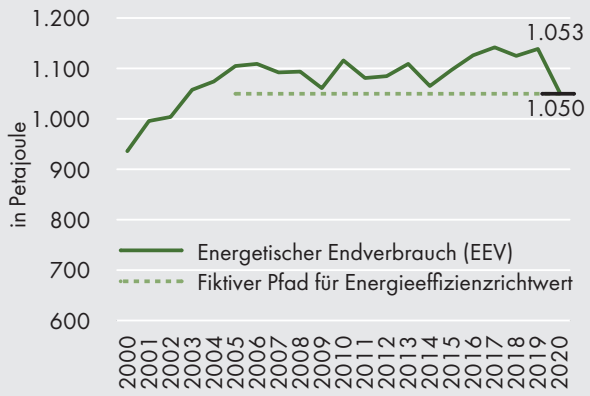
KF LF

„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf einem zu hohen Niveau. Auch wenn der Verbrauch im COVID-19-Jahr 2020 zurückging, wird der Zuwachs in den Jahren 2000 bis 2005 und 2015 bis 2019 negativ gesehen. Die langfristige Bewertung fällt daher tendenziell negativ aus. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine langfristige Reduktion deutlich unter das Ausgangsniveau. Sollte eine solche Entwicklung durch entsprechende Weichenstellungen auf politischer Ebene ermöglicht werden, wäre eine positive Bewertung zu rechtfertigen. Aktuell fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus."

Der Schlüsselindikator beschreibt Niveau und Entwicklung des Energieverbrauchs von Endnutzern und setzt sich zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammen. Er stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z.B. Elektrizität aus Wasserkraft). Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) sieht vor, dass der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreitet (Energieeffizienzrichtwert). Damit soll das Ziel der Senkung der Energieeinfuhr und Verbesserung der Versorgungssicherheit erreicht werden.

Die Energiebilanz 2020 weist für den energetischen Endverbrauch gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um -7,6% auf 1.053 PJ auf. Damit lag der energetische Endverbrauch 2020 auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Berichtsjahr 2003 und nur sehr knapp über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ (Grafik 79). Die Ursache dafür ist v. a. in den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu suchen, durch die Reisebeschränkungen und die vermehrte Tätigkeit im Home-Office ging der Treibstoffverbrauch für den Verkehr stark zurück, zudem änderten sich Konsummöglichkeiten. In den Wirtschaftssektoren Industrie sowie Dienstleistungen ging der energetische Endverbrauch um je etwa 3 % zurück. Der Verbrauch der privaten Haushalte hingegen lag auf etwa gleichem Niveau wie im Jahr 2019. Der Rückgang des energetischen Endverbrauchs spiegelt sich auch im Verbrauch der einzelnen Energieträger wider, wobei dieser Trend bei beinahe allen Energieträgergruppen zu beobachten war.

Grafik 77
Energetischer Endverbrauch

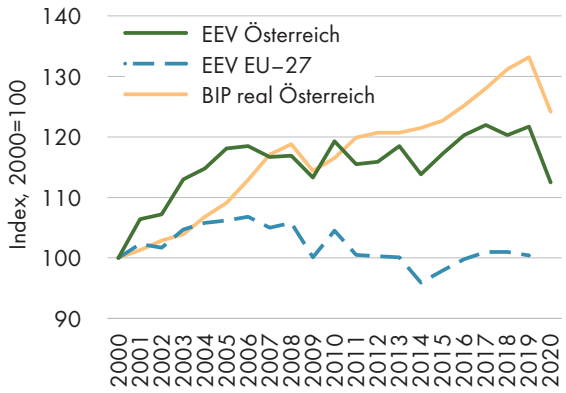


Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik.

Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für Ersteren ein Einbremsen des Wachstums und damit eine zumindest relative Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung. Ab 2015 stieg der EEV jedoch wieder an (Ausnahme: 2018) und war 2019 mit 1.139 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ angesiedelt. Mit dem beschriebenen Rückgang von 7,6% (reales BIP: 6,7%, siehe auch Grafik 78) im COVID-19-Krisenjahr näherte sich der energetische Endverbrauch 2020 mit 1.053 PJ wieder dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ stark an (Grafik 77).

Für das COVID-19-Krisenjahr sind aktuell noch keine Werte der EU-27 vorhanden. Im Vergleich zur EU-27, deren EEV 2019 knapp über dem Ausgangswert von 2000 lag, nahm der österreichische Endverbrauch in den Jahren 2000 bis 2019 mit einem Zuwachs von über 20% einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 sowie 2016 – 2017 stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-27 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 78).

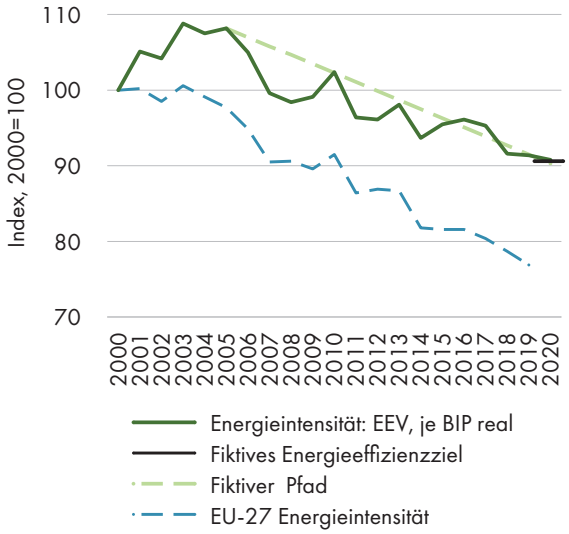
Grafik 78
Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR; Eurostat.

ab, hier nahm durch den Anstieg des EEV bei gleichzeitig geringem BIP-Wachstum die Energieintensität zu. In den letzten Jahren ging die Energieintensität in geringem Maße zurück. Für die EU-27 zeigt sich von 2000 bis 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Energiedaten) ein deutlich stärkerer Rückgang der Energieintensität als in Österreich.

Grafik 79
Energieintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR, Eurostat.

4.4.3 Energieintensität

Als Maßzahl für die effiziente Nutzung von Energie wird die Energieintensität verwendet. Sie stellt dar, inwieweit der Energieverbrauch von Wirtschaftsgrößen (z.B. BIP) entkoppelt ist. Der Indikator beschreibt die Entwicklung des EEV (Inlandsprinzip) in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt. Aus umweltpolitischer Sicht sollte die Energieintensität sinken, also eine deutliche Entkoppelung von energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein.

Wie Grafik 79 darstellt, zeigt die Energieintensität Österreichs – d.h. die Entwicklung des Energieverbrauchs relativ zur Entwicklung des realen BIP ab dem Jahr 2005 einen fallenden Trend. Dies bedeutet eine Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung. Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsgröße eingesetzt; d.h. desto effizienter wird Energie genutzt. Von diesem Trend wichen einzelne Jahre (z.B. 2010, 2013 oder 2015) allerdings deutlich

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) enthält wie erwähnt den Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ. Dieser Wert wird mit dem tatsächlichen Verbrauch von 1.053 PJ nur sehr knapp überschritten.

Anzumerken ist, dass sich die „Energieeffizienz" bei diesem Indikator langfristig auch rein dadurch wandeln kann, dass sich die Sektorenzusammensetzung verändert. D.h. eine verhältnismäßig stärkere Zunahme von Dienstleistungen im Vergleich zur energieintensiven Sachgüterproduktion würde sich positiv auf die Energieeffizienz auswirken.

Für den aktuellen Bericht wurde auf die in den Vorläuferberichten berücksichtigte Temperaturbereinigung des Indikators verzichtet, um einen Wert für das Jahr 2020 ausweisen zu können. Für die Temperaturbereinigung des Indikators wären Informationen zum Raumwärmeverbrauch aus der Nutzenergieanalyse notwendig, deren letztverfügbares Datenjahr bei Redaktionsschluss 2019 ist. Mittels Temperaturbereinigung können Verbrauchseffekte geglättet werden, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben.

4.5
Verkehr, Mobilität

Die Ökologisierung des Verkehrssystems stellt ein wesentliches Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Verkehr und Mobilität sind wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, verursachen jedoch auch Umweltprobleme (z.B. Flächenverbrauch, Emissionen). Das Konzept der nachhaltigen Mobilität zielt u.a. darauf ab, den Verbrauch fossiler Energie und damit die CO_2-Emissionen des Verkehrssektors zu senken. Dies soll die Emissionen des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (Meyer 2007).

(Räumliche) Mobilität betrifft dabei die potenzielle und realisierte Beweglichkeit von Menschen, Lebewesen und Dingen, also die Befriedigung von Bedürfnissen durch Raumveränderung (z.B. Einkauf im Supermarkt). Der Verkehr liefert das Instrument (z.B. Auto, Bus), welches man für die konkrete Umsetzung der Mobilität benötigt. Verkehr stellt also die zielgerichtete Ortsveränderung von Personen, Gütern, Nachrichten unter Verwendung von Energie und Information dar und ist daher auch gut messbar.

Obwohl durch technologische Verbesserungen der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch insgesamt durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu. Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten – speziell durch den Einsatz fossiler Energien – verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen, deren Reduktion auch in der EU als wesentlich für eine nachhaltige Mobilität angesehen wird (Europäische Kommission, 2016).

Verkehr ist ein wesentlicher Treiber des anthropogenen Klimawandels. Der Verbrauch fossiler Ressourcen, die Lärmbelastung, der Flächenverbrauch für Verkehrswege oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle sind weitere Problemfelder des Verkehrs.

Das Konzept der nachhaltigen Mobilität – umgesetzt durch das Instrument eines nachhaltigen Verkehrssystems – enthält ökonomische, soziale und ökologische Kriterien und stellt eine Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ein nachhaltiges Verkehrssystem soll Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, da Mobilität und der Zugang zu Märkten Grundfunktionen globalisierter Volkswirtschaften darstellen.

Nachhaltiger Verkehr im weiteren Sinne soll Mobilität für alle gleichermaßen ermöglichen und den Zugang zu Märkten, Kultur- und Freizeitaktivitäten gewährleisten und den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechen. Es soll die Gesundheit der Menschen möglichst wenig durch Luftschadstoffe und Lärm belasten, die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme (z.B. der Wälder) nicht gefährden und die Stabilität des Klimas nicht beeinträchtigen (Meyer 2007).

Statistiken wie die Energiebilanz oder die Treibhausgasinventur Verkehr bilden Verkehr funktional als eigenen Sektor ab, obwohl Verkehr naturgemäß von privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird.

Der Schlüsselindikator zum Energieverbrauch des Verkehrs bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs und stammt aus der Energiebilanz. Der Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs bildet einen wesentlichen Bereich des Straßenverkehrs ab. Seit 2017 werden zudem die Treibhausgasemissionen des Verkehrs als Schlüsselindikatoren dargestellt. Zusatzinformationen betreffen den Treibstoffverbrauch der privaten Pkws sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Für beide Indikatoren liegen Daten aus dem Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte“ bzw. dem Mikrozensus „Umweltbedingungen, Umweltverhalten“ vor.

4.5.1
Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs

Der Schlüsselindikator bildet den energetischen Endverbrauch (EEV) des gesamten Verkehrssektors nach dem Inlandsprinzip ab. Er deckt somit den Energieverbrauch von Eisenbahn, Straßenverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt sowie den Flugverkehr ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Ver-

bräuche (z.B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet.

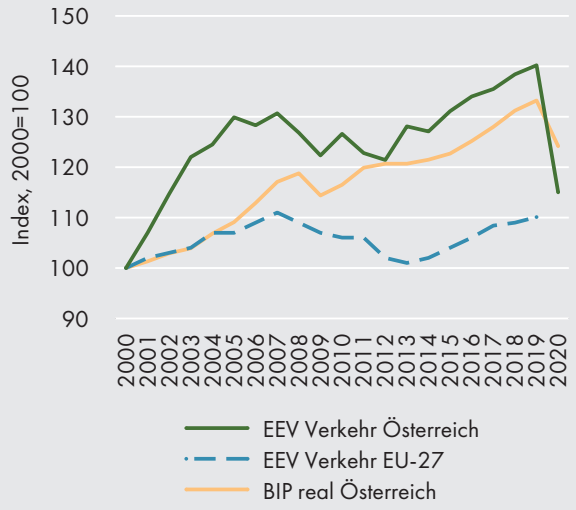
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 und wieder ab 2014 in Österreich verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Mit Ausnahme des COVID-19-Jahrs 2020, in dem der Energieverbrauch des Verkehrs deutlich zurückging (aber dennoch signifikant über dem Niveau von 2000 liegt), sind jedoch keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum und über den Vergleichswerten der EU-27 liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig wird die Entwicklung aufgrund des COVID-19-Sondereffekts moderater (tendenziell negativ) beurteilt."

Der EEV des Verkehrs hatte im Jahr 2020 laut Energiebilanz einen Anteil von rund 32% am gesamten EEV Österreichs und stellt damit auch im COVID-19-Krisenjahr die wichtigste Verbrauchsgruppe dar, auch wenn der Anteilswert im Vergleich zu 2019 (rund 36% Anteil am gesamten Energieverbrauch) deutlich zurückging. Die Anteile des produzierenden Bereichs (2020: 29,2%, 2019: 27,8%) und der privaten Haushalte (2020: 26,6%, 2019: 24,6%) liegen erkennbar darunter.

Grafik 80
Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR.

Generell zeigte der energetische Endverbrauch des Verkehrs mit einem Minus von 18,0% für 2020 den krisenbedingt deutlichsten Rückgang aller Schlüsselindikatoren des Umweltbereichs, er sank auch deutlich stärker als das reale BIP (6,7%). Die Reisebeschränkungen und die vermehrte Tätigkeit im Home-Office führten zu einer starken Reduktion des Verbrauchs von Flugturbinenkraftstoff (-66%), Motorbenzin (-17%) und Dieselkraftstoff (-12%). Der starke Einbruch des EEVs des Verkehrs im Krisenjahr 2020 senkte den Indexwert erstmals seit der Betrachtung unter jenen des BIP (Grafik 80): Der Energieverbrauch des Verkehrs stieg im gesamten Zeitraum 2000 bis 2020 um 15,0% (bis 2019: 40,2%), während das reale BIP zeitglich mit 24,2% stärker wuchs (bis 2019: 33,2%).

Betrachtet man den Vorkrisenzeitraum bis 2019, so lässt sich der im Vergleich zum BIP überproportionale Anstieg des EEVs 2000 bis 2019 zum Teil durch den „Treibstoffexport im Kfz-Tank" (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut Österreichischer Energiebilanz angewandt, d.h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden.

In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

Laut Umweltbundesamt (2019, S. 137ff) lag der Anteil dieses „Tanktourismus" im Jahr 2000 noch bei 14% und stieg bis 2017 auf rund 24% an. Dies begründet sich in den – im Vergleich mit den Nachbarländern – relativ günstigen Treibstoffpreisen. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist, wobei dies weniger relevant sein dürfte.

Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10% der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat. Für 2019 lag der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei 9,8 %, durch das reduzierte Verkehrsaufkommen ging 2020 auch der Einsatz der Biokraftstoffe etwas zurück.

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 80) ist die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich mit rund 40% im Zeitraum 2000 bis 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) sehr hoch. Im

Durchschnitt der EU-27 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 10% (siehe auch Kapitel 5.4). Hier kann wieder auf das Phänomen des „Treibstoffexports im Kfz-Tank" verwiesen werden. Dass der Ansatz „Tanktourismus" jedoch nicht ausreicht, um den starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr bis zum Jahr 2019 zu erläutern, zeigt der folgende Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs, der sich auf das Verkehrsaufkommen in Österreich beschränkt.

4.5.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Der Schlüsselindikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs zeigt als einen Aspekt des Verkehrsaufkommens den Straßengüterverkehr in Österreich. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist eine Reduktion der Transportleistung auf der Straße wünschenswert. Beispielsweise sind die CO_2-Emissionen oder jene durch Feinstaub (PM_{10}) je Tonnenkilometer (tkm) deutlich höher als beim Transport mit der Bahn. Dargestellt wird die Entwicklung der Transportleistung, also das Transportaufkommen verknüpft mit der Wegstrecke (in tkm) auf österreichischem Territorium mit Daten laut Güterverkehrsstatistik.

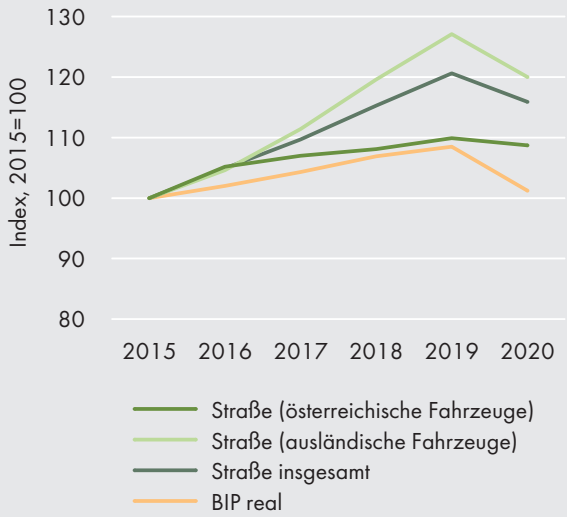
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„Bewertet auf Basis der derzeitigen Antriebstechnologie (fossil, Lärm) wird die kurzfristige Entwicklung 2018 bis 2020 tendenziell negativ gesehen. Im COVID-19-Krisenjahr 2020 gab es zwar einen Rückgang der Transportleistung auf den österreichischen Straßen, dieser fiel jedoch mit 3,9% deutlich geringer aus, als der Rückgang des realen BIP. Zudem liegt der Wert für 2020 geringfügig über jenem des Jahres 2018. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Die Transportleistung von nicht in Österreich registrierten Güterkraftfahrzeugen wird von Statistik Austria seit 2012 mittels eines eigens entwickelten Entfernungsmodells auf Basis der von Eurostat zur Verfügung gestellten konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik errechnet. Daraus liegen valide Daten der Transportleistung der Europäischen Union sowie der Schweiz, Norwegens und Liechtensteins auf österreichischem Territorium vor. Ab Berichtsjahr 2018 fließen zudem in die Ergebnisse des Güterverkehrs auf Österreichs Straßen Daten des österreichischen Mautsystems ein (siehe auch Karner et al., 2020), für das aktuell Werte von 2015 bis 2020 vorliegen.

Im COVID-19-Krisenjahr 2020 zeigte sich für das Inland ein geringer Rückgang der Transportleistung mit österreichischen Fahrzeugen von rund 1% auf 18,7 Mrd. tkm, die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen auf österreichischen Straßen reduzierte sich dagegen stärker um 5,6%. Das reale BIP ging 2020 um 6,7% im Vergleich zu 2019 zurück. Im gesamten verfügbaren Zeitraum 2015 bis 2020 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 15,9%, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 1,2%. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen um 20,0% und jene mit österreichischen Fahrzeugen um 8,7%.

Grafik 81
Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bildet eine Erhebung von Statistik Austria zum Straßengüterverkehr die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen im In- und Ausland ab. Die Straßengüterverkehrserhebungen in den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen auf die gleiche Weise. Eurostat führt die Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu einer konsolidierten europäischen Straßengüterverkehrsstatistik zusammen, die wiederum den statistischen Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird, damit das Gesamtaufkommen im Straßengüterverkehr auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet darstellt werden kann (Karner & Scharl 2012). Dies betraf naturgemäß 1995 nur Daten der Mitgliedstaaten der EU-15. Erst durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 wurde eine weitgehende Abdeckung der Güterkraftfahrzeuge des europäischen Verkehrsraums inklusive Osteuropa erreicht. Ab dem Datenjahr 2009 konnten auch Informationen von Kroatien und der Schweiz zur jeweiligen Verkehrsleistung in Österreich berücksichtigt werden (siehe Karner & Scharl 2012 sowie Karner & Scharl 2014). Ab dem Datenjahr 2015 werden diese Daten mit Informationen der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) überarbeitet.

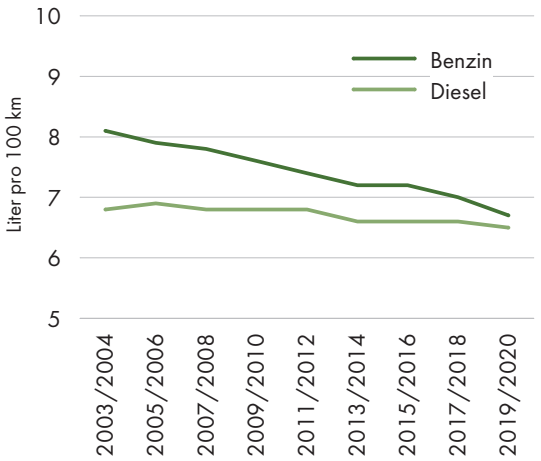
Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" der Europäischen Kommission (2011b) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer und emissionsärmerer Verkehrsträger. Vergleicht man die Emissionskennzahlen per tkm für 2018, so fallen bezüglich Treibhausgasemissionen mit der Bahn 3,5 Gramm CO_2-Äquivalente an, mit schweren Nutzfahrzeugen (> 3,5t bis 40t) sind es 89,7 Gramm. Bezüglich Feinstaubemissionen (PM_{10}) beträgt der Wert je tkm mit der Bahn 0,002 Gramm, mit schweren Nutzfahrzeugen sind es 0,008 Gramm.

2020 lag die gesamte Transportleistung des Güterverkehrs bei 74,4 Mrd. tkm (ohne Transport in Rohrfernleitungen). Auf Österreichs Straßen betrug die Transportleistung 52,4 Mrd. tkm. Auf der Schiene wurden 20,5 Mrd. tkm und auf der Donau knapp 2 Mrd. tkm erbracht. Der Anteil der Straße betrug 2009 rund 62% (nach abweichender Datenbasis) und lag 2019 bei über 70%. Somit zeigen sich kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Zu bedenken ist dabei, dass nahezu 50% der transportierten Güter auf Strecken unter 50 Kilometern befördert werden. Eine Verlagerung auf andere Verkehrsträger wird für diese Beförderungen nur schwer möglich sein.

4.5.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw

Die Befragung zum Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte" erhebt alle zwei Jahre auch die Fahrleistung und den Treibstoffeinsatz von privaten Haushalten. Betrachtet man den Treibstoffverbrauch der privaten Pkw, so zeigt sich im Vergleichszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang des Verbrauchs (Grafik 82). Dabei war der Rückgang bei Diesel-Pkw mit rund 4% weniger deutlich als bei Benzin-Pkw mit rund 17%.

Grafik 82
Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)



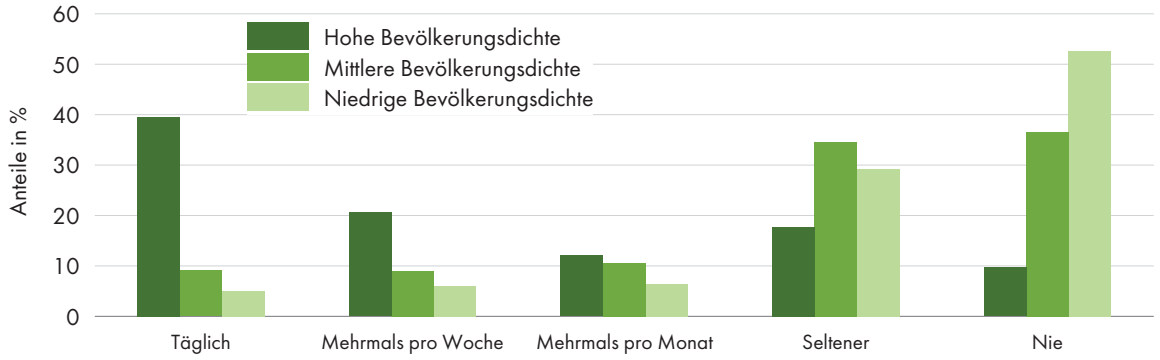
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik: Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte".

Diesel-Pkw liegen in der Periode 20197/2020 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 6,5 Liter pro 100 km, Benzin-Pkw bei 6,7 Liter pro 100 km.

4.5.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Ein Blick auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel rundet die Betrachtung ab. Im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr schneidet der öffentliche Verkehr (Bus, Bahn) in Hinblick auf die Emissionen deutlich günstiger ab. Während bei einem durchschnittlichen Personenkilometer mit dem Diesel- oder Benzin-Pkw 216,6 Gramm CO_2-Äquiv. entstehen, liegt der Vergleichswert für den Linienbus bei 59,5 Gramm, bei einem Personenkilometer mit der Bahn sind es 12,6 Gramm CO_2-Äquiv. (Umweltbundesamt, Emissionskennzahlen 2019).

Grafik 83
Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2019



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik: Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2019.

Die Mikrozensuserhebung zu Umweltbedingungen und Umweltverhalten findet alle vier Jahre statt. Die aktuellen Daten für das Jahr 2019 zeigen, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel stark von der vorhandenen Infrastruktur abhängt, welche in dicht besiedelten Gebieten besser ausgebaut ist als in gering besiedelten Gebieten (Neubauer, 2020, S. 176). In dicht besiedelten Gebieten verwendeten 39,6% der befragten Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel (20,6% mehrmals pro Woche), während in niedrig besiedelten Gebieten nur 5,1% der täglichen Fahrten damit bewältigt wurden (6,1% mehrmals pro Woche, siehe 4.5.5). Im Gegenzug dazu wurde im Jahr 2019 in niedrig besiedelten Gebieten der Großteil der täglichen Fahrten mit dem Auto zurückgelegt: 47,8% fuhren damit täglich (34,7% mehrmals pro Woche). Der Anteil der Autonutzung sank in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte deutlich auf 19,2% (25,9% mehrmals pro Woche).

Die Besiedelungsdichte richtet sich dabei nach dem Grad der Urbanisierung der Europäischen Kommission (Degree of Urbanisation). Basierend auf der Einwohnerdichte in einem Ein-Kilometer-Raster werden dabei drei Kategorien von Gemeinden unterschieden (dicht besiedelte Gebiete/densely populated area, Gebiete mittlerer Besiedlungsdichte/intermediate density area, gering besiedelte Gebiete/thinly populated area).

4.5.5 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs

Der Schlüsselindikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des gesamten Verkehrssektors laut Daten des Umweltbundesamts. Wie bereits erwähnt wird der Verkehr „funktional" als eigener Sektor dargestellt, sein Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen lag 2020 laut vorläufiger Schätzung bei rund 33%. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

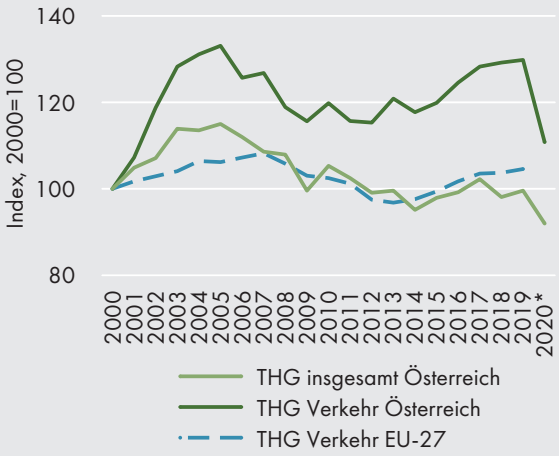
KF LF

„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 - 2020 auf deutlich zu hohem Niveau. Auch wenn sich zwischenzeitlich in der vorigen Dekade zunächst ein temporärer Rückgang zeigte, lagen die Werte bis 2019 konstant über dem EU-27- Durchschnitt, die langfristige Entwicklung wird daher negativ bewertet. Im COVID-19-Krisenjahr 2020 sanken die Emissionen deutlich. Dies war jedoch nicht auf strukturelle Änderungen zurückzuführen und dürfte daher nur ein vorübergehender Effekt sein, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell negativ bewertet wird."

Im COVID-19-Krisenjahr 2020 kam es zu einem starken Rückgang der Treibhausgasemissionen des Verkehrs von 14,3% (3,4 Mio.t CO2-Äquiv. laut erster Schätzung). Davon entfielen ca. 2,6 Mio. Tonnen auf die Abnahme beim Dieselverbrauch und 0,8 Mio. Tonnen auf die Abnahme beim Benzinverbrauch. Wesentlicher Grund für die Abnahme waren die Corona-Maßnahmen („Lockdowns") und die damit einhergehende Reduktion von Pkw-Fahrten (Umweltbundesamt 2021, S. 5ff). Die gesamten Emissionen gingen 2020 um 7,7% zurück, das reale BIP um 6,7%.

Wie Grafik 84 zeigt, kam es für die gesamte Periode 2000 bis 2020 durch den Einbruch letzten Jahr zu einem geringen Anstieg der Verkehrsemissionen von 10,8% (bis 2019: 29,7%) während die Treibhausgasemissionen insgesamt um 7,7% sanken. Eine besonders starke Zunahme zeigt sich bis zum Jahr 2005, von 2006 bis 2014 gab es mit Ausnahme einiger Jahre einen abnehmenden Trend. In den Jahren 2016 (+4,0%) und 2017 (+3,0%) stiegen die Emissionen dagegen wieder deutlich an, ein wesentlicher Grund dafür war laut Klimaschutzbericht 2018 der stark gestiegene fossile Kraftstoffabsatz im Straßenverkehr (Umweltbundesamt, 2018b, S. 106). Der Einbruch im Jahr 2020 führte zu einem Rückgang der Verkehrsemissionen beinahe auf das Niveau von 2001.

Grafik 84
Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). - Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. *) Werte stellen vorläufige Ergebnisse dar; Eurostat.

Die Entwicklung in der EU-27 verläuft über die Zeitperiode 2000 bis 2019 (letztverfügbares Jahr) deutlich moderater, bis 2019 kam es zu einem geringen Zuwachs an Verkehrsemissionen von 4,6% (Österreich bis 2019: 29,7%).

In der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird angestrebt, die Emissionen des Verkehrs bis 2030 um 7,2 Mio.t CO_2-Äquiv. auf rund 15,7 Mio.t CO_2-Äquiv. zu senken (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

5

Wie geht‘s Österreich im EU-Vergleich?

Weiterhin hohes BIP pro Kopf

Trotz Rückgang 2020 lag Österreich beim BIP pro Kopf (real) EU-weit weiterhin an fünfter Stelle

Mittelfeld bei frühzeitigen Schulabgängen

Österreich war 2020 im EU-Vergleich weiterhin im Mittelfeld bei frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängen

Materialverbrauch über EU-27-Durchschnitt

Der österreichische Materialverbrauch (DMC) lag 2020 bei 18,8 t, der EU-27-Durchschnitt bei 13,4 t/Kopf

5.1
Österreich im europäischen Kontext

***WgÖ* zeichnet ein möglichst differenziertes Bild des österreichischen Wohlstands und Fortschritts. Allerdings können diese Faktoren nur im internationalen Kontext umfassend bewertet werden. Das folgende Kapitel zeigt daher für ausgewählte Indikatoren die Position Österreichs im EU-Vergleich. Nach wie vor nimmt Österreich heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein, wie etwa in etlichen Dimensionen des materiellen Wohlstands oder der Lebensqualität.**

Die Indikatoren werden in der aktuellen Publikation im EU-27-Vergleich (also Länder nach Zusammensetzung der EU im Jahr 2020, ohne Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland) dargestellt. Dies bedeutet eine Änderung zu den vorangegangenen Berichten, wo noch die EU-28 gezeigt wurde, und folgt den aktuellen Vorgaben der Eurostat-Datenbank, wo speziell für das Datenjahr 2020 vorrangig EU-27-Werte enthalten sind.

Auf EU-Ebene stehen manche der nachfolgend dargestellten Indikatoren nur bis 2019 und damit nicht für das COVID-19-Krisenjahr 2020 zur Verfügung.

Für manche internationalen Indikatoren sind sogar nur Werte aus einzelnen Erhebungsjahren verfügbar Damit ist zwar die kurzfristige Entwicklung des letzten Krisenjahres nicht darstellbar, sehr wohl aber die Einschätzung des Niveaus der nationalen Entwicklung im Vergleich zu anderen EU-Staaten.

Das Jahr 2020 war in Europa und weltweit von der Corona-Pandemie geprägt. Das reale Wirtschaftswachstum brach EU-weit 2020 um 6,0% ein die Erwerbstätigenquote ging um 1,3%-Punkte auf 75,5% zurück. Die Arbeitslosenquote stieg 2020 in Europa stark an, im Durchschnitt der EU-27 Jahren auf 7,1%.

Ein Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Daten zeigt, dass Österreichs BIP 2020 etwas stärker einbrach als jenes der Europäischen Union. Pro Kopf ging das reale BIP in Österreich 2020 um 7,1% und jenes der EU-27 um 6,0% zurück. Betrachtet man das Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), lag Österreich im COVID-19-Krisenjahr mit 37.180 Euro und Rang 5 weiterhin deutlich über dem EU-27-Schnitt von 29.894 Euro. Zudem lag die Arbeitslosigkeit in Österreich 2020 mit 5,4% unter dem EU-Schnitt von 7,1%.

Über die herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen hinaus kann ein Blick auf weitere Indikatoren dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen. Dabei sollten neben sozialen Aspekten nicht zuletzt auch umweltrelevante Entwicklungen, wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen, betrachtet werden. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind in Österreich beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der vierthöchste in der EU-27 ist.

5.2
Materieller Wohlstand im EU-Vergleich

Der materielle Wohlstand Österreichs ist einer der höchsten weltweit. Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands für Österreich im EU-Vergleich dargestellt.

In der Dimension Produktion wird dem realen BIP pro Kopf dabei das BIP pro Kopf in KKS zur Seite gestellt, um die internationale Vergleichbarkeit in Bezug auf den materiellen Wohlstand zu gewährleisten.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren. Der Indikator „real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf inklusive sozialer Sachtransfers" gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung. Bei der Betrachtung des real verfügbaren Einkommens der Haushalte pro Kopf ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers). Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

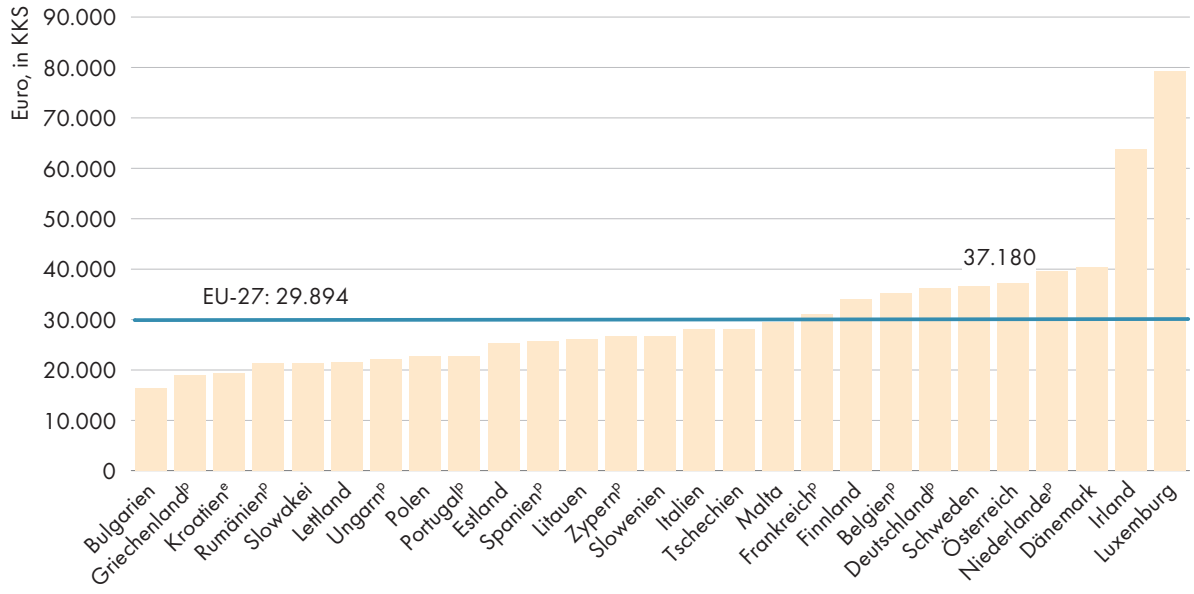
Um eine Aussage über Verteilungsaspekte und Staat im EU-Vergleich treffen zu können, werden die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (S80/S20) und der Gender Pay Gap in Österreich in diesem Kapitel den Ergebnissen der EU-27 Länder gegenübergestellt sowie der öffentliche Schuldenstand nach Maastricht im Ländervergleich gezeigt.

Produktion – Bruttoinlandsprodukt

Gemessen am nominellen BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) nahm Österreich 2020 im EU-27-Vergleich hinter Luxemburg, Irland, Dänemark und den Niederlanden den fünften Platz ein. Somit zählt Österreich bei Berücksichtigung der Kopfzahl nach wie vor zu den wohlhabendsten Ländern der EU – noch vor Deutschland oder Schweden. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes befindet sich Österreich gemessen am nominellen BIP pro Kopf in KKS unter den stärksten sechs Volkswirtschaften (Grafik 85).

Das stärkste BIP pro Kopf in KKS weist Luxemburg auf und stellt damit weiterhin einen Ausreißer im EU-Vergleich dar. 2020 lag der Wert Luxemburgs bei 79.320 Euro und betrug somit mehr als das 2,5-fache des Vergleichswertes für die EU-28 (29.894 Euro). Das BIP Luxemburgs ist aber insofern zu relativieren, als knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten Grenzgänger (also nicht in Luxemburg wohnhaft) sind. Bei den Berechnungen zu den Kaufkraftstandards pro Kopf wird dann folglich nur die Hälfte (nämlich jene in Luxemburg wohnhaften Personen) einbezogen. Auf der anderen Seite waren Bulgarien (16.448 Euro), Griechenland (18.953 Euro) und Kroatien (19.455 Euro) 2020 jene EU-Länder mit dem niedrigsten BIP in KKS.

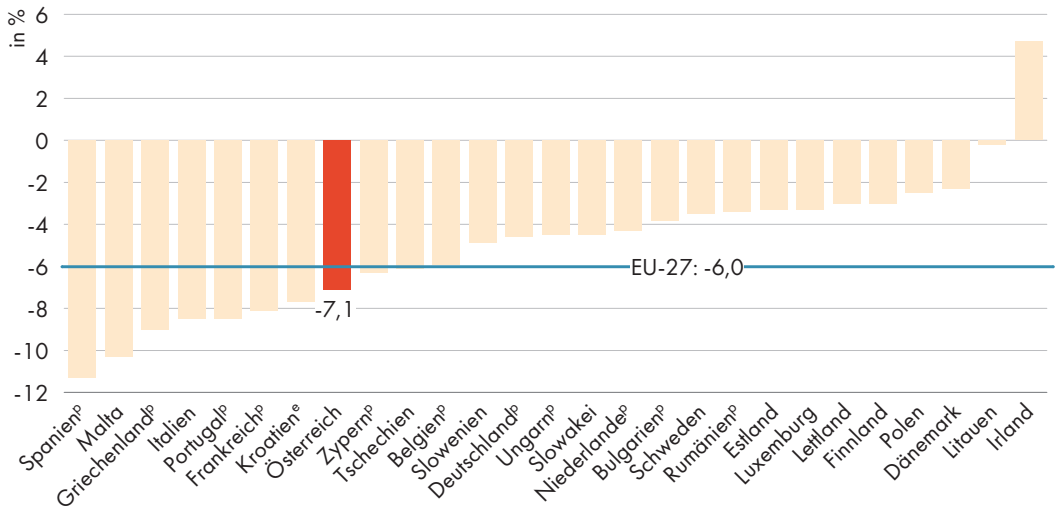
Grafik 85
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) in Kaufkraftstandards (2020)



Q: Eurostat.

Betrachtet man den realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf im Zuge der Corona-Krise, so zeigt sich für Österreich ein relativ starker Rückgang nach Spanien, Malta, Griechenland, Italien, Portugal, Frankreich und Kroatien. Das einzige Land, welches 2020 keinen Rückgang des BIP pro Kopf aufwies, war Irland (+4,7). Ein zumindest nur sehr geringes negatives Wachstum wies Litauen auf, gefolgt von Dänemark und Polen. Grafik 86 stellt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 2020 für die EU-27-Länder dar.

Grafik 86
Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (2020)

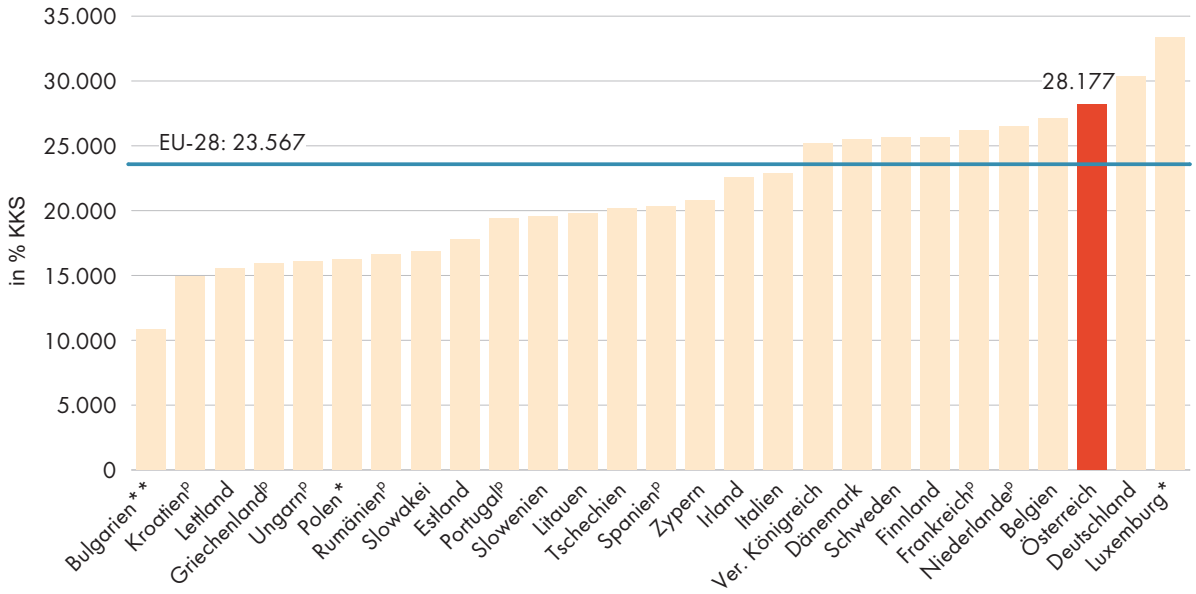


Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - p) vorläufig.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung standen die Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für die EU-Länder sowie für den Durchschnitt der EU-27 nur für 2019 zur Verfügung. 2019 betrug das real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf laut Daten von Eurostat in Österreich inklusive sozialer Sachtransfers (Bildungsleistungen, Gesundheit etc.) 28.098 Euro in Kaufkraftstandards. Dies war nach Luxemburg (35.012 Euro) und Deutschland (30.031 Euro) der dritthöchste Wert in der Europäischen Union. Die geringsten Pro-Kopf-Einkommen in KKS wurden EU-weit in Bulgarien (10.875 Euro) lukriert, allerdings standen hier nur Werte für 2017 zur Verfügung. Danach folgen Kroatien und Lettland mit unter 16.000 Euro.

Grafik 87
Einkommen pro Kopf (Verbrauchskonzept) in Kaufkraftstandards (2019)

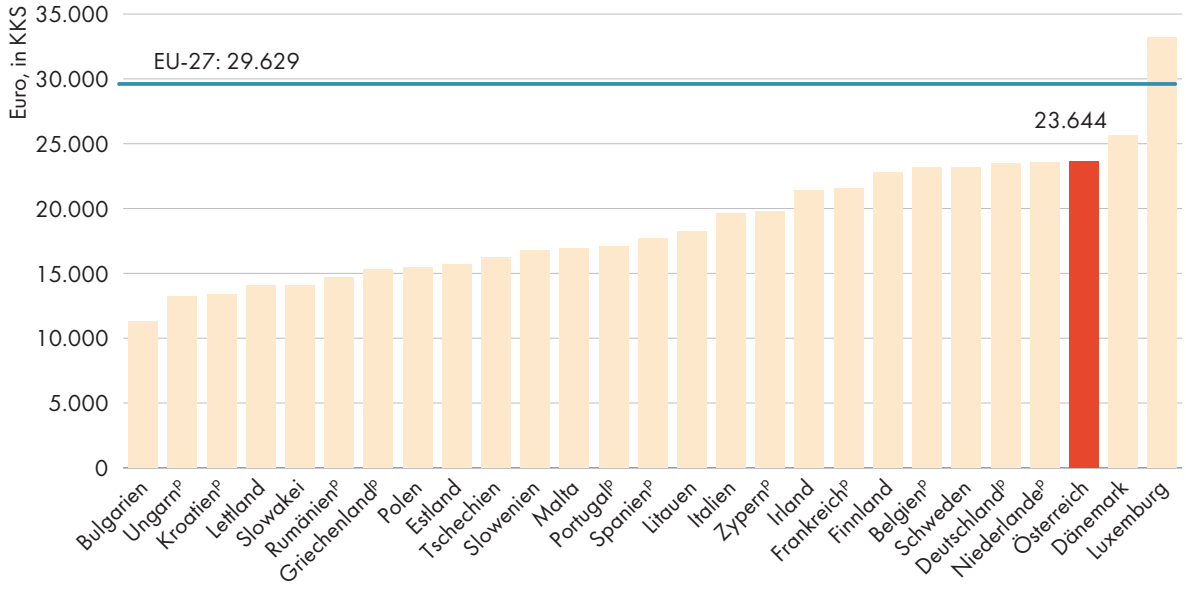


Q: Eurostat. - ** Bulgarien: 2017, Malta: keine Werte verfügbar, P vorläufig.

Konsum der privaten Haushalte

Wie bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf war Österreich auch beim Konsum der privaten Haushalte (inklusive Konsumausgaben der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter sowie Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch) 2020 unter den Spitzenreitern. Mit durchschnittlich 23.644 Euro pro Person in Kaukraftstandards (KKS) war Österreich nach Luxemburg (33.196 Euro) und Dänemark (25.636 Euro) an dritter Stelle unter den EU-Ländern mit dem höchsten Konsum der privaten Haushalte (inklusive sozialer Sachtransfers wie Bildung oder Gesundheit). Am wenigsten konsumierten die privaten Haushalte in Bulgarien (11.266 Euro), Ungarn (13.250 Euro) und Kroatien (13.848 Euro). Der Durchschnittswert der EU-27 lag im Jahr 2020 bei 19.629 Euro (siehe Grafik 88).

Grafik 88
Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (2020)

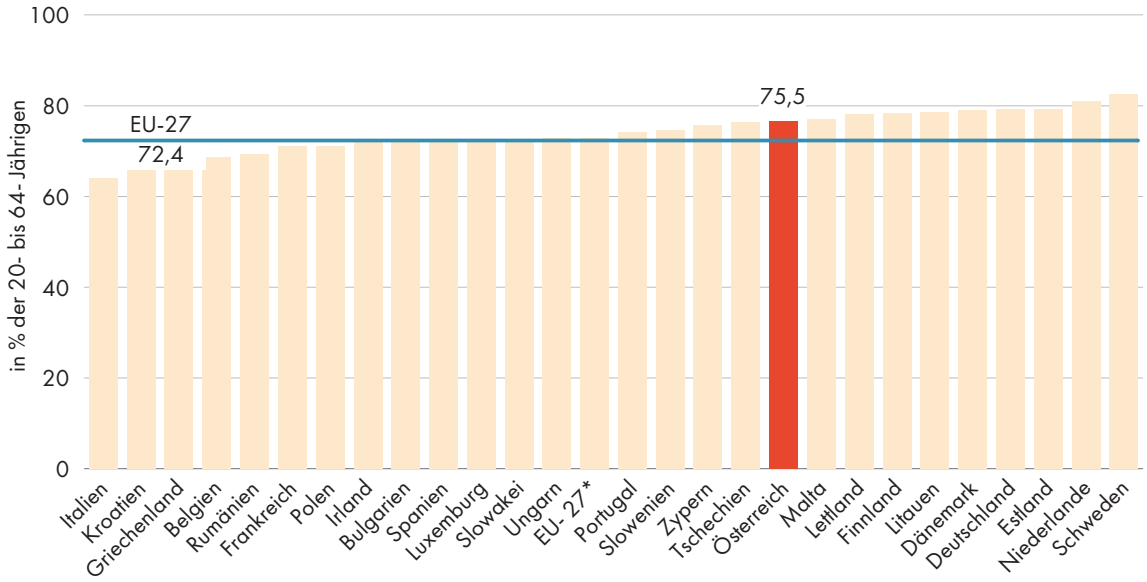


Q: Eurostat – Individualkonsum (Verbrauchskonzept). - ^p vorläufig.

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Bei der Erwerbstätigkeit lag Österreich im COVID-19-Jahr 2020 mit einem Anteil von 75,5% der 20- bis 64-Jährigen über dem EU-Durchschnitt von 72,4%. Die höchsten Beschäftigungsquoten gab es 2020 in Schweden (80,8%), Niederlande und Deutschland (80,0%), Tschechien lag knapp unter über 80%. Die niedrigsten Quoten hatten Griechenland (61,1%), Italien (62,6%) und Spanien (65,7%).

Grafik 89
Erwerbstätigkeit der 20- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich (2020)

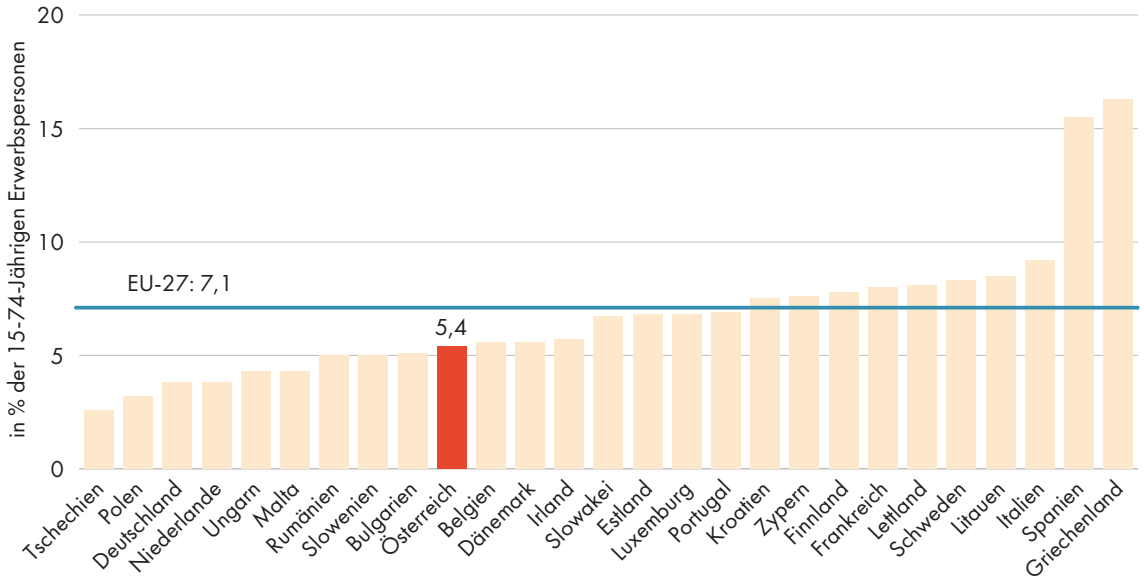


Q: Eurostat, LFS (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

Österreich und Deutschland gehörten 2020 zu den drei Ländern mit der höchsten Teilzeitquote (27,2% bzw. 27,9%), wenn auch mit großem Abstand zu den Niederlanden, wo es einen traditionell sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten gibt (50,8%). Der allgemeine Anstieg der Teilzeit hängt einerseits mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen, andererseits war der Anstieg seit 2009 auch ein Nebeneffekt der damaligen Wirtschaftskrise, da in vielen Ländern durch die Maßnahme der Kurzarbeit einem (noch stärkeren) Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden konnte.

Dennoch stellt Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 2013 einen neuen Spitzenwert (10,8%). Seit 2013 ging die Quote jedoch wieder zurück. Im COVID-19-Krisenjahr 2020 waren 7,1% der europäischen Erwerbsbevölkerung (EU-27) ohne Beschäftigung (Grafik 90).

Grafik 90
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2020)

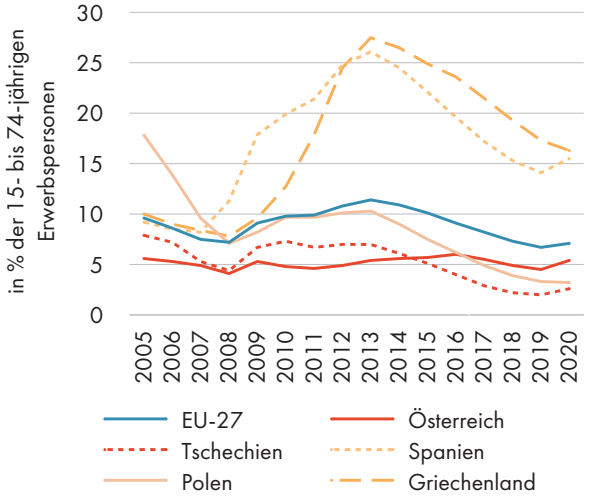


Q: Eurostat, LFS (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter im Pandemiejahr 2020 waren wie schon in den Jahren zuvor Griechenland (16,3%), Spanien (15,5%) und Italien (9,2%). Österreich lag 2020 mit einer Arbeitslosenrate von 5,4% im EU-Vergleich an zehnter Stelle unter den Ländern mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate. Im EU-27-Durchschnitt stieg die Quote 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 0,4%Punkte an.

Die Position Österreichs im EU-Vergleich wird auch in Grafik 91 deutlich, welche den Zeitverlauf der Arbeitslosenquoten Österreichs, Tschechiens, Deutschlands und der EU-27 im Gegensatz zur jenen Spaniens und Griechenlands darstellt. Die nationale Arbeitslosenquote stieg von 2008 (4,1%) auf 2009 (5,3%) deutlich an und erreichte nach zeitweiligen Rückgängen im Jahr 2016 den höchsten Stand der Zeitreihe von 6%, im Jahr 2019 lag der Wert bei 4,5%, 2020 bei 5,4%.

Grafik 91
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf



Q: Eurostat, LFS (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

In Deutschland konnte die Quote ausgehend von 11,2% in 2005 kontinuierlich auf 3,1% in 2019 gesenkt werden, im Jahr 2020 lag der Wert bei 3,8%. Tschechien konnte seine Arbeitslosenquote vor allem in den letzten Jahren deutlich senken und erreichte so 2019 und 2020 die EU-weit tiefsten Werte von 2% bzw. 2,6%.

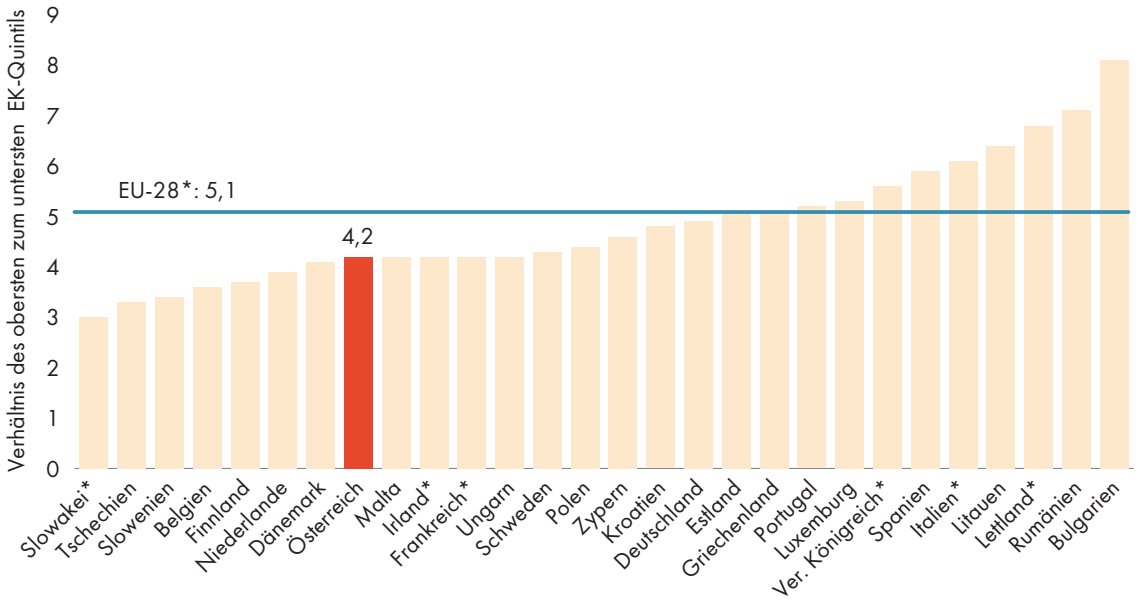
Mit einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate im Zuge der Wirtschaftskrise und ihren Folgen waren dagegen die EU-Länder Spanien und Griechenland konfrontiert. Nach einem Anstieg von 19,7%-Punkten in Griechenland und 14,2%-Punkten in Spanien im Zeitraum 2008 bis 2013, konnte seither wieder ein Rückgang erreicht werden. Das Niveau der Arbeitslosenraten war in beiden Ländern jedoch auch 2020 noch sehr hoch und deutlich über dem EU-27-Schnitt von 7,1%.

Verteilungsaspekte und Staat

Die Ungleichheit der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen fiel in Österreich deutlich geringer aus als im EU-Schnitt: Im Durchschnitt hatte die Bevölkerung 2020 EU-weit im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen als jene im untersten (das Verhältnis der Einkommen des obersten Quintils zu jenem des untersten Quintils betrug 5,1:1) (Grafik 92). Österreich befand sich 2019 mit einem Verhältnis von 4,2:1 im unteren Mittelfeld und deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die geringste Ungleichheit zwischen den Einkommensquintilen war 2019 in der Slowakei zu beobachten (3,0:1) gefolgt von Tschechien (3,3:1) und Slowenien (3,4:1).1). Die höchste Einkommensungleichheit zeigte sich demgegenüber in Bulgarien (8,1:1), Rumänien (7,1:1) und Lettland (6,8:1).

Bemerkenswert erscheint hier insbesondere der Umstand, dass hinsichtlich der Einkommensverteilung extreme Unterschiede zwischen den zwölf neueren Mitgliedstaaten zu beobachten sind. Während die Baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien zu den Ländern mit der höchsten ökonomischen Ungleichheit zählten, waren alle anderen neueren Mitgliedsstaaten unter jenen Ländern mit den geringsten Unterschieden zwischen den Einkommensgruppen. Bei der Interpretation ist jedoch zu bedenken, dass der Indikator eine reine Verteilungskennzahl ist; er trifft also keine Aussagen über den Reichtum eines Landes, sondern bildet lediglich ab, wie nah die höchsten und niedrigsten Einkommen in einem Land beieinanderliegen.

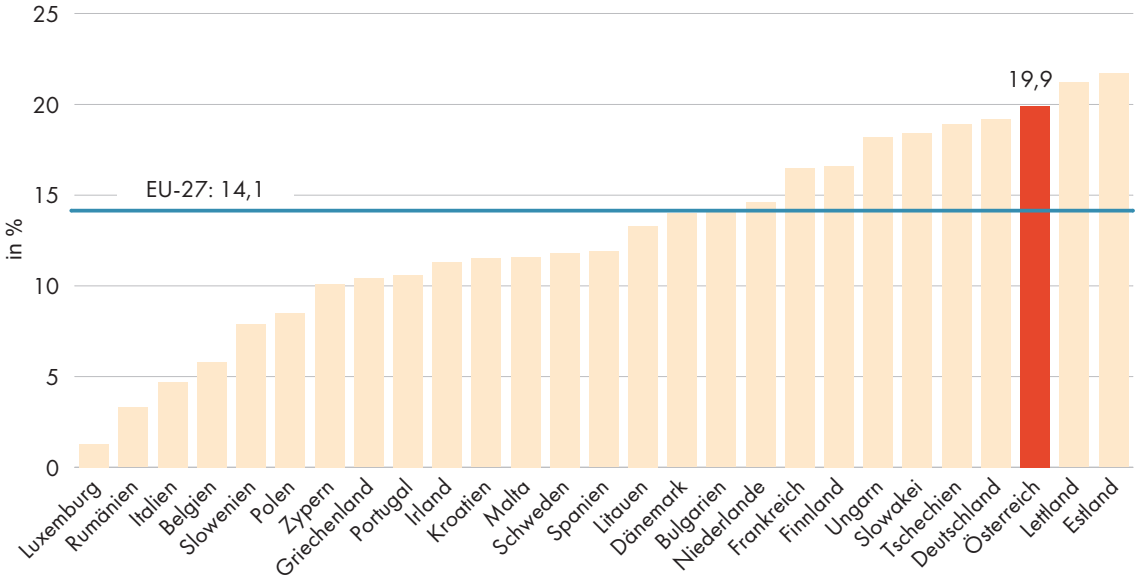
Grafik 92
S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren NettoHaushaltseinkommen (2020)



Q: Eurostat. - * Vorläufig.

Ein wichtiger Verteilungsindikator, bei welchem Österreich traditionell jedoch schlecht abschneidet, ist der Gender Pay Gap (Grafik 93). Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Im EU-Vergleich findet sich Österreich unter jenen Ländern mit sehr hohen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, 2019 (letztverfügbares Jahr) lag Österreich beim Gender Pay Gap mit 19,9% hinter Estland (21,7%) und Lettland (21,2%) an vorvorletzter Stelle, gefolgt von Deutschland mit 19,2%. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fielen in den EU-27 im Durchschnitt mit zuletzt 14,1% deutlich geringer aus. Am niedrigsten war der Gender Pay Gap in Luxemburg (1,3%), Rumänien (3,3%) und Italien (4,7%).

Grafik 93
Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen). Erstellt am 1.3.2021. - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. - Griechenland und Irland: Daten für 2018. - Grafik: STATISTIK AUSTRIA.

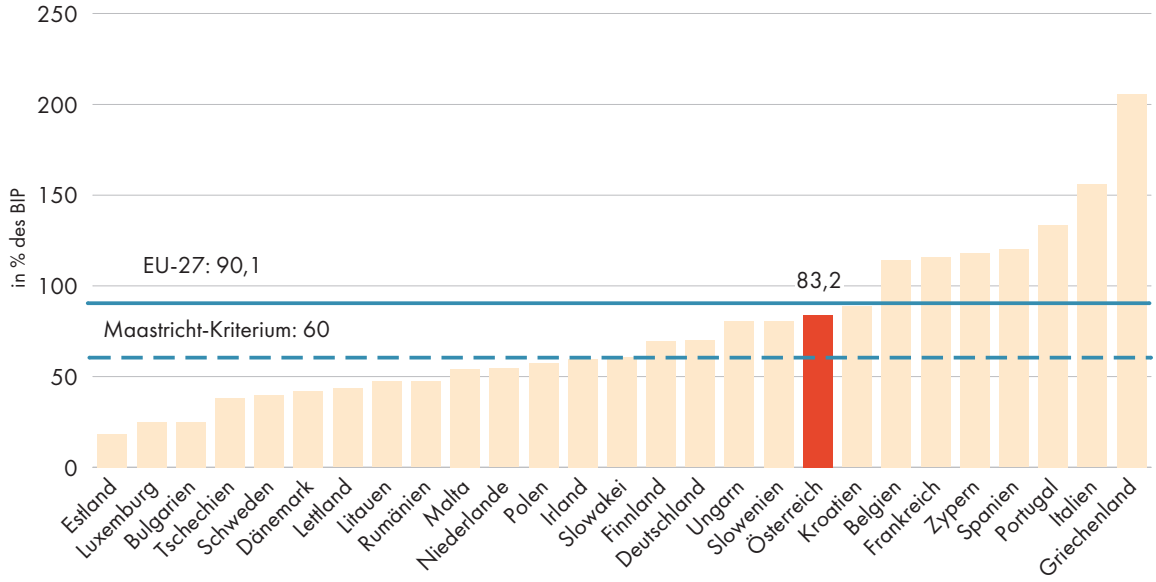
Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinanderstehen: Einflusselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten oder der Einfluss der sektoralen Segregation u.a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap, wie Italien oder Rumänien, tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied.

Für Österreich, aber beispielsweise auch für Deutschland, ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In beiden Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauenerwerbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten. In Schweden und Dänemark liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter dem EU-Durchschnitt (Geisberger & Glaser 2021).

Einen im internationalen Kontext der Europäischen Union wichtigen Indikator stellt der öffentliche Schuldenstand nach Maastricht dar, welcher maximal 60% des BIP erreichen soll (Maastricht-Kriterium). Im COVID-19-Krisenjahr 2020 lag der Schuldenstand in 13 EU-Ländern über diesem Wert, allen voran Griechenland, welches mit über 200% des BIP den mit Abstand höchsten Schuldenstand verzeichnete. Ebenfalls wiesen Italien und Portugal einen hohen Schuldenstand auf. Österreich lag mit 83,9% (2019: 70,4%) des BIP an neunter Stelle der Überschreitenden. Auf der anderen Seite befanden sich Estland (18,2%), Luxemburg (24,9%) und Bulgarien (25%) unter den Ländern mit einem niedrigen Schuldenstand.

Grafik 94

Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht



Q: Eurostat.

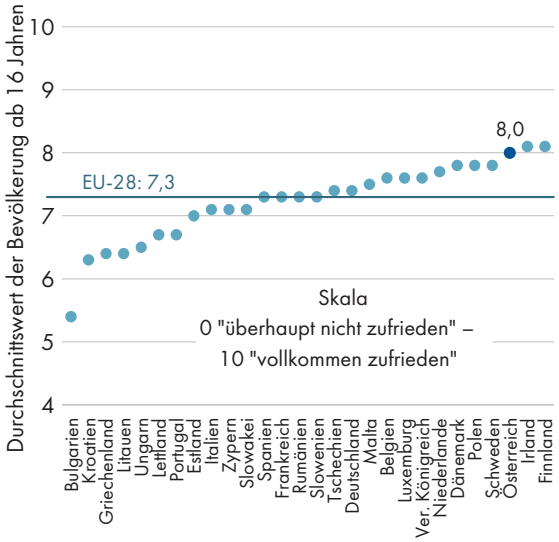
5.3
Lebensqualität im EU-Vergleich

Österreich nimmt im EU-Vergleich in den meisten Dimensionen der Lebensqualität eine herausragende Position ein. In diesem Kapitel soll, wie auch schon beim materiellen Wohlstand, die Situation Österreichs herausgestrichen und die österreichische Entwicklung gegenüber anderen EU-Ländern dargestellt werden.

Subjektives Wohlbefinden

Die Beurteilung des eigenen Lebens fällt in Österreich sehr positiv aus: Bei der Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren nahm Österreich mit einem durchschnittlichen Wert von 8,0 auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden" im EU-Vergleich 2018 den dritten Rang ein (Grafik 95), der nur noch von Irland und Finnland (jeweils 8,1 von 10) übertroffen wurde. Am unteren Ende des Länder-Rankings fanden sich die Staaten Bulgarien (5,4 von 10), Kroatien (6,3), Griechenland und Litauen (beide 6,4 von 10). Der EU-Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit lag bei 7,3.

Grafik 95
Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)



Q: Eurostat. - Mittelwerte auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden).

Soziale Teilhabe und Armut

Der Indikator der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemäß Strategie Europa 2020 setzt sich aus dem relativen Armutsmaß der sogenannten Armutsgefährdung (d.h. verfügbares Haushaltseinkommen geringer als 60% des Medianeinkommens), geringer oder nicht vorhandener Erwerbstätigkeit im Haushalt und dem absoluten Armutsmaß der erheblichen materiellen Deprivation (d. h., dass sich diese Haushalte regelmäßige oder größere Ausgaben nicht leisten können) zusammen (siehe Kapitel 3.3.1). Im EU-Vergleich lag Österreich 2020 wie auch schon in den Vorjahren beim Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten an der Gesamtbevölkerung im besten Drittel und mit 17,5% deutlich unter dem EU-27 Durchschnitt von 22,0% (Grafik 95)[45]. Die höchsten Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung hatten Bulgarien (32,1%), Rumänien (30,4%) und Griechenland (28,9%).

Das österreichische Ziel der Armutsreduktion um 235.000 Personen zwischen 2008 und 2018 wurde mit einem Jahr Verspätung annähernd erreicht: Der errechnete Rückgang der Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich von 1.699.000 (20,6%) im Jahr 2008 auf 1.472.000 (16,9%) im Jahr 2019 belief sich insgesamt auf 227.000 Personen (siehe Grafik 35). Die für den Zeitraum bis 2018 angestrebte Reduktion wurde somit 2019 zu rund 97% erreicht. Zuletzt ist 2020 die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung wieder leicht, jedoch nicht signifikant, gestiegen (auf 17,5% bzw. 1.529.000 Personen).

Die angestrebte Reduktion um 20 Mio. Menschen konnte hingegen auf EU-Ebene im für die Europa-2020-Strategie definierten 10-Jahreszeitraum und danach nicht erreicht werden, wenngleich sich ein Sinken der Quote in den letzten Jahren zeigt. Laut EU SILC 2008 umfasste die Sozialzielgruppe 23,7% der Bevölkerung in der EU (116,6 Mio. Menschen)[46], und hat sich nach einem Anstieg erst 2015 wieder auf dieses Niveau (23,8%, 106,8 Mio.) gesenkt. Zwischen 2016 und 2020 wurde eine weitere Reduktion gemessen. 2020 waren 22,0% bzw. 96,8 Mio. Menschen in der EU-27 von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.

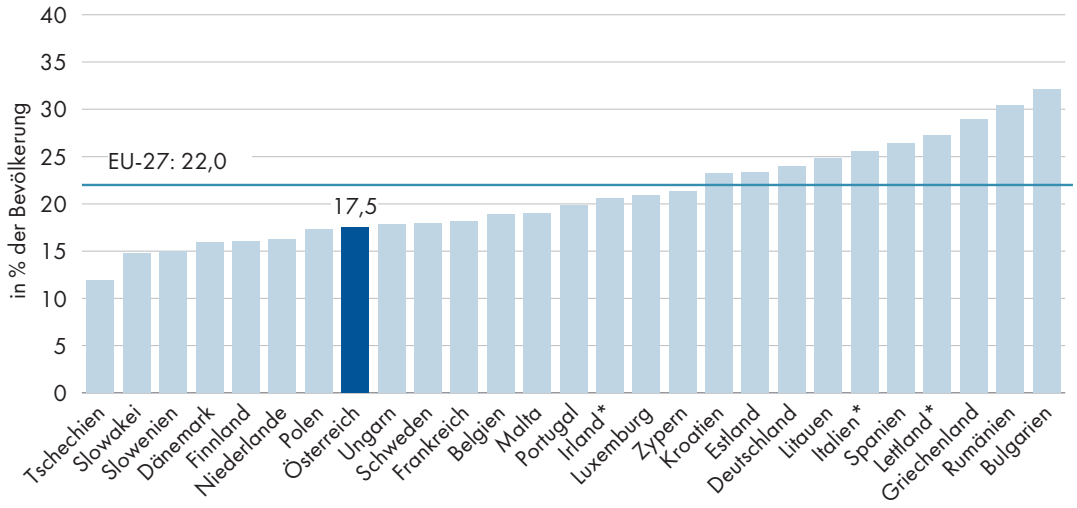
Auch nach Ende der Strategie „Europa 2020" wird der Indikator zu Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung als zentrale Messgröße für soziale Eingliederung in der

[45] Die EU-Zahlen für 2020 sind vorerst Schätzungen, die Eurostat im Oktober 2021 durchgeführt und veröffentlicht hat, da noch nicht für alle Länder Daten vorlagen. Dies trifft auf alle Ergebnisse mit Datenquelle EU-SILC zu. Länder, für die noch Ergebnisse aus 2019 verwendet wurden, sind gekennzeichnet.

[46] 2008 und 2009 von Eurostat berichtete Werte ohne Kroatien aber inklusive Vereinigtes Königreich.

EU weitergeführt. Ab 2021 wird der Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ nach Beschluss der Indikatorengruppen des Sozialschutzausschusses (Social Protection Committee, SPC) und des Beschäftigungsausschusses (Employment Committee, EMCO) in leicht überarbeiteter Form im Social Scoreboard verwendet. Nachjustierungen betreffen die Indikatoren zu Deprivation und Erwerbslosigkeit. Grundsätzlich wird aber am Zusammenspiel der Teilindikatoren materielle Benachteiligungen – niedriges Haushaltseinkommen – niedrige Erwerbsintensität im Haushalt in einem Indikator für „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ festgehalten. Heuer wurde dafür als Nachfolge der Europa 2020-Strategie das neue Kernziel beim Sozialgipfel von Porto formuliert: Bis 2030 soll die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen sinken, darunter mindestens 5 Millionen Kinder.

Grafik 96
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2020)



Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2020 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2019.

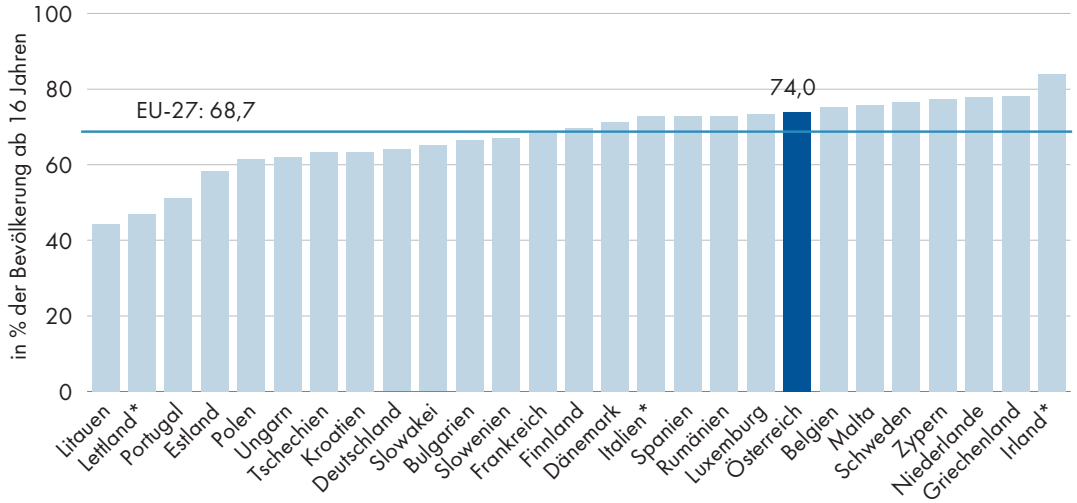
Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert europaweit auf der EU-SILC-Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind auch Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Grafik 97 zeigt den EU-Ländervergleich für den Anteil der Bevölkerung, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzen. EU-weit gaben 2020 mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ab 16 Jahren (68,7%) an, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein. Österreich befand sich mit 74,0% sogar noch etwas über diesem EU-Durchschnittswert. Spitzenreiter waren Irland (83,9%, Wert allerdings aus 2019), Griechenland (78,3%) und Niederlande (77,9%). Den geringsten Anteil an Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit hatte Litauen mit 44,3%.

8,8% der EU-Bevölkerung ab 16 Jahren empfanden 2020 ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Österreich lag mit 7,5% unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wies Lettland (15,4%, Wert aus 2019) vor Litauen (15,3%) und Kroatien (15,0%) auf, die geringsten Anteile von Menschen mit selbstberichteter schlechter Gesundheit gab es wiederum in Irland (3,2%, Wert 2019), gefolgt von Malta (3,7%) und Niederlande (4,5%).

Grafik 97
Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2020)



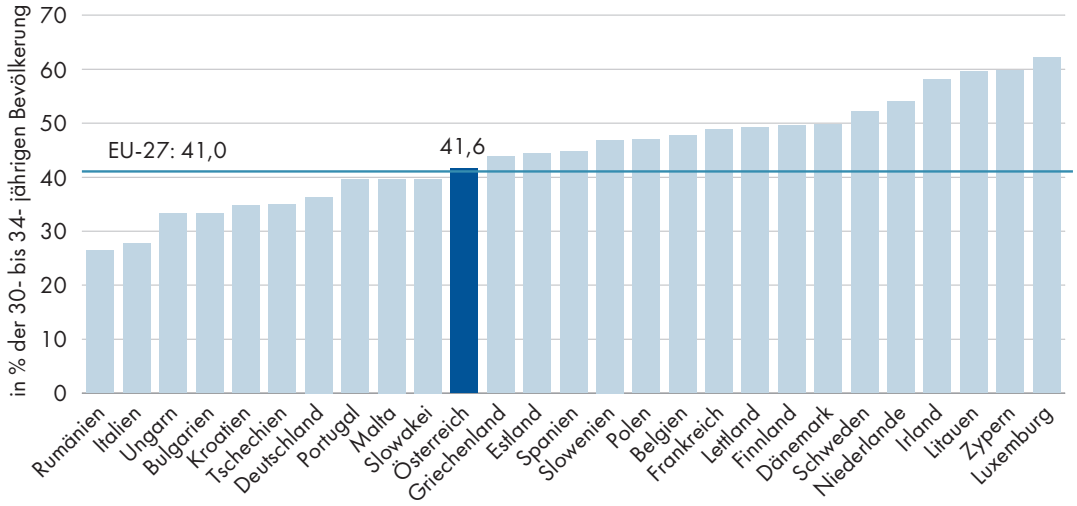
Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2020 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2019.

Bildung

Die Tertiärquote stellt den Prozentanteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder einem nicht-akademischen tertiären Bildungsabschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung dar. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu in Österreich Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen in Österreich (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär.

Grafik 98
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen im EU-Vergleich (2020)



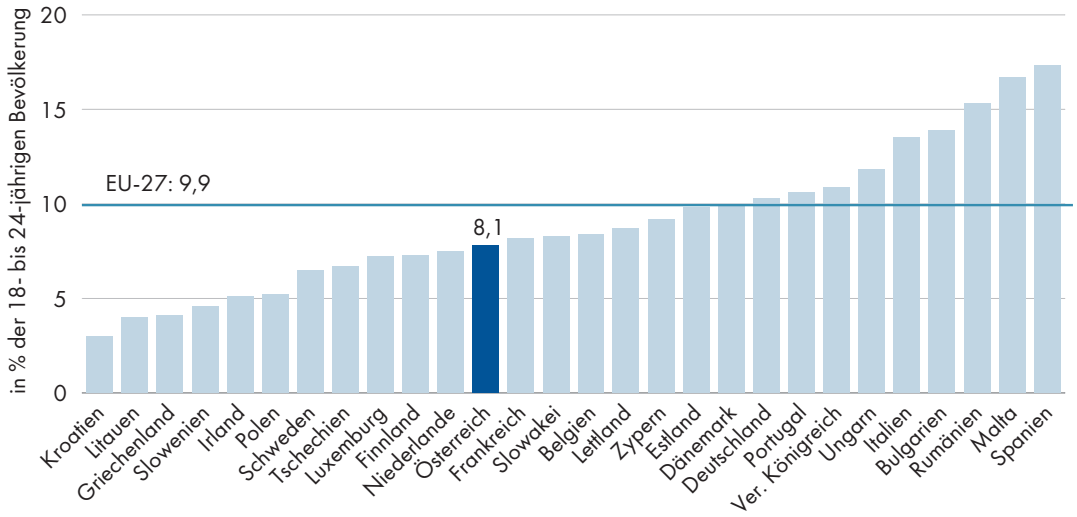
Q: Eurostat.

Im internationalen Vergleich lag Österreich bei der Tertiärbildung der 30- bis 34-Jährigen mit 41,6% (unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen) 2020 etwas über dem EU-Durschnitt von 41,0% (Grafik 98). EU-Spitzenreiter waren Luxemburg (62,6%), Zypern (59,8%) und Litauen (59,6%). Die mit Abstand niedrigsten Tertiärquoten hatten Rumänien (26,4%) und Italien (27,8%).

Der zweite wichtige Indikator im Bereich Bildung ist die Quote der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger (Grafik 99). Als solche werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Österreich lag 2020 mit 8,1% im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Im Durchschnitt gab es 2020 9,9% frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger in den EU-27-Ländern. Die niedrigsten Quoten erreichten Kroatien (2,2%), Griechenland (3,8%) und Slowenien (4,1%). Die höchsten Anteile zeigten Malta (16,7%), Spanien (16,0%) und Rumänien (15,6%).

Grafik 99
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2020)



Q: Eurostat.

Physische Unsicherheit

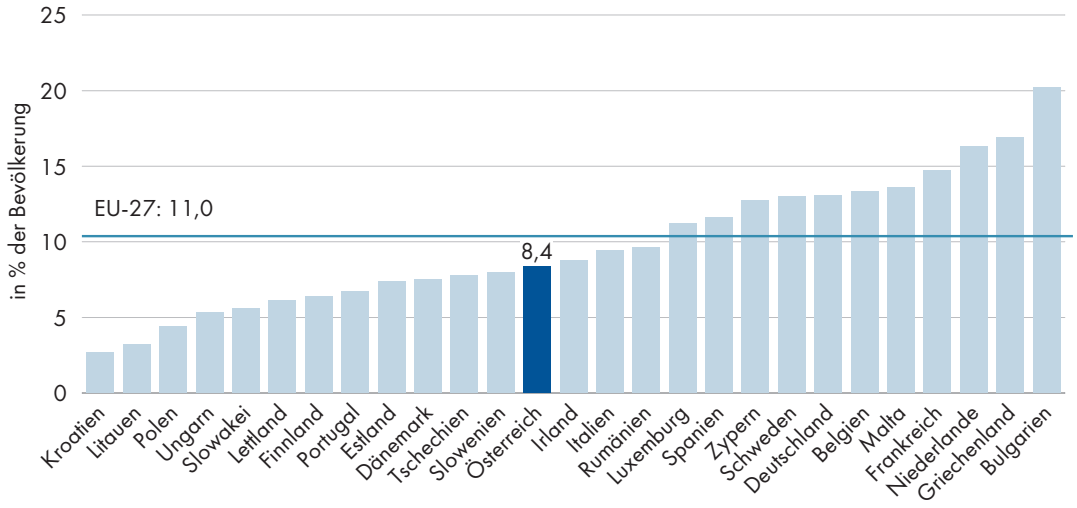
Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur zwei offensichtliche Ausformungen. Auch darüber hinaus sind Menschen im Alltag mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt. Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?". Die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

Im EU-27-Durchschnitt gaben im Jahr 2019[47] 11,0% der Bevölkerung an, sich unsicher zu fühlen. Im Ländervergleich lag der Anteil der in Österreich lebenden Personen, die sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung bedroht fühlten, mit 2019 8,4% etwa im Mittelfeld, jedoch deutlich unter diesem Durchschnittswert (Grafik 100). Die höchsten Quoten wiesen Bulgarien (20,4%) und Griechenland (16,9%) auf. Am wenigsten von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend fühlte sich hingegen die Wohnbevölkerung in Kroatien (2,7%) und Litauen (3,2%) bedroht.

Nachdem 2020 in Österreich ein deutliches Sinken des Bevölkerungsanteils, der sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus bedroht fühlte, auf 5,7% stattgefunden hat, wird der entsprechende EU-Wert auch mit Interesse erwartet.

[47] Noch kein Wert für 2020 verfügbar

Grafik 100
Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2019)

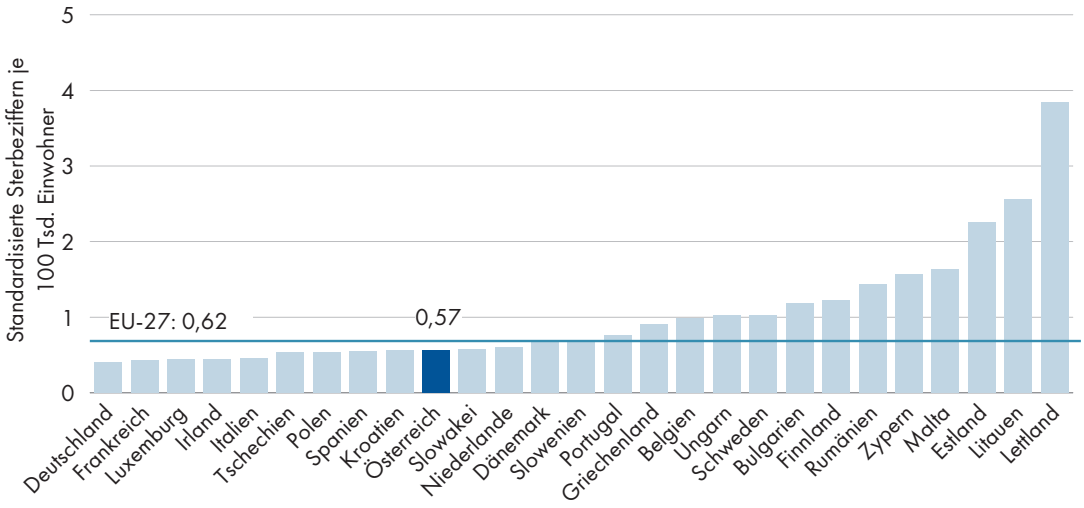


Q: Eurostat.

Objektive Informationen zur Sicherheitslage eines Landes liefert der Indikator „Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag oder Verletzungen" (Grafik 101). Die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen für den EU-27 Durchschnitt aus dem Jahr 2017 bzw. für die einzelnen Länder aus 2018. Österreich gehörte 2018 mit 0,57 Todesfällen pro 100.000 Personen zu den Ländern mit den niedrigsten Tötungsraten weltweit. Im Kapitel zu Lebensqualität ist für Österreich auch schon der Wert für 2020 ausgewiesen (0,4 Todesfälle pro 100.000 Personen), die jedoch hier auf Grund mangelnder Vergleichswerte für die anderen EU-Länder nicht dargestellt sind.

Die höchsten Tötungsraten (2018) hatten die drei Baltischen Staaten Lettland (3,8 pro 100.000 Personen), Litauen (2,6) und Estland (2,3). Hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: alle drei Länder liegen bei der gefühlten Unsicherheit deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Zwischen der gefühlten Unsicherheit innerhalb eines Landes und der Tötungsrate kann also keine direkte Verbindung beobachtet werden.

Grafik 101
Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2017 bzw. 2018)



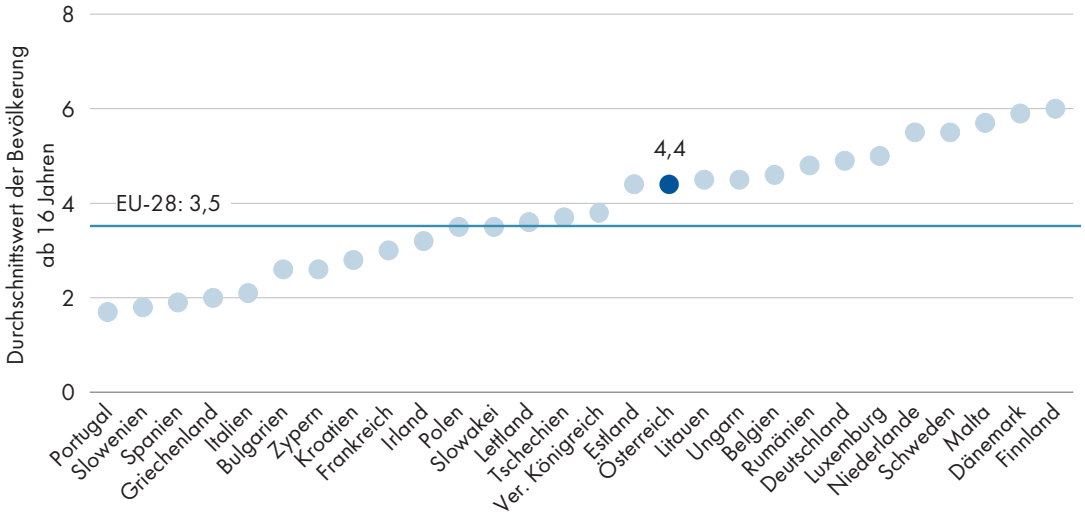
Q: Eurostat, letztverfügbares Jahr 2018, EU-27 Durchschnitt vorerst nur für 2017.

Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation

Wie sehr vertrauen die in der EU lebenden Personen dem politischen System? Erstmals wurde diese Frage 2013 im EU-SILC-Sondermodul zum Wohlbefinden gestellt. Im internationalen Vergleich zeigt sich hier, dass jene Länder, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen wurden, nur sehr geringes Vertrauen in das politische System haben. Zugleich ist – wie auch bei vielen anderen Indikatoren zur Lebensqualität – ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu beobachten (Grafik 102): Die niedrigsten Mittelwerte auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" wurden in Portugal (1,7 von 10), Slowenien (1,8 von 10), Spanien (1,9 von 10), Griechenland (2,0) und Italien (2,1 von 10) gemessen. Österreich lag mit einem Mittelwert von 4,4 von 10 möglichen Punkten über dem EU-Durchschnitt von 3,5. Die höchsten Vertrauenswerte genossen die politischen Systeme in den Ländern Niederlande (5,5), Schweden (5,5), Malta (5,7), Dänemark (5,9) und Finnland (6,0).

2020 ist die Beurteilung in Österreich in Summe noch etwas positiver ausgefallen (5,8). EU-Vergleichswerte gibt es jedoch nur für 2013.

Grafik 102
Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



Q: Eurostat.

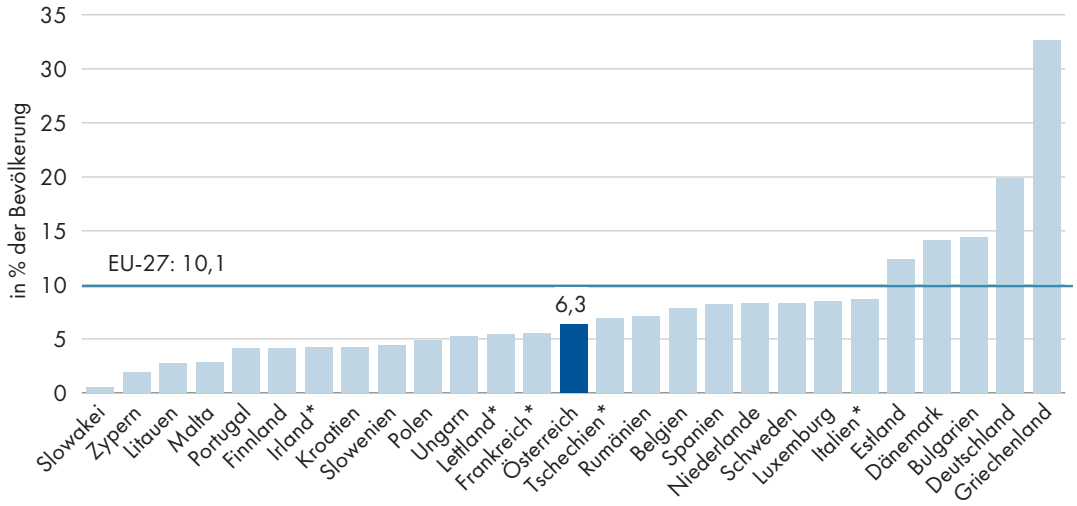
Wohnen

Für die Dimension „Wohnen" beschreibt der Schlüsselindikator der sogenannten Wohnkostenüberbelastung den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden. Dadurch wird bereits ersichtlich, dass bei einem Vergleich der europäischen Länder u.a. auch ihre Mieter- bzw. Eigentümerstruktur und Wohnformen mitgedacht werden müssen.

2020 waren im Durchschnitt in der EU-27 9,9% der Bevölkerung von hohen Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen betroffen (Grafik 103). Der Anteil der Personen mit einer Wohnkostenüberbelastung betrug in Österreich hingegen nur 6,3%. Griechenland (32,6%) wies mit großem Abstand den höchsten Anteil an Personen mit Wohnkostenüberbelastung auf. Den geringsten Anteil hatte die Slowakei mit 0,5%.

Grafik 103

Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) im EU-Vergleich (2020)



Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2020 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2019.

5.4
Umwelt im EU-Vergleich

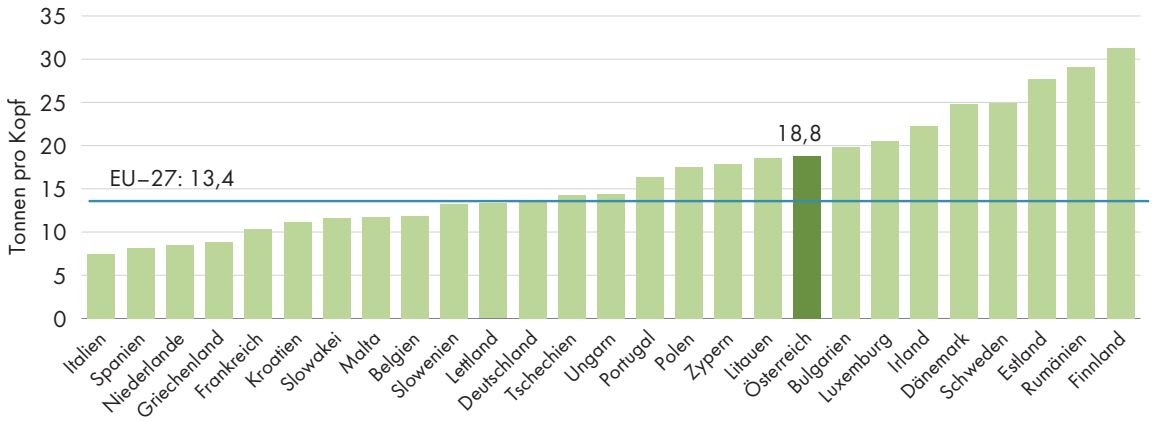
Im aktuellen Kapitel wird die Entwicklung von Umweltindikatoren im europäischen Zusammenhang betrachtet. Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, ist der materielle Wohlstand in Österreich einer der höchsten in der EU. Unter dem ökologischen Blickwinkel von Wohlstand und Fortschritt zeigt sich Österreichs Position in der EU jedoch durchwachsen. Material und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der vierthöchste und der Anteil der Bio-Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche überhaupt der höchste in der EU-27 ist. Die internationalen Umweltdaten beziehen sich – mit Ausnahme einer ersten Schätzung des Materialverbrauchs für 2020 – auf das Datenjahr 2019, da die internationalen Daten zumeist zeitverzögert zu den nationalen Daten zur Verfügung stehen.

Ob ein Land seinen Wohlstand und Fortschritt nachhaltig generiert oder nicht, wird beispielsweise von der Bevölkerungsdichte, dem Rohstoffvorkommen oder der Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren beeinflusst. Auch geografische und klimatische Gegebenheiten spielen eine Rolle, etwa beim Materialverbrauch für den Hausbau oder dem Energieeinsatz für Heizen und zunehmend auch Kühlen.

Ressourcen

Für den Materialverbrauch steht eine aktuelle Schätzung von Eurostat für das Datenjahr 2020 zur Verfügung. Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag danach 2020 bei 18,8 Tonnen (t) und war damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-27 mit 13,4 t/Kopf. Die europäischen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Italien (7,4 t pro Person) und Spanien (8,1 t pro Person) nur sehr geringe Verbräuche haben, benötigte Finnland 31,3 t je Einwohnerin bzw. Einwohner (Grafik 104).

Grafik 104
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2020)



Q: Eurostat. Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige sowie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen. Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch, da diese vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe Pro-Kopf-Verbrauch von Finnland lässt sich beispielsweise zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen erklären, die hohe materielle Investitionen in

den Wohnbau notwendig machen (Eisenmenger et al. 2015 S. 29 ff, S. 41).

Der österreichische DMC pro Kopf liegt vor allem bei den zwei Materialgruppen Biomasse und nichtmetallische Mineralien über dem EU-Mittelwert:

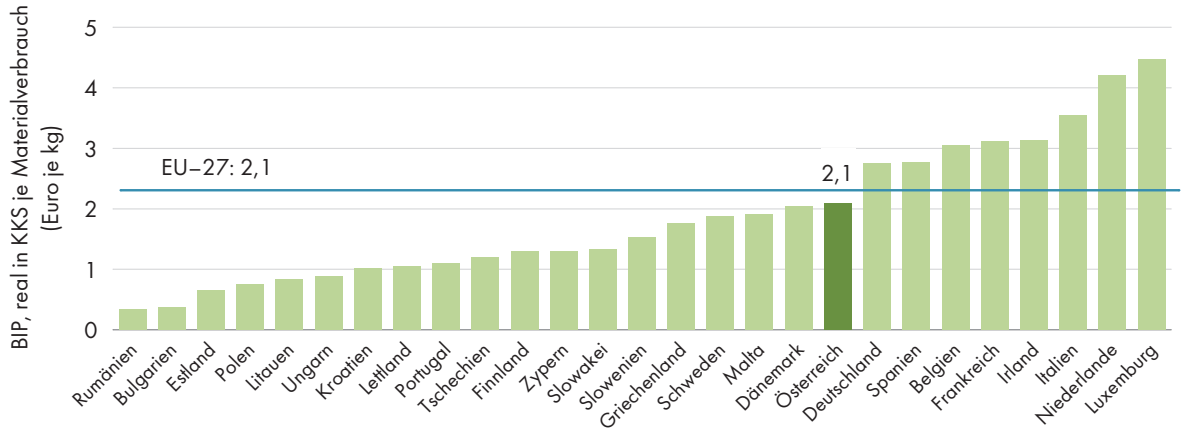
Die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft in Österreich erklärt zum Teil den überdurchschnittlichen Verbrauch an Biomasse. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den übrigen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfutter und anderen Futtermitteln. Darüber hinaus ist auch die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU.

Eine materialaufwendige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z.B. Wärmeisolierung) als auch bei Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (z.B. höhere Anforderungen aufgrund von Temperaturschwankungen) ist auf Klima und Geländestruktur der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Dies bedingt u.a. den erheblichen Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem an Baurohstoffen (siehe Eisenmenger et al. 2015 S.29 ff).

Eine der sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor.[48] In einigen Jahren gibt es zwar gegenläufige Entwicklungen des ökonomischen und ökologischen Indikators (z.B. Dänemark 2011, Österreich 2008, 2012, 2013). Die angestrebte absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP wurde jedoch bisher noch nicht erreicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Ressourcenproduktivität, also des Bruttoinlandsprodukts (BIP, real, KKS) je DMC (inländischer Materialverbrauch). Die Ressourcenproduktivität lag 2020 laut vorläufiger Berechnungen von Eurostat in Österreich mit 2,1 Euro BIP (real, kaufkraftbereinigt) je Kilogramm Materialverbrauch genau im Durchschnitt der EU-27.

Grafik 105
Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2020)



Q: Eurostat. Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Das bedeutet: Innerhalb der EU-27 werden im COVID-19-Krisenjahr Ressourcen gleich effizient eingesetzt wie in Österreich (siehe Grafik 105). In den Jahren davor lag Österreich immer etwas unter dem Durchschnitt der EU-27, dies resultierte aus dem gezeigten überdurchschnittlichen Materialverbrauch in Österreich, der in den Vorjahren trotz hohem nationalen BIP zu einer etwas niedrigeren Ressourcenproduktivität führte.

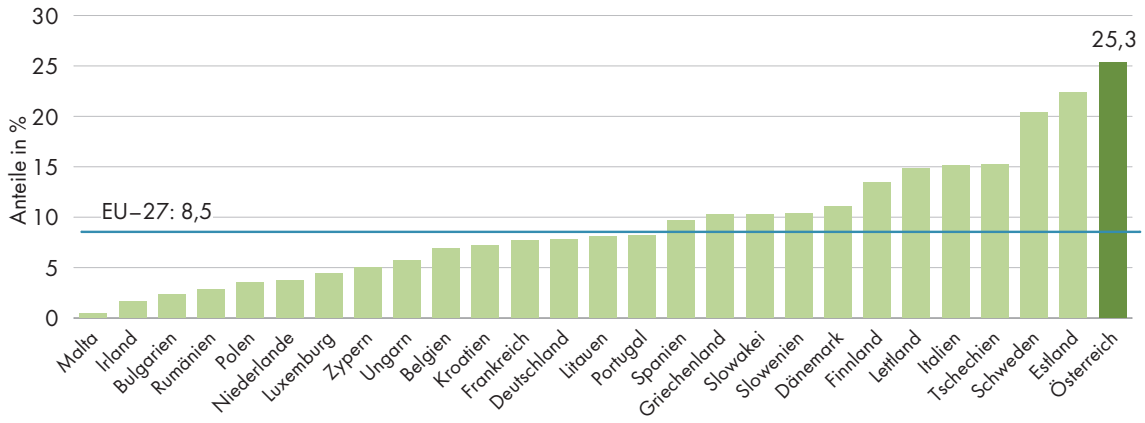
Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt, ist ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und von Datenrevisionen ab. Datenqualität und Erfassungsgrad der österreichischen Materialflussanalyse sind dabei als sehr hoch anzusehen. Da dies nicht sicher für alle EU-27-Staaten angenommen werden kann, könnten sich daraus Effekte auf die Rangposition Österreichs ergeben.

[48] Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Über 25% der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde nach EU-Daten biologisch bewirtschaftet, der Durchschnitt in der EU-27 lag 2019 bei 8,5%. An zweiter Stelle folgen Estland mit 22,3% und Schweden mit 20,4% Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Den geringsten Anteil der Bio-Fläche wiesen Malta, Irland, Bulgarien und Rumänien auf (Grafik 106). Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft inklusive jener unter Konversion (d.h. gerade auf ökologische Produktion umstellend).

Grafik 106
Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2019)

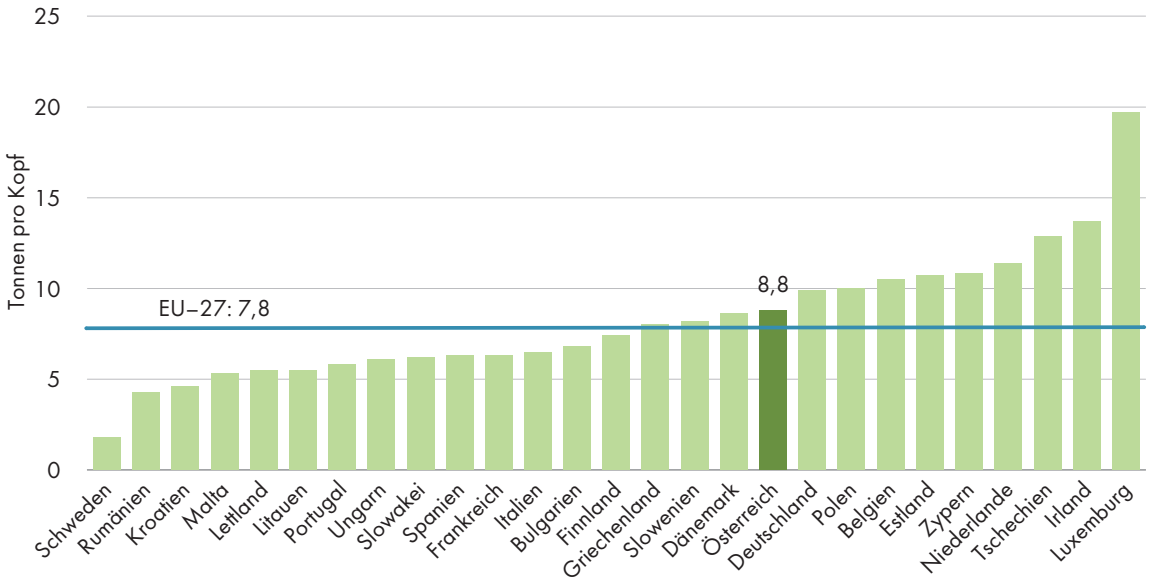


Q: Eurostat, ökologische Landwirtschaft inklusive jener unter Konversion.

Klimawandel, Emissionen

Die geografische Lage und die Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen nicht nur den Materialverbrauch, sondern auch Emissionen wie die Treibhausgasemissionen oder die $PM_{2,5}$-Emissionen (Feinstaub). Hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände, so gehen diese in der Regel mit höheren THG-Emissionen einher. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen.

Grafik 107
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2019)



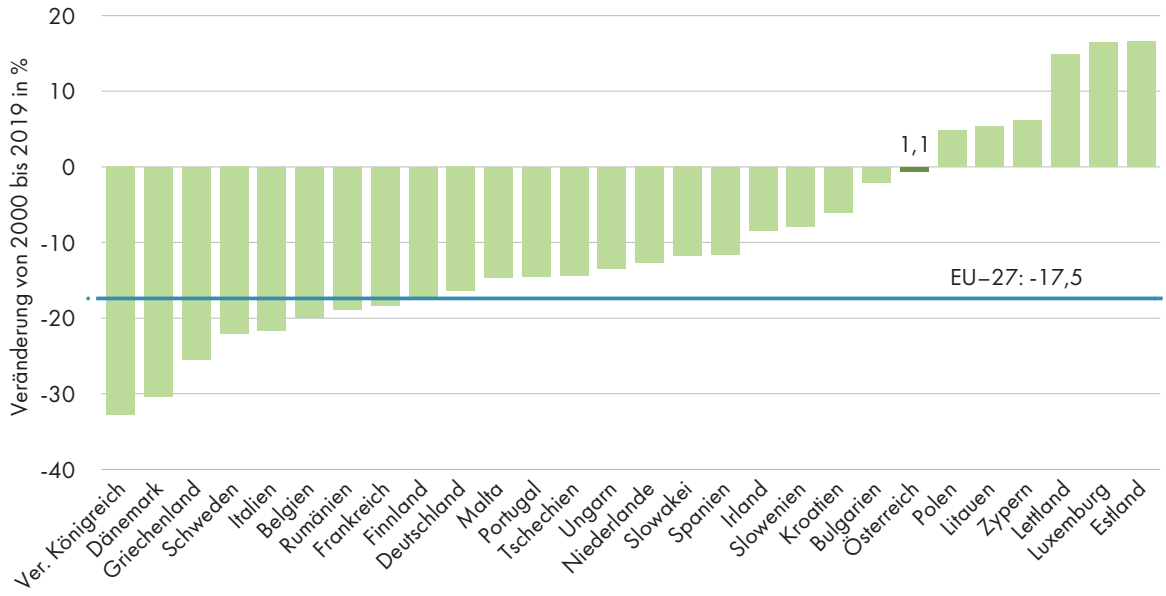
Q: Eurostat. - Inklusive indirektes CO_2, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

Die nationalen THG-Emissionen lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2019 mit 8,8 t CO_2-Äquiv. pro Kopf etwas über dem Durchschnitt der EU-27 mit 7,8 t (ohne Berücksichtigung von JI/CDM-Programmen, Grafik 107).

Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (knapp 20 t CO_2-Äquiv.). Hier kommt das – beim BIP-Vergleich in Kapitel 5.2 bereits erwähnte – Problem der Grenzgänger[49] zum Tragen. Knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten sind nicht in Luxemburg wohnhaft. Diese verbrauchen bei ihren Tätigkeiten in Luxemburg Ressourcen und verursachen Emissionen. Bei den Berechnungen der THG-Emissionen pro Kopf werden jedoch nur die in Luxemburg als wohnhaft gemeldeten Personen einbezogen[50]. Mit etwas Abstand zu Luxemburg folgten Irland (13,7 t CO_2-Äquiv. pro Kopf) und Tschechien (12,9 t CO_2-Äquiv. pro Kopf). Am niedrigsten waren die Werte in Schweden mit unter 2 t CO_2-Äquiv. pro Kopf.

Wie in Kapitel 4.2.1 gezeigt, reduzierten sich die THG-Emissionen in der EU-27 von 2000 bis 2019 um 17,5%, in Österreich erfolgte nach den internationalen Daten im selben Zeitraum ein Anstieg von 1,1%. In Dänemark (-35,6%) und Griechenland (-30,5 %) gab es seit 2000 starke Rückgänge, wohingegen in Lettland (+14,4%) und Luxemburg (+18,2%) der Anstieg am stärksten ausfiel.

Grafik 108
Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2019)



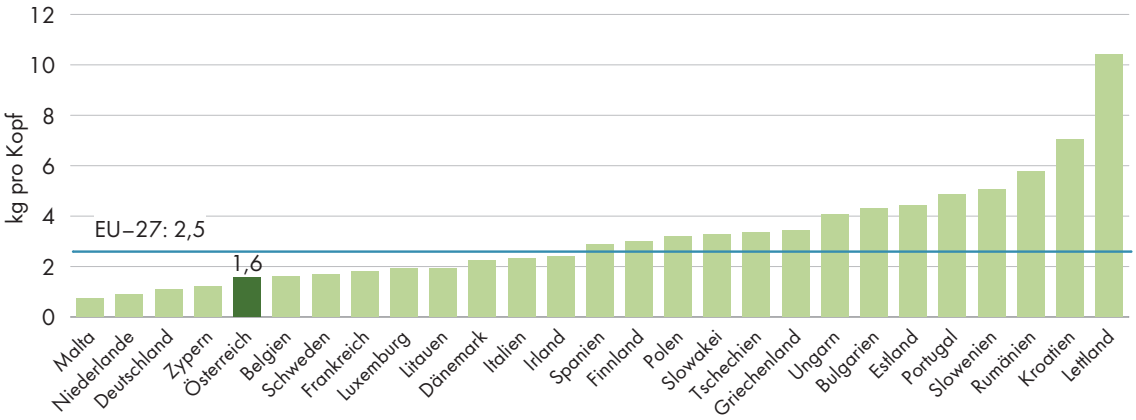
Q: Eurostat. - Inklusive indirektes CO_2, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

In Kapitel 4.2.2 wird die bevölkerungsgewichtete $PM_{2,5}$-Exposition ausgewiesen, die auf internationaler Ebene aber nur für die städtische Bevölkerung vorliegt. Deshalb wird hier auf die $PM_{2,5}$-Emissionen zurückgegriffen. Die nationalen $PM_{2,5}$-Emissionen (Feinstaub, angezeigt als Gesamtemissionen des jeweiligen nationalen Hoheitsgebiets) lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2019 (letztverfügbares Jahr) mit 1,6 kg pro Kopf klar unter dem Durchschnitt der EU-27 mit 2,6 kg. Am höchsten waren die Feinstaub-Emissionen in Lettland mit über 10 kg pro Kopf. Die niedrigsten Werte wiesen Malta und die Niederlande mit jeweils unter 1 kg pro Kopf auf (Grafik 109).

[49] „Grenzgänger" sind Arbeitnehmer, die im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt (Beschäftigungsstaat) sind, und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnen.
[50] Dieses Phänomen ist für andere EU-Staaten weitgehend vernachlässigbar.

Grafik 109

Gesamte $PM_{2,5}$-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2019)



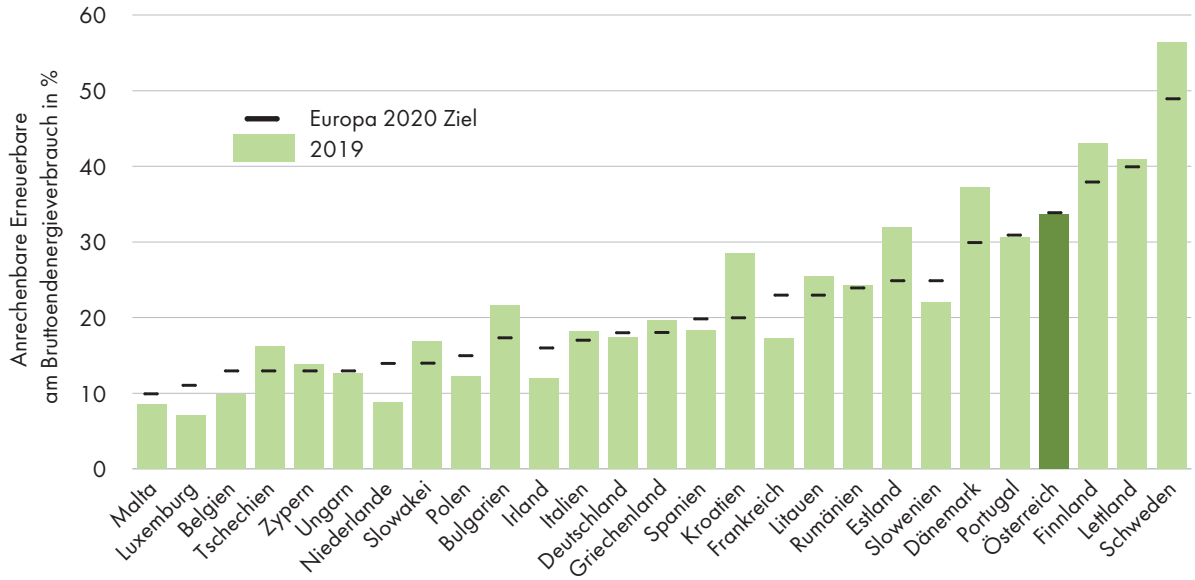
Q: Eurostat.

Energie

Das nach einer Spitze im Jahr 2005 erreichte Absinken der nationalen THG-Emissionen (beinahe auf das Niveau von 2000) wurde unter anderem durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger bewirkt. Erfreulich zeigt sich dementsprechend der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger im EU-Vergleich. Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein wie Österreich (siehe Grafik 110). Dies begründet sich auch durch die topografische Situation und das Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-27 im (letztverfügbaren) Jahr 2019 lediglich knapp 20% erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der nationale Vergleichswert bei 33,6%. Nur vier Länder (Dänemark, Lettland, Finnland und Schweden) erreichen bereits jetzt höhere Anteilswerte als Österreich.

Grafik 110

Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2019) und Europa-2020-Ziel im EU-Vergleich



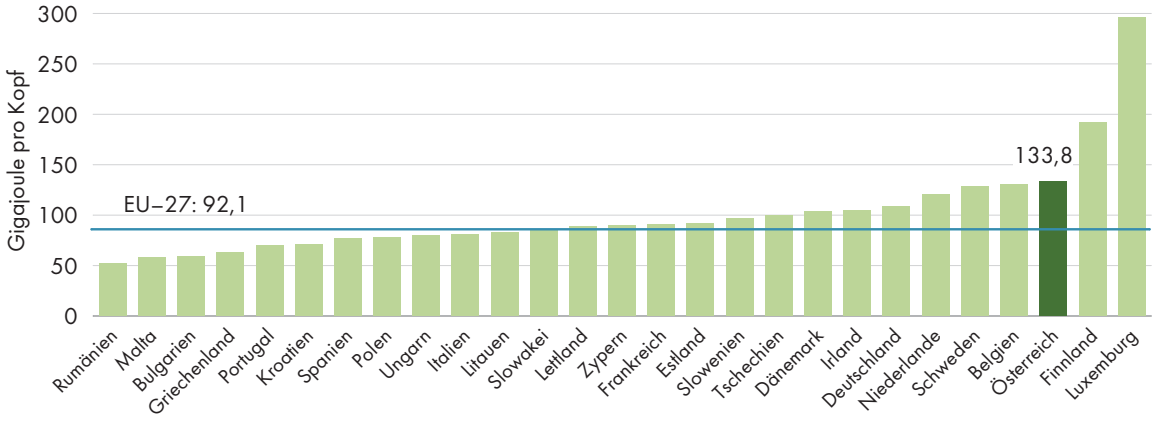
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34% für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU mit 20%. Der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich liegt mit 33,6% im Jahr 2019 nur mehr knapp unter dem nationalen Europa-2020-Ziel von 34%. Mehrere Länder haben 2019 ihr Europa-2020-Ziel bereits erfüllt, darunter auch Finnland, Lettland und Schweden, die jeweils höhere Zielvorgaben als Österreich aufweisen.

Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sollte nicht vernachlässigt werden, dass der energetische Endverbrauch (EEV) Österreichs noch immer zu einem großen Teil aus fossilen Energieträgern besteht und unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels auf zu hohem Niveau liegt. Der EEV wuchs in Österreich zwar von 2000 bis 2019 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) mit rund 22% etwas verhaltener als das reale BIP (+33,2%), in der gesamten EU-27 zeigte sich jedoch im gleichen Zeitraum ein Rückgang des Energieverbrauchs auf knapp unter den Ausgangswert von 2000 (+0,4%). Betrachtet man den gesamten EEV je Einwohner, hat Österreich dementsprechend einen im EU-Vergleich hohen Energieeinsatz pro Kopf.

Gemeinsam mit Luxemburg (hier wieder ein Verweis auf das Grenzgängerproblem, analog der THG-Emissionen pro Kopf), Finnland, Schweden und Belgien hat Österreich die höchsten Verbräuche an Endenergie. Am anderen Ende der Skala liegen Rumänien, Malta und Bulgarien (Grafik 111). Neben den klimatischen Bedingungen, die den Einsatz von Energie für Raumwärme beeinflussen, und dem Energieverbrauch der Industrie, ist auch der Energieverbrauch des Verkehrs, mit einem Anteil von rund einem Drittel am Gesamtaufkommen von Energie, ein wesentlicher Indikator für *WgÖ* (siehe Kapitel 4.5).

Grafik 111
Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2019)

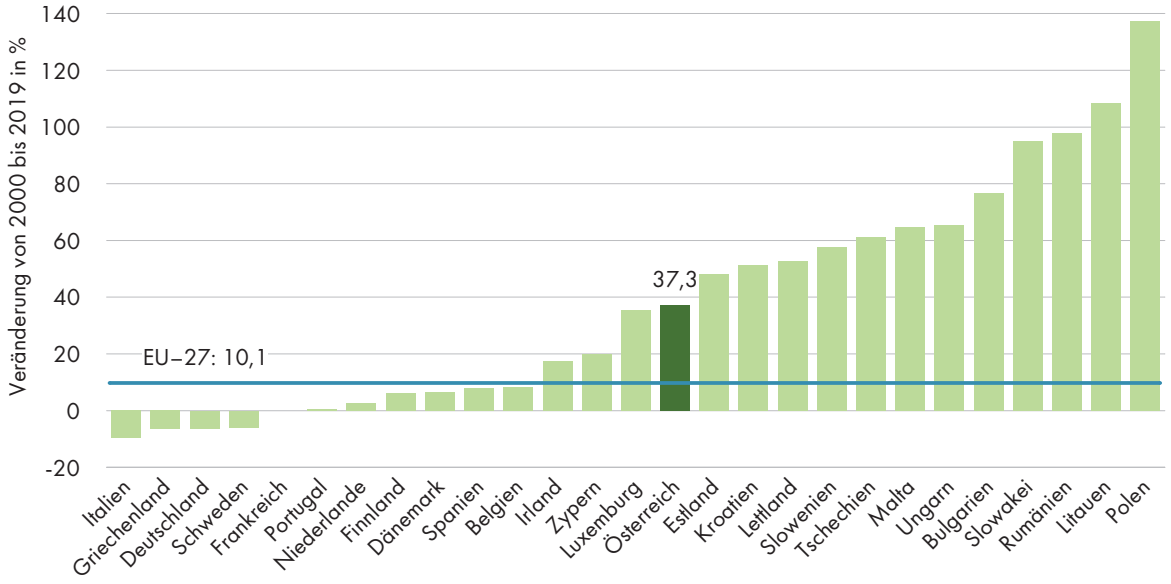


Q: Eurostat.

Verkehr, Mobilität

Die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich war mit rund 37% (2000 bis 2019) sehr hoch (Grafik 112). Im Durchschnitt der EU-27-Mitgliedsstaaten betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum nur 10,1%. Deutlich unter diesem Durchschnittswert der Entwicklung lagen vor allem die drei bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Italien, Frankreich). Der nationale Pro-Kopf-Verbrauch von Energie für den Verkehr war mit rund 42 GJ deutlich höher als jener der EU-27 mit 27 GJ je Einwohnerin und Einwohner.

Grafik 112
Veränderung des Energieverbrauchs des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

Zum Teil lässt sich der starke Anstieg des nationalen EEVs des Verkehrs durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Es werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d.h. in Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist, wobei dies weniger relevant sein dürfte.

6
Ausblick

6.1
Rahmenbedingungen

Statistik Austria greift bei der Entwicklung von WgÖ ausschließlich auf bereits vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück, im Rahmen des Projekts werden keine eigenen Datenentwicklungen vorgenommen. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Weitere Aspekte der ökonomischen Nachhaltigkeit oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. Datenentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen die Weiterentwicklung des Indikatorensets und die mittel- und langfristige Schließung von Datenlücken. Eine umfängliche Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit wäre wünschenswert.

Im Rahmen von *WgÖ* werden die Bereiche „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" mit verfügbaren Daten bestmöglich abgebildet. Das darin abgebildete Set der Indikatoren untergliedert sich in Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen. Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. Europa 2020-Indikatoren) und nationale Projekte flossen ebenfalls in die Auswahl ein.

Die Indikatoren wurden seither laufend einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern (wissenschaftliche Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) unterzogen. Dabei wurde das Indikatorenset überarbeitet und angepasst, auch dabei wurde wieder auf bereits vorhandene Daten und neue Datenentwicklungen aus anderen Quellen zurückgegriffen.

Ein Datenset von 30 + 1 Schlüsselindikatoren bildet mit einer Reihe zusätzlicher Indikatoren und Informationen den Wohlstand und Fortschritt bereits recht umfassend ab, kann aber natürlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Einerseits, weil die Auswahl an Indikatoren aus Gründen der Übersichtlichkeit limitiert bleiben muss, andererseits, weil für einige wesentliche Dimensionen auch Datenlücken bestehen.

Die Schließung von Datenlücken und die umfänglichere Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit ist eine der wichtigen Herausforderungen in der Weiterentwicklung von *WgÖ*.

Die nachfolgenden Datenlücken geben einen kleinen Überblick über fehlende Aspekte in der Betrachtung von materiellem Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, erheben dabei aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

6.2 Datenlücken und Weiterentwicklung

Im Folgenden werden, gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, Datenlücken und wesentliche Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

6.2.1 Materieller Wohlstand

Ökonomische Nachhaltigkeit

Viele der in *WgÖ* betrachteten Indikatoren interagieren mit der ökonomischen Entwicklung einer Volkswirtschaft. So ist eine steigende Produktion Voraussetzung für steigende Einkommen der Haushalte oder steigenden Konsum. Zudem bildet eine steigende Produktion auch die Grundlage für die Einnahmen des Staates, mit der die sozialen Sicherungssysteme, Umverteilung oder Maßnahmen im Krisenfall finanziert werden können. Als offene Volkswirtschaft in einer zunehmend globalisierten Welt sind gerade für Österreich preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und eine nicht zu hohe Abgabenlast wichtig. Das Indikatorenset könnte daher in diese Richtung weiterentwickelt werden. Damit der Staat, z.B. bei der sozialen Sicherung oder zur Bewältigung von Krisen, handlungsfähig bleibt, sind zudem solide öffentliche Finanzen Voraussetzung, so dass zumindest in „normalen" Zeiten den öffentlichen Ausgaben entsprechende öffentliche Einnahmen gegenüberstehen. Der demografische Wandel in Österreich führt dazu, dass der Anteil der Menschen im Pensionsalter markant ansteigt. Damit steigen die altersspezifischen Ausgaben des Staates ohne entsprechende Mehreinnahmen. Das Indikatorenset könnte daher um weitere Indikatoren der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen ergänzt werden.

Unbezahlte Produktion

In der Dimension „unbezahlte Produktion" gibt der Schlüsselindikator „Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit" Auskunft über jene Form der Produktion, die nicht über den Markt abgewickelt wird. Die Darstellung von Nichtmarktaktivitäten ist ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Stiglitz-Kommission. Der Schlüsselindikator der Dimension „unbezahlte Produktion" beruht auf Daten der Zeitverwendungserhebung aus 2008/2009. Die aktuelle internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen läuft seit 2020. In Österreich wird die Erhebung 2021 bis 2022 durchgeführt und erfolgt im Einklang mit den Harmonised Time Use Survey Guidelines der EU. Um nationale Zeitvergleiche und internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, ist diese Erhebung von großer inhaltlicher Bedeutung, die daraus gewonnenen Daten können zukünftig zur Aktualisierung der Dimension verwendet werden.

NPOs in der VGR

Derzeit werden Privathaushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Non-Profit Organisation, NPO) in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ*-Set enthaltende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher wurde von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine gemeinsame Erhebung über Non-Profit Organisationen durchgeführt. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen. Seit September 2017 liegen aus der VGR erstmalig getrennte Werte dafür vor, da die Zeitreihe jedoch erst mit 2012 beginnt, wird die getrennte Darstellung im aktuellen Bericht nicht übernommen.

Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten

Um die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen auf bestimmte Haushaltsgruppen zu bestimmen, ist eine Verbindung von Makrodaten, in diesem Fall der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), und Mikrodaten, d.h. detaillierte Erhebungen in Haushalten, notwendig. Diese Verknüpfung soll es schließlich erlauben, informative Verteilungsmaße für bestimmte Haushaltsgruppen konsistent mit den Gesamtergebnissen aus der VGR zu berechnen. Solche Bemühungen sind verhältnismäßig jung, komplex und aufwendig, es handelt sich dabei bisher nicht um den üblichen Qualitätsstandard entsprechende, statistische Ergebnisse, sondern um experimentelle Daten aus Testrechnungen.

Erste Erfahrungen damit zeigen ein gemischtes Bild (siehe Statistik Austria, Wie geht's Österreich 2016, Sonderkapitel). Insbesondere gibt es etliche Bereiche, wo eine Disaggregation der makroökonomischen Ergebnisse aufgrund unzureichender oder bisher zu wenig genutzter empirischer Grundlagen sehr schwer möglich ist (z.B. Vermögen und Vermögenseinkommen, Schattenwirtschaft …).

Die Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten ist damit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler bzw. EU-Ebene noch in Entwicklung begriffen, es gibt jedoch deutliche Bestrebungen diese zu forcieren. Der detaillierte Abgleich zwischen Einkommenskonten der VGR und den Ergebnissen von Erhebungen erscheint jedoch bereits hilfreich für das Verständnis, die Plausibilisierung und die Interpretation beider Systeme. Am Ende des Prozesses sollte im Idealfall eine angereicherte VGR stehen, die auch erste Anhaltspunkte zu Verteilungen im Zeitablauf gibt und dennoch wesentliche Vorteile, aber auch Beschränkungen der VGR beibehält.

6.2.2 Lebensqualität

Aspekte der Lebensqualität

Durch die 2017 erfolgte Neustrukturierung des Bereichs Lebensqualität schlagen sich einige Datenmängel, wie z.B. die fehlende durchgängige Erhebung von Indikatoren zu sozialen Beziehung und Freizeitmöglichkeiten, nicht mehr bis auf Ebene der Schlüsselindikatoren durch. Trotzdem wäre hier eine wiederholte Befragung durch zukünftige EU-SILC Sondermodule bzw. eine Aufnahme einzelner Indikatoren in die regelmäßige Befragung wünschenswert.

Sicherheit/Viktimierungsstudien

Daten zum sogenannten „Hellfeld" des Kriminalitätsgeschehens eines Landes, also zu jenen Fällen, die offiziell bekannt und registriert wurden, liegen aus der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres vor. Es ist jedoch auch bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und nicht immer offiziell melden. Die Kriminalitätsstatistik kann daher auch nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bieten. Der Anteil der Kriminalität, der nicht angezeigt bzw. registriert wird, wird als „Dunkelfeld" bezeichnet. Daten dazu – sowie zu den persönlichen Folgen von Kriminalitätserfahrungen – erfordern repräsentative Erhebungen. Statistik Austria führte 2019 im Auftrag der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) die Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich" durch, das Sonderkapitel 2019 „Wie geht's Österreich beim Thema Sicherheit" zeigte dazu erste Ergebnisse. Im Rahmen der europaweit harmonisierten EU-Studie „Gender Based Violence Survey", erhebt Statistik Austria 2020/2021 Daten zu Prävalenz von Gewalt gegen Frauen in Österreich.

Freizeit

Seit 2017 gibt es in *WgÖ* keine eigene Dimension zum Thema Freizeit mehr und der Indikator zu Freizeitaktivitäten aus der Zeitverwendungserhebung findet sich in der Dimension Subjektives Wohlbefinden. Wie erwähnt ist die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen für die Jahre ab 2020 geplant und wird in Österreich ab 2021 umgesetzt. Da Freizeit als zentrale Komponente der Lebensqualität verstanden werden muss, ist dies die Möglichkeit, die Daten auf eine aktuelle Basis zu stellen.

6.2.3 Umwelt

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Ein Indikator, der im Zusammenhang mit Biodiversität genannt wird, ist jener zu den geschützten Gebieten für biologische Vielfalt. Dies sind Gebiete, die unter die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, fallen. Wesentliches Ziel der FFH-Richtlinie ist die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Dieses Ziel soll mit dem Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 erreicht werden. In Österreich umfasst das Netzwerk Natura 2000 insgesamt 350 Gebiete, davon wurden gemäß Umweltbundesamt bisher 272 Gebiete rechtlich verordnet (Stand Jänner 2021). Diese umfassen über 15 % der Bundesfläche und beziehen sich auf unterschiedliche Kategorien von Schutzgebieten, wie etwa Nationalparks, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, aber auch auf Gebiete, die noch keiner Schutzkategorie zugewiesen wurden.

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt liefert mit dem Bodeninformationssystem „BORIS" österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schadstoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden analog den Luftemissionen gibt es derzeit in Österreich aus offiziellen Statistikquellen nicht.

Wasserentnahme und -verbrauch, Wasserqualität

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Auf europäischer Ebene ist die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche das Wasseraufkommen und die Wasserverwendung abbilden soll. Für das Medium Wasser liegt zudem ein Indikator zur Wasserqualität der Grund- und Oberflächengewässer mit zwei Werten für den Durchschnitt des Zeitraums 2013 bis 2015 sowie des Zeitraums 2017 bis 2019 vor. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality) der UN Agenda 2030. Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.

Literaturverzeichnis

Altzinger, W., Lamei, N., Rumplmaier, B., Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. Statistische Nachrichten, 1/2013, 48-62.

Anand, S., Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. World Development, 28(12). 2029-2049.

AG CBA (2017). Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. Arbeitsgruppe „Consumption based GHG accounting". Climate Change Center Austria (CCCA). Wien

Baud, S., Milota, E., (2017). Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015, Ergebnisse des Mikrozensus. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Bauer, A., Blauensteiner, S. & Einfalt, J. (2013). Census 2011. Gebäude- und Wohnungszählung Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung. Wien: Statistik Austria.

Bech, P. (2004). Measuring the dimensions of psychological general well-being by the WHO-5. QoL Newsletter 2004, 32, S. 15–16.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2019). Nationales Reformprogramm Österreich.

Bloom, D. und Prettner, K. (2020). The macroeconomic effects of automation and the role of COVID-19 in reinforcing their dynamics. VOX CEPR Policy Portal, Band 25.

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2014). Sozialbericht 2013-2014 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.

BMF, Bundesministerium für Finanzen (2020). Budgetbericht, Bericht der Bundesregierung

BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). Sozio-demographische und sozio- ökonomische Determinanten von Gesundheit. Wien: BMGFJ.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015). Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien: BMLFUW.

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Aktualisierte Version Jänner 2017, Teil 1 – Kontext, Wien.

BMLRT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, RESET2020 - Ressourceneffizienz-Initiative.

BMLRT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2020). Grüner Bericht 2020. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien: BMLRT.

BMNT & BMVIT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2018). Die österreichische Klima- und Energiestrategie – mission 2030, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2018). Wien.

BMNT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019). Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich, Wien.

BMSGPK, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Österreichische Armutskonferenz, Dawid, E. (2020). Armutsbetroffene und die Corona-Krise, Wien.

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). Energie Strategie Österreich – Maßnahmenvorschläge. Wien.

BMWFW, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). Wirtschaftsbericht Österreich 2014. Wien: BMWFW.

BMBWF, Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria (2020). COVID-19-Prävalenz April 2020 - Ergebnisbericht.

Böheim, R., M. Fink, S. Rocha-Akis, Ch. Zulehner (2017) Die Entwicklung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede in Österreich. WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(9), S. 713-725, Wien.

Böheim, R., M.Fink & Ch. Zulehner (2019). About time: The narrowing gender wage gap in Austria, Economics working papers 2019-18, Department of Economics, Johannes Kepler University Linz.

Bowling, A. (2005). Ageing well. Birkshire: McGraw-Hill.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 77/2010, Bundesgesetz, mit dem das Immissionsschutzgesetz-Luft und das Bundesluftreinhaltegesetz geändert werden und das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen aufgehoben wird (Immissionsschutzgesetz-Luft).

Bundesgesetz BGBl 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 128/2015, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.

Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).

Christl M., Köppl–Turyna M. (2020). Gender wage gap and the role of skills and tasks: evidence from the Austrian PIAAC data set, Applied Economics, 52:2, S 113-134

Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. Social Forces, 37(4). 355-360.

Doyal, L., & Gough, I. (1991). A theory of human need. New York: Palgrave Macmillan.

Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2015). Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.).

Eurofound (2012). Fifth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission (2007). „Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality". Report.

Europäische Kommission (2009a). EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU.

Europäische Kommission (2009b). „Effort-Sharing"-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG).

Europäische Kommission (2009c). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Das BIP und mehr. Brüssel, den 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig.

Europäische Kommission (2010). Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011a). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011b). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" der Europäischen Kommission, KOM (2011) 144, Brüssel.

Europäische Kommission (2012). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013). Commission Staff Working Document, Progress on "GDP and beyond" actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Kommission (2014). Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, COM(2014) 130 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2015). Standard Eurobarometer - Public Opinion.

Europäische Kommission (2016). A European Strategy for Low-Emission Mobility,

Europäische Kommission (2017). Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) zur Änderung des Beschlusses 2013/162/EU zur Anpassung der jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2017 bis 2020.

Europäische Kommission (2019). Reflection paper towards sustainable Europe 2030.

Europäische Kommission (2020). EU budget for recovery: Questions and answers on REACT-EU, cohesion policy post-2020 and the European Social Fund+

European Commission (2012). Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013, COM (2012) 750 final, Brüssel.

Eurostat Task Force "Environmental sustainability" of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). Report of the Task Force.

Eurostat (2008). Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat (2010). Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development – Final Report adopted by the European Statistical System Committee.

Eurostat (2011a). Climate Change: Reflection about the work of Eurostat on statistics related to mitigation and adaption, Luxemburg.

Eurostat (2014a). Getting messages across using indicators - A handbook based on experiences from assessing Sustainable Development Indicators, Manuals and Guidelines, Luxembourg: Publications Office of the European Union

Eurostat (2014b). Lebensqualität - Kontext.

Eurostat (2015a). Macroeonomic Imbalance Procedure MIP Indicators.

Eurostat (2015b). Quality of Life - Facts and Views. Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2015c). GDP and Beyond: Report and plan to 2020. Doc PG 2015/56/4.3. 56th Meeting of the Partnership Group Stockholm / Sweden 20 March 2015.

Eurostat (2019). Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 Strategy, Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2020). Sustainable development in the European Union — Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context — 2020 edition, Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat/OECD (2015). Eurostat-OECD compilation guide on land estimation. Eurostat Manuals and Guidelines. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2015.

EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

EU-Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.

EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

EU-Verordnung Nr. 538/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M. (2017). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2017: Erste Ergebnisse für Österreich. Oesterreichische Nationalbank.

Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. Geldpolitik & Wirtschaft, Q3, 26-67.

FRA (2014). Violence against women: An EU-wide survey: Main results. FRA, European Union Agency for Fundamental Rights.

Geisberger, T. (2011). The gender pay gap: evidence from Austria. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.

Geisberger, T. & Glaser, T. (2021). Gender Pay Gap Analysen zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied" Statistische Nachrichten, 6/2021, 434-447.

Huppert, F. A., & So, T. T. (2013). Flourishing across Europe: Application of a new conceptual framework for defining well-being. Social Indicators Research, 110(3). 837-861.

IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2013). Summary for Policymakers. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. -

Jackson, T. (2011). Prosperity without growth: Economics for a finite planet. London: Routledge.

Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Kletzan-Slamanig, D., Schratzenstaller, M., Hofmarcher-Holzhacker, M. (2015). Monitoring auf Austria's Efforts Within the Europe 2020 Strategy, Update 2014-15. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kapella, O., Baierl, A., Rille-Pfeiffer, Ch., Geserick, Ch., Schmidt, E-M. (2011). Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld . Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern, Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien, Wien.

Karner, T. & Scharl, S. (2012). Von einer nationalen zu einer europäischen Straßengüterverkehrsstatistik in Österreich, Statistische Nachrichten 12/2012, 1016-1025.

Karner, T. & Scharl, S. (2014). Straßengüterverkehrsstatistik im Wandel der Zeit, Statistische Nachrichten 6/2014, 490-496.

Karner, T., Schuster, S., Weninger, B. (2020). Mautdaten als ergänzende Datenquelle für die Straßengüterverkehrsstatistik, Statistische Nachrichten 4/2020, 297-307.

Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helminger, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015). "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.

Kettner, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2016). Aktuelle Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft. Sonderthema: das Klimaschutzabkommen von Paris. WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7). S. 511-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., Sommer, M. (2019). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(7). S. 529-545, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helminger, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015). "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.

Keyes, C. L. (2002). The mental health continuum: From languishing to flourishing in life. Journal of health and social behavior, 43 (6). 207-222.

Kleven, H., Landais, C., Søgaard, J. E. (2018). Children and gender inequality: Evidence from Denmark. National Bureau of Economic Research. Working Paper No. w24219

Kleven, H., Landaisn C., Søgaard, J. E. "Children and gender inequality: Evidence from Denmark." American Economic Journal: Applied Economics 11.4 (2019): S181-209.

Kratena, K., Meyer, I., Sommer, M.W. (2013). Energy Scenarios 2030, Model Projections of Energy Demand as a Basis to Quantify Austria's Greenhouse Gas Emissions, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). Gender und Public Health. Juventa: Weinheim.

Lamei, N., Psihoda, S., Skina-Tabue, M. (2019). Gesundheit und Einkommen. Analyse von Daten des EU-SILC-Moduls 2017 zu Gesundheit und Kindergesundheit. In: Statistische Nachrichten 03/2019, S. 185-197.

Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, Statistische Nachrichten 12/2011, 1205-1215.

Lanegger, J. & Fröhlich, G. (2014). Bodenlos? Flächeninanspruchnahme in Österreich: Ursachen-Folgen-Lösungsansätze. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich.

Leoni, T. (2015). Soziale Unterschiede in Gesundheit und Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung. WIFO.

Lewicki, R. J., & Tomlinson, E. C. (2003). Trust and trust building. Beyond intractability, 305-315.

Meyer, I. (2007). Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375-388, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT 2002) - „Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung" (2002).

Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972). Economic Research: Retrospect and Prospect Vol. 5: Economic Growth (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013b). OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013c). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. Paris: OECD Publishing.

OECD (2017). Green Growth Indicators 2017, .

OECD (2019). Measuring Distance to the SDG Targets 2019: An Assessment of Where OECD Countries Stand, OECD Publishing, Paris.

OECD (2020). How is Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris,

ÖPUL Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft.

ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung - Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder (2011).

Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). Wie geht‘s Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen. Wien: Statistik Austria.

Ponocny, I. et al. (2015). Are most people happy? Exploring the meaning of subjective well-being ratings, Journal of happiness studies.

Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“, Amtsblatt der Europäischen Union 2011/C 70/01

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie).

Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).

Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.

Richtlinie 2008/50/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie).

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).

Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.

Romer, P. (1990). Endogenous Technological Change. Journal of Political Economy, 98(5), S71-S102.

Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.

Seligman, M. (2011). Flourish: A new understanding of happiness, well-being-and how to achieve them. Boston: Nicholas Brealey.

Sen, A. K. (2009). Ökonomische Ungleichheit. Marburg: Metropolis.

Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. Demography, 49(3). 939-964.

Song-Klein, Y. (2012). Gesundheit und Umwelt.

Spangl, W., Nagl, Ch. (2017). PM10- und PM2,5- Exposition der Bevölkerung in Österreich. REP-0634, ISBN: 978-3-99004-451-3, Wien: Umweltbundesamt.

Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 - Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2013). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Oismüller, A., Plate, M.; Wie geht’s Österreich? 2013 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2014). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Kettner, C. (WIFO). Kletzan-Slamanig, D. (WIFO). Wie geht’s Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2016). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettner, C., Heuberger, R., Jurasszovich, T., Schwarz, K., Thomasberger, M., Aichholzer, J.; Fessler, P. (OeNB). Schürz, M. (OeNB). Wie geht’s Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2017). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettner, C., Leitner B.; Wie geht's Österreich? 2017 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2019). Wegscheider-Pichler, Lamei, N., Prettner, C.; Wie geht's Österreich? 2019 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria und Bundesministerium für Gesundheit (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. Energiegesamtrechnung (Energy Accounts)

Statistik Austria. Kraftfahrzeuge - Bestand.

Statistik Austria. Materialflussrechnung.

Statistik Austria. Österreichische Energiebilanzen

Stiglitz, J., Fitoussi, J. & Durand, M. (Hrsg.) (2018). For Good Measure: Advancing Research on Well-being Metrics Beyond GDP, OECD Publishing, Paris.

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittousi, J. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress

Stone, A.A., Krueger, A.B. (2018). Chapter 7. Understanding subjective well-being, In: Stiglitz, J., Fitoussi, J. & Durand, M. (Hrsg.) (2018). For Good Measure: Advancing Research on Well-being Metrics Beyond GDP, Paris. S. 163-202.

Till, M., Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht. Wien: Statistik Austria.

Till, M, Klotz, J., Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014 Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Studie von Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien: Statistik Austria.

Umweltbundesamt (2013). Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018a). Tietz, M. (PL). Anderl, M., Gangl, M., Haider, K., Poupa, St., Purzner, M., Schieder, W., Stranner, G., Zechmeister, A. Emissionstrends 1990-2016, Ein Überblick über die Verursacher von Luftschadstoffen in Österreich. (Datenstand 2018). REP-0658. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018b). Klimaschutzbericht 2018, Bd. REP-0660. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2019). Austria's national Inventory Report 2019, Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protokoll. Bd. REP-0677, Wien, Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2021). Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für 2020, Report REP-0777, Wien: Umweltbundesamt.

UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA.

UNECE (2010). Measuring Quality of Employment. Geneva: United Nations.

UNECE (2011). The Canberra Group Handbook on Household Income Statistics, Second Edition, ECE/CES/11,Geneva.

UNECE (2015). Handbook on Measuring Quality of Employment - A Statistical Framework, Expert Group on Measuring the Quality of Employment, ECE/CES/BUR/2014/OCT/22, CES Bureau, Geneva (Switzerland). 21. May 2015 - DRAFT.

UNECE (2017). Economic and Social Council, Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals, First Edition, Prepared by the Steering Group on Statistics for SDGs.

UN FCCC, United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties, Paris December 2015.

United Nations (1987) United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future.

Ward, P., Meyer, S. (2009). Trust, social quality and wellbeing: a sociological exegesis. Development and Society, 38(2). 339-363.

Wegscheider-Pichler, A., De Cillia, G. (2020) Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Österreich, SDG-Indikatorenbericht, Studie von Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Wien: Statistik Austria.

Ziegleder, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.